

**Was Hütten von Palästen trennen soll; Die Mauer gegen Flüchtlinge halten Helfer für Geldverschwendung. Doch die französische Regierung igelt sich lieber ein. Die Angst vor der anderen Seite ist zu groß.**

ZEIT-online

Mittwoch 28. September 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Calais; Ausg. 36

**Length:** 1339 words

**Byline:** Georg Blume

## Body

---

CALAIS, FRANCE - SEPTEMBER 26: Workers dig foundations of a wall near Calais migrant Jungle camp along the road leading to the harbour of Calais on September 26, 2016 in Calais, France. A wall, funded by the UK and 1km (0.6 miles) long, is being built along the main road to the port in an attempt to deter stowaways. (Photo by Sylvain Lefevre/Getty Images)

© Sylvain Lefevre/Getty Images

Eigentlich ist die Mauer von Calais nur die ein Kilometer lange Fortsetzung eines vier Meter hohen Stacheldrahtzauns entlang des Autobahnzubringers zum berühmten Fährhafen der Stadt. Wie der Zaun soll die Mauer verhindern, dass die Flüchtlinge, die im Lager am Rande der Stadt wohnen, zur Autobahn und dann zum Hafen gelangen, um heimlich auf die Insel überzusetzen.

Dabei steht die Mauer von Calais noch gar nicht. Derzeit graben Baggerfahrzeuge am Rande der Autobahn Löcher für ihre Fundamente. Und dennoch ist die Mauer bereits in allen Köpfen. Schon trennt sie Welten zwischen Flüchtlingen und Franzosen, zwischen Hütten und Palästen, zwischen Öffnung und Rückzug.

"Die Mauer, die Mauer, hören Sie auf damit!" ereifert sich Jean-Marc Puissesseau, Vorstandschef des Hafenbetreibers Port Boulogne-Calais, kurz bevor er zu Wochenbeginn den französischen Präsidenten François Hollande auf der neuen Hafenbaustelle von Calais empfängt. Hollande kommt zur Grundsteinlegung für das 850-Millionen-Projekt, das Puissesseau hier leitet. Riesige neue Dämme und Kaimauern entstehen. Über hundert Journalisten sind mitgekommen, doch sie interessieren sich mehr für die 2,8 Millionen Euro teure Mauer rund um das Flüchtlingslager von Calais als für das mehr als 300-mal so teure Hafenprojekt.

Der Vollblutunternehmer Puissesseau, Typ Alleskönner und einer der einflussreichsten Männer am Ort, kann es nicht fassen: "Ihr Journalisten redet von einer neuen Berliner Mauer, einer Mauer, wie Trump sie zwischen den USA und Mexiko bauen will - das ist Unsinn. Wir dachten doch nur, diesmal sei es besser, eine Mauer statt eines Stacheldrahts zu bauen, weil die sich leichter begrünen lässt."

Was Hütten von Palästen trennen soll Die Mauer gegen Flüchtlinge halten Helfer für Geldverschwendung.  
Doch die französische Regierung igelt sich lieber ein. Die....

Ja, so einfach dachten sie sich das: die Entscheider Puissesseau und Hollande und all diejenigen, die den Mauerbau in Calais mit auf den Weg brachten. Sie sitzen an diesem Morgen alle gemeinsam in der ersten Stuhlreihe eines großen Festzelts am Strand des Ärmelkanals und lauschen der Rede ihres Präsidenten. Neben Puissesseau sind da die Bürgermeisterin von Calais, der Präfekt, der Regionalratspräsident, weitere Unternehmer und Lokalpolitiker.

### **Die Sache ist zu politisch geworden**

Keiner von ihnen hat in den letzten Monaten gegen den von der britischen Regierung finanzierten Mauerbau aufbegehrt. Alle sind sie hoch angesehene Leute. Doch plötzlich spüren sie, dass etwas schief läuft. "Die Sache ist zu politisch geworden", bedauert Puissesseau. Bürgermeisterin Natacha Bouchart, eine Konservative, möchte nun gar die Bauarbeiten stoppen. Dabei war sie es, die erst kürzlich die Begrünung der Mauer vorschlug.

Tatsächlich wirft die noch gar nicht fertiggestellte Mauer bereits ihre Schatten auf das Establishment. Warum der Präsident denn nicht auch die andere Seite der Mauer besuche, fragen Journalisten die Mitarbeiter Hollandes in Calais. "Aus Sicherheitsgründen", lautet deren lapidare Antwort. Als wäre der Präsident jenseits der Mauer im eigenen Land nicht mehr sicher.

Natürlich wäre er es. Es gibt nichts zu befürchten. Nur viele, die wie Hollande noch nie auf der anderen Seite der Mauer waren, haben Angst vor den Zuständen dort. Meist aus Unkenntnis und Angst vor dem Fremden.

### **Ein friedlicher Ort**

Ja, es herrschen dort Verhältnisse wie in Afrika oder Südasien, doch sie sind nicht gefährlich. Das Flüchtlingslager ist ein friedlicher Ort. Von der Grundsteinlegung ist es nur eine Fünf-Minuten-Taxifahrt auf der Autobahn entlang der neuen, im Bau befindlichen Mauer bis dorthin. Aus dem Autofenster ist sichtbar, wie an manchen Mauerstellen schon die Fundamente gegossen werden. Welten liegen zwischen Hafen und Lager, wie in jedem Schwellenland zwischen Neubauviertel und Slum. Deshalb aber wird man auf der anderen Seite der Mauer nicht schlechter empfangen.

Gleich an der ersten Essensausgabe für die Flüchtlinge, zwei Holztische mit drei Suppentöpfen und einer Plastikplane darüber, steht der ehemalige Landwirtschaftsexperte François Guennoc, ein französischer Frührentner, der seit zwei Jahren für die lokale Hilfsorganisation L'Auberge des Migrants das Flüchtlingslager mitverwaltet. Er ist das bekannteste Gesicht des Lagers. Wo Guennoc mit Dreitagebart, Jeans und Blouson hinfährt, grüßen ihn Flüchtlinge und Freiwillige.

Sie leben auf Kieseln und Sand in eng aneinandergereihten Wellblechhütten und Zelten. In ganz Frankreich, so erklärt Guennoc, gäbe es heute keinen besseren Anlaufpunkt für Flüchtlinge als das Lager in Calais. Hier sei ihnen ein Schlafplatz und Verpflegung sicher und sie könnten einen Antrag auf Asyl stellen. Würden sie den Antrag in Marseille oder Paris stellen, sagt Guennoc, blieben die Flüchtlinge anschließend auf der Straße.

Der "Dschungel", wie die einheimischen Franzosen das Lager von Calais nennen, ist besser als sein Ruf. Per Gerichtsbeschluss ließen Katholiken die Bereitstellung sanitärer Anlagen erwirken. Im Lager gibt es keine üblen Gerüche. Die Verpflegung, zum größten Teil von Privatspenden aus Großbritannien finanziert, ist ausreichend und von guter Qualität. Einige Flüchtlinge, die den Sprung auf die Insel nicht geschafft haben, konnten im Lager kleine Bars und Läden eröffnen. Für Jugendliche gibt es einen sandigen Sportplatz. Frauen sind in einem getrennten staatlich finanzierten Lager untergebracht. Kinder gibt es nur sehr wenige.

Vor allem aber herrscht im Lager eine - wenn auch sehr einfache - Willkommenskultur. Hunderte von Freiwilligen kümmern sich täglich um die bis zu 10.000 Bewohner des Lagers. "Wir haben vorwiegend Freiwillige zweierlei Typs: englische Studentinnen und französische Frührentner wie mich", sagt Guennoc.

Sie bieten den Flüchtlingen nicht nur Essen, sondern Unterhaltung, Spiele und Sprachunterricht an. Auch für die religiöse Begleitung ist gesorgt: Eine Kirche aus Sperrholz überragt das Lager, sechs Moscheen sind im Betrieb.

Was Hütten von Palästen trennen soll Die Mauer gegen Flüchtlinge halten Helfer für Geldverschwendung.  
Doch die französische Regierung igelt sich lieber ein. Die....

Natürlich wollen die Flüchtlinge deshalb nicht bleiben. "Morgen nach Deutschland!" grüßen sie den deutschen Besucher, erzählen von den Freunden und Verwandten, die in Großbritannien auf sie warten, aber auch von der langen Reise, die schon hinter ihnen liegt und sie stolz macht, in Calais zu sein.

### **"Die Mauer ist Geldverschwendung"**

"Zwei Jahre ist das Lager alt, aber größere Gewaltausbrüche haben wir hier noch nicht erlebt", berichtet Guennoc. Er selbst empfindet das angesichts der Enge der Behausungen und der schwierigen Lage der Flüchtlinge als erstaunlich. Und die Mauer? "Geldverschwendung", sagt Guennoc, die Flüchtlinge würden auch ein paar Kilometer weiter entfernt auf die Autobahn kommen.

Doch die Mauer wird weitergebaut. "Den Bau jetzt zu stoppen, würde bedeuten, den illegalen Grenzgängern grünes Licht zu geben", antworteten die staatlichen Behörden vor wenigen Tagen auf die Kritik der Bürgermeisterin. Stattdessen hat Präsident Hollande den Flüchtlingen in Calais nun eine ganz andere Botschaft mitgebracht: Ihr Lager will die Regierung bis zu Jahreswende gänzlich abräumen lassen. Wer Asyl beantragt hat, soll dann auf ein Dutzend neue Aufnahmezentren für Flüchtlinge im ganzen Land verteilt werden. Der Rest soll ausgewiesen werden. Viele bezweifeln, ob sich das umsetzen lässt. Aber am Willen der Behörden ist kaum noch zu zweifeln.

Die Mauer von Calais stünde dann bald vor einer leeren Sandfläche. Aber ihren Zweck hätte sie erfüllt. Ohne Flüchtlinge vor Ort, ohne einen symbolischen Anlaufpunkt für sie in Frankreich kann die Mauer in den Köpfen der Franzosen umso leichter fortbestehen.

Von der heutigen Mauerbaustelle sind in Strandnähe die alten Bunkerreste der deutschen Besatzungsmacht im Zweiten Weltkrieg sichtbar. Damals wollten die Deutschen Calais von der Außenwelt beschützen. Heute igelt sich Frankreich selber ein.

**Load-Date:** September 28, 2016

**Die Bundesregierung freut sich schon auf Gesichtserkennung; In der EU-Datenbank Eurodac werden Fingerabdrücke von Flüchtlingen gespeichert. Nun sollen Gesichtsfotos dazukommen. Die Bundesregierung begrüßt das, die Linke warnt.**

ZEIT-online

Dienstag 7. Juni 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Biometrie; Ausg. 24

**Length:** 948 words

**Byline:** Patrick Beuth

## Body

---

Die EU-Kommission will den Einsatz von Biometrie ausweiten.

© Ian Waldie/Getty Images

Wenn Eurodac eine Bibliothek wäre, dann würde die EU-Kommission ihr gerne ein ganzes Stockwerk aufsetzen, einen weiteren Flügel anbauen, mehr Bücher auslegen, das Archiv vergrößern, mehr Bibliotheksausweise verteilen und Bücher öfter ins Ausland verleihen.

Aber Eurodac ist keine Bibliothek, sondern eine Datenbank in Luxemburg. In ihr werden die Fingerabdrücke von **Asylbewerbern** gespeichert sowie die von Nicht-EU-Bürgern, die illegal in der EU angetroffen werden. Eurodac ist damit ein wesentlicher Bestandteil des Dublin-Systems und soll verhindern helfen, dass **Asylbewerber** in mehreren EU-Mitgliedstaaten **Asyl** beantragen. Außerdem dürfen Strafverfolger seit 2013 auf die Daten zugreifen, um schwere Straftaten und Terrorismus zu verhindern, zu entdecken oder aufzuklären.

Mittlerweile sind einige Mitgliedstaaten aber überfordert mit der Aufgabe, von allen ankommenden Flüchtlingen die Fingerabdrücke zu nehmen. In der Folge halten sich mehr und mehr Flüchtlinge in EU-Ländern auf, in denen sie gemäß des Dublin-Verfahrens gar nicht sein dürften. Deshalb hat die EU-Kommission Anfang Mai eine Erweiterung von Eurodac vorgeschlagen, um diese Menschen identifizieren zu können: Die Mitgliedstaaten, die mit der Abnahme der Fingerabdrücke nicht hinterherkommen, müssen demnach künftig auch Gesichtsbilder der Flüchtlinge machen. Das ist eben EU-Logik.

### **Mehr Daten von mehr Menschen über längere Zeit speichern**

Außerdem, so steht es im gut hundert Seiten langen Entwurf zur Neufassung der Eurodac-Verordnung, will die Kommission die Datenbank und den Umgang damit noch auf anderen Ebenen deutlich erweitern:

Die Bundesregierung freut sich schon auf Gesichtserkennung In der EU-Datenbank Eurodac werden Fingerabdrücke von Flüchtlingen gespeichert. Nun sollen Gesichtsfo....

Neben den nationalen Strafverfolgungsbehörden sollen auch Frontex beziehungsweise deren geplante Nachfolgeorganisation sowie Europol Zugriff auf alle in Eurodac gespeicherten Daten bekommen. Mit Gesichtserkennungssoftware sollen sie die gespeicherten Fotos durchsuchen und mit eigenen Bildern abgleichen können, um Menschen zu identifizieren. Diese eigenen Bilder könnten aus den Beständen der Behörden oder auch aus der Videoüberwachung öffentlicher Räume kommen. Fingerabdrücke sollen nicht erst von Jugendlichen ab 14 Jahren genommen werden, sondern auch schon von Sechsjährigen. Ziel sei es, auf der Flucht von ihren Eltern getrennte Kinder zu ihren Familien bringen zu können. Daten über illegal Einreisende und Eingereiste sollen nicht mehr nur höchstens 18 Monate gespeichert werden, sondern bis zu fünf Jahre. Die Daten sollen mit Drittstaaten, also üblicherweise den Herkunftsländern von Flüchtlingen, geteilt werden, *"for return purposes only"* - also für die Abschiebung. Eurodac soll mit anderen EU-Datenbanken wie dem Schengen-Informationssystem (SIS-II), dem Visa-Informationssystem (VIS) und dem noch zu errichtenden Ein-/Ausreiseregister für Drittstaatenangehörige interoperabel werden.

Die Bundesregierung prüft den Vorschlag noch, begrüßt ihn aber prinzipiell. Wie freudig sie das tut, geht aus der bisher nicht öffentlichen Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke hervor, die ZEIT ONLINE vorliegt.

Darin heißt es, die Bundesregierung halte die Speicherung von Gesichtsbildern "für eine wirksame Ergänzung anderer biometrischer Verfahren zur Identitätssicherung".

Kein Wunder: Das Bundeskriminalamt (BKA) setzt eine vergleichbare Technik bereits seit Jahren ein. Im polizeilichen Informationssystem Inpol sind, so steht es in der Antwort, derzeit rund 4.863.000 Fotos von 3.340.330 Menschen gespeichert. Seit 2008 sei ein 2D-Gesichtserkennungssystem "im Wirkbetrieb", zwischen 2011 und 2014 stieg die Anzahl der BKA-Recherchen im Bildbestand von knapp 15.000 auf gut 18.000 im Jahr. Zuletzt ist sie wieder leicht gesunken.

Eine Einschränkung auf bestimmte Kriminalitätsbereiche für den Zugriff der Strafverfolger auf die Eurodac-Daten hält die Bundesregierung "für nicht sinnvoll". Die bisherige Beschränkung auf schwere und terroristische Kriminalität betrachtet sie also offenbar als überholt. Auch mit der Absenkung der Altersgrenze für die sogenannte erkennungsdienstliche Erfassung von 14 auf sechs Jahre hat sie kein Problem. Zur geplanten maximalen Speicherdauer hat sie noch keine offizielle Meinung.

Andrej Hunko, der europapolitische Sprecher der Linken im Bundestag, hält den Vorschlag der EU-Kommission dagegen für einen "gewaltigen Schritt zur Überwachung der gesamten Bevölkerung".

Eurodac sei ohnehin schon ein "Wegbereiter für neue Überwachungstechnologien" gewesen, "die zuerst bei unterprivilegierten Gruppen eingeführt werden". Erst sei es nur um Fingerabdrücke gegangen, um mehrfache Asylanträge zu verhindern. Dann durften "auch Polizeibehörden in diesen biometrischen Daten stöbern". Mit der Erweiterung der Datenbank um Gesichtsbilder würden Migranten "zu Versuchskaninchen für den Überwachungsstaat".

### Europa sucht die Superdatenbank

Würden die großen Datenbanken Eurodac, SIS-II, VIS und das geplante Ein- und Ausreiseregister interoperabel - was sich übrigens auch Bundesinnenminister Thomas de Maizère (CDU) dringend wünscht - wäre die daraus entstehende Superdatenbank laut Hunko "der Alptraum für die europäischen Bürgerrechte".

Die Kommission versucht, solchen Bedenken von vornherein entgegenzutreten, indem sie in ihrem Entwurf auf zwei Seiten betont, wie die Menschen- und Bürgerrechte gewahrt bleiben sollen - bis hin zur "kinderfreundlichen" Abnahme von Fingerabdrücken.

Die Bundesregierung freut sich schon auf Gesichtserkennung In der EU-Datenbank Eurodac werden Fingerabdrücke von Flüchtlingen gespeichert. Nun sollen Gesichtsfo....

---

End of Document

## **Ringtausch auf Europäisch; In der Flüchtlingskrise soll es jetzt Schlag auf Schlag gehen. Aber ist der Türkei-Deal wirklich dazu geeignet, die Krise zu beenden? Die Zweifel sind groß.**

ZEIT-online

Dienstag 22. März 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flüchtlingspolitik; Ausg. 13

**Length:** 1254 words

**Byline:** Daniela Weingärtner

### **Body**

---

Auf dem Meer aufgegriffene **Flüchtlinge** werden nach Lesbos gebracht.

© Reuters

"Alle neuen irregulären **Migranten**, die ab dem 20. März 2016 von der Türkei auf die griechischen Inseln gelangen, werden in die Türkei rückgeführt." Das ist der Satz, der die Wende in der europäischen **Flüchtlingspolitik** einläuten soll. Er steht in dem Abkommen, das die EU vergangenen Freitag mit der türkischen Regierung vereinbarte. Nun soll es Schlag auf Schlag gehen. Innerhalb einer Woche, bis zum 28. März, wollen Griechenland und die Türkei ihre Gesetzgebung so weit reformiert haben, dass Abschiebungen möglich sind, ohne die Genfer **Flüchtlingskonvention** oder die europäische **Asylverfahrensrichtlinie** zu verletzen. Am 4. April sollen im Gegenzug die ersten syrischen Anwärter aus türkischen Lagern in EU-Länder ausreisen.

Der Ringtausch soll die gefährliche und teure Flucht übers Wasser unattraktiv machen. **Flüchtlinge** sollen wissen, dass sie auf diesem Weg keine Chance haben, in der EU einen Aufenthaltstitel zu bekommen und es mehr bringt, von der Türkei aus einen Antrag zu stellen. Sowohl Bundeskanzlerin Angela Merkel als auch die Fachleute in der EU-Kommission haben mehrfach betont, dass es eine Frage von Tagen oder allenfalls von wenigen Wochen sei, bis sich die Botschaft unter Schleppern und ihren Kunden herumherumgesprochen habe und niemand mehr über die Ägäis versuchen werde, in die EU zu gelangen.

Der Grundgedanke ist nicht neu. Schon 2005 warb der damalige Innenminister Otto Schily unter seinen EU-Kollegen dafür, in mehreren nordafrikanischen Ländern in Zusammenarbeit mit dem UNHCR Lager zu errichten, von denen aus Asylverfahren und eine geregelte Umsiedlung in die EU organisiert werden sollten. Jeder Flüchtling, der in internationalen Gewässern aufgegriffen wurde, hätte in einem dieser Camps in Libyen, Tunesien, Algerien, Marokko oder Mauretanien landen sollen. Schleppern wäre das Geschäft verdorben worden, viele Menschenleben hätten gerettet werden können.

**Der Zustrom wird so nicht gestoppt**

Ringtausch auf Europäisch In der Flüchtlingskrise soll es jetzt Schlag auf Schlag gehen. Aber ist der Türkei-Deal wirklich dazu geeignet, die Krise zu beenden? ....

Doch die fünf Pilotprojekte, die im Dezember 2005 hätten starten sollen, wurden nie umgesetzt. Im ersten Halbjahr 2005 führten - wie jetzt wieder - die Niederlande den Vorsitz unter den EU-Regierungen. Langgedienten Beamten dürfte noch in Erinnerung sein, dass der politische Wille damals auf beiden Seiten fehlte. Den Maghrebstaaten gelang es nicht, ihre Gesetzgebung so zu reformieren, dass die Anforderungen der Genfer Flüchtlingskonvention erfüllt worden wären. Die Mitgliedsstaaten konnten sich nicht darüber einigen, wie die Flüchtlinge gerecht zu verteilen wären.

Das ist elf Jahre später nicht wesentlich anders. Zwar kann die EU aus nicht ausgeschöpften früheren Zusagen 72.000 Plätze vorweisen, die der Türkei die Sicherheit vermitteln sollen, dass sie als Gegenleistung für ihre Rücknahmebereitschaft sofort deutlich entlastet wird. Doch selbst wenn das Kalkül aufgeht und die Route über das Wasser unattraktiv wird, bleibt der Bedarf an Aufnahmeplätzen in der EU unverändert hoch. Der Zustrom in die Türkei wird dadurch ja nicht gestoppt. Die EU-Kommission müht sich, entsprechende Zukunftsorgen dadurch zu entkräften, dass sie auf die positive Grundstimmung unter den EU-Staaten nach dem geglückten Pakt mit der Türkei verweist und auf eine Geberkonferenz am 30. März, bei der mit neuen Hilfsangeboten der Europäer zu rechnen sei.

Während sich die Politiker in Brüssel, Berlin und Ankara im Gesundbeten üben, fragen sich die Helfer auf den griechischen Inseln, wie innerhalb weniger Tage eine Neuordnung zu schaffen sein soll, die zuvor monatelang nicht möglich war. Noch immer entspricht das griechische Asylrecht nicht europäischen Standards. Das soll sich mithilfe von Brüsseler Experten innerhalb einer Woche ändern. Die in Idomeni und anderswo gestrandeten Menschen sollen zügig in der EU verteilt werden - bis Mitte Mai will man 20.000 von ihnen umgesiedelt haben. Das Programm steht aber nur Volksgruppen offen, die eine Anerkennungsquote von mindestens 75 Prozent haben. Alle anderen müssen in Griechenland Asyl beantragen oder werden abgeschoben. In den vergangenen sechs Monaten fanden via Umsiedlungsprogramm lediglich knapp tausend in Griechenland und Italien gelandete Flüchtlinge Aufnahme in einem anderen EU-Land. Aus Griechenland wurden seit Februar 500 sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge zurück in die Türkei geschickt.

Um die ab Stichtag 20. März ankommenden Menschen von den zuvor gelandeten Flüchtlingen zu trennen, werden mindestens 20.000 gesonderte Plätze in Unterkünften auf den griechischen Ägäsisinseln gebraucht. Angeblich genügen 30 griechische Richter, um jeden Einzelfall zu prüfen - auf völlig neuer Gesetzesgrundlage und ohne Einarbeitungszeit. Wird festgestellt, dass der Betreffende ein Asylbewerber ist, dessen Anliegen individuell bearbeitet werden muss, kann er in einem offenen Camp auf seinen Bescheid warten. Sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge werden von Polizisten in Abschiebelager geleitet. 1.500 Polizisten sind dafür eingepplant.

### **Private Fähren sollen angemietet werden**

Die EU-Kommission schätzt, dass für diese Abschiebungen und für die Rückführung all derer, die in der Türkei bereits einen Schutzstatus hatten oder ihn dort erlangen können, acht Transportschiffe sowie 28 Busse für den Weg über die griechisch-türkische Landgrenze gebraucht werden. Zusätzlich sollen private Fähren angemietet werden. Beginnen kann die Prozedur aber erst, wenn die türkische Gesetzgebung so geändert ist, dass Flüchtlinge, die den Schutzstatus in der Türkei durch Verlassen des Landes aufgegeben haben, ihn bei Rückkehr zurückerlangen. Die einzige Zusicherung, dass das entsprechende Gesetz bis zum 28. März angepasst wird, ist eine Zeile in dem Abkommen vom vergangenen Freitag.

Von den laut EU-Kommission 4.000 zusätzlich auf den griechischen Inseln benötigten Polizisten, Juristen, Dolmetschern und Asylexperten sind bereits 1.300 zugesagt - davon je 300 von Deutschland und Frankreich. Das ist, gemessen an der derzeitigen Stimmung in der EU, ein beeindruckendes Maß an Hilfsbereitschaft. Wie dieser Turm zu Babel in der Praxis funktionieren soll, vermag man sich dennoch nicht vorzustellen. Ein deutscher Richter befragt mithilfe eines Dolmetschers einen Bootsflüchtling, um herauszubekommen, ob der ehrliche Angaben über seine Herkunft und seine Fluchtgründe gemacht hat. Bei einem Kurden aus Syrien prüft er ferner die Frage, ob dieser Mensch sich in der Türkei überhaupt sicher fühlen könnte. Ein weiterer Dolmetscher überträgt das fertige Dossier ins Griechische, damit der in Griechenland zugelassene Richter dann eine Entscheidung treffen kann.



Ringtausch auf Europäisch In der Flüchtlingskrise soll es jetzt Schlag auf Schlag gehen. Aber ist der Türkei-Deal wirklich dazu geeignet, die Krise zu beenden? ....

Auch türkische Grenzbeamte sollen in die Prozedur einbezogen werden. Einige von ihnen sind wohl schon auf Chios und Lesbos eingetroffen. Ein griechischer Journalist wollte am Montag wissen, ob die EU-Kommission bestätigen könne, dass einer dieser Beamten einen Pass der türkischen Republik Nordzypern besitze - und falls das zutreffe, ob der Mann dann in Griechenland überhaupt tätig werden dürfe. Angesichts sämtlicher anderer ungeklärter Fragen ist das ein vergleichsweise harmloses Randproblem. Doch es ruft in Erinnerung, dass hier zwei Nachbarn zu engster Zusammenarbeit verdonnert werden, die eigentlich kein gutes Verhältnis haben.

**Load-Date:** March 22, 2016

---

End of Document

**Nächste Abfahrt ungewiss; Viele singen "Deutschland, Deutschland". Und sie haben ein Zugticket für diese Reise dabei. Doch Ungarns Polizei hat den Budapester Ostbahnhof für sie abgeriegelt.**

ZEIT-online

Dienstag 1. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flüchtlinge im Budapester Ostbahnhof; Ausg. 35

**Length:** 578 words

**Byline:** Erzsébet Weil

## Body

---

Ein syrischer **Flüchtling** zeigt sein gültiges Fahrticket. Wann internationale Züge den Ostbahnhof in Budapest wieder anfahren, ist ungewiss.

© Attila Kisbenedek/Getty Images

Rund 30 junge Männer stehen in der Sommerhitze vor dem Budapester Ostbahnhof. Sie wirken verzweifelt und machen ihrem Frust durch Sprechgesänge auf Arabisch Luft. Einige rufen "Deutschland, Deutschland". Allen ist klar, worum es geht: Ihre vielleicht einzige Chance auf Frieden, auf Freiheit; eine Chance, die sie womöglich verpasst haben. Ungarische Polizisten haben den Bahnhof direkt vor ihnen am heutigen Dienstag für **Flüchtlinge** gesperrt, nachdem gestern noch Tausende ohne Kontrollen mit den Zügen gen Westen fahren konnten.

Die Unsicherheit darüber, gar nicht mehr aus Ungarn fortzukommen oder sich auf gefährliche Fahrten mit Schleppern einlassen zu müssen, sitzt bei den Flüchtlingen tief. Doch so aufgeheizt die Stimmung vor dem Bahnhof ist, von Eskalation ist nichts zu spüren.

Das ist bemerkenswert. Denn seit neun Wochen ist der Ostbahnhof in der ungarischen Hauptstadt Durchgangs- und Sammelstelle für Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan, Pakistan, dem Irak und Afrika. Laut der ungarischen Flüchtlingsorganisation Migration Aid sind es mittlerweile um die 2.000, die rund um den Bahnhof auf ihre Angehörigen warten oder auf einen Platz im nächsten Zug hoffen. Sie schlafen auf dem Steinboden in der Unterführung oder - wer Glück hat - auf einer Matratze oder im Zelt.

Der Weg hierher führte sie über die serbische Grenze. Geschätzte 1.500 Flüchtlinge schaffen es Tag für Tag so nach Ungarn. Wer nicht bereits vorher mit Schleppern Richtung Österreich und Deutschland startet, der steuert den Ostbahnhof in Budapest an. Ab hier fahren Züge nach Wien, München und Berlin. Laut Angaben der Einwanderungs- und Ausländerbehörde haben bis zum 24. August mehr als 130.000 Menschen einen Antrag auf Asyl in Ungarn gestellt. Doch das Credo für die Flüchtlinge hier lautet: So schnell wie möglich weiter.

**Ein Loch im Grenzzaun**

Nächste Abfahrt ungewiss Viele singen "Deutschland, Deutschland". Und sie haben ein Zugticket für diese Reise dabei. Doch Ungarns Polizei hat den Budapester Ost....

Auch der 63-jährige Murfa aus dem syrischen Damaskus ist vor sechs Tagen mit seiner Familie in Ungarn angekommen. Der Schneider im weißen Hemd, adrett mit Bügelfalten an den Ärmeln, ist mit seiner Ehefrau, seiner Tochter Dschaina und deren beiden Kindern unterwegs. Sein Schwiegersohn hat es bereits nach Wien geschafft, nun soll der Rest der Familie nachkommen. Das nächste Ziel ist Deutschland.

Ein Loch im Grenzzaun zu Serbien war das Glück der syrischen Flüchtlingsfamilie. Die rechtskonservative Regierung unter Premier Viktor Orbán stellte den Zaun aus Nato-Draht entlang der ungarisch-serbischen Grenze auf 175 Kilometern Länge auf; erst am Wochenende wurde der erste Abschnitt fertiggestellt.

Die Zugtickets von Murfas Familie nach Wien sind noch bis Donnerstag gültig. Wann und ob in den nächsten Tagen internationale Züge den Ostbahnhof jedoch wieder anfahren und ob die Polizei den Bahnhof für Flüchtlinge wieder öffnet, ist ungewiss. Noch in dieser Woche will Orbán darüber in Brüssel und mit den Staatschefs aus Ungarn, Tschechien und der Slowakei verhandeln. Im ungarischen Parlament wird indes über den Einsatz von Soldaten an der Grenze zu Serbien debattiert. Darüber hinaus sollen Grenzjäger ab sofort zusätzlich zu den Polizeibeamten auf Patrouille gehen.

Viele Budapester organisieren bereits Solidaritätsproteste gegen diese geplanten Maßnahmen.

**Load-Date:** September 1, 2015

**Der Arbeitsmarkt schafft das; Immer mehr Flüchtlinge bekommen Hartz IV, nur wenige finden bisher einen Job. Wird durch die Zuwanderung die Arbeitslosigkeit in Deutschland steigen?**

ZEIT-online

Donnerstag 22. Oktober 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flüchtlinge; Ausg. 43

**Length:** 1099 words

**Byline:** Malte Buhse

## Body

---

Arjan Mahmoud aus Syrien arbeitet am 07.10.2015 in Bordesholm (Schleswig-Holstein) im Metallbetrieb Henning Dierk GmbH. Die Arbeitsagentur stellte hier ein Programm zur Integration von **Flüchtlingen** in den Arbeitsmarkt vor. Foto: Carsten Rehder/dpa

© Carsten Rehder/dpa

Es sind viele und sie werden bleiben. Bis zu einer halben Million **Flüchtlinge** könnten in diesem Jahr als **Asylberechtigte** in Deutschland anerkannt werden. Damit brauchen sie demnächst vor allem eines: Arbeit. In den vergangenen Wochen ist unter Ökonomen und Wirtschaftspolitikern bereits eine hitzige Diskussion über die Chancen der **Flüchtlinge** auf dem deutschen Arbeitsmarkt ausgebrochen.

Die ersten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit scheinen dabei den Pessimisten Recht zu geben: Die Zahl der Hartz-IV-Empfänger, die als Flüchtlinge aus Krisenstaaten nach Deutschland gekommen sind, ist im September innerhalb eines Jahres um 20 Prozent gestiegen. Auch erste Stichproben, bei denen untersucht wurde, welche Bildungsabschlüsse die Flüchtlinge besitzen, sind nicht gerade ermutigend: Etwa zwei Drittel haben keine Berufsausbildung, zeigt zum Beispiel eine Auswertung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Landen Flüchtlinge also am Ende alle in Hartz IV? Vieles spricht dafür, dass es nicht so kommen wird.

Nirgendwo sonst in der Eurozone gibt es momentan so viel Arbeit wie in Deutschland. Regelmäßig vermeldet die Arbeitsagentur neue Rekorde. Zuletzt im August, als die Zahl der Arbeitslosen unter 2,8 Millionen fiel und damit so niedrig lag wie noch nie in einem August seit der Wiedervereinigung. Die Arbeitslosenquote ist seit 2010 um 1,5 Prozentpunkte auf momentan 6,2 Prozent gefallen, die Zahl der Erwerbstätigen von rund 41 auf fast 43 Millionen gestiegen. Der Aufschwung hat inzwischen den gesamten Arbeitsmarkt erfasst. Die Zahl der Minijobs und befristeten Stellen sinkt, die der Vollzeitstellen steigt. Auch Hartz-IV-Empfänger gibt es immer weniger: Seit 2010 ist ihre Zahl immerhin um rund eine halbe Million gesunken.

**Vollbeschäftigung in Süddeutschland**

Der Arbeitsmarkt schafft das Immer mehr Flüchtlinge bekommen Hartz IV, nur wenige finden bisher einen Job.  
Wird durch die Zuwanderung die Arbeitslosigkeit in De....

Diese Nachrichten dürften auch viele Flüchtlinge gelesen haben, bevor sie sich auf ihre gefährliche Reise machten. Dass Deutschland eines der beliebtesten Länder für Migranten ist, liegt auch an der starken Wirtschaft. "Die niedrige Arbeitslosigkeit ist vermutlich einer der Hauptgründe, warum viele Flüchtlinge vor allem nach Deutschland wollen", sagt Herbert Brücker, der am IAB über Migration und Arbeitsmarktpolitik forscht. Wie genau Flüchtlinge die ökonomische Situation in Europa analysieren, sieht man auch daran, wie viele weiterhin versuchen, nach Großbritannien zu kommen - obwohl sie dafür oft ein weiteres Mal ihr Leben riskieren müssen. In Großbritannien ist die Arbeitslosenquote mit 5,4 Prozent sogar noch niedriger als in Deutschland.

Könnten die Flüchtlinge auch nach ihrer Ankunft in Deutschland entscheiden, wohin sie weiterreisen, würden viele vermutlich Bayern oder Baden-Württemberg wählen. In den beiden großen süddeutschen Bundesländern bietet der Arbeitsmarkt besonders gute Chancen. Die Arbeitslosenquote liegt mit 3,5 und 3,8 Prozent nochmal deutlich niedriger als der bundesdeutsche Durchschnitt. In vielen Regionen werden Arbeitskräfte inzwischen dringend gesucht, wie auch der Stellenindex der Bundesagentur zeigt, der in Bayern im September auf einen neuen Höchststand stieg. "Und das betrifft nicht nur hochqualifizierte Jobs wie Banker oder Ingenieure", sagt IAB-Forscher Brücker. "Das Dienstleistungsgewerbe ist in diesen Regionen ebenfalls stark und bietet Arbeitsplätze für Geringqualifizierte."

Auch Alfred Gaffal ist daher zuversichtlich, dass sich für die Flüchtlinge schnell Arbeit finden wird. Der Präsident des bayrischen Arbeitgeberverbandes vbw schloss in der vergangenen Woche mit der Bundesagentur für Arbeit und der bayrischen Landesregierung eine Vereinbarung, bei der die Arbeitgeber versprochen, in den kommenden fünf Jahren 60.000 Flüchtlinge in den bayrischen Arbeitsmarkt zu integrieren. "Wir machen das", sagte Gaffal - in Anlehnung an das "Wir schaffen das" von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Bis Ende kommenden Jahres sollen bereits 20.000 Flüchtlinge Angebote für Jobs, Ausbildungsstellen oder zumindest Praktika bekommen. "Die bayerische Wirtschaft wird diese Verpflichtung gut erfüllen können", sagt Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der vbw. "Die Unternehmen wollen, dass die Integrationsprojekte zügig beginnen und möglichst schnell für sie passende Praktikanten oder Mitarbeiter gewinnen."

Klar ist aber auch: Ganz so zügig wird es am Ende doch nicht gehen - selbst in Boom-Regionen wie Bayern und Baden-Württemberg. Das IAB hat in einer Studie untersucht, wie schnell sich in den vergangenen Jahren Flüchtlinge aus Krisenstaaten in den deutschen Arbeitsmarkt integriert haben. In den ersten zwei Jahren fand nur rund ein Viertel einen Job. Nach fünf Jahren allerdings lag die Erwerbsquote schon bei etwa 50 Prozent und stieg auch danach weiter an.

### **Keine steigende Arbeitslosigkeit erwartet**

Doch selbst wenn man davon ausgeht, dass die neuen Flüchtlinge ähnlich viel Zeit brauchen werden, glaubt IAB-Forscher Brücker nicht, dass die Arbeitslosigkeit durch die Zuwanderung stark steigen wird. "Die Effekte werden, wenn überhaupt, sehr gering sein", sagt der Arbeitsmarktforscher. Eine Simulation, bei der er zusammen mit Kollegen unterschiedliche Szenarien durchgerechnet hat, zeigt, dass sich die Arbeitslosenquote kurzfristig höchstens um 0,15 Prozentpunkte erhöhen wird. Langfristig seien die Effekte noch deutlich geringer.

Um die Arbeitssuche zu erleichtern, plädiert Brücker dafür, bei der Verteilung der Flüchtlinge auch ökonomische Faktoren zu berücksichtigen. Denn bisher können Flüchtlinge eben nicht selbst entscheiden, wo sie in Deutschland leben und Arbeit suchen wollen. Stattdessen werden sie nach dem Königsteiner Schlüssel auf die einzelnen Bundesländer aufgeteilt, bei dem Steuereinnahmen und Bevölkerungszahl entscheidend sind. So landen viele zum Beispiel im zwar bevölkerungsreichen, aber wirtschaftlich in großen Teilen schwachen Nordrhein-Westfalen und müssen sich im schlimmsten Fall in Duisburg oder Gelsenkirchen auf Jobsuche begeben.

"Würde man auch die Arbeitslosenquote, die Beschäftigung oder Vakanzzeiten bei der Besetzung neuer Stellen berücksichtigen, wäre die Verteilung deutlich effizienter", sagt Brücker.

Der Arbeitsmarkt schafft das Immer mehr Flüchtlinge bekommen Hartz IV, nur wenige finden bisher einen Job.  
Wird durch die Zuwanderung die Arbeitslosigkeit in De....

**Load-Date:** October 22, 2015

---

End of Document

**Zuwanderung von EU-Bürgern nach Deutschland auf Rekordhoch; Im vergangenen Jahr zogen knapp 700.000 Menschen aus anderen EU-Staaten nach Deutschland. Über drei Viertel davon kamen aus Ländern im Osten Europas.**

ZEIT-online

Samstag 2. Juli 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Migration; Ausg. 26

**Length:** 276 words

## Body

---

Vor allem **Migranten** aus osteuropäischen EU-Staaten haben Deutschland im Fokus.

© Friso Gentsch/dpa

Die Zahl der Zuwanderer von Bürgern aus EU-Staaten nach Deutschland war im Jahr 2015 so hoch wie nie zuvor. Aus einer Zuwanderung von 685.485 und einer Abwanderung von 303.036 EU-Bürgern ergab sich eine Nettozuwanderung von 382.449. Das geht aus dem neuen Freizügigkeitsmonitoring des Bundesamtes für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf) hervor, das der Tageszeitung *Die Welt* vorliegt.

Die meisten Zuwanderer kamen demnach mit 174.779 Menschen aus Rumänien, gefolgt von Polen (147.910) Bulgarien (71.709) und dem jüngsten EU-Mitglied Kroatien (50.646). Damit stammen fast vier Fünftel (533.000) der im vergangenen Jahr zugezogenen EU-Ausländer aus den osteuropäischen Staaten. Neben Rumänien, Bulgarien und Kroatien sind das Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn.

Laut Freizügigkeitsmonitor kamen mit gut 100.000 Menschen weitere 15 Prozent aus den südeuropäischen Staaten Griechenland, Italien, Portugal und Spanien in die Bundesrepublik. Mit Ausnahme Italiens hat sich die Zuwanderung aus diesen Staaten, die durch die Schulden- und Finanzkrise angestiegen war, damit zuletzt wieder abgeschwächt.

Insgesamt leben in Deutschland 4,1 Millionen der laut der Statistikbehörde Eurostat insgesamt 18,5 Millionen EU-Migranten. Es folgen Großbritannien (3,1 Millionen), Frankreich (2,2), Spanien (2) und Italien (1,8). Der Zuzug von EU-Einwanderern war eines der wichtigsten Themen in der britischen Debatte über den Austritt des Landes aus der EU. Das Land verzeichnete 2015 ein Wanderungssaldo von 184.000 EU-Einwanderern.

**Load-Date:** July 2, 2016

**Fremd in Paris, Wiesbaden, Rostock-Lichtenhagen; Wie fühlen sich Migranten in Europa? In Paris, Wiesbaden und 1992 in Rostock? Drei Filme erzählen derzeit davon: lehrbuchhaft, komisch, naiv - und brandaktuell.**

ZEIT-online

Mittwoch 21. Januar 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Migranten in Europa; Ausg. 3

**Length:** 1605 words

**Byline:** Julia Dettke

## Body

---

Jonas Nay und Saskia Rosendahl

© Zorro Filmverleih

Eingängige Rhythmen, Tänzerinnen in Zwanziger-Jahre-Kleidchen, Konfetti fliegt durch die Luft, schon wird die riesige Torte angeschnitten: Mitten in Paris wird eine Hochzeit gefeiert. Doch der Beginn des Films *Samba* führt in die Irre, denn schon fährt die Kamera weiter, in die verborgenen Räume des Festbetriebs. Dort, noch hinter den Konditoren, die die süße, weiße Pracht nun gerade in perfekt gleichmäßige Stücke zerlegen, steht Samba (herausragend: Omar Sy) an der Spülmaschine, ein hochgewachsener junger Schwarzer. Samba tanzt nicht, Samba wäscht Teller ab. Und das illegal, weil ohne Arbeitserlaubnis.

Dass Samba auch sonst sowieso überhaupt nicht gerne tanzt, nicht einmal, als es darum geht, die mögliche Frau (ebenfalls beeindruckend: Charlotte Gainsbourg) seines nicht besonders vergnügten Herzens zu erobern, kann man als Zuschauer an dieser Stelle noch nicht wissen. Wohl aber sieht man gleich, dass die neue Tragikomödie der beiden Regisseure von *Ziemlich beste Freunde*, Olivier Nakache und Eric Toledano, um einiges ruhiger, realistischer und weniger gefällig erzählt ist als ihre erfolgreiche Vorgängerin.

Angesichts beinahe täglicher neuer Meldungen über IS, Pegida, Proteste gegen Flüchtlingsheime, Gewalt in Flüchtlingsunterkünften, und nun sogar den erstochenen eritreischen Flüchtling in Dresden, können Filme den in den Schlagzeilen beinahe unvermeidlichen Generalisierungen subjektive Geschichten entgegensetzen. *Samba* ist einer von dreien zu dem Thema, das gerne "Flüchtlingsproblematik" genannt wird, wobei schon merkwürdig ist, dass mit Problematik selten die Leiden der Schutzsuchenden gemeint sind, sondern fast immer die Schwierigkeiten, vor die sich ihre, dem Wort kaum Ehre bereitenden, Gastgeber gestellt sehen. *Samba*, der Ende Februar anläuft, spielt in Frankreich. Die anderen beiden spielen in Deutschland - der eine, *Guten Tag, Ramón*, im Wiesbaden der Gegenwart, der andere, *Wir sind jung. Wir sind stark.*, in Rostock-Lichtenhagen vor mehr als zwanzig Jahren. Gelingt es ihnen, ein differenzierteres Bild von der Flüchtlingssituation in Europa zu zeichnen?



Fremd in Paris, Wiesbaden, Rostock-Lichtenhagen Wie fühlen sich Migranten in Europa? In Paris, Wiesbaden und 1992 in Rostock? Drei Filme erzählen derzeit davon:....

"Ich bin weder Politikwissenschaftler noch Aktivist", stellt Burhan Qurbani, Regisseur des Lichtenhagen-Films, im Interview gleich zu Beginn klar. "Wir haben angefangen, an dem Film zu arbeiten, bevor wir wussten, dass es den NSU gab, bevor IS oder Pegida in den Schlagzeilen waren. Wir konnten nicht wissen, dass dieser Film, den wir universell erzählen wollten, jetzt doch wieder so erschreckend aktuell wird." Der junge Regisseur war mit seinem Debüt *Shahada* über drei Muslime in Deutschland 2010 auf der Berlinale vertreten. Schon damals recherchierte er darüber hinaus einen Stoff aus der jüngsten deutschen Geschichte rechtsextremer Gewalttaten: Der Pogrom von Rostock-Lichtenhagen 1992, bei dem Hunderte Rostocker Brandsätze auf eine Flüchtlingsunterkunft warfen (die damals noch abschätziger "Asylantenheim" genannt wurde), während weit mehr als tausend weitere Menschen zusahen und applaudierten und sogar die Polizei sich vollkommen zurückzog.

Qurbani erzählt aus dreifacher Perspektive, wie alles auf die Katastrophe zusteuert. Da sind die hilflosen, sich aus parteipolitischem Kalkül zurückhaltenden Lokalpolitiker (einen von ihnen spielt der wie immer wunderbare Devid Striesow), die verängstigten vietnamesischen Bewohner des angegriffenen Hauses, die zunächst hoffen, die da draußen meinten sicher eigentlich nicht sie, sondern "die Zigeuner nebenan - die verwechseln nur die Häuser". Den größten Raum aber nimmt eine Clique von Jugendlichen ein, die schließlich zu Mittätern werden. Nazis seien das aber nicht, sagt Qurbani, "darauf bestehe ich. Sie befinden sich eher in einer Art luftleerem Raum und konsumieren Lust und Gewalt. Ich habe den Eindruck, sie sind gar nicht so weit weg von den Jugendlichen heute". *Wir sind jung. Wir sind stark.* ist eine größtenteils überzeugende Annäherung an ein erschreckendes Stück Vergangenheit, das auch die Gegenwart zu verstehen hilft: "Man kann eine Linie ziehen von Lichtenhagen nach Zwickau; von denen, die damals Kinder waren, zur Terrorzelle des NSU."

Die deutsch-mexikanische Koproduktion *Guten Tag, Ramón* von Jorge Ramírez Suárez wirkt gegen dieses Kino recht naiv. Sie erzählt von einem jungen Mexikaner, den es auf der Flucht vor den Drogenbanden in seiner Heimat nach Wiesbaden verschlägt. Dort ist es zwar anfangs und des Nachts im kalten Bahnhof etwas ungemütlich, doch schon kurze Zeit später trifft er eigentlich nur noch auf unfassbar nette Menschen, die den stets dankbar Lächelnden kurzerhand zu ihrem neuen Tanzlehrer machen. Vor allem die ältere Dame Inge fühlt sich für ihn verantwortlich und von ihm verstanden - und das, obwohl sich die beiden auch nach Monaten bloß mit Händen und Füßen verständigen können, da Deutschunterricht offenbar nicht zum Hilfsrepertoire der Wiesbadener Oberschicht gehört. Nichts gegen den filmisch verwirklichten Traum von einer besseren Welt. Verharmlosung allerdings verschlimmert die Verhältnisse leider oft eher.

Es sind also zwei grundverschiedene Geschichten, die hier über den deutschen Umgang mit Flüchtlingen erzählt werden: Eine von Hass, Halt- und Hilflosigkeit. Eine von falsch verstandener, weil letztlich herablassender Hilfe (in einem die Wirklichkeit gnadenlos idealisierenden Film). Dabei geht es auch um zwei sehr unterschiedliche Teile Deutschlands: auf der einen Seite das reiche Wiesbaden, in dem der "Tante Emma lebt!"-Laden das Zentrum der Stadt zu bilden scheint. Und demgegenüber Rostock drei Jahre nach dem Fall der Mauer mit 50 Prozent Arbeitslosigkeit unter jungen Erwachsenen. Teilen fällt so leicht, wenn man genug hat und die Bedürftigkeit eines Flüchtlings eine Ausnahme ist, könnten die Filme suggerieren - was derzeit in Dresden passiert, scheint dem indes harsch zu widersprechen.

Noch einmal zu *Samba*. In einer der schönsten Szenen dieses an schönen Szenen wahrlich nicht armen Films schreien sich Samba, der Flüchtling, und Alice, die Flüchtlingshelferin, an: laut, unbeherrscht, so, dass alle Menschen um sie herum irritiert aufschauen. Samba, weil er es nicht fassen kann, dass er noch einmal ein Jahr warten soll, bis er den nächsten Antrag auf Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis wagt - ein Jahr, in dem er seine Zeit damit verbringen soll, "sich unauffällig zu verhalten und nicht in der U-Bahn beim Schwarzfahren erwischt zu lassen". Alice schreit, weil auch sie an den Vorschriften nichts ändern kann, weil sie hilflos ist und dünnhäutig und übermüdet sowieso. Sie schreien sich also an, aber, das ist das Besondere an der Szene, eben gleichberechtigt - angesichts der unbarmherzigen Asylgesetze sitzen die beiden für einen Moment im gleichen, ungemütlichen Boot.

Der Film darf sich diese kleine Utopie erlauben, weil er die prekäre Arbeits- und Lebenssituation Sambas insgesamt keineswegs verharmlost. Es ist diese Mischung aus realistischer Alltagsdarstellung und stellenweise fast zarter Komik, die *Samba* so besonders macht. Was ihn außerdem von den beiden anderen thematisch so

Fremd in Paris, Wiesbaden, Rostock-Lichtenhagen Wie fühlen sich Migranten in Europa? In Paris, Wiesbaden und 1992 in Rostock? Drei Filme erzählen derzeit davon:....

eng verwandten Filmen abhebt, ist seine Performance im Parcours zwischen Klischeereproduktion und politischer Überkorrektheit. *Guten Tag, Ramón* reduziert seine Hauptfigur auf kindliche Harmlosigkeit und entmündigt ihn damit praktisch erzählerisch. Selbst *Wir sind jung. Wir sind stark.* unterwirft die Protagonisten stellenweise dem geschichtsbuchhaft braven Abspulen der Ereignisse. Lediglich *Samba* hat den Mut, kantige Charaktere zu zeigen und eine zarte Liebesgeschichte und harte Gelegenheitsjobodyssee in einem zu erzählen, ohne dass die eine der anderen die Relevanz nähme.

So gelingt Eric Toledano und Olivier Nakache in ihrer zweiten Zusammenarbeit eine weitgehend klischeefreie, berührende, traurige und komische Geschichte über einen jungen Senegalesen, der aus seinem Heimatland geflohen ist. Dessen Alltag sich deshalb in vielen kleinen und großen Dingen wesentlich schwieriger gestaltet als der jener, die über umfassende Rechte, Sicherheit, Geld und Beziehungen verfügen. Dessen Identität sich dennoch nicht darauf reduzieren lässt, dass er in Frankreich selbst nach zehn Jahren Aufenthalt noch immer als "Illegaler" leben muss. *Samba* hat Stärken und Schwächen, ist mal ganz ausgezeichnet und mal weniger gut gelaunt, er kann charmant sein oder wortkarg, übermütig oder ängstlich. Er tanzt nicht gerne, obwohl er doch ironischerweise *Samba* heißt, und er hintergeht einen Freund, obwohl er sicher jemand ist, den man als guten Kerl bezeichnen würde. *Samba* ist weder *bon sauvage*, noch schwarzer Barbar. Eben ein Mensch. Dem man nichts mehr wünscht, als in seiner Wahlheimat ein Leben führen zu können, das ihn vor nicht mehr Probleme stellt als den überwiegenden Teil der Bevölkerung - und in dem er außerdem noch möglichst oft Charlotte Gainsbourg küssen darf, eh klar.

Ja, vielleicht sollte das alles längst selbstverständlich sein. Doch es ist eine echte Freude, dass gerade aus Frankreich, dem Land der *Charlie Hebdo* -Anschläge und von Filmen wie *Monsieur Claude und seine Töchter* nun ein so differenzierter, beinahe zärtlicher Film über die Schwierigkeiten eines Migranten in Paris kommt. *Je suis Samba!*

**Load-Date:** January 21, 2015

**Jetzt wird gedealt; Die EU will die Türkei bezahlen, um mehr Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa aufzuhalten. Die harten Verhandlungen zeigen: Das Beitrittsland ist nur noch Zweckpartner.**

ZEIT-online

Montag 5. Oktober 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flüchtlingspolitik; Ausg. 40

**Length:** 1226 words

**Byline:** Lenz Jacobsen

## Body

---

Syrische **Flüchtlinge** treffen bei Istanbul auf türkische Polizisten.

© Tolga Bozoglu/EPA/dpa

Nach dem Treffen mit dem türkischen Regierungsvertreter trat der EU-Kommissar vor die Presse und verkündete, er freue sich sehr über die vertiefte Zusammenarbeit in Sachen Zuwanderung. Denn "irreguläre **Migration** ist ein Thema von großer Bedeutung sowohl für die EU als auch die Türkei. Deshalb glauben wir, dass eine effektive Antwort auf irreguläre **Migration** eine sein muss, bei der sich EU, ihre Mitgliedstaaten und die Türkei gemeinsam engagieren."

Das war vor fast genau sechs Jahren, im Oktober 2009. Der Kommissar hieß Jacques Barrot, er ist mittlerweile verstorben. Syrien war ein friedliches Land damals und nach Deutschland kamen im gesamten Jahr 27.649 **Asylbewerber**. Ungefähr so viele wie im Jahr 2015 allein an einem Wochenende nach München.

Nein, die Einsicht, dass EU und Türkei gemeinsame Sache machen müssen, um ungeplante Zuwanderung besser zu steuern oder zu begrenzen, ist wirklich nicht neu. Was allerdings seit damals geschehen ist, oder auch eben nicht geschehen ist, ist bezeichnend für das Verhältnis von EU und Türkei. Unter welchen Umständen sich EU und Türkei an diesem Montag voraussichtlich darauf einigen, nun wirklich gemeinsame Sache machen zu wollen, zeigt nicht nur die Dramatik der aktuellen Flüchtlingskrise. Deutlich wird darin auch die neue Nüchternheit, die mittlerweile die Beziehungen zwischen Brüssel und Ankara bestimmt.

Am Montag traten also der heutige türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan und der EU-Ratspräsident Donald Tusk vor die Presse und letzterer erklärte, ganz ähnlich wie einst Barrot: "Wir können das nicht allein schaffen, wir brauchen die türkische Seite. Kooperation wird beiden Seiten nutzen."

Brüssel will, dass die Türkei ihre Grenze zur EU besser sichert. Zuletzt hatte das Land, das sich selbst nach eigener Aussage um 2,5 Millionen Flüchtlinge kümmern muss, viele derjenigen, die nach Europa wollten, in die Boote nach Griechenland steigen lassen. Zu viele, finden Deutschland und andere Länder. Deshalb soll die EU-

Jetzt wird gedealt Die EU will die Türkei bezahlen, um mehr Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa aufzuhalten. Die harten Verhandlungen zeigen: Das Beitrittsland ....

Agentur Frontex nun griechische und türkische Polizei zusammenbringen, um die Grenze dichter zu machen. Außerdem will die EU endlich das Rückübernahmeabkommen in Kraft setzen, auf das sie schon seit Jahren drängt, und das die Türkei verpflichten würde, von ihrem Staatsgebiet irregulär in die EU eingereiste Personen wieder zurückzunehmen. Neue Flüchtlingslager, die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* berichtet von sechs, sollen auf türkischem Boden entstehen, mitfinanziert von der EU. Deren Mitgliedstaaten sollen der Türkei außerdem 500.000 Flüchtlinge abnehmen.

Vor allem aber könnte sie sich endlich bereit erklären, die Visumspflicht für Türken aufzuheben, die in die EU wollen.

Das ist der entscheidende Punkt und der entscheidende Unterschied zu, sagen wir, 2009 oder 2013. Es zeigt, dass die EU bei der Türkei längst nichts mehr allein dadurch erreichen kann, dass sie mit einer eventuellen EU-Mitgliedschaft wedelt. Was zählt, ist auf beiden Seiten nur noch der harte Nutzen, der eigene Vorteil. Aus einer Partnerschaft, die eines Tages gar eine Vermählung werden sollte, ist, vielleicht endgültig, ein Zweckverhältnis geworden. Mal ist die Regierung in Ankara Gegner, mal Partner. An die Heirat glaubt niemand mehr, jetzt wird nur noch gedealt.

Denn hat die Türkei in den ersten Jahren von Erdogans Regierungszeit auch in Sachen Grenzschutz und Umgang mit Flüchtlingen noch gern das getan, was die EU wollte, einfach, weil es Teil dieser EU sein wollte, ist damit seit ungefähr 2005 Schluss. Damals begannen zwar offiziell die Beitrittsverhandlungen, aber weil die Regierungen in Österreich, Deutschland und Frankreich die Türkei eigentlich nicht dabei haben wollten, wurde die Beitrittsperspektive unglaublich und die Türken bemühten sich weniger, den Forderungen aus Brüssel nachzukommen.

Weil man aber in der EU, siehe Barrot, begriffen hatte, dass die Türkei ein allzu offenes Tor für Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa war, versuchte man es mit anderen Mitteln: Geld vor allem. Knapp 660 Millionen Euro gab die EU von 2007 bis 2013 für sogenannte Heranführungshilfe im Bereich Innere Sicherheit an die Türkei. Für 2014 bis 2020 sind weitere 624 Millionen vorgesehen. Das Geld floss zum Beispiel in Trainingsprogramme für türkische Grenzpolizisten oder den Bau von "Rückführungszentren" für illegale Migranten. Die EU bezahlte, in kleinem Maßstab, einfach selbst jene Grenzsicherung und Einwanderungspolitik, die sie sich von der Türkei wünschte.

Allerdings konnte von einer erfolgreichen "Heranführung" der Türkei an die EU in dieser Zeit angesichts einer immer autoritäreren Regierung, Polizeigewalt und Korruptionsskandalen keine Rede sein.

### **Forderungen unter Freunden**

Das Rücknahmeabkommen will die EU auch schon seit vielen Jahren, 2013 hat sie sich dann mit der Türkei auf eine Art Rahmenvereinbarung geeinigt, die das Inkrafttreten des Abkommens an einen sogenannten Visa-Dialog bindet. Ein Euphemismus dafür, dass die EU damals noch nicht ganz bereit war, den Türken wirklich die gewünschten Visumserleichterungen zuzugestehen. Nur drüber reden wollte man. Die Visaregelungen waren aber für Ankara längst das geworden, was einst die EU-Beitrittsperspektive war: der entscheidende Antrieb, überhaupt mit der EU zu reden. Dass man nun in Brüssel und den europäischen Hauptstädten bereit zu sein scheint, hier endlich nachzugeben, zeigt wie unbedingt man die Türkei jetzt braucht. Die Hunderttausenden Flüchtlinge haben ganz einfach die Kosten-Nutzen-Kalkulation der europäischen Staaten verändert. Über diese nüchterne Strategie auf beiden Seiten können auch die blumigen Worte von Erdogan und Tusk nicht hinwegtäuschen, die sich am Montag "Freunde" nannten, bevor sie ihre Forderungen präsentierten.

Erdogan war dabei besonders offensiv, indem er auch noch die Einrichtung einer Flugverbotszone in Nordsyrien forderte und mehr Strenge der europäischen Länder mit der kurdischen PKK. Zwei Themen, die eher indirekt mit einem Flüchtlingsdeal zu tun haben. Dass er sie bei seinem Auftritt damit verknüpfte, macht deutlich, dass er in dieser für die EU und vor allem für Deutschland dramatischen Situation auf jeden Fall das Maximale herausholen will.

Jetzt wird gedealt Die EU will die Türkei bezahlen, um mehr Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa aufzuhalten. Die harten Verhandlungen zeigen: Das Beitrittsland ....

Die Einigung wird, wie auch immer sie aussieht, die Zahl der nach Europa und insbesondere nach Deutschland kommenden Menschen nicht plötzlich einbrechen lassen. Zum einen, weil ein Rückübernahmeabkommen noch nicht bedeutet, dass wirklich alle in die Türkei zurückgehen. Griechenland kann ein Lied davon singen. Es hat so ein Abkommen mit der Türkei bereits seit Langem. Zwischen 2002 und 2010 wollte die griechische Regierung 65.300 Menschen zurück in die Türkei schicken, die Türkei akzeptierte das aber nur in 10.124 Fällen. Davon brachte Griechenland letztlich nur 2.425 zurück in die Türkei (PDF). Ein formales Abkommen ist das Eine. Die tatsächliche Aufnahmebereitschaft in der Türkei und auch der Aufwand, all diese Menschen dorthin zu transportieren, ist das Andere.

Dazu kommt, dass auch eine gemeinsame Offensive von Frontex, griechischer und türkischer Polizei die Grenze nicht komplett dicht machen kann. Einfach deshalb, weil sich keine Grenze der Welt auf humane Weise komplett sichern lässt. Selbst der ungarische Grenzzaun hat die Flüchtlinge auf ihrem Weg nach Deutschland bisher nicht gestoppt.

**Load-Date:** October 5, 2015

---

End of Document

**"Ungleichheit wird immer bestehen bleiben"; Laut Bildungsbericht gibt es mehr Kitas und etwas mehr Gerechtigkeit. Forscher Kai Maaz erklärt, warum individuelle Förderung nicht nur Flüchtlingskindern zugute kommt.**

ZEIT-online

Donnerstag 16. Juni 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

**ZEIT**  **ONLINE**

**Section:** Bildungsbericht 2016; Ausg. 25

**Length:** 1083 words

**Byline:** Parvin Sadigh

## **Body**

---

Eine Willkommens-Klasse in Berlin

© Sean Gallup/Getty Images

**ZEIT ONLINE:** Professor Maaz, **Migration** ist im aktuellen Bildungsbericht Schwerpunktthema wie schon vor zehn Jahren. Mit den vielen **Flüchtlingen** kommen heute noch mehr Kinder und Jugendliche mit schwierigen Startbedingungen in die Kindergärten und Schulen. Was haben Sie herausgefunden?

**Kai Maaz:** Die Daten, die bis jetzt vorliegen, sind äußerst dünn. Was wir wissen: Die Mehrheit der Zugewanderten ist jünger als 25 Jahre. Diese Botschaft ist für das Bildungssystem von elementarer Bedeutung, denn Zuwanderung ist zuallererst eine Bildungsaufgabe. Die Schulen, aber auch Kindertageseinrichtungen und das berufliche Bildungssystem müssen sich darauf einstellen. Wir haben anhand der **Flüchtlingszahlen** von 2015 den Mehrbedarf an Personal und Geld ausgerechnet und kommen auf eine Summe von 2,2 bis drei Milliarden Euro, die in den Schulen, Kindergärten und in die berufliche Bildung jährlich investiert werden müsste. Darin enthalten sind die Kosten für Lehrkräfte und Sozialarbeiter, die flankierend unbedingt notwendig sind.

**ZEIT ONLINE:** Wissen Sie, wie viel tatsächlich ausgegeben wird?

**Maaz:** Nein, aber wir wissen zum Beispiel, wie viele Vorbereitungsklassen eingerichtet wurden: Sie wurden um mehr als das 20-Fache ausgebaut. Die Bundesländer reagieren also alle und nehmen sich der Thematik an. Wichtig ist, wie sie die Situation in Zukunft bewältigen. Die Insel-Lösung mit den Vorbereitungsklassen ist für den Moment sinnvoll, sollte aber nur temporär sein. Dauerhaft ist es besser, die Kinder der zu uns Geflüchteten schnell in die regulären Klassen zu integrieren.

**ZEIT ONLINE:** Es betrifft nicht nur die Flüchtlingskinder, wenn Sie von der "Heterogenität der Lerngruppen" in deutschen Schulen sprechen. Sie fordern innovative pädagogische Lösungen dafür. Welche?

"Ungleichheit wird immer bestehen bleiben" Laut Bildungsbericht gibt es mehr Kitas und etwas mehr Gerechtigkeit. Forscher Kai Maaz erklärt, warum individuelle F....

**Maaz:** Adaptiver Unterricht zum Beispiel und individuelle Förderung. Sie kommen völlig unabhängig von den Migranten allen Schülern zugute. Der Umgang mit Heterogenität ist ein Thema, das verstärkt die Unterrichtspraxis prägen wird und verstärkt in die Lehrerbildung implementiert werden muss.

**ZEIT ONLINE:** Insgesamt gibt es laut ihrem Bericht in Deutschland mehr Bildung, etwa durch mehr Kitaplätze und Ganztagschulen, aber noch zu wenig Bildungsgerechtigkeit. Kommt denn dieses Mehr an Bildung bei denen an, die sie am meisten brauchen? Zum Beispiel besucht ein Drittel der Kinder inzwischen Ganztagschulen. Sind das die Kinder aus sozial schwachen und Migrantenfamilien?

**Maaz:** Letztendlich ist das die Gretchenfrage. Sie macht deutlich, dass die richtigen Strukturen eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung sind, um die gewünschten Erfolge zu erzielen. Hier rückt die Prozessebene des Lernens in den Fokus, die Interaktion zwischen Lernenden und Lehrenden. Es ist noch viel Arbeit, damit entsprechende Angebote auch angenommen werden und Wirkung zeigen. Es reicht nicht aus, sie nur vorzuhalten. Wenn eine Schule das Ziel verfolgt, Kinder aus sozial schwachen und Migrantenfamilien zu fördern, braucht sie spezifische Konzepte. Fortgesetzter Unterricht am Nachmittag kann es nicht sein, nur Fußball-AGs auch nicht. Es gibt sehr gute Beispiele für die richtige Mischung. Oft gehen Wunsch und Wirklichkeit in den Ganztagschulen aber noch weit auseinander.

**ZEIT ONLINE:** Es bleibt also vorläufig dabei: Kinder aus sozial schwachen Familien haben es schwer in Deutschlands Schulen?

**Maaz:** Ja, die Distanz bleibt stabil. Ein Drittel der 30- bis 35-Jährigen mit Migrationshintergrund haben keinen Schulabschluss, Menschen ohne Migrationshintergrund nur zu zehn Prozent. Ein besonderes Augenmerk muss auf Personen ohne einen beruflichen Abschluss gelegt werden, diese Gruppe ist sowohl bei den Personen ohne als auch mit Migrationshintergrund zu hoch. Unabhängig von den Befunden des Berichts müssen wir uns allerdings fragen, inwiefern Bildungschancen überhaupt gerecht sein können. Ein bestimmter Level an Ungleichheit wird immer bestehen bleiben. Dafür hat sich schon viel getan.

**ZEIT ONLINE:** Zum Beispiel?

**Maaz:** Unter den Schülern aus sozial schwächeren Familien gibt es deutliche Kompetenzzuwächse. Den mittleren Schulabschluss erreichen inzwischen viel mehr Jugendliche als früher, nämlich mehr als 50 Prozent. Das betrifft Deutsche ebenso wie Ausländer. Hauptschulabschlüsse werden umgekehrt weniger - das könnten aber noch mehr werden.

**ZEIT ONLINE:** Und wie sieht es bei den Kleinen aus? Sie stellen fest, dass konstant knapp ein Viertel der Kinder zwischen drei und fünf Jahren eine Sprachförderung braucht. Warum ändert sich da nichts, wenn so viele Kinder die Kitas besuchen?

**Maaz:** Tatsächlich besuchen 95 Prozent aller Vier- bis Fünfjährigen einen Kindergarten. Eine Kitapflicht brauchen wir also nicht. Die Effekte werden sich zum einen erst langfristig zeigen. Zum anderen ist aber die Kita wie die Ganztagschule nur eine Lerngelegenheit. Nicht alle Kinder lernen dort automatisch Deutsch. Durch die Segregation in Ballungsgebieten etwa müssen nicht Deutsch sprechende Kinder, die unter sich bleiben, ganz anders gefördert werden als in einer Kita, in der die Mehrheit der Kinder zu Hause Deutsch spricht. Wir haben außerdem festgestellt, dass für 40 Prozent der Kinder ein Förderbedarf besteht, wenn sie aus bildungsfernen Familien stammen, aber nur zu 20 Prozent, wenn die Eltern über höhere Bildungszertifikate verfügen.

Es geht also darum, sehr frühzeitig Förderbedarfe festzustellen und darauf hinzuweisen - nicht um einen Status festzulegen, sondern um individuelle Konzepte zu entwickeln. Viel von der Ungleichheit kann man im Vorschulbereich auffangen. Bisher fokussieren die bildungspolitischen Bemühungen zu sehr auf den späten Bildungsbereich. Dann ist es aber nicht mehr so effektiv.

**ZEIT ONLINE:** Wenn es gleiche Bildungschancen nicht geben kann, profitieren denn wenigstens die leistungsstarken Schüler von mehr Bildung?

"Ungleichheit wird immer bestehen bleiben" Laut Bildungsbericht gibt es mehr Kitas und etwas mehr Gerechtigkeit. Forscher Kai Maaz erklärt, warum individuelle F....

**Maaz:** Das ist leider nicht so. Der Risikobereich in den Pisa-Studien, also 15-Jährige, die das unterste Lernniveau nicht erreichen, ist deutlich reduziert worden, aber die oberste Kompetenzstufe ist relativ konstant geblieben. Offensichtlich wird die Förderung eher auf die Leistungsschwachen fokussiert. Die Konsequenz muss sein: Die Floskel von der bestmöglichen Förderung für jeden einzelnen sollte wirklich ernst genommen werden. Dann würde es nämlich neben den Förderangeboten für leistungsschwache Kinder vermehrt auch Angebote für die leistungsstarken Kinder geben.

**Load-Date:** June 16, 2016

---

End of Document



**Instrumentalisiert Russland Flüchtlinge?; Tausende Flüchtlinge kommen über die russische Grenze nach Norwegen und Finnland. Selbst in der EU-Kommission gibt es den Verdacht, Russland benutze sie als Druckmittel.**

ZEIT-online

Freitag 26. Februar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Russland; Ausg. 10

**Length:** 1103 words

**Byline:** Maxim Kireev

## Body

---

Route nach Europa: **Flüchtlinge** fahren im mit ihren Rädern durch den Schnee zur russisch-norwegischen Grenze.

© Jonathan Nackstrand/AFP/Getty Images

Es begann mit einer kleinen Meldung im vergangenen Herbst am Rande der aufkommenden **Flüchtlingskrise** in Europa. Dutzende Menschen aus dem Nahen Osten versuchten, mit dem Fahrrad über die russische Grenze nach Norwegen zu gelangen. Mit dem Fahrrad, weil ein Grenzübertritt zu Fuß zwischen Russland und seinen skandinavischen Nachbarn nicht gestattet ist. Über Monate wurden aus Dutzenden Hunderte und bei den Skandinaviern wuchs ein Verdacht gegen den Nachbarn im Osten: Ist diese **Flüchtlingsbewegung** vielleicht von russischer Seite organisiert? Ein Versuch der Russen, Norwegen und Finnland zu destabilisieren? "Immer mehr **Flüchtlinge** aus Russland kommen nach Finnland und Norwegen", sagte auch EU-Kommissar Johannes Hahn im Interview mit ZEIT ONLINE. "Die haben sich wahrscheinlich nicht von selbst auf den Weg gemacht."

Die Vorwürfe klingen auf den ersten Blick bizarr. Im vergangenen Jahr erreichten etwa 5.500 Asylsuchende Norwegen über die russische Grenze. Gut 700 Menschen versuchten es 2015 in Finnland. Seit Jahresanfang, nachdem Norwegen seine Grenzen dicht gemacht hat, kamen zusätzliche 985 Menschen über die nordfinnischen Grenzübergänge Salla und Raja-Jooseppi, die meisten aus Afghanistan, Syrien, Indien, Nepal und Bangladesch. Vor dem Hintergrund der insgesamt jeweils über 30.000 Asylanträge in beiden Ländern im vergangenen Jahr scheinen die Zahlen klein zu sein. Doch die Stimmung unter Russlands Nachbarn ist aufgewühlt.

Bereits im Oktober 2015 bat Norwegens Außenminister Børge Brende seinen russischen Amtskollegen Sergej Lawrow um eine Erklärung für das plötzliche Auftauchen der Flüchtlinge. Auch das finnische Innenministerium spricht von einem neuen Phänomen. "Früher haben die Russen niemanden ohne Schengen-Visum durchgelassen, diese Praxis hat sich nun verändert", sagte eine Sprecherin ZEIT ONLINE. Zudem gebe es Hinweise auf organisierte Schlepperbanden im russisch-finnischen Grenzgebiet. Die finnische Polizei untersuche derzeit zahlreiche Fälle.

Instrumentalisiert Russland Flüchtlinge? Tausende Flüchtlinge kommen über die russische Grenze nach Norwegen und Finnland. Selbst in der EU-Kommission gibt es d....

Für zusätzliche Aufregung sorgte Ende Januar 2016 der finnische Presse-Fotograf Jussi Nukari. Der russische Inlandsgeheimdienst FSB, der zum Grenzschutz gehört, entscheide, welches Auto wann und wie zur Grenze komme, behauptete der Fotograf und berief sich auf einen russischen Grenzsoldaten. Der finnische öffentlich-rechtliche Sender YLE berichtete darüber. Auch Finnlands rechtskonservative Europapolitiker warfen Russland in einer YLE-Sendung vor, die Flüchtlingskrise als außenpolitischen Hebel zu missbrauchen.

Auch wenn Moskaus Behörden jegliche Vorwürfe von sich weisen, scheint es auf russischer Seite ein reges Geschäft mit der Not der Flüchtlinge zu geben. In der nordrussischen Stadt Kandalakscha sind die Hotels bewohnt von jenen, die nach Finnland wollen. Weil sie dazu ein Fahrzeug brauchen, boomt der Handel mit Schrottautos. Der gängigste Weg führt über ein russisches Touristenvisum. Wenn dies abgelaufen ist, braucht der Ausreisende zudem einen Ausweisungsbescheid von russischer Seite, um an der finnischen oder norwegischen Grenze nicht abgewiesen zu werden. Der Weg führt meistens über einen Zwischenstopp in Moskau nach Murmansk und von da aus in die grenznahen Städte Kandalakscha oder Nikel.

Ab hier kosten die Dienste eines Schleppers angeblich 1.500 Dollar. Für viele scheint dieser Weg, verglichen mit einer Überfahrt über das Mittelmeer, nicht nur relativ sicher, sondern auch ausgesprochen günstig. Zumal viele Flüchtlinge vorher längere Zeit in Russland gelebt haben, meist in prekären Umständen, ohne anständige Wohnung und mit einem Knochenjob, ständig in der Sorge, des Landes verwiesen zu werden. Einige von ihnen haben sich daher den Neuankömmlingen aus Nahost und Afrika angeschlossen.

Für Swetlana Gannuschkina ist das alles kein Grund zur Aufregung. Geschäfte mit der Not anderer Menschen seien keine speziell russische Erscheinung, sagt die Vorsitzende der Hilfsorganisation für Flüchtlinge Zivile Unterstützung. Sie gehört zu den lautesten Kritikern der russischen Flüchtlingspolitik und hatte selbst Gelegenheit, sich an der norwegisch-russischen Grenze ein Bild von der Lage zu machen. Der eigentliche Skandal aus ihrer Sicht: Russland drücke sich vor seiner Pflicht, Flüchtlinge selbst aufzunehmen und zwingt sie seinen Nachbarstaaten auf. "Es gibt für mich aber keine Hinweise darauf, dass der russische Staat den Flüchtlingsstrom initiiert. Zumal die Grenzbeamten nicht dazu verpflichtet sind, Menschen ohne Schengen-Visum an der Grenze zurückzuhalten, wenn diese ausdrücklich das Land verlassen wollen", sagt die Expertin. Ohnehin hätten die meisten von ihnen einen gerichtlichen Ausweisungsbescheid und dürften selbst wählen, wo sie das Land verlassen.

## Verhandlungen laufen

Auch der finnische Grenzschutz sieht "keinen Grund für Spekulationen", wie ein Vertreter der Behörde ZEIT ONLINE sagte. "Wir haben keine Beweise für eine staatliche Einmischung." Es gebe derzeit eine Kooperation in der Frage, ob einige Flüchtlinge, die kein Asyl in Finnland bekommen, nach Russland zurückkehren können.

Offenbar haben weder Finnland noch Norwegen ein großes Interesse daran, Menschen aufzunehmen, die einen legalen Aufenthaltsstatus in Russland besitzen. Das finnische Innenministerium stellt klar: "Die große Mehrheit der Menschen, die über die Ostgrenze zu uns kommen, flieht nicht vor Verfolgung, Krieg oder groben Menschenrechtsverletzungen und wird daher kein Asyl in Finnland bekommen können." Ähnlich dürfte es Norwegen auch sehen, auch wenn die Behörden das Thema lieber nicht kommentieren wollen.

Hinter den Kulissen laufen Verhandlungen zwischen Russland und seinen skandinavischen Nachbarn. Ende Januar war Russlands Innenminister Wladimir Kolokolzew in Helsinki, um die Situation mit seinem Amtskollegen zu diskutieren. Anfang Februar trafen sich die selbstvertretenden Chefs der Migrationsbehörden von Russland und Norwegen in Moskau. Daraufhin stimmte Russland der Rückkehr von etwa 300 Flüchtlingen zu, die einen legalen Status in Russland hatten. Etwa ebenso viele hatte die norwegische Seite zuvor in Bussen nach Murmansk zurückgeschickt. Finnland hat bisher nur 24 Menschen wieder nach Russland zurückgeschickt. Es dürften nicht die letzten gewesen sein.

Instrumentalisiert Russland Flüchtlinge? Tausende Flüchtlinge kommen über die russische Grenze nach Norwegen und Finnland. Selbst in der EU-Kommission gibt es d....

---

End of Document

**Flucht wird billiger, bleibt aber gefährlich; Menschen fliehen vor allem aufgrund der Achtung der Menschenrechte nach Deutschland. Eine Befragung zeigt auch, dass die meisten ihre Flucht durch Ersparnisse bezahlen.**

ZEIT-online

Dienstag 15. November 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Flüchtlinge; Ausg. 47

**Length:** 860 words

**Byline:** Saskia Nothofer

## Body

---

Ein Flüchtling aus Ägypten hat am 19.11.2015 in der Registrierungsstelle für Flüchtlinge in Berlin seinen Fragebogen, auf dem die ersten beiden Stationen seiner Registrierung mit einem gelben und einem roten Aufkleber markiert sind. In dem Haus in der Bundesallee im Stadtbezirk Wilmersdorf sitzen von der Erstregistrierung über den Antrag auf Asyl beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bis zur Ausländerbehörde und der Bundesagentur für Arbeit alle so genannten Entscheider unter einem Dach.

© Soeren Stache/dpa

Die Angst vor gewaltsamen Konflikten und Krieg war das Fluchtmotiv von 70 Prozent der in Deutschland lebenden Geflüchteten. Dies ergab eine Befragung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) sowie des Forschungszentrums des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf-FZ) unter 4.500 Menschen, die zwischen Januar 2013 und Januar dieses Jahres in Deutschland eingereist sind. Andere wichtige politische Motive waren Verfolgung (44 Prozent), Diskriminierung (38 Prozent) sowie Zwangsrekrutierung (36 Prozent) in ihren Heimatländern. Auch schlechte persönliche Lebensbedingungen und die wirtschaftliche Situation im Herkunftsland wurden von den Befragten als Motive angegeben.

Bevor sie nach Deutschland kamen, haben sich zwei Fünftel der Geflüchteten in einem Transitland aufgehalten, heißt es in der Studie weiter. Zu den häufigsten Transitländern zählten die Türkei, der Iran, der Libanon und der Sudan. Verlassen haben sie die Transitstaaten nach ihren Angaben allerdings nicht immer freiwillig, sondern etwa unter dem Druck prekärer persönlicher Lebensverhältnisse oder aufgrund von Verfolgung, Vertreibung und Diskriminierung.

### Kosten variieren stark

Die durchschnittlichen Kosten für die Flucht aus dem Herkunftsland bis nach Deutschland lagen nach Angaben der Befragten bei gut 7.000 Euro. Der größte Anteil entfiel dabei auf die Verkehrsmittel (3.949 Euro), gefolgt von Kosten

Flucht wird billiger, bleibt aber gefährlich Menschen fliehen vor allem aufgrund der Achtung der Menschenrechte nach Deutschland. Eine Befragung zeigt auch, das....

für die Fluchthelfer oder Schleuser sowie für die Unterbringung, deren Kosten mit durchschnittlich 459 Euro eher gering ausfallen.

Je nach Herkunftsland können die Kosten stark variieren. Die höchsten Summen nannten Befragte aus Afghanistan und Pakistan mit 12.040 Euro, gefolgt von Irak, Iran, Libanon, Palästina sowie Syrien. Wesentlich weniger - im Schnitt 1.398 Euro - mussten Menschen aus den nordafrikanischen Staaten für ihre Flucht zahlen sowie jene aus den Westbalkanstaaten, dem restlichen Afrika und den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion.

50 Prozent der Flüchtlinge bezahlten ihre Flucht durch eigene Ersparnisse, 39 Prozent durch den Verkauf von Vermögenswerten, 34 Prozent durch Gelegenheitsjobs. Nur sehr wenige erhielten Zuwendungen von Familienangehörigen und Freunden oder gar Kredite.

### **Viele Risiken**

Die Flucht aus dem Herkunftsland nach Deutschland dauerte nach Angaben der Befragten im Durchschnitt 35 Tage. Bei der Erhebung zeigte sich aber auch, dass sich Fluchtdauer und Kosten im Laufe der Jahre verringert haben: Betrug die Fluchtkosten der Menschen, die im ersten Halbjahr 2013 ihre Herkunfts- oder Transitländer verlassen hatten, noch im Schnitt 7.229 Euro, sind die Fluchtkosten derjenigen, die im ersten Halbjahr 2015 nach Deutschland gekommen sind, auf 6.900 Euro, und die derjenigen, die im zweiten Halbjahr 2015 nach Deutschland gekommen sind, auf 5.232 Euro gesunken. Auch die Dauer hat sich verkürzt: von rund 79 Tagen auf 38 beziehungsweise 22 Tage.

Mit der Flucht verbunden sind weiterhin die hohen Risiken und Bedrohungen auf der Reise gen Europa. So gab ein Viertel der Befragten an, Opfer von Schiffbruch gewesen zu sein. 40 Prozent der Befragten sagten, sie seien Opfer körperlicher Übergriffe geworden, 20 Prozent gaben an, sie seien ausgeraubt worden. 15 Prozent der weiblichen Geflüchteten berichteten außerdem von sexuellen Übergriffen.

Bei der Auswahl Deutschlands als Zielland spielt das persönliche Schutzbedürfnis die wichtigste Rolle. 73 Prozent der Befragten gaben an, sie hätten sich für die Bundesrepublik entschieden, weil hierzulande die Menschenrechte geachtet würden. Das deutsche Bildungssystem wurde dagegen seltener als Grund angegeben. Ebenso wenig wie das Gefühl, in Deutschland willkommen zu sein. Knapp 25 Prozent nannten die wirtschaftliche Lage in Deutschland sowie das staatliche Wohlfahrtssystem als Motiv für ihre Wahl.

### **Bildung spielt wichtige Rolle**

Die Studie zeigt auch, dass die Geflüchteten besser ausgebildet sind als erwartet. So haben 50.000 der Schutzsuchenden bereits eine Stelle gefunden. Lediglich bei der Integration von Geflüchteten in Handwerksberufe gibt es Schwierigkeiten.

Die Befragung zur Schulbildung zeigt, dass 58 Prozent der Geflüchteten in ihren Herkunftsländern zehn Jahre oder mehr in Schule, Ausbildung oder Studium verbracht haben. 37 Prozent von ihnen besuchten eine weiterführende Schule, 31 Prozent eine Mittelschule, 10 Prozent lediglich eine Grundschule und 9 Prozent gar keine Schule. 46 Prozent der erwachsenen Flüchtlinge strebten allerdings noch einen allgemeinen Schulabschluss in Deutschland an, 66 Prozent einen beruflichen Abschluss.

**Load-Date:** November 15, 2016

**BKA-Chef warnt vor neuen Rechtsextremisten; Aus der Gewalt gegen Flüchtlinge könnten sich rechtsextreme Terrorgruppen entwickeln, sagte BKA-Chef Münch. Gefährlich seien auch die selbst ernannten Bürgerwehren.**

ZEIT-online

Sonntag 17. Januar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Rechte Gewalt; Ausg. 3

**Length:** 529 words

## Body

---

Die Sporthalle im brandenburgischen Nauen sollte etwa 100 **Flüchtlingen** als Notunterkunft dienen; im August 2015 wurde ein Brandanschlag darauf verübt.

© Julian Stähle/dpa

Der Präsident des Bundeskriminalamts Holger Münch hat vor dem Entstehen rechtsextremer Untergrundgruppen nach NSU-Vorbild gewarnt. Die Polizei brauche "schnelle Ermittlungsergebnisse und Urteile, um die Dynamik der rechtsextremen Straftaten zu unterbrechen", sagte Münch der *Bild am Sonntag*. Sonst könnten sich schlimmstenfalls terroristische Strukturen bilden.

Von den rund ermittelten 500 Tätern bei Straftaten gegen Asylunterkünfte im vergangenen Jahr seien 70 Prozent vorher nicht wegen politisch motivierter Delikte aufgefallen. Sie seien überwiegend aus der Umgebung der Unterkünfte gekommen.

Mit Sorge sehe er zudem die selbst ernannten Bürgerwehren, die Recht und Gesetz in die eigene Hand nehmen wollten, sagte Münch. Da müsse man genau hinschauen, wer da wie tätig werde. In rechtsextremen Internetforen gebe es seit den Übergriffen auf Frauen an Silvester so viel Kommunikation wie nach dem Anschlag von Paris. "Dort wird zur Notwehr aufgerufen mit dem Ziel, in der Bevölkerung hoffähig zu werden."

### **Justizminister Maas beruft Rechtsextremismus-Gipfel ein**

Auch Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) warnte in einem Brief an seine Länderkollegen vor einer "Welle fremdenfeindlicher und rechtsradikaler Gewalt", die den "inneren Frieden in unserer Gesellschaft bedroht". Laut dem Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* lud er seine Kollegen aus den Bundesländern zu einem Gipfel zum Problem des Rechtsextremismus am 10. März in sein Ministerium.

Bei dem Treffen solle darüber beraten werden, wie fremdenfeindliche Straftaten verhindert und besser aufgeklärt werden können. Maas schlage dafür unter anderem die Einrichtung von Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften für rechte Gewalt vor, hieß es in dem Bericht.

BKA-Chef warnt vor neuen Rechtsextremisten Aus der Gewalt gegen Flüchtlinge könnten sich rechtsextreme Terrorgruppen entwickeln, sagte BKA-Chef Münch. Gefährlic....

Der Kampf gegen Rechtsextreme wird auch beim Klausurtreffen des SPD-Bundesvorstands am Sonntag und Montag in Brandenburg ein zentrales Thema sein.

Die Anzahl rechtsradikaler Angriffe war 2015 deutlich angestiegen. In einem Bericht der Bundesregierung auf Anfrage der Linksfraktion sind im Zeitraum von Januar bis Ende Oktober 11.312 Delikte erfasst. 2014 lag die Zahl noch bei 10.541 Taten von Rechtsradikalen. Die Zahl der Gewalttaten betrug 2015 759 Delikte. Insgesamt wurden dabei 582 Personen verletzt. Der Bericht zeigt vor allem eine Zunahme von Angriffen auf Migranten und Flüchtlingen, 3.155 Taten hat die Polizei bundesweit erfasst.

Von den 5.970 Tatverdächtigen sind 151 mutmaßliche Täter festgenommen worden. Bei den Delikten gegen Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte, vor allem Brandstiftung, zeigt sich eine schlechte Aufklärungsquote. Eine Recherche von DIE ZEIT und ZEIT ONLINE ergab, dass bei 222 untersuchten Fällen der Angriffe gegen Flüchtlingsunterkünfte nur in vier Fällen ein Urteil gesprochen wurde. In acht weiteren Fällen wurde Anklage gegen die Täter erhoben. In allen Fällen, die in der Recherche untersucht wurden, kamen Personen zu Schaden oder hätten zu Schaden kommen können.

**Load-Date:** January 17, 2016

---

End of Document

**Wie viele können wir aufnehmen?; Ja, Europa muss den Flüchtlingen helfen.  
"Wir schaffen das!", sagt die Kanzlerin. Die Politik darf sich aber nicht  
drücken, die Grenzen des Möglichen zu definieren.**

ZEIT-online

Dienstag 8. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flüchtlinge; Ausg. 36

**Length:** 1480 words

**Byline:** Theo Sommer

## Body

---

Theo Sommer, 85, war von 1972 bis 1992 Chefredakteur der ZEIT, danach ihr Herausgeber bis zum Jahr 2000.

© Jakob Börner

Die Krisen, die Europa erschüttern, lösen einander in immer hektischerer Folge ab. Vorvorgestern die Ukraine; vorgestern die griechische Schuldenkrise; gestern der Ansturm der **Flüchtlinge** übers Mittelmeer, Stichworte Lampedusa und Kos; nun die **Flüchtlingsstampede** durch den Balkan - die Hiobsbotschaften reißen nicht ab. Die herzerreißenden Bilder von dem **Migrantenlager** im "Dschungel" am Eingang zum Eurotunnel bei Calais, von gekenterten Schleuserbooten und todbringenden Schleuserlastwagen, zuletzt von dem ertrunkenen dreijährigen Ailan Kurdi am Strand von Bodrum rauben jedem Mitfühlenden die Nachtruhe.

Die europäische Politik aber hat sich noch nie ähnlich ratlos, tatenlos und zerstritten erwiesen. Von 28 EU-Mitgliedern nehmen überhaupt nur neun **Flüchtlinge** auf, allen voran Schweden und Deutschland, auf die zusammen die Mehrheit der Zuzügler entfällt. Die meisten anderen reagieren schnöde national, egoistisch, abweisend.

Stacheldraht und Schnüffelhunde am Eurotunnel, ein vier Meter hoher, 175 Kilometer langer Stahlzaun entlang der ungarisch-serbischen Grenze. Hilfloses Durchwinken der elenden Flüchtlingstrecks von Griechenland über Mazedonien, Serbien und Ungarn nach Österreich und Deutschland. Ablehnung jeglicher Quotenregelung durch Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn - Länder, denen die EU nach dem Zusammenbruch des Kommunismus so viel Hilfe und Unterstützung hat angedeihen lassen, dass man jetzt ein Stück weit solidarisches Verhalten von ihnen erwarten dürfte; doch wie die anderen osteuropäischen Länder wähen sie sich weder betroffen noch verpflichtet; sie haben, sagen sie, genug eigene Sorgen.

Italien und Griechenland fühlen sich nicht zu Unrecht alleingelassen, in geringerem Maße auch Spanien und Portugal. Briten, Iren und Dänen haben sich ohnehin per vertraglichem Opt-out aus der gemeinsamen EU-Asylpolitik ausgeklinkt.



Wie viele können wir aufnehmen? Ja, Europa muss den Flüchtlingen helfen. "Wir schaffen das!", sagt die Kanzlerin. Die Politik darf sich aber nicht drücken, die ....

Die Bundesrepublik sticht da neben Schweden sehr positiv hervor. Sie hat im ersten Halbjahr allein 180.000 Asylsuchende aufgenommen, und sie richtet sich darauf ein, dass es bis zum Jahresende 800.000 sein werden. Allerdings fordert sie seit Längerem eine gerechtere Verteilung der Lasten in der EU, eine Aufnahmequote, die sich für die einzelnen Länder nach deren Einwohnerzahl, Wirtschaftskraft, Arbeitslosenrate und der bisherigen Belastung durch Migranten bemisst. In einem gemeinsamen Brief an die EU-Kommission haben die Kanzlerin und der französische Staatspräsident ihre Vorstellungen dargelegt.

Der Kommissionschef Jean-Claude Juncker will nun morgen dem EU-Parlament seine eigenen Vorschläge unterbreiten. Sein Plan soll auf feste Quotenregelungen hinauslaufen, auf die Erklärung der EU-Beitrittskandidaten aus dem Westbalkan zu sicheren Herkunftsstaaten und auf die beschleunigte Rückführung der abgelehnten Asylbewerber. Das Problem ist freilich: Patentlösungen sind all diese Maßnahmen mitnichten.

### **Schnellere Abschiebungen sind schwer durchzusetzen**

Das gilt zumal für die Quote. Sie wird schwer durchzusetzen sein. Ob die Aufnahmeverweigerer sich ersatzweise mit einem Finanzbeitrag zur Bewältigung der Krise beteiligen werden, steht dahin; notfalls müssten ihnen die Zuschüsse aus den EU-Strukturfonds gekürzt oder gestrichen werden. Außerdem ist es höchst fraglich, dass sich etwa Portugal zugeteilte Flüchtlinge nach einiger Zeit nicht doch auf den Weg nach Deutschland oder Schweden machen.

Nicht besser steht es um die beschleunigte Abschiebung. Dazu müsste mit der Duldungserlaubnis für Abgelehnte Schluss gemacht werden. Auch wäre ohne eine drastische Abkürzung oder gar Aufhebung der Rechtswege schwerlich viel zu beschleunigen. Und würden sich die Herkunftsländer, zumal die afrikanischen, wirklich auf Rückführungsabkommen einlassen? Ganz abgesehen davon, dass wir weder genug "Abschieber" noch ausreichende Finanzmittel haben, um Hunderttausende in ihre Heimat zurückzuschicken.

Fünf vor 8:00 Abonnieren Sie die Morgenkolumne von ZEIT ONLINE - von Montag bis Freitag per E-Mail. Jetzt anmelden

```
jQuery.noConflict();
jQuery( ".newsletter-teaser-input" ).css({ 'margin' : '0.625em 1em 0 0', 'width' : '17em', 'padding' : '0.375em 0.875em 0.225em 0.625em', 'font-size' : '0.8em', 'height' : '1.625em' });
jQuery( ".newsletter-teaser-image img" ).css("border", "1px solid #efefef");
jQuery( "#newsletter-teaser-form" ).attr( "action", "http://community.zeit.de/newsletter-signup?mode=2click&nl=5vor8" );
jQuery( "#newsletter-teaser-form" ).attr( "method", "POST" );
jQuery( ".newsletter-teaser-button" ).click(function( event ){event.preventDefault(); document.getElementById("newsletter-teaser-form").submit();});
```

Und weiter: Auch wenn Mazedonien, Albanien, Kosovo, Bosnien-Herzegowina und Serbien zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden, werden sich dort viele Menschen nicht davon abhalten lassen, im gesegneten Norden Arbeit, Sicherheit und Lebenschancen zu finden. Zu verhindern wäre dies nur, wenn die Visumpflicht wieder eingeführt würde - oder wenn ein Einwanderungsgesetz den zur Ausreise Entschlossenen andere Möglichkeiten böte, herzukommen. Auch könnte wohl nur eine Vereinheitlichung der Versorgungsansprüche und Sozialleistungen innerhalb der Europäischen Union bewirken, dass nicht alle vornehmlich in die Bundesrepublik drängen.

Mit seinem Plan kuriert Juncker zunächst nur an den Symptomen herum. Das mag notwendig sein - ausreichend ist es nicht. Doch muss man ehrlicherweise sagen: Es gibt keinen Königsweg. Den Kampf gegen die Menschenschmuggler verschärfen, das "Übel an der Wurzel packen", die Fluchtgründe beseitigen, Frieden schaffen in den kriegsgeplagten Regionen - das ist alles leichter gesagt als getan.

Das Gewerbe der Schlepper und Schleuser ist inzwischen fast so profitabel wie das weltweite Drogengeschäft. Dies machen sich lokale Kleinkriminelle, regionale Banden und transnational operierende Groß-Mafiosi zunutze. Ihnen ist nicht beizukommen, indem Militärmissionen im Mittelmeer ein paar Dutzend Schlauchboote oder einige größere Schaluppen von Seelenverkäufer-Qualität zerstören. Sie werden sich neue Wege suchen. Wie die Drogenhändler.

Wie viele können wir aufnehmen? Ja, Europa muss den Flüchtlingen helfen. "Wir schaffen das!", sagt die Kanzlerin. Die Politik darf sich aber nicht drücken, die ....

Und was heißt schon, "das Übel an der Wurzel packen"? Mehr Entwicklungshilfe für korrupte afrikanische Staatschefs, die den Rohstoff-Reichtum ihrer Länder ausbeuten, um ihre Schweizer Konten zu füllen, aber nichts tun, um Entwicklung voranzutreiben, Bildung und Ausbildung zu fördern und Arbeitsplätze zu schaffen? Das hieße, schlechtem Geld gutes nachzuwerfen.

### **"Frieden bringen" - bloß wie?**

Was dann? Afrika wieder ein Protektorat der einstigen Kolonialmächte überstülpen? Unmöglich. Oder "ein gesamteuropäisches Militäengagement" beschließen, was der Wuppertaler Philosoph Peter Trawny in einem *FAZ* -Essay für die Zukunft nicht ausschließen wollte? Auch das erscheint nach der ernüchternden Erfahrung in Mali und der Zentralafrikanischen Republik ziemlich undenkbar.

Schließlich: "In den entsprechenden Regionen dafür sorgen, dass Frieden wieder zur Realität wird", so Angela Merkel. Ähnlich vage drückte sich der englische Premier Cameron aus: Man müsse versuchen, dem Mittleren Osten "Frieden und Stabilität zu bringen". Bloß wie, ist da die Frage. Durch eine verstärkte militärische Intervention, wie Cameron nahelegt? Oder durch diplomatische Bemühungen um eine Konfliktlösung, was der Kanzlerin wohl vorschwebt? Aber kann man mit dem "Islamischen Staat" (IS) verhandeln? Darf man mit Assad verhandeln? Die Antwort erübrigt sich. Der Vordere Orient wird noch lange nicht zur Ruhe kommen. Kommen werden jedoch weiter die Flüchtlinge.

So haben wir denn keine andere Wahl, als zunächst denen zu helfen, die sich zu uns retten. Schon das wird uns fordern, möglicherweise überfordern. "Wir schaffen das!", sagt die Kanzlerin. Wir werden es in diesem Jahr mit Ach und Krach auch schaffen. Aber wenn im nächsten Jahr wieder 800.000 kommen? Und abermals 800.000 im Jahr darauf? Eine, womöglich zwei Millionen Syrer warten auf eine Fluchtchance.

### **Ein Viertel der Bevölkerung?**

Und in Schwarzafrika, dessen Bevölkerung sich von heute 1,2 Milliarden bis zur Jahrhundertmitte auf 2,4 Milliarden verdoppeln und bis zum Ende des Jahrhunderts auf 4,5 Milliarden vervierfachen wird, blicken weitere Millionen sehnsuchtsvoll in Richtung Europa. Wenn bis 2050 ebenso viele Afrikaner nach Europa kommen sollten, wie seit 1950 Mexikaner in die USA auswanderten, wird ein Viertel unserer Bevölkerung afrikanischen Ursprungs sein, rechnet die *New York Times* den Europäern vor.

Irgendwann bald werden wir darüber diskutieren müssen, wie viele Fremde wir aufnehmen wollen, aufnehmen können und zu integrieren vermögen. Wir können nicht alle abweisen, aber wir können auch nicht alle hereinlassen. Die Grenzen des Nötigen und Möglichen festzulegen, ist die Aufgabe der Politik. Sie darf sich nicht ewig darum drücken.

**Load-Date:** September 15, 2015

**Herr Strobl demonstriert Härte; CDU-Vize Strobl will Abschiebungen forcieren. Doch viele seiner Vorschläge sind entweder alt, kaum umsetzbar oder missachten die tatsächliche Lage in den Fluchtländern.**

ZEIT-online

Dienstag 29. November 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Asylpolitik; Ausg. 49

**Length:** 1556 words

**Byline:** Kersten Augustin

## Body

---

Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl spricht beim Parteitag der CDU in Hannover im Dezember 2012.

© Patrick Seeger/dpa

Zehn Monate vor der Wahl ist der Wahlkampf eröffnet. Angela Merkel hat ihre erneute Kandidatur verkündet und inhaltlich sucht die Union nach einem Profil für den Wahlkampf. Über allem steht dabei die Frage, wie die AfD kleingehalten werden kann. Die CSU hat eine Obergrenze für **Flüchtlinge** zur Bedingung für ihre Regierungsbeteiligung gemacht. Teile der CDU wollen auf dem Parteitag in einer Woche auch eine härtere **Asylpolitik** beschließen - dem Koalitionspartner gefällt das nicht.

Vergangene Woche gab Thomas Strobl, Baden-Württembergs Innenminister und stellvertretender Vorsitzender der CDU, im Interview mit ZEIT ONLINE die Richtung vor: 2015 sei etwas passiert, das sich nicht wiederholen dürfe. Nun müsse man mit "neuer Konsequenz" abschieben. Zudem forderte er, Marokko, Algerien und Tunesien endlich als sichere Herkunftsstaaten einzustufen und die Liste der Länder um weitere afrikanische Staaten zu erweitern.

Am Wochenende legte Strobl nach. Die **BILD** -Zeitung berichtete über einen Katalog mit asylpolitischen Forderungen, die Strobl am Dienstag bei der Innenministerkonferenz vorstellen will. Eine Woche später soll das Papier beim CDU-Parteitag als Initiativantrag eingebracht und beschlossen werden. Sollte sich Strobl mit seinen Vorschlägen durchsetzen, dürfte das Merkels Ruf als flüchtlingsfreundliche Kanzlerin bei liberalen Wählern beschädigen und neue Koalitionsoptionen wie etwa Schwarz-Grün erschweren. Luise Amtsberg, flüchtlingspolitische Sprecherin, bezeichnet Strobels Vorschlag als "schlicht populistisch". Dabei hatte Strobl im Interview mit ZEIT ONLINE selbst noch Koalitionsoptionen jenseits der großen Koalition gefordert.

Strobels Forderungskatalog, der ZEIT ONLINE vorliegt, ist eine bunte Mischung aus Innenpolitik und europapolitischer Grenzsicherung. Manche der Forderungen sind alt, bei anderen ist die Umsetzung unrealistisch:

Herr Strobl demonstriert Härte CDU-Vize Strobl will Abschiebungen forcieren. Doch viele seiner Vorschläge sind entweder alt, kaum umsetzbar oder missachten die ....

**1. Dokumente:** Strobl fordert, Flüchtlinge, die ihre Passdokumente wegwerfen, nur mit Sachleistungen zu versorgen und das Asylverfahren zu beenden. "Es geht nur noch um die Überbrückung weniger Tage bis zur Abschiebung", heißt es in dem Papier.

Wie viele solcher Fälle es gibt, ist unklar. In der Praxis dürfte es unmöglich sein, zu unterscheiden, welche Asylbewerber ihre Papiere tatsächlich auf der Flucht verloren haben oder an Schleuser abgeben mussten, wer ohne Dokumente geflohen ist und wer sie mutwillig weggeworfen hat. Bei fehlenden Dokumenten mit Abschiebung zu drohen, ist außerdem nicht legitim: Fehlende Papiere sind kein Grund für das Beenden eines Asylverfahrens und ohne Papiere ist die Abschiebung nicht möglich.

Oft sind es nicht die Asylbewerber selbst, sondern ihre Herkunftsländer, die keine Ersatzdokumente ausstellen und damit die Abschiebung verzögern. Der Vorschlag war im Oktober bereits vom Bundesinnenministerium in einem Referentenentwurf aufgebracht worden, die SPD hatte ihr Veto eingelegt und betont, der Vorschlag sei mit ihr nicht abgesprochen gewesen. Die Chancen auf politische Umsetzung stehen also schlecht.

**2. Krankheit:** Weiterhin fordert Strobl, dass eine Krankheit kein Abschiebungshindernis mehr darstellen soll, wenn diese bereits vor der Flucht bestand. Max Pichl, rechtspolitischer Sprecher von Pro Asyl, glaubt nicht, dass die Unterscheidung zwischen alten und neuen Krankheiten vor Gericht Bestand haben würde. Strobls Vorschlag sei ein "klarer Bruch mit den Menschenrechten". Tatsächlich prüft das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) vor einer möglichen Abschiebung, ob Abschiebungsverbote bestehen, weil eine Krankheit im Herkunftsland nicht behandelt werden kann. Ob sich diese Prüfung per Gesetz abschaffen ließe, ist zumindest fraglich.

**3. Afghanistan:** Laut Strobl soll vermehrt nach Afghanistan abgeschoben werden - auch dies ist eine alte Forderung von Innenminister Thomas de Maizière. Dabei hat die Zahl ziviler Opfer in Afghanistan im ersten Halbjahr 2016 den höchsten Stand seit 2009 erreicht. Strobls Behauptung, einige Regionen Afghanistans seien sicher, widersprechen interne Unterlagen des Bamf, die ZEIT ONLINE vorliegen: "In allen Teilen Afghanistans herrscht ein innerstaatlicher bewaffneter Konflikt in Form von Bürgerkriegsauseinandersetzungen und Guerillakämpfen zwischen afghanischen Sicherheitskräften und den Taliban sowie anderen oppositionellen Kräften."

**4. Rückführungszentren in Ägypten:** Außerdem sieht Strobls Plan den Bau von Rückführungszentren in Ägypten und Tunesien vor. Flüchtlinge, die im Mittelmeer gerettet werden, sollen gar nicht erst nach Europa kommen. Gegen den Vorschlag spricht eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Der hatte 2012 entschieden, dass ein Flüchtling, der von einem europäischen Schiff gerettet wird, die Möglichkeit haben muss, einen Asylantrag zu stellen. Deswegen werden Flüchtlinge auch im Rahmen des Türkei-Abkommens erst nach Griechenland gebracht, um dort einen Asylantrag zu stellen. Die Rückführungszentren müssten es ermöglichen, einen Asylantrag in Europa zu stellen. Doch davon steht nichts in Strobls Papier.

Strobl fällt nicht zum ersten Mal mit harten Vorschlägen in der Asylpolitik auf. Vergangene Woche wollte er noch die Diktatur Gambia und weitere afrikanische Staaten als sichere Herkunftsstaaten einstufen lassen. Diese Forderung taucht in Strobls Papier nicht mehr auf. Der Vorschlag sei aber nicht vom Tisch, sagte ein Sprecher.

Weiterhin drängt Strobl darauf, das Gesetz zur Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsstaaten endlich zu beschließen. Zwar sieht es derzeit so aus, dass dieses Vorhaben am Widerstand der Grünen im Bundesrat scheitern wird. An dessen Inhalt halten jedoch beide Parteien fest. Berichte, dass die menschenrechtliche Lage in Nordafrika deutlich schlechter sei, als es der Gesetzesentwurf der Bundesregierung darstellt, weisen CDU und SPD zurück. Sowohl der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Burkhard Lischka, als auch Strobl betonen, dass im Einzelfall auch für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten weiter Asyl möglich sei.

Allerdings ist die Zahl der Asylbewerber aus den Maghreb-Staaten auch ohne Gesetz bereits jetzt deutlich rückläufig. Das zeigt eine Anfrage der Grünen: Statt 1.623 marokkanischen Flüchtlingen im Januar wurden im September diesen Jahres nur noch 190 neue Flüchtlinge registriert.

Herr Strobl demonstriert Härte CDU-Vize Strobl will Abschiebungen forcieren. Doch viele seiner Vorschläge sind entweder alt, kaum umsetzbar oder missachten die ....

Für Strobl ist das kein Grund, auf das Gesetz zu verzichten. Man sehe daran vielmehr, dass schon die bloße Drohung mit so einem Gesetz abschreckend wirke, sagt er. Genau deswegen brauche man solche Maßnahmen.

### **Eines der repressivsten Regime der Welt**

Auch im Falle Gambias spricht die menschenrechtliche Lage gegen eine Einstufung als sicher. Das zeigt der interne Herkunftsländerleitsatz des Bamf zu Gambia, der ZEIT ONLINE vorliegt. Auf der Grundlage dieser Leitsätze entscheiden die Mitarbeiter im Bundesamt über die Asylverfahren. Gambia ist demnach deutlich unsicherer als alle bisher als sicher eingestuften Herkunftsstaaten.

Die Menschenrechtslage habe sich seit 2012 sogar kontinuierlich verschlechtert: "Das Regime in Gambia wird als eines der repressivsten der Welt bezeichnet. Mit Hilfe des Geheimdienstes hat Präsident Jammeh ein System aufgebaut, das sämtliche Einwohner kontrolliert." Eine kritische öffentliche Auseinandersetzung über die Regierung oder den Präsidenten sei nicht möglich. Wer sich nicht daran halte, werde verhaftet.

"Üblich sind unter anderem Verschwindenlassen, ungesetzliche Tötungen, Schikanen, willkürliche Inhaftierungen, Folter, Verhaftungen sowie sehr schlechte Haftbedingungen." Der Anteil der Frauen, die Opfer von Genitalverstümmelung wurden, liege bei 76 Prozent. Zudem würden in Gambia Homosexuelle verfolgt, ihnen drohen bis zu 14 Jahren Haft. Präsident Jammeh hatte Homosexuelle als "Ungeziefer" bezeichnet und die Gesetze immer wieder verschärft. Auch die Todesstrafe wird in Gambia weiterhin angewandt, zuletzt 2012.

Strobl argumentiert, dass nur wenige Asylbewerber aus Gambia als Flüchtlinge anerkannt werden. Im Interview mit ZEIT ONLINE nannte er eine Quote von 3%. Doch dieser Wert ist falsch: 2016 wurden laut Bamf 8,2% der Gambier anerkannt. Zum Vergleich: Die Anerkennungsquote für Algerier lag bei 2,3%, die für Tunesier bei 0,9% und die für Marokkaner bei 3,3%.

Mit dem Koalitionspartner ist Strobls Vorstoß indes nicht abgesprochen. "Das ist eine skurrile Diktatur", sagt etwa Lischka über Gambia. Er kann sich nicht vorstellen, dass die SPD eine Einstufung als sicheren Herkunftsstaat mittragen würde. "Mit einer Anerkennungsquote über acht Prozent ist Gambia ganz bestimmt kein sicherer Herkunftsstaat. Das ist mit der SPD nicht zu machen."

In absoluten Zahlen machen die Gambier in Deutschland nur eine sehr kleine Gruppe aus: 2016 wurde bisher über 622 Asylanträge entschieden. Wenn aus einem Land nur wenige Menschen nach Deutschland fliehen, wird meist ein Bundesland mit der Bearbeitung der Asylanträge beauftragt, um Aufwand und Kosten zu sparen. Im Falle der Gambier ist das Baden-Württemberg. Hier wurden im Oktober 2016 fast genau so viele Gambier (216) neu registriert wie Syrer (224). Die Auswahl der sicheren Herkunftsstaaten scheint beim baden-württembergischen Innenminister also nach einem simplen Prinzip zu geschehen: *"Not in my backyard."*

**Load-Date:** November 29, 2016

**Malaysia schickt mehr als 800 Flüchtlinge zurück aufs Meer; Mehrere Länder Südostasiens wollen die Tausenden auf dem Meer treibenden Flüchtlinge nicht aufnehmen. "Wir senden das richtige Signal", teilt Malaysias Regierung mit.**

ZEIT-online

Donnerstag 14. Mai 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Rohingya; Ausg. 19

**Length:** 389 words

## Body

---

Ein Rohingya-Mädchen sitzt in einem Bus, auf dem Weg zu einem **Flüchtlingslager** in Indonesien.

© Ulet Ifansasti/Getty Images

Malaysia hat zwei Schiffe mit mehr als 800 **Flüchtlingen** an Bord abgewiesen. Die **Flüchtlingsboote** wurden an der Küste vor der nördlichen Insel Penang aufgespürt und mit Proviant und Treibstoff versorgt, bevor sie auf den Rückweg geschickt wurden, wie das malaysische Heimatministerium mitteilte. Bei den **Migranten** handelte es sich um Mitglieder der Rohingya-Volksgruppe aus Myanmar sowie Menschen aus Bangladesch.

"Wir senden das richtige Signal, indem wir sie dorthin senden, wo sie herkommen", sagte Heimatminister Wan Hunaidi Tuanku Jaafar.

Erst vor wenigen Tagen waren mehr als 1.000 Flüchtlinge in der nahegelegenen Insel Langkawi angekommen. Auch Indonesien hatte am Montag Hunderte Flüchtlinge zurück auf hohe See geschickt. Am Mittwoch kündigte die thailändische Militärregierung an, die Flüchtlinge ebenfalls nicht aufnehmen zu wollen.

Menschenrechtsaktivisten kritisieren das Verhalten der Regierungen. "Thailand, Malaysia und Indonesien sollten damit aufhören, einander Menschen wie in einer Ping-Pong-Partie zuzuspielen und stattdessen gemeinsam die Personen auf den Booten retten", sagte Phil Robertson, stellvertretender Asien-Direktor von Human Rights Watch am Donnerstag. "Die Welt wird diese Regierungen danach beurteilen, wie sie mit jenen Männern, Frauen und Kindern umgehen."

Shameful action by #Thailand - now joins #Indonesia and #Malaysia to push back #Rohingya boats to sea and likely death <http://t.co/47GYYKYgPs>

- Phil Robertson (@Reaproy) May 13, 2015

Tausende Rohingya, einer seit Langem in Myanmar verfolgten muslimischen Minderheit, und Einwohner Bangladeschs befinden sich auf den Booten. Sie sind Opfer von Menschenschmugglern geworden, die ihnen eine

Malaysia schickt mehr als 800 Flüchtlinge zurück aufs Meer Mehrere Länder Südostasiens wollen die Tausenden auf dem Meer treibenden Flüchtlinge nicht aufnehmen.....

sichere Fahrt nach Malaysia versprochen hatten. Massives Vorgehen der Behörden in Thailand hat viele Menschenschmuggler zur Flucht veranlasst.

Schätzungen zufolge stecken bis zu 8.000 Flüchtlinge in der Straße von Malakka und nahegelegenen Gewässern fest, einige wohl bereits seit mehr als zwei Monaten. Aktivisten glauben, dass noch viele weitere Boote versuchen werden, in den kommenden Tagen und Wochen Land zu erreichen. Etwa 1.600 Migranten sind schon auf der malaysischen Insel Langkawi und im benachbarten Indonesien eingetroffen.

**Load-Date:** May 14, 2015

---

End of Document

**Die Pionier-Uni, die nur 400 Euro pro Flüchtling kostet; Bis Flüchtlinge studieren dürfen, vergehen oft Jahre. Zwei Studenten wollen das mit einer Online-Uni und anerkannten Abschlüssen ändern. Und brauchen 1,2 Millionen Euro.**

ZEIT-online

Freitag 11. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Kiron University; Ausg. 37

**Length:** 815 words

**Byline:** Ralf Pauli

## Body

---

1.000 Studenten starten im ersten Jahrgang.

© Kiron University

BWL oder Computerwissenschaften. Mozemel Aman zögert noch, was er ab Oktober studieren soll. Wo, das weiß er schon: An der Berliner Kiron University. Der 19-Jährige hat keine Wahl. An staatlichen Hochschulen kann er sich nicht einschreiben, weil seine Deutschkenntnisse nicht ausreichen. Dazu kommt sein afghanischer Schulabschluss, der dem deutschen Abitur nicht gleichgestellt ist.

Um studieren zu dürfen, müsste Aman ein Jahr lang ein Studienkolleg besuchen. Dort wiederum werden Sprachkenntnisse vorausgesetzt. "Selbst wenn ich richtig schnell Deutsch lerne und gleich einen Platz in einem Studienkolleg bekäme, bräuchte ich mindestens zwei Jahre."

Flüchtlinge, die in Deutschland studieren wollen, müssen ihre Identität, ausreichende Deutschkenntnisse, einen Schulabschluss in ihrem Herkunftsland, sowie eine vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) geprüfte Schutzwürdigkeit nachweisen. Zwar dürfen Asylsuchende in einigen Bundesländern mittlerweile als Gasthörer an Seminaren und Vorlesungen teilnehmen, für ein reguläres Hochschulstudium mit Abschluss müssen sie aber nach wie vor alle geforderten Unterlagen vorlegen. Das dauert oft mehrere Jahre, weil bestimmte Dokumente aus Kriegs- und Krisengebieten der Welt schwer zu besorgen sind. Auch Studieninteressierte wie Aman, die in Deutschland bereits als schutzwürdig anerkannt sind, haben deshalb kaum Aussicht auf einen baldigen Studienplatz.

"Die Warterei ist völlig unnötig", sagt Markus Kressler, einer der beiden Gründer der Kiron-Universität. Warum sollten Flüchtlinge, die sich bilden wollen, dies nicht sofort tun? Die "sinnlose Warteschleife" will Kresslers Hochschule durch eine simple Regelung umgehen: Kiron-Studenten haben zwei Jahre Zeit, sämtliche Unterlagen nachzureichen. Zur Immatrikulation benötigen sie nicht einmal einen Ausweis. "Wer nach Deutschland geflüchtet ist, kann sich bei uns einschreiben", verspricht Kressler. Bislang haben sich mehr als 15.000 Menschen bei Kressler und seinem Team beworben. Ein Großteil von ihnen stammt aus Syrien.



Die Pionier-Uni, die nur 400 Euro pro Flüchtling kostet Bis Flüchtlinge studieren dürfen, vergehen oft Jahre.  
Zwei Studenten wollen das mit einer Online-Uni und....

Im Oktober startet die Universität mit 1.000 Erstsemestern. Es ist ein bildungspolitisches Experiment. Besteht Kresslers Pionier-Jahrgang den Praxistest, könnte das Modell Kiron Tausenden Asylsuchenden blitzschnell den Zugang zu Bildung verschaffen. Über die evangelische Kirche und Nichtregierungsorganisationen könnte die Kiron-Uni in einer Woche "locker" 100.000 Studenten akquirieren, behauptet Kressler.

Und diese sollen dann einen staatlich anerkannten Abschluss erhalten können. Dafür gibt es zwei Phasen im Studium: Erst Onlinekurse, dann Campus-Feeling. Die Kiron-Studenten beginnen mit einem Studium Generale und wählen danach eine Fachrichtung. Bisher gibt es fünf Studiengänge, alle auf Englisch: Computerwissenschaften, Ingenieurwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Architektur und Intercultural Studies. Die Onlinekurse, sogenannte Massive Open Online Courses (Moocs), belegen die Studenten bei internationalen Plattformen wie edx, coursera, iversity oder dem Anbieter des Potsdamer Hasso Plattner Instituts, openHPI.

Bestehen die Studierenden alle Kurse und sammeln genügend Leistungspunkte, wechseln sie nach zwei Jahren auf eine der 15 deutschen und ausländischen Universitäten, die bereits ihre Kooperation zugesichert haben. Darunter die Universität Heilbronn, die Macromedia Hochschule Berlin oder die University of Westafrika. Die Partner-Universitäten rechnen die Onlinekurse an und verleihen den Kiron-Studenten später den Abschluss. Das ist auch in ihrem Interesse. Deutsche Unis haben hohe Abbruchquoten, vor allem bis zum dritten Jahr. Die Unis könnten mit den Flüchtlingen freie Plätze auffüllen. Mehr Studierende und mehr Absolventen bedeuten zumindest für deutsche Hochschulen aber auch: mehr Geld aus dem jeweiligen Landesministerium.

Auch für die Kiron-Universität ist die Kooperation von Vorteil. Sie kann Hochschul-Abschlüsse anbieten, obwohl sie selber keine Titel verleihen darf, da sie nicht staatlich anerkannt ist. Das Problem: Der Uni fehlt eine finanzielle Absicherung. Ein Student kostet die Kiron University rund 400 Euro im Jahr - inklusive Prüfungsgebühren für Onlinekurse, Bibliothekennutzung sowie ein gebrauchter Laptop mit Wlan-Stick. So sollen Flüchtlinge, die keinen Computer besitzen, an den Onlinekursen teilnehmen können. Auch dann, wenn sie in ihrer Unterkunft keinen Internetzugang haben.

Die Kosten für den ersten Studien-Jahrgang soll eine Crowdfunding-Kampagne reinholen. Das Ziel: 1,2 Millionen Euro. Mittelfristig soll dafür aber der Staat aufkommen. "Wenn die Regierung erst merkt, wie günstig wir Flüchtlingen ein Studium ermöglichen können, wird er uns schon unterstützen", sagt Kressler.

"Gebildete Einwanderer sind auch für Deutschland gut", sagt Kiron-Student Mozemel Aman. "Wir wollen dem Land schließlich etwas zurückgeben."

**Load-Date:** September 15, 2015

**29 Afrikaner sind auf der Flucht nach Europa erfroren; Die italienische Küstenwache hat über 100 Flüchtlinge aus Afrika vor dem Tod im eiskalten Mittelmeer gerettet. Aber für 29 Menschen kam die Hilfe zu spät.**

ZEIT-online

Dienstag 10. Februar 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flüchtlinge; Ausg. 6

**Length:** 459 words

## Body

---

Ein Bus holt die von der Küstenwache geretteten **Flüchtlinge** ab.

© Mauro Bucciarelli/dpa

29 Menschen sind in der Nacht zum Montag bei Sturm und eisigen Temperaturen auf dem Mittelmeer erfroren. Sie waren auf der Flucht nach Europa. Dutzende weitere Menschen, von denen mehrere schwer unterkühlt waren, wurden von der italienischen Küstenwache zu der Insel Lampedusa gebracht, wie ein Arzt sagte.

"Es gibt viele Tote, sicher mehr als 20", sagte der Mediziner. Insgesamt wurden bei der Rettungsaktion 105 Flüchtlinge aus einem Fischerboot geholt. Sieben waren nach Angaben eines Sprechers der Küstenwache bereits tot, die anderen 22 starben nach Angaben von Medizinern später an den Folgen ihrer schweren Unterkühlung nach der Rettung von hoher See.

Die Küstenwache war Medienberichten zufolge von Bootsflüchtlingen via Satellitentelefon alarmiert worden. Daraufhin wurden zwei Handelsschiffe in dem Seegebiet zu ihrem Boot dirigiert. Die Küstenwache schickte zwei eigene Schiffe, die die Menschen am Sonntagabend an Bord nahmen und am Montagnachmittag mit ihnen auf Lampedusa eintrafen. Sturm und bis zu acht Meter hohe Wellen erschwerten die Rettungsarbeiten, wie die Küstenwache mitteilte.

"Horror von Lampedusa", schrieb die italienische Politikerin Laura Boldrini im Kurznachrichtendienst Twitter. "Diese Menschen starben nicht in einem Schiffswrack, sondern an Kälte. Das sind die Folgen des Endes von Mare Nostrum."

Die italienische Marine hatte ihre Rettungsmission Mare Nostrum im Oktober eingestellt, die im vergangenen Jahr die Rettung Tausender Migranten ermöglicht hatte. Die Mission wurde abgelöst durch den europäischen Einsatz Triton, der jedoch deutlich kleiner ist und dessen Fokus mehr auf der Sicherung der EU-Grenzen als auf der Rettung der Flüchtlinge liegt. Kritiker hatten Mare Nostrum vorgeworfen, die Flüchtlinge zu der gefährlichen Überfahrt zu ermutigen. Die jüngsten Zahlen deuten jedoch darauf hin, dass die Zahl der Flüchtlinge auch nach dem Ende dieses Einsatzes nicht zurückgeht.

29 Afrikaner sind auf der Flucht nach Europa erfroren Die italienische Küstenwache hat über 100 Flüchtlinge aus Afrika vor dem Tod im eiskalten Mittelmeer geret....

Nach Angaben des italienischen Innenministeriums kamen allein im Januar mehr als 3.500 Flüchtlinge nach Italien. Meist wagen sie den Weg über das Meer von Libyen aus. Marokko zerschlug im vergangenen Jahr "mehr als hundert Menschenhändlernetzwerke", die zwischen Afrika und Europa operierten, wie ein ranghoher Vertreter des Innenministeriums in Rabat der Nachrichtenagentur AFP sagte. Organisatoren des Menschenhandels vor allem nach Spanien seien Marokkaner, aber auch Verdächtige aus Subsahara-Ländern. Marokko hat sich in den vergangenen Jahren von einem Transitland zu einem Ausgangspunkt für Flüchtlinge gewandelt, die nach Europa wollen. Die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla an der marokkanischen Küste ziehen dabei Tausende Migranten an.

**Load-Date:** February 10, 2015

---

End of Document

**Alles Kirchenmögliches?; Kirchengemeinden nehmen Flüchtlinge auf und spenden Millionen. Ist das genug? Politiker kritisieren, dass angesichts des Reichtums mehr Engagement möglich wäre.**

ZEIT-online

Donnerstag 17. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flüchtlingshilfe; Ausg. 37

**Length:** 1280 words

**Byline:** Nadine Oberhuber

## Body

---

Kommet zu mir, die ihr mühselig und beladen seid. Asylsuchende haben in der St. Pauli Kirche in Hamburg eine Unterkunft gefunden.

© Axel Heimken / dpa

Die tägliche Herausforderung ist inzwischen mehrere tausend Köpfe groß. Flüchtlinge erreichen Deutschland und hoffen auf ein sicheres, besseres Leben. "Aber auch unsere Kräfte sind groß", verkündete die evangelische Kirche vergangene Woche vollmundig in der Erklärung "Zur aktuellen Flüchtlingssituation". Für die Katholiken hat sich Papst Franziskus zu Wort gemeldet und dringend zur Aufnahme der Flüchtlinge aufgerufen. Auch die evangelische Kirche betont: "Flüchtlinge willkommen zu heißen und aufzunehmen ist ein Gebot der Humanität und ein Gebot christlicher Verantwortung".

Das klingt gut. Aber engagieren sich die Kirchen tatsächlich schon genug?

Bis vor Kurzem Zeit hörte man von den Kirchen noch nicht sehr viel zur Flüchtlingsproblematik, auch in den Verlautbarungen vieler kirchlicher Stellen spielte sie nur eine untergeordnete Rolle. Bis Mitte August. Seitdem melden Gemeinden, dass man Gemeindehäuser für Flüchtlingsfamilien freiräume, dass Pfarrer Teile ihrer Dienstwohnungen abtreten und Bischöfe Asylsuchenden Unterschlupf im Amtssitz gewähren. Die Kirchen durchforsten ihre Immobilienbestände nach leer stehenden Wohnungen und geben Geld. Die katholischen Bistümer und Hilfswerke haben 73 Millionen Euro für einen Flüchtlingshilfefonds locker gemacht. Und die evangelische Kirche stellt allein in Bayern zwei Millionen Euro bereit.

Setzt man aber das aktuelle Engagement in Beziehung zu dem, was beide Kirchen eigentlich aufbieten könnten, wenn sie ihre Kräfte mobilisieren würden, dann erscheinen diese Zahlen nur wie ein kleiner Anfang. Allein die evangelisch-lutherische Landeskirche in Bayern hat laufende Erträge von 856 Millionen Euro jährlich. 200 Millionen Euro gibt sie für Projekte, die Diakonie und kirchliche Aufgaben aus. Die Kosten für Pfarreien und Verwaltung laufen extra. Die zwei Millionen Euro für Flüchtlinge entsprechen also gerade einmal einem Prozent

Alles Kirchenmöglich? Kirchengemeinden nehmen Flüchtlinge auf und spenden Millionen. Ist das genug?  
Politiker kritisieren, dass angesichts des Reichtums mehr E....

des recht frei verfügbaren Budgets. Allein das Finanzmanagement und die Verwaltung der Kirchensteuergelder lässt sich die Landeskirche das 18-fache kosten: 36 Millionen Euro pro Jahr.

Der 73-Millionen-Euro-Fonds der Katholiken relativiert sich, wenn man die Summe mit dem Gesamtbesitz der katholischen Kirche vergleicht. Den schätzt der Autor Carsten Frerk in seinem "Violettbuch Kirchenfinanzen" auf 200 bis 270 Milliarden Euro. Allein das Bistum Limburg besitzt nach eigenen Aussagen Finanzanlagen "mit einem Buchwert von rund 703 Millionen Euro", das Bistum Trier kommt laut Geschäftsbericht auf ein Anlagevermögen von 759 Millionen Euro und Köln hortet Wertpapiere für 2,35 Milliarden Euro. Diese drei Bistümer kommen also bereits auf ein liquides Vermögen von fast vier Milliarden Euro und könnten die 73 Millionen, die alle 27 Bistümer gemeinsam finanzieren, fast aus der Portokasse zahlen.

### **Größter privater Grundbesitzer**

Auch der Immobilienbesitz der Kirchen ist riesig: Die katholische Kirche gilt als größter privater Grundbesitzer in Deutschland. Die genauen Zahlen veröffentlicht die Kirche nicht, aber Experten schätzen den Besitz beider christlicher Kirchen auf etwa 100.000 Gebäude. Wohlgemerkt: keine Gotteshäuser, sondern Gemeindehäuser, Heime oder Erholungseinrichtungen. Zudem gibt es Bauland von rund 544 Millionen Quadratmetern.

Da müssten sich doch einige Flüchtlinge unterbringen lassen, findet Aachens Bürgermeisterin Hilde Scheidt von den Grünen. Mitte August hat sie in einem offenen Brief an den Aachener Bischof appelliert, er möge doch ein klares Wort an die kirchlichen Gemeinden richten, mehr Wohnraum für Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen. Die Antwort des Bistums fand sie nicht überzeugend. Es wies auf komplexe Entscheidungsstrukturen hin, es gebe eben nicht nur das Bistum, sondern auch das Domkapitel und die einzelnen Kirchengemeinden. "Natürlich ist das eine Schwierigkeit", entgegnete Scheidt, "aber auch eine gute Möglichkeit, die Verantwortlichkeiten hin und her zu schieben."

Bundesweit werde der Wohnungsbesitz kirchlicher Unternehmen und Einrichtungen auf 150.000 Wohnungen geschätzt, schreibt die Bürgermeisterin in ihrer öffentlichen Erklärung. Allein die Aachener Siedlungs- und Wohnungsgesellschaft mit Sitz in Köln verfüge über rund 24.000 Wohnungen in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Berlin. "Ich denke, dass da insgesamt mehr möglich sein müsste, als das, was bisher getan wurde."

Während die städtische Wohnungsgesellschaft inzwischen 100 Wohnungen für Flüchtlinge zur Verfügung gestellt habe, habe die Sozialverwaltung in Aachen "die Kirchen als Partner bei der Flüchtlingsaufnahme bereits abgeschrieben", bilanziert Scheidt. Nur drei Wohnungen seien ihr aus dem Bereich der Kirchen bisher angeboten worden. "Mit Blick auf die Zahl von über 1.000 Flüchtlingen, die in diesem Jahr in Aachen bisher zusätzlich aufgenommen werden mussten, ist das einfach zu wenig."

### **500 Flüchtlinge in Kirchenunterkünften in Bayern**

Auch in München wirkt die Hilfe der Kirchen angesichts der 5.000 Flüchtlinge, die zurzeit täglich in der Stadt ankommen, eher überschaubar: "Derzeit sind 500 Flüchtlinge in kirchlichen Häusern untergebracht", meldete die evangelische Landeskirche - in ganz Bayern wohlgemerkt. Dabei besitzt sie insgesamt 5.000 Immobilien im Bundesland. Die katholische Kirche hat 950 Flüchtlinge in München und Freising untergebracht und 425 in Augsburg. Nur zur Klarstellung: Hier geht es nicht um das Kirchenasyl, das abgeschobenen Asylbewerbern Unterschlupf gewährt, sondern um Flüchtlinge, die eine Erstunterkunft brauchen.

Selbst im historischen Kloster Benediktbeuern sind nun 16 Asylsuchende einquartiert. Man muss allerdings wissen, dass das Kloster nicht nur eines der ältesten und schönsten in Oberbayern ist, sondern auch eines der größten: Hier stehen riesige Tagungsräume für Kongresse mit 200 Personen zur Verfügung und jede Menge Schlafplätze. Allein 50 komfortable Einzel- und Doppelzimmer sowie eine Jugendherberge mit 180 Betten. Wäre hier wirklich nicht mehr möglich?

In vielen Orten beteuern die Kirchen, sie würden ja gern mehr tun. Doch so leicht sei das nicht. Bei kirchlichen Wohnungsträgern gebe es nur wenig Leerstand, entgegnet das Generalvikariat in Aachen - konkrete

Alles Kirchenmöglich? Kirchengemeinden nehmen Flüchtlinge auf und spenden Millionen. Ist das genug?  
Politiker kritisieren, dass angesichts des Reichtums mehr E....

Leerstandszahlen aber werden nicht veröffentlicht. Und man könne ja kaum bestehende Mietverträge zugunsten von Flüchtlingen kündigen. Zudem hätten die Kirchen bereits einige Gebäude angeboten, aber die Städte hätten nur wenige davon zu Flüchtlingsunterkünften umfunktioniert. "Oft hören wir, die Gebäude sind zu klein", sagt Christoph Heckeley, Sprecher des Erzbistums Köln. Die Städte suchten für Erstaufnahmeunterkünfte nur Grundstücke ab 1,5 Hektar und Gebäude für mindestens 150 Personen.

Und so scheitert der gute Wille aus Sicht der Kirchen am behördlichen Kleinklein, an baurechtlichen Auflagen des Brand- und Denkmalschutzes. Mal fehle eine Fluchttreppe, anderswo eine zweite Dusche. Gemeindehäuser fielen oft durchs Raster, weil sie zu wenig Sanitäreinrichtungen hätten. Man wolle die Flüchtlinge schließlich menschenwürdig unterbringen und mit ausreichend Privatsphäre, argumentieren die Kommunen. Die katholische Kirche gibt sich indes willig und setzt auf Improvisation: Norbert Trelle, Vorsitzender der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz, forderte erst am Dienstag die Gemeinden dazu auf, stillgelegte, entweihte Kirchen als Flüchtlingsunterkünfte und Winterquartiere zu nutzen.

**Load-Date:** September 17, 2015

---

End of Document

**Basarabilir miyiz - schaffen wir das?; Die Türkei leistet Beachtliches bei der Versorgung von mehr als zwei Millionen Flüchtlingen. Die EU mit ihrem neuen Deal kann dabei helfen, zumindest ein wenig.**

ZEIT-online

Dienstag 1. Dezember 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

**ZEIT**  **ONLINE**

**Section:** Flüchtlinge in der Türkei; Ausg. 48

**Length:** 1298 words

**Byline:** Till Schwarze

## **Body**

---

Aus Syrien geflohene Kinder warten in der Fatih Sultan Mehmet Schule in Ankara auf den Start des Unterrichts.

© Umit Bektas/Reuters

Der Plan klingt einfach: bessere Grenzsicherung, Kampf gegen Schleuser sowie Milliardenunterstützungen für die Integration von **Flüchtlingen**. Diese Maßnahmen sollen Hunderttausende Menschen in der Türkei von der Flucht nach Europa abhalten. Illegal Weitergereiste dürfen auch wieder zurückgeschickt werden. Wie die **Flüchtlinge** dabei in der Türkei so zurechtkommen, scheint erst einmal zweitrangig. Dabei lohnt ein genauerer Blick, wie die Türkei mit Hilfesuchenden umgeht.

Das Land hat nach einhelliger Expertenmeinung in der seit fünf Jahren andauernden Syrien- und späteren Irakkrise Enormes geleistet. In der Türkei leben die meisten der mehr als vier Millionen syrischen **Flüchtlinge**. Das Land hat nach eigenen Angaben bislang 7,5 Milliarden Euro für ihre Versorgung ausgegeben. Rechnet man wie die Oppositionspartei CHP wirtschaftliche Verluste hinzu, könnten es sogar um die 16 Milliarden Euro sein.

Trotz dieser gigantischen Aufgabe ist das Zusammenleben der Gastgeber und Geflüchteten weitgehend friedlich geblieben. "Bislang hat das Land die Krise einigermaßen gut bewältigt", lautet das Fazit einer Studie des Brookings Instituts. Die ökonomischen, politischen und sozialen Folgen für das Land seien enorm. Allerdings kommen die Autoren der Studie auch zu dem Schluss, dass erst seit einigen Monaten begonnen wurde, überhaupt über eine Integration der Syrer nachzudenken.

Das liegt an einem Irrtum, dem die türkische Regierung ebenso unterlegen ist wie die geflohenen Menschen: Dass der Syrienkrieg nur eine Katastrophe von wenigen Monaten oder Jahren sei. Die türkische Regierung positionierte sich als entschlossener Gegner des Präsidenten Baschar al-Assad und verfolgte eine Politik der offenen Tür: Alle Syrer waren willkommen, auch ohne Registrierung. Die Türkei hoffte auf die schnelle Rückkehr der Geflohenen und politischen Einfluss im Nachkriegssyrien zur Belohnung ihrer Gastfreundschaft dort.

Basarabilir miyiz - schaffen wir das? Die Türkei leistet Beachtliches bei der Versorgung von mehr als zwei Millionen Flüchtlingen. Die EU mit ihrem neuen Deal k....

Hinzu kommt eine Merkwürdigkeit türkischer Flüchtlingspolitik: Das Land hat zwar die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet, jedoch mit einem geografischen Vorbehalt: Nur Europäer werden in der Türkei als Flüchtlinge nach internationalem Recht anerkannt. Deshalb lautet der Status der Syrer bis heute "Gäste". Flüchtlinge aus Afghanistan, Iran oder Afrika sind nur illegale Migranten.

Die Türkei hat also, ebenso wie die EU, die Syrienkrise völlig unterschätzt. "Die türkische Regierung ging davon aus, alle Flüchtlinge in Camps unterbringen zu können", sagt Ahmet İçduygu, Direktor des Zentrums für Migrationsforschung an der Koç Universität in Istanbul. Heute leben etwa 270.000 in den 25 von der staatlichen Katastrophenbehörde Afad sowie weiteren von Kommunen eingerichteten Lagern, was maximal 20 Prozent der mehr als zwei Millionen Flüchtlinge entspricht.

Camps der Katastrophenbehörde gibt es jeweils für Syrer sowie Yesiden und Christen. Die Lager gelten nach internationalen Standards als vorbildlich. Die Flüchtlinge erhalten dort den gesetzlich garantierten Zugang zu Schulbildung und Gesundheitsversorgung, bekommen ausreichend Nahrungsmittel und zumindest ein Zeltdach über dem Kopf. In den bis zu 20.000 Menschen umfassenden Lagern gibt es Strom und fließend Wasser - im Gegensatz zu den von lokalen Behörden organisierten Camps vor allem für Kurden.

Doch selbst aus den gut organisierten Lagern wollen die Menschen inzwischen heraus. "Sie wollen dort nicht bleiben, weil sie eingeschränkt sind", sagt der Migrationsforscher İçduygu. In den Camps dürfen Flüchtlinge meist nicht arbeiten und das Lager verlassen dürfen sie nur, wenn sie einen Antrag gestellt haben. Vorübergehend mag das akzeptabel sein, doch mit andauernder Krise ist auch bei den Syrern die Gewissheit gewachsen, dass sie so schnell nicht in ihre Heimat zurückkehren werden, wenn überhaupt. Sie beginnen, sich eine neue Lebensperspektive zu suchen, die zumeist außerhalb der Lager liegt.

Dort allerdings gibt es bislang kein wirkliches Konzept der türkischen Regierung. Die meisten dieser Flüchtlinge leben mittlerweile in Städten, allein in Istanbul sind es laut İçduygu um die 500.000. In Städten wie Kilis im Südosten des Landes übertrifft die Zahl der Flüchtlinge fast die der Einwohner. Theoretisch zumindest haben die registrierten Syrer auch dort Anspruch auf Gesundheitsversorgung und Bildung. Wovon sie leben können, hängt aber sehr von den lokalen Behörden, der Hilfe von Nichtregierungsorganisationen und ihren Ersparnissen ab. Der Stärkere hat ein Dach über dem Kopf, der Schwächere landet auf der Straße.

Sozialhilfe gibt es nicht in der Türkei, bestimmte Kommunen bieten aber eine Art Grundversorgung auf minimalem Level an. Die durch dieses großmaschige Netz fallen, sind in Städten wie Istanbul an Hauseingängen und an Straßenecken zu beobachten. Mütter mit Kindern, ganze Familien - wer kein Geld für eine Unterkunft hat, muss sehen, wo er bleibt. In einigen wenigen Support- und Community-Centern kümmern sich Nichtregierungsorganisationen wie ASAM oder Support To Life um solche Fälle, versorgen Flüchtlinge mit Kleidung und Nahrung, bieten Sprachkurse und Kinderbetreuung an. "Das Problem sind zum einen die Kosten der Versorgung und zum anderen die Unwissenheit vieler Flüchtlinge", sagt Burcu Kugu Bolak, die Support To Life vor zehn Jahren mit vier anderen Frauen gegründet hat.

Die Herausforderungen, die Bolak aufzählt, sind gigantisch. Angefangen bei der fehlenden Arbeitserlaubnis für die meisten Flüchtlinge, die zu einem großen Schwarzmarkt an billigen Arbeitskräften vor allem in Landwirtschaft und Textilindustrie sowie Kinderarbeit geführt hat. Sie erzählt von einem elfjährigen Kind, das für 8 Lira (etwa 2,6 Euro) die Woche in einer Bäckerei gearbeitet habe. Gleichzeitig gibt es syrische Unternehmer, die ihr Vermögen aus der Heimat mitbringen konnten und nun Fabriken oder Geschäfte in der Türkei betreiben. Vor allem die billigen Arbeiter werden von schlecht ausgebildeten Türken als unliebsame Konkurrenz wahrgenommen. Nur etwa ein Drittel der schulpflichtigen syrischen Kinder hat einen Platz in einer Schule.

Überall im Land steigen die Mieten, bezahlbarer Wohnraum wird auch für Türken knapp. Nach Angaben von Hilfsorganisationen nutzen Vermieter die Notlage der Flüchtlinge aus und vermieten ihnen Bruchbuden zu horrenden Preisen. "Ich kenne Fälle von Flüchtlingen, die für einen Stall 400 Lira (etwa 130 Euro) im Monat gezahlt haben", sagt Bolak.



Basarabilir miyiz - schaffen wir das? Die Türkei leistet Beachtliches bei der Versorgung von mehr als zwei Millionen Flüchtlingen. Die EU mit ihrem neuen Deal k....

Bislang wurde die Versorgungslücke außerhalb der Camps also vor allem durch gesellschaftliches Engagement zumindest ein Stück weit geschlossen. Eigentlich ungewöhnlich für ein Land, in dem die Regierung vor allem ausländische aber auch einheimische NGOs lange Zeit als Bedrohung empfand. Doch ist seit zwei Jahren ein Stimmungswandel zu beobachten: Wollte die türkische Regierung die Krise anfangs noch ohne Hilfe von UN-Organisationen schaffen, hat sich ihr Misstrauen inzwischen durch das Ausmaß der Krise verflüchtigt. Auch wenn es offiziell noch nicht so gesagt wird, hat sich auch in der Regierung die Erkenntnis durchgesetzt, dass ein Großteil der Flüchtlinge länger bleiben wird und ihre Integration notwendig ist.

Anzeichen dafür gibt es einige. So könnte das türkische Parlament vielleicht schon bald den Arbeitsmarkt für syrische Flüchtlinge öffnen. Migrationsforscher Içduygu hofft darauf schon im nächsten Monat. "Die Lage verbessert sich, aber eine landesweite Koordinierung der Maßnahmen fehlt", sagt STL-Sprecherin Bolak.

Für diese Reformen könnten die versprochenen drei Milliarden Euro der EU tatsächlich ein Anfang sein. Zumal wenn sie, wie Kanzlerin Angela Merkel betonte, nur projektbezogen ausgegeben werden sollen, damit sie tatsächlich an Flüchtlinge gehen.

**Load-Date:** December 1, 2015

---

End of Document

**"Dieses Gesetz spaltet"; Wissenschaftler, Künstler und Autoren protestieren gegen das geplante Integrationsgesetz. Es sei ein "Rückschritt in die 1980er Jahre". Der offene Brief im Wortlaut**

ZEIT-online

Donnerstag 5. Mai 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Integrationsgesetz; Ausg. 19

**Length:** 1502 words

## Body

---

Deutschunterricht in einer **Flüchtlingsunterkunft** in Sarstedt

© Alexander Koerner/Getty Images

Das geplante Integrationsgesetz reiße alte Gräben auf, statt Vielfältiges zusammenzuführen. Es spalte die Gesellschaft wieder in **Migranten** und Deutsche. Es bringe Einwanderern Misstrauen entgegen, statt Chancengleichheit, Aufstiegsmöglichkeiten und Teilhabe für alle zu schaffen: Das steht in einem offenen Brief an die Bundesregierung, der auch als Online-Petition im Netz zu lesen ist. Seine Autoren fordern einen Integrationsvertrag für die gesamte Gesellschaft: "Wir dachten, wir seien inzwischen gereift an der Erkenntnis, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, in dem demokratische Grundrechte auf Basis des Grundgesetzes für alle gelten - gleich welcher Herkunft, Religion oder Kultur."

Die Politik müsse eine Antwort finden auf den Mangel an Arbeit, Wohnraum, Perspektiven; vor allem müsse sie etwas gegen die sich immer weiter öffnende Schere zwischen Arm und Reich tun - anstatt immer wieder kulturelle Gründe für Schwierigkeiten bei der Integration nach vorne zu schieben, fordern die Autoren Farhad Dilmaghani, Gründer der Vereinigung DeutschPlus, die Sozialwissenschaftlerin Naika Foroutan von der Humboldt-Universität, der Journalist Georg Diez und Werner Schiffauer, Vorsitzender des Rats für **Migration**. In Zukunft solle ein Bundesintegrationsministerium die Federführung in der Integrationspolitik übernehmen statt, wie bisher, das vor allem an Sicherheitsfragen orientierte Innenministerium. Ein Einwanderungs- und Teilhabegesetz sei dafür zu entwickeln und eine Debatte über ein neues grundgesetzliches Staatsziel zur Integration und gleichberechtigter Teilhabe aller müsse angestoßen werden.

Unter den 90 Erstunterzeichnern sind Schauspieler, Musiker, Medienschaffende wie der Berlinale-Chef Dieter Kosslick und der Regisseur Lars Kraume, Publizisten wie der Philosoph Harald Welzer, die Autorin Carolin Emcke, der Kulturforscher Mark Terkessidis und der Schriftsteller Maxim Biller und Wissenschaftler unterschiedlicher Fachrichtungen wie der renommierte Münchner Soziologe Armin Nassehi, Hans Vorländer von der TU Dresden und die Geschlechterforscherin Sabine Hark. Die Wissenschaftlervereinigung Rat für Migration und zivilgesellschaftliche Verbände wie DeutschPlus e.V. unterstützen den Brief. Wir dokumentieren das Schreiben im Wortlaut.

**Das Integrationsgesetz ist ein Rückschritt in die 1980er Jahre**

"Dieses Gesetz spaltet" Wissenschaftler, Künstler und Autoren protestieren gegen das geplante Integrationsgesetz. Es sei ein "Rückschritt in die 1980er Jahre". ....

*Warum wir einen "Integrationsvertrag für alle" als neuen Gesellschaftsvertrag brauchen und kein Gesetz, das uns in die Spaltungen der Vergangenheit zurückführt - auch wenn diese so schön übersichtlich waren.*

Das Integrationsgesetz, das die Bundesregierung vorschlägt, ist ein Rückschritt in die 1980er Jahre. Damals prägten Misstrauen und Einschränkungen das Reden über Einwanderung. Die Gesellschaft wurde in Migranten und Deutsche unterteilt, und Integration galt als ein einseitiger Prozess, der von Einwanderern und ihren Nachkommen erbracht werden musste, wobei die Nachweishürden stetig erhöht wurden.

Wir dachten, wir seien inzwischen gereift an der Erkenntnis, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, in dem demokratische Grundrechte auf Basis des Grundgesetzes für alle gelten - gleich welcher Herkunft, Religion oder Kultur. Diese Vielfalt, die sich auf Basis des Grundgesetzes zu einer Einheit formieren kann, ist politisch nicht eindeutig als Leitbild kommuniziert und in die Gesellschaft hineingetragen worden. Rechtspopulistische Parteien haben daher die Vielheit zu einer Bedrohungskulisse aufbauen können und versprechen eine Reduktion der Unübersichtlichkeit, die zwar emotional verfängt, aber real nur durchsetzbar wäre, wenn es massive Einschnitte in das Grundgesetz und die demokratische Verfasstheit dieses Landes geben würde. Die zunehmenden Positionsgewinne rechtspopulistischer Parteien sind bedrohlich für unsere Demokratie. Es gilt daher eine konstruktive Antwort auf die Frage zu formulieren: "Wie wollen wir zusammenleben?"

Der Entwurf eines Integrationsgesetzes, der nun vorgelegt wurde, ist kein Lernfortschritt. Er ist getragen von Misstrauen und vorauseilenden Vorverurteilungen. Das geplante Gesetz bringt Verbesserung für eine möglichst schnelle Eingliederung von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt. Das ist positiv. Es enthält aber auch viele neuerliche Verschärfungen: Gefordert werden zusätzliche Leistungskürzungen, Sanktionsdrohungen oder die europarechtlich fragwürdige Wohnsitzzuweisung. Es ist deshalb absurd, dieses Gesetz als historische Errungenschaft zu bewerten. Der Unterstellung von der mangelnden Integrationsbereitschaft der Geflüchteten steht die Tatsache entgegen, dass die Nachfrage nach Integrationskursen höher ist als das Angebot, dass die Kriminalitätsdaten nicht höher sind als die der Allgemeinbevölkerung, dass die Vorstellung von einem guten Leben uns alle gleichermaßen antreibt.

Ein gemeinsamer Integrationsvertrag sollte stattdessen das Zusammenleben in der bereits bestehenden kulturell vielfältigen Einwanderungsgesellschaft gemeinschaftlich regeln und dabei zentrale Desintegrationsmechanismen wie mangelnde Arbeit, mangelnden Wohnraum, mangelnde Perspektiven und vor allen Dingen die immer weiter aufgehende Schere zwischen Arm und Reich als strukturelle Integrationshemmnisse in den Fokus nehmen - anstatt immer wieder fadenscheinige kulturelle Gründe nach vorne zu schieben. Es sollte zeigen, dass nicht nur Neuzuwanderer, sondern auch die Alteingesessenen - also wir alle - aber vor allem das politische System, Institutionen, Verwaltungseinheiten und Kommunen dazu beitragen müssen, Chancengleichheit, Aufstiegsmöglichkeiten und eine interkulturelle Öffnung verkrusteter Strukturen zu fördern. Es gibt bereits drei Bundesländer in Deutschland, die diesen Weg eingeschlagen haben: Baden-Württemberg, Berlin und Nordrhein-Westfalen. Warum kann sich die Bundesregierung nicht hieran orientieren?

Das wäre die richtige Antwort auf die Rechtspopulisten und ein substanzieller **Schritt hin zu einem echten Einwanderungsgesetz**. Für dieses Einwanderungsgesetz, das von einem gemeinsamen Integrationsvertrag flankiert werden muss, **brauchen wir endlich ein Bundesministerium für Migration und Integration**, das die zentrale Zuständigkeit für die Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland übernimmt. Solange das Bundesinnenministerium mit seiner Orientierung an Sicherheitspolitik und Gefahrenabwehr das führende Ressort für diese Themen bleibt, werden wir nie den institutionellen Aufbruch in die Einwanderungsgesellschaft schaffen.

Deutschland hat sich seine Position als moderne und erfolgreiche Nation weltweit auch auf der Basis seines neuen Selbstbildes einer kulturell, ethnisch und religiös vielfältigen und zunehmend selbstbewussten Einwanderungsgesellschaft geschaffen. Wenn der Bundesinnenminister nun fordert, "dass alle, die hier leben wollen, die deutsche Kultur kennen und unsere Grundwerte akzeptieren", dann ist das legitim. Aber diese Forderung muss selbstverständlich auch an jene Teile der deutschen Gesellschaft gerichtet werden, die unsere Grundwerte täglich infrage stellen, wenn sie Hass gegenüber Minderheiten in die Öffentlichkeit tragen oder die grundgesetzlich garantierte Religionsfreiheit missachten. Die Normen unserer Demokratie werden vor allem dadurch gebrochen, dass in Deutschland im Schnitt jeden Tag drei Flüchtlingsunterkünfte angegriffen werden, und

"Dieses Gesetz spaltet" Wissenschaftler, Künstler und Autoren protestieren gegen das geplante Integrationsgesetz. Es sei ein "Rückschritt in die 1980er Jahre". ....

unsere Werte werden infrage gestellt mit jedem Flüchtling, der im Mittelmeer ertrinkt. Dieses Unbehagen von sich zu weisen und mit dem Finger auf Flüchtlinge zu zeigen, die es angeblich zu disziplinieren gilt, ist das, was das geplante Integrationsgesetz tut.

**Für einen gemeinsamen Integrationsvertrag** brauchen wir eine Rückbesinnung auf zentrale Ideen des Grundgesetzes: Würde, Gleichheit und Solidarität sollten als Zielmarken eines solchen Vertrags formuliert werden und eine **gesellschaftliche Debatte über ein Staatsziel "Vielfalt, gleichberechtigte Teilhabe und Integration"** angestoßen werden.

Der vorliegende Gesetzesentwurf sollte verhindert oder verbessert werden. Das geht nicht innerhalb weniger Tage oder Wochen. Das braucht Zeit und eine echte Beteiligung von Wissenschaft, Bürgergesellschaft, Migrantenselbstorganisationen und Verbänden. Die Alternative wäre, stattdessen gleich das tatsächlich fehlende große **"Gesetz über Einwanderung, kulturelle Vielfalt und Integration durch Teilhabe"** zu wagen.

Noch ist es nicht zu spät. Wir brauchen ein Gesetz, das von der Zukunft her denkt!

#### **Die Initiatoren stellvertretend für die Erstunterzeichner:**

Georg Diez, Journalist und Autor, Berlin    Farhad Dilmaghani, Vorsitzender DeutschPlus e.V., Berlin    Prof. Dr. Naika Foroutan, Sozialwissenschaftlerin, Berlin    Prof. Dr. Werner Schiffauer, Vorsitzender Rat für Migration, Frankfurt an der Oder

Dieser offene Brief wird unterstützt vom Rat für Migration sowie DeutschPlus - Initiative für eine plurale Republik e.V und Neue deutsche Medienmacher e.V. als Träger der Neuen deutsche Organisationen.

**Load-Date:** May 5, 2016

**Japaner unter sich; Für Japan ist die Flüchtlingskrise ein fernes Thema. Die Inselnation hat schon immer skeptisch auf die Ausländer geblickt. Dabei braucht sie dringend Zuwanderung.**

ZEIT-online

Mittwoch 4. November 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

**ZEIT**  **ONLINE**

**Section:** Einwanderungspolitik; Ausg. 44

**Length:** 645 words

**Byline:** Matthias Naß

## **Body**

---

Es ist alles nur eine Frage der Entfernung. Wer dieser Tage nach Japan reist, hört viel über Spannungen im Südchinesischen Meer, über Probleme im Umgang mit den Koreanern, über Streit um die neuen Sicherheitsgesetze der Regierung Abe. Nur von **Flüchtlingen**, da hört man nichts.

Aus Syrien, Afghanistan, dem Irak, gar aus Eritrea schafft es kaum ein **Asylsuchender** bis nach Tokio oder Osaka. Und deswegen kommt das Problem in den Zeitungen oder in den Fernsehnachrichten nur am Rande vor. Aus japanischer Sicht gibt es Wichtigeres zu besprechen.

Das ist einerseits die natürlichste Sache der Welt, andererseits aber doch etwas befremdlich, wenn man bedenkt, dass die gegenwärtige Flüchtlingswelle vielleicht nur der Beginn einer viel größeren weltweiten Migrationsbewegung ist. Denn Armut, Bevölkerungswachstum, Perspektivlosigkeit, Klimaprobleme dürften in den kommenden Jahren noch viele Millionen Menschen im Süden dazu bringen, auf der Suche nach einem besseren Leben nach Norden aufzubrechen.

Japan treiben diese Fragen derzeit nicht um. Warum, erklären zwei Zahlen: Fünftausend Menschen haben voriges Jahr Asyl beantragt, elf haben es erhalten. Ja, genau: elf. "Syrien ist von uns aus gesehen ein fernes Problem", sagt ein früherer Außenminister. Und fügt selbstkritisch hinzu: "Japan kann viel mehr machen. Wir müssen akzeptieren, wenn das Ausland sagt, Japan tut nichts."

Und selbst ein amtierender Vizeminister der konservativen Regierung Abe räumt ein: "Wir müssen zum Thema Flüchtlinge eine ernsthafte Diskussion führen."

Fünf vor 8:00 Abonnieren Sie die Morgenkolumne von ZEIT ONLINE - von Montag bis Freitag per E-Mail. Jetzt anmelden

Bisher geschieht das nicht. Mit den Fremden tut sich das Land, das sich in der Edo-Zeit (1603-1867) vollständig von der Welt abkapselte und keine Ausländer bei sich duldete, bis heute schwer. Die eigene Kultur gilt als einzigartig, was sie tatsächlich ist. Die Sprache gilt als schwer, was ebenfalls stimmt. Und trotzdem ist sie zu

Japaner unter sich Für Japan ist die Flüchtlingskrise ein fernes Thema. Die Inselnation hat schon immer skeptisch auf die Ausländer geblickt. Dabei braucht sie ....

erlernen, so wie die Kultur zu verstehen ist. Aber die Skepsis der Japaner bleibt, dass es sich mit Fremden gut zusammenleben lässt.

Der Ausländeranteil in Japan liegt bei zwei Prozent. (Zum Vergleich: In Deutschland sind es 8,5 Prozent.) Ein Politiker, der daran etwas ändern wollte, würde wenig für seine Popularität tun. Die Grundstimmung ist: Nur keine Zuwanderung! Dabei steht Japan vor einer dramatischen demografischen Herausforderung: Die Bevölkerung altert - und sie schrumpft. Schätzungen zufolge wird sie in den nächsten 50 Jahren um 30 Prozent abnehmen, von heute 128 Millionen auf dann nur noch 87 Millionen.

Eine Studie im Auftrag der Regierung zeigte: Nicht nur müsste die Geburtenrate von derzeit 1,39 auf 2,07 ansteigen, es müssten auch Jahr für Jahr 200.000 Einwanderer ins Land kommen, um Japans Bevölkerungszahl über hundert Millionen halten zu können.

Eigentlich müsste das Land Einwanderer also mit offenen Armen empfangen. Aber die wenigen Arbeitskräfte, die es ins Land schaffen, sind Krankenschwestern und Haushaltshilfen aus den Philippinen, Vietnam und Indonesien - Asiaten, die "uns Japanern mental ähnlich sind", wie ein Gesprächspartner sagt.

Natürlich gibt es Japaner, die sich fragen, ob es in einer globalisierten Welt nicht höchste Zeit sei, die traditionelle Abneigung gegen Offenheit und Vielfalt zu überwinden. Doch sie bleiben in der Minderheit.

Die Edo-Zeit ist vor 150 Jahren zu Ende gegangen. In manchen Köpfen aber lebt die damalige Isolation Japans fort. Fragt sich, wie lange das Land sich das leisten kann. Vor den Vereinten Nationen hat Premier Abe kürzlich 1,5 Milliarden Dollar zur Linderung der Flüchtlingsnot zugesagt. Geld, das im Nahen und Mittleren Osten dringend gebraucht wird. Was Japan aber nicht davon abhalten sollte, Flüchtlingen auch im eigenen Land Schutz zu gewähren. Elftausend statt elf - fürs Erste wäre das doch eine gute Zielmarke.

**Load-Date:** November 4, 2015

**Flüchtlinge kosten bis zu 400 Milliarden Euro; Finden alle Flüchtlinge gute Jobs, werden die Staatsfinanzen sogar entlastet. Gelingt die Integration am Arbeitsmarkt nicht, zahlen alle drauf, rechnet eine Studie vor.**

ZEIT-online

Mittwoch 27. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Arbeitsmarkt; Ausg. 17

**Length:** 651 words

**Byline:** Mark Schieritz

## Body

---

Berufsvorbereitendes Training für **Flüchtlinge** in der Fortbildungsakademie der Wirtschaft in Dresden

© Oliver Killig/dpa

Die Aufnahme von **Flüchtligen** könnte die Staatskassen bei einem Scheitern der Integration in den Arbeitsmarkt langfristig mit insgesamt bis zu knapp 400 Milliarden Euro belasten. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Studie des Mannheimer Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung. Wenn die Integration gelingt, profitiert die Allgemeinheit allerdings von zusätzlichen Staatseinnahmen in Höhe von 20 Milliarden Euro. Die Studie liegt ZEIT und ZEIT ONLINE exklusiv vor.

Darin untersucht ZEW-Forscher Holger Bonin erstmals systematisch, wie sich das Qualifikationsniveau der Neuankömmlinge auf die Staatsfinanzen auswirkt. Die Ergebnisse sind bemerkenswert, weil sie zeigen, dass die ökonomischen Folgewirkungen der Flüchtlingskrise maßgeblich vom Grad der wirtschaftlichen Integration der Geflüchteten abhängen. Wenn sie gut funktioniert, könne dies "die deutschen Staatsfinanzen auf lange Sicht entlasten". Andernfalls könnten auf die Bürger "auf lange Sicht spürbare finanzielle Zusatzbelastungen zukommen".

Diese Belastungen summieren sich über einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten betrachtet auf 398 Milliarden Euro, wenn die Flüchtlinge erst in 20 Jahren voll in den Arbeitsmarkt integriert sind und nur die Leistungskraft von Einheimischen mit einer geringen Qualifikation erreichen. In diesem Fall reichen die von den Migranten entrichteten Steuern und Abgaben nicht aus, um die zusätzlichen Ausgaben für Transferleistungen wie Kindergeld oder die Bereitstellung der staatlichen Infrastruktur zu finanzieren.

### Hilfe zur beruflichen Qualifizierung zahlt sich aus

Je schneller die Flüchtlinge allerdings einen Arbeitsplatz finden und je höher der Qualifikationsgrad, desto geringer die Kosten, weil die Flüchtlinge dann bessere Jobs bekommen. Dadurch bezahlen sie mehr Steuern und nehmen weniger Transfers in Anspruch. Schon wenn 60 Prozent das Niveau von Einheimischen mit abgeschlossener

Flüchtlinge kosten bis zu 400 Milliarden Euro Finden alle Flüchtlinge gute Jobs, werden die Staatsfinanzen sogar entlastet. Gelingt die Integration am Arbeitsma....

Berufsausbildung erreichen, reduzieren sich die Kosten auf 218 Milliarden Euro. Wenn die Integration statt in 20 bereits in 10 Jahren gelingt, fällt der Betrag noch einmal auf dann 113 Milliarden Euro.

Wenn alle Neuankömmlinge die Leistungskraft von Menschen mit Berufsausbildung erreichen, übersteigen die zusätzlichen Einnahmen aus der Zahlung von Steuern und Abgaben die Mehrausgaben um 20 Milliarden Euro. "Öffentliche Ausgaben für wirksame aktive Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung und schnelleren wirtschaftlichen Integration könnten auf mittlere und längere Sicht gute Renditen in Form von Steuer- und Beitragsmehreinnahmen und niedrigere Ausgaben für die soziale Grundsicherung abwerfen", heißt es in der Studie.

Unterstellt ist dabei, dass einmalig eine Million Flüchtlinge aufgenommen werden, die zu 59 Prozent jünger sind als 25 Jahre - das entspricht etwa dem Profil derjenigen, die 2015 einen Asylantrag gestellt haben. Als Kosten der Integration werden im ersten Jahr 20.000 Euro für jeden Flüchtling angenommen, der Betrag geht dann während der Integrationsdauer schrittweise zurück. Wenn mehr Menschen nach Deutschland kämen, würden sich die Gesamtsummen entsprechend vergrößern.

Die Auswirkungen auf den Staatshaushalt werden mit der Methode der Generationenbilanzierung errechnet, die die langfristige Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben untersucht. Die Milliardenbeträge lassen sich auch auf eine jährliche Summe umrechnen, die jeder in Deutschland Ansässige, vom Baby bis zum Greis, praktisch bis in die Unendlichkeit bezahlen müsste, beziehungsweise erhalten würde. Für den Fall, dass alle Flüchtlinge das finanzielle Niveau von Einheimischen mit Berufsausbildung erreichen, bekäme jeder Bürger jährlich 20 Euro ausbezahlt. Wenn die Integration nicht gelingt, würden pro Kopf jährlich maximal 86 Euro an Kosten fällig.

**Load-Date:** April 27, 2016



**Gefährliche Gäste; Der Istanbul Attentäter kam aus Syrien. Die Türkei kann kaum kontrollieren, wer sich ins Land schmuggelt. Aber nicht nur die poröse Grenze macht die Türkei verletzlich.**

ZEIT-online

Donnerstag 14. Januar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Türkei; Ausg. 3

**Length:** 1117 words

**Byline:** Zia Weise

## **Body**

---

Syrische **Flüchtlinge** nahe des syrisch-türkischen Grenzübergangs Akcakale (Archiv)

© Bulent Kilic/AFP/Getty Images

Eine Woche bevor der mutmaßliche Attentäter Nabil Fadli an Istanbuls Blauer Moschee vorbeilief und sich inmitten einer Touristengruppe in die Luft sprengte, registrierte sich der Syrer bei der Immigrationsbehörde. Als einen **Asylbewerber** kann man ihn aber trotzdem nicht bezeichnen - denn die Türkei akzeptiert nur Europäer als **Flüchtlinge**.

Was bizarr klingen mag, ist nur eine von vielen Regeln, die Syrern das Leben in der Türkei erschweren. **Flüchtlingsstatus** bedeutet Schutz und Rechte, also Zugang zu Bildung, medizinischer Versorgung und legaler Arbeit. Genau der Mangel daran treibt viele **Flüchtlinge** auf die Boote nach Europa, wo sie sich eher eine Zukunft vorstellen können als in einem Land, das sie nur als "Gäste" behandelt.

Aber nicht nur die Ausreise von Syrern ist in den Händen von Schleppern, auch die Einreise. Lange wurde die Türkei für ihre Großzügigkeit gegenüber Flüchtlingen gelobt, als Ankara die Grenzen offen hielt und mehrere Millionen Syrer aufnahm.

Diese "offene Tür" hat sich allerdings langsam geschlossen, die Grenzübergänge sind zu. Aber die lange und poröse Grenze bietet noch immer einen Fluchtweg. Wer genau sich in das Land schmuggeln lässt, kann die Türkei dabei kaum kontrollieren.

### **Der Weg in die Türkei**

Nur zwei Grenzübergänge zwischen Syrien und der Türkei, Bab al-Hawa und Bab al-Salameh, waren noch für Flüchtlinge offen, aber im März vergangenen Jahres riegelte Ankara auch diese ab. Die Grenze bleibt offiziell geschlossen; nur schwer verletzte Syrer dürfen noch passieren. Alle anderen bezahlen Schlepper. Der Durchschnittspreis: 100 Dollar.

Gefährliche Gäste Der Istanbuler Attentäter kam aus Syrien. Die Türkei kann kaum kontrollieren, wer sich ins Land schmuggelt. Aber nicht nur die poröse Grenze m....

Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch versucht der türkische Grenzschutz immer mehr Schmuggelrouten abzuschneiden. Seit August wird eine acht Kilometer lange Mauer am westlichen Ende der 900 Kilometer langen Grenze gebaut. Aber je härter die Türkei gegen die Schlepper vorgeht, desto riskanter werden die Fluchtwege.

"Der Weg von Syrien in die Türkei war am schwierigsten. Noch schlimmer als das Boot", sagt Ahmad, ein 21-jähriger Physikstudent aus Damaskus. Mittlerweile ist er in Deutschland. Im Herbst floh er von der Hafenstadt Latakia nach Hatay, eine bergige Provinz im Süden der Türkei. "Wir mussten nachts über Berge klettern. 40 Leute waren in unserer Gruppe, aber nur 35 kamen in Hatay an. Ich weiß nicht, was mit ihnen passiert ist."

Andere Flüchtlinge erzählen, dass türkische Grenzsoldaten auf sie geschossen hätten. Immer mehr Syrer werden auch an der Grenze zurückgewiesen, sagt Gerry Simpson, Flüchtlingsexperte von Human Rights Watch.

Zudem sind Syrer, die von einem dritten Land wie etwa Jordanien oder Libanon in die Türkei einreisen wollen, seit letztem Freitag visumpflichtig. Viele Flüchtlinge aus dem Süden Syriens reisten zuvor von Beirut oder Amman nach Izmir, von wo Schlepper sie nach Griechenland brachten.

Erst Mitte Dezember versicherte die türkische Regierung noch, dass sie ihre Politik der "offenen Tür" fortführen würde. "Im Angesicht der Fakten sind solche Aussagen lächerlich", sagt Simpson.

### **Flüchtlinge oder Gäste?**

Einmal in der Türkei angekommen, haben Flüchtlinge die Wahl, sich registrieren zu lassen. Um Asyl können sie sich allerdings nicht bewerben.

Wie mehr als 150 Länder weltweit hat die Türkei das Genfer Flüchtlingsabkommen von 1951 unterschrieben. Zunächst war das Abkommen für den Schutz europäischer Flüchtlinge gedacht. Mittlerweile interpretieren es viele Länder breiter, aber die Türkei beließ es bei der geografischen Beschränkung und akzeptiert weiterhin nur Asylsuchende aus Europa.

Zu Beginn des Bürgerkriegs bezeichnete die Türkei Syrer euphemistisch als "Gäste", mit der Annahme, dass die fliehenden Menschenmengen bald in ihr Land zurückkehren würden. Als klar wurde, dass diese Gäste etwas länger bleiben würden, führte die Türkei einen "vorübergehenden Schutz" für registrierte Syrer ein. Dieser gewährleistet einige Rechte wie etwa Bildungszugang und Schutz vor Abschiebung. Registrierte Syrer können sich auch durch die UN-Flüchtlingsorganisation UNHCR um Asyl in einem dritten Land bewerben - ein Prozess, der mehrere Jahre dauert.

Die Rechte eines unter dem UN-Abkommen anerkannten Flüchtlings wären weitreichender. Vor allem bleibt eine Arbeitserlaubnis für viele Syrer unerreichbar - bis jetzt, denn die türkische Regierung kündigte vor Kurzem an, Flüchtlingen eine Arbeitserlaubnis zu erteilen, wenn auch nur für bestimmte Wirtschaftssektoren.

"Eine Arbeitserlaubnis wäre äußerst willkommen", sagt Simpson. "Aber um den Flüchtlingsstrom nach Europa zu stoppen, ist voller, rechtlicher Schutz nötig. Und vor allem besserer Zugang zu Schulen und Universitäten."

Ohne Arbeitsmöglichkeit leben viele Syrer am Rande der Armut. Andere finden Arbeit auf dem Schwarzmarkt, wo sie oft ein wesentlich geringeres Gehalt verdienen als Türken. Auch die Sprachbarriere bringt Probleme. Mehr als 400.000 syrische Kinder in der Türkei gehen nicht zur Schule; viele müssen arbeiten, um das Familieneinkommen zu unterstützen.

### **Hohe Dunkelziffer**

"Mehr als zweieinhalb Millionen Syrer sind in der Türkei registriert, aber wir können nicht einmal schätzen, wie hoch die Dunkelziffer ist", sagt Abby Dwommoh vom Türkei-Büro der Internationalen Organisation für Migration (IOM). "Die meisten Syrer sprechen kein Türkisch und es gibt kaum Informationen in Arabisch. So wissen einige nicht, wie und wo sie sich registrieren können."

Gefährliche Gäste Der Istanbuler Attentäter kam aus Syrien. Die Türkei kann kaum kontrollieren, wer sich ins Land schmuggelt. Aber nicht nur die poröse Grenze m....

Knapp 200.000 Syrer leben in staatlichen Flüchtlingslagern entlang der Grenze. Die Lager haben unter Flüchtlingsorganisationen einen guten Ruf für deren hohe Standards, aber oft bleiben nur die ärmsten Syrer dort. "Man kann das nicht Leben nennen. Es gibt nichts zu tun. In Syrien sterben wir, aber im Lager sterben wir auch dahin", sagt Sedana, eine 13-Jährige aus Damaskus. Der Versuch ihrer Familie, im September nach Griechenland zu entkommen, scheiterte an der türkischen Grenzpolizei.

Dwommoh glaubt, dass fast alle Syrer früher oder später mit den türkischen Behörden in Berührung kommen. Bürgermeister und örtliche Hilfsorganisationen seien oft in Kontakt mit Flüchtlingen in deren Umgebung.

Aber trotzdem fehlt der Türkei der Überblick, wer sich in ihrem Land aufhält - eine Situation, die auch zur Gefahr werden kann, wenn sich Attentäter wie Nabil Fadli als Flüchtlinge tarnen. Warum Fadli sich in Istanbul allerdings überhaupt registrieren ließ, ist nicht zu erklären.

**Load-Date:** January 14, 2016

---

End of Document

**Cameron will 4.000 Syrer direkt aus Flüchtlingscamps holen; Die britische Regierung ist dazu bereit, mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Sie sollen direkt aus Lagern an den Grenzen Syriens ausgewählt werden.**

ZEIT-online

Freitag 4. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Großbritannien; Ausg. 36

**Length:** 380 words

## Body

---

**Flüchtlinge** bei Calais werden von der größeren Aufnahmebereitschaft der britischen Regierung nicht profitieren.

© Regis Duvignau/Reuters

Der britische Premierminister David Cameron reagiert auf die Forderungen, mehr **Flüchtlinge** aufzunehmen. Künftig sollen Tausende **Migranten** direkt aus **Flüchtlingslagern** der Vereinten Nationen an den Grenzen Syriens ausgewählt werden. "Das gibt ihnen einen direkteren und sichereren Weg ins Vereinigte Königreich, statt dass sie die gefährvolle Reise riskieren, die tragischerweise so viele das Leben gekostet hat." Nächste Woche sollen die Details bekanntgegeben werden. Das UN-**Flüchtlingshilfswerk** nannte die Zahl 4.000, allerdings wurde sie noch nicht von der Regierung in London bestätigt.

Wie der *Guardian* schreibt, arbeitet die Regierung intensiv daran, die Finanzierung des Programms sowie die Unterbringung zu organisieren. Auch mit dem neuen Programm werde Großbritannien aber noch deutlich weniger Flüchtlinge aufnehmen als beispielsweise Deutschland,

Wie es aus der Regierung heißt, sollen keine Flüchtlinge aufgenommen werden, die bereits in Europa sind. So wolle man verhindern, indirekt Schleuserbanden zu unterstützen. Außerdem sollten keine Menschen motiviert werden, die Reise nach Europa anzutreten.

Britische und französische Polizisten haben in den vergangenen Wochen versucht, Flüchtlinge an der Durchquerung des Eurotunnels zu hindern. Vor dem Tunnel hat sich ein Lager mit Tausenden Migranten gebildet.

Nicht nur die EU-Partner forderten zuletzt von Cameron, mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Der Premierminister ist auch innenpolitisch unter Druck geraten. In einer Online-Petition verlangten mehr als 340.000 Briten, mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Petitionen, die mehr als 100.000 Unterstützer finden, werden für eine Parlamentsdebatte in Betracht gezogen.

Zudem kritisierten unter anderem christliche Organisationen die rigide Aufnahmepraxis der Regierung. Die Bilder des toten Flüchtlingsjungen verstärkten den Druck.

Cameron will 4.000 Syrer direkt aus Flüchtlingscamps holen Die britische Regierung ist dazu bereit, mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Sie sollen direkt aus Lagern a....

Der Premierminister hatte sich über die Aufnahmen bestürzt geäußert. "Jeder, der letzte Nacht diese Bilder gesehen hat, konnte gar nicht anders, als bewegt zu sein", sagte Cameron. "Als ein Vater habe ich mich tief bewegt gefühlt vom Anblick dieses kleinen Jungen an einem Strand in der Türkei."

**Load-Date:** September 15, 2015

---

End of Document

**Shilan hat Angst; Sie suchen Schutz, treffen aber auch in den Flüchtlingsheimen auf ihre Verfolger. Für Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuelle hört die Flucht in Deutschland nicht auf.**

ZEIT-online

Dienstag 26. Januar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

**ZEIT**  **ONLINE**

**Section:** Homosexuelle Flüchtlinge; Ausg. 4

**Length:** 1631 words

**Byline:** Rebecca Erken

## **Body**

---

Shilan hat sich beim Fußballspielen verletzt.

© Rebecca Erken

Es war nur ein kurzer Augenblick, der alles verändert hat. Denn Shilan\* war bereit, einen Mann zu heiraten, obwohl sie seit ihrem 15. Lebensjahr sicher ist, lesbisch zu sein. Immer wieder sei sie ihren Eltern zuliebe mit Männern ausgegangen, erzählt sie. Bis "die schönste Frau, die ich jemals gesehen habe" ihren Kleiderladen in Algier betrat. Djamila\* und Shilan wurden ein Paar - ein heimliches. Denn in Algerien kann man "wegen homosexueller Handlungen" ins Gefängnis kommen.

"Zusammen sein - das ist nicht wie hier", sagt Shilan. Im Rubicon, einem Beratungszentrum für Lesben und Schwule in Köln, erzählt sie in einem Gemisch aus Französisch, Deutsch und Arabisch ihre Geschichte. Djamila wohnte bei ihrer Großmutter. Immer wenn diese die Wohnung verließ, schlich sich Shilan aus dem Laden zu ihrer Freundin, für eine halbe Stunde, länger nicht. Das wäre zu auffällig gewesen. Shilan, die heute Sweatshirt und Turnschuhe anzieht, trug in Algerien weiter den Hidschab, lebte bei ihren Eltern, ordnete sich unter. Nur mit Männern ging sie seit der Begegnung mit Djamila nicht mehr aus. Das konnte sie nicht mehr.

Rund zwei Jahre ging das gut, bis eine Nachbarin die beiden beobachtet hat, als sie sich in Shilans Geschäft umarmten. Sie verriet es der Familie, die schon Verdacht schöpfte. Als Shilan nach Hause kam, schlug ihr Bruder sie. Die Eltern hinderten ihn nicht daran, sie standen hinter ihm. Er drohte, Shilan umzubringen. Sie war überzeugt davon, dass er es ernst meinte und floh. "Ich hatte keine Wahl", sagt die 28-Jährige heute. Wie viele Menschen nach Deutschland geflohen sind, weil sie wie Shilan aufgrund ihrer sexuellen Identität verfolgt werden, darüber gibt es nach Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) keine Zahlen.

Aber Gema Rodríguez Díaz, eine der Organisatorinnen der Gruppe baraka für homosexuelle Migranten und Flüchtlinge und Leiterin der Integrationsarbeit im Rubicon, sagt: "Jede Woche erreichen uns neue Flüchtlinge mit schlimmen Geschichten." Bei baraka sei die Zahl der Hilfesuchenden 2014 und 2015 in die Höhe geschellt.

Shilan hat Angst Sie suchen Schutz, treffen aber auch in den Flüchtlingsheimen auf ihre Verfolger. Für Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuelle hört die Flucht in....

"Ich habe von heute auf morgen alles hinter mir gelassen", sagt Shilan. "Meine Liebe, mein Leben, meine Familie, mein Heimatland, meinen Beruf." Sie hob ihr Erspartes ab, 6.000 Euro für ein Visum und einen Flug nach Spanien. Aber dort traute sie sich nicht zu bleiben: "Ich habe sehr viel Familie dort", sagt Shilan, deren Augen nervös durch den Raum wandern. Die Angst trieb sie weiter nach Paris. Hier wollte sie gerne bleiben, schließlich spricht sie Französisch. "Doch auch dort leben mehrere Onkel und Cousins", sagt sie, wippt mit dem Fuß und rutscht auf dem Sofa hin und her. Sie alle hätten wissen können, was sie getan hat. Und noch schlimmer: Sie könnten zu Ende bringen, was ihr Bruder geplant hatte. Von Paris fuhr sie mit dem Zug weiter nach Deutschland und landete schließlich in Köln in einem Flüchtlingsheim.

### **Die ersten Monate im Flüchtlingsheim waren eine Katastrophe**

Das war vor einem Jahr und drei Monaten. Shilan wartet immer noch darauf, ob ihr Asylantrag bewilligt wird, und darauf, einen Job annehmen zu können. "Ich bin eine *commerciale*", sagt Shilan auf Französisch, eine Unternehmerin. In Algerien konnte sie mit ihrem Vater zusammen zwei Bekleidungsgeschäfte führen - solange sie den Hidschab trug. "Ich muss arbeiten", sagt sie, "ich kann nicht stillsitzen, auch jetzt nicht." Auf Krücken ist sie hergekommen, sie wurde nach einem Unfall beim Fußballspielen am Knie operiert und müsste eigentlich noch im Krankenhaus sein.

Die ersten Monate im Flüchtlingsheim beschreibt Shilan als Katastrophe. Sie wohnte mit mehreren Frauen auf engstem Raum. In vielen Herkunftsländern wie in Syrien, Afghanistan oder Ghana werden Homosexuelle verfolgt, in anderen zumindest geächtet. Eine alleinstehende muslimische Frau, die aus einem arabischen Land geflüchtet ist, die keinen Hidschab trägt, ihr Haar dafür aber sehr kurz, und die in ihrer Freizeit Fußball spielt? Shilan fiel auf und wurde beschimpft. Sie stockt immer wieder, es fällt ihr schwer, über diese Zeit zu sprechen.

In den Sammelunterkünften hätten sexuelle Minderheiten es schwer, sagt auch Díaz vom Rubicon. Beim Bundeskriminalamt gibt es zu homophob motivierten Straftaten in Flüchtlingsheimen bislang keine Statistik. "Wir erfahren momentan aber immer öfter von solchen Übergriffen in Flüchtlingsheimen. Da zieht auch schon mal jemand ein Messer", sagt die Sozialarbeiterin: "Viele outen sich deshalb gar nicht." Doch gesonderte Heime für Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuelle, wie es sie etwa in Berlin geben soll, hält Díaz trotzdem für falsch, auch wenn viele Hilfesuchende sich das wünschten. "Das kommt einer Ghettoisierung gleich." Besser sei es, die Sammelunterkünfte nach und nach abzuschaffen, auf Einzelunterbringungen zu setzen und für mehr Aufklärung zu sorgen.

"Ich habe mich gezwungen, auf die Beschimpfungen nicht zu reagieren", sagt Shilan. Ihr kam es vor, als habe sie nirgendwo eine Perspektive, als sei die Flucht nie zu Ende. Sie war kurz davor, nach Algerien zurückzugehen, da wurde ihr zusammen mit einer anderen Frau eine Wohnung zugeteilt. Shilan findet bei baraka Freunde. Sie besucht inzwischen einen Deutschkurs, sie spielt Fußball in einem Kölner Verein.

Djamila ist jedoch noch in Algerien, sie hat die Wut von Shilans Familie zum Glück nicht erreicht. Vielleicht haben sie nie herausgefunden, mit wem Shilan zusammen war. Sie zeigt auf ihrem Smartphone ein Foto von der Frau, die sie liebt. Sie hält es vorsichtig in der Hand, als könnte es allein durch ihren Händedruck zerbrechen. Aber Djamila soll nicht in einem Flüchtlingsheim leben müssen. "Ich will mich um sie kümmern und für sie sorgen können - das kann ich erst, wenn ich Asyl und eine Arbeit habe."

### **Traumatisierte Flüchtlinge verschweigen manchmal ihre Homosexualität**

Doch ob Shilan bleiben darf, ist ungewiss. Das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) ist prinzipiell der Auffassung, "dass Personen, die wegen ihrer Homosexualität Angriffen, unmenschlicher Behandlung oder massiver Diskriminierung ausgesetzt sind und deren Regierungen sie nicht schützen können oder wollen, als Flüchtlinge anerkannt werden sollten". Das Bundesamt erklärt dazu, dass zunächst geprüft werde, wie schwer die Verfolgung von Homosexuellen im Heimatland sei und dann, inwiefern der Antragsteller davon selbst betroffen sei. "Die Gefahr muss mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit und zielgerichtet wegen der sexuellen Ausrichtung drohen", heißt es beim Bamf. Die Flüchtlinge müssen "glaubhaft" machen, dass sie aufgrund ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden. Nur: Wie soll das gehen?

Shilan hat Angst Sie suchen Schutz, treffen aber auch in den Flüchtlingsheimen auf ihre Verfolger. Für Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuelle hört die Flucht in....

"Das ist ein Riesenproblem", sagt Markus Ulrich, der Sprecher des Schwulen- und Lesben-Verbandes (LSVD). Das Bamf erwarte einen "schlüssigen Sachvortrag" und eine "lückenlose Schilderung". Manche traumatisierte Flüchtlinge verschwiegen jedoch im ersten Gespräch ihre sexuelle Orientierung. Schließlich sollen sie jetzt Instanzen vertrauen, die in ihrem eigenen Land zu den Verfolgern gehörten. Sie fürchteten sich auch manchmal vor den Übersetzern, die die Informationen an die Botschaft oder an die Familie weitergeben könnten, sagt Ulrich. Kann Shilan einem Behördenmitarbeiter glaubhaft machen, dass von ihrer Familie, die sie immer noch liebt, eine große Gefahr ausgeht? Dass es in Algerien für sie keinen Schutz gibt? Und dass sie auch in Spanien und Frankreich verfolgt wird?

Alexandra hat Asyl in Deutschland bekommen.

© Rebecca Erken

Bei baraka trifft Shilan auf die Russin Alexandra\*, deren Geschichte ihr Hoffnung macht. Die Transfrau Alexandra ist vor zwölf Jahren aus Russland geflüchtet. "Im Jahr 2003 gab es im Ausland kaum Informationen darüber, wie sexuelle Minderheiten in Russland behandelt werden. Durch die sozialen Netzwerke ist das heute anders", sagt Alexandra, deren lange dunkelblonde Haare über ein rosafarbenes Top fallen.

Sie erzählt, wie sie in Moskau immer wieder verprügelt wurde, weil sie als Alexander "zu weiblich" wirkte. Schon lange wusste Alexander da, dass er lieber Alexandra sein möchte. Als sie angegriffen wurde, habe sie von der Polizei nie Hilfe bekommen, sagt die 36-jährige Verkäuferin. Im Gegenteil: "Die Täter haben sie laufen lassen und mich mehrere Stunden festgehalten". Irgendwann standen Männer mit Messern vor ihrer Tür.

### **Vergewaltigung im Flüchtlingsheim**

Ihre Flucht zog sich über mehrere Jahre hin. Sie führte über Finnland, Dänemark, Schweden, die Niederlande und Belgien irgendwann nach Deutschland. Doch auch in der deutschen Sammelunterkunft war sie nicht sicher. Alexandra erzählt reglos von einer Vergewaltigung in einem Flüchtlingsheim im Norden von Deutschland, als ob sie nichts mit ihr zu tun hätte. Sie erzählt von einem unter Drogen stehenden syrischen Täter, der nach dem Jugendstrafrecht verurteilt wurde und nach vier Monaten wieder freikam. Sie erzählt von ihrem Selbstmordversuch, als hätte sie ihn nicht überlebt.

Doch dann sagt sie: "Ich habe schließlich den blauen Flüchtlingspass bekommen. Das war der schönste Tag in meinem Leben." Auch auf dem Papier ist sie inzwischen zu Alexandra geworden. Alexander ist in Russland geblieben.

Shilan hofft darauf, dass auch ihr ein Neuanfang gewährt wird. Doch erst einmal muss sie zurück ins Krankenhaus. Ihr Knie wird wohl gut verheilen - was mit ihren anderen Wunden geschieht, ist ungewiss.

*\* Namen von der Redaktion geändert*

**Load-Date:** January 26, 2016



## **Die Herkunft des Widerstands; Etablierte, Prekäre, Traditionalisten: Die Sinus-Milieus beschreiben das Leben in den unterschiedlichen Stadtteilen.**

ZEIT-online

Montag 25. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** HAMBURG; Die Herkunft des Widerstands; S. 40; Ausg. 17

**Length:** 653 words

**Byline:** Frank Drieschner

### **Body**

---

Für eine größere Ansicht der Grafik, klicken Sie bitte auf das Bild. Widerstand gegen **Flüchtlingsunterkünfte** entsteht vor allem dort, wo zwei bestimmte Bevölkerungsgruppen dominieren: die Konservativ-Etablierten und die Bürgerliche Mitte. Unsere Grafik zeigt besonders umstrittene Standorte für Unterkünfte und wer in deren direkter Nachbarschaft wohnt. Die dunkelblauen Kreise zeigen die Konservativ-Etablierten, die hellblauen die Bürgerliche Mitte.

© ZEIT-Grafik

Die bunten Grafiken auf dieser Seite zeigen die Hamburger Gesellschaft - die bessere Gesellschaft und die weniger gute. Die Aufsteiger, die Überflieger, die Abgehängten. Sie alle leben in ihren eigenen Milieus, die sich in den einzelnen Stadtteilen und Straßenzügen jeweils unterschiedlich mischen. Wir haben uns zehn Orte in Hamburg genauer angesehen: Orte, an denen Bürger sich gegen neue Unterkünfte für Flüchtlinge wehren. Wer ist es, der da protestiert?

Das Modell der Sinus-Milieus, auf dem diese Untersuchung beruht, haben Wissenschaftler des Heidelberger Sinus-Instituts in den achtziger Jahren entwickelt und in der sogenannten "Kartoffel-Grafik" abgebildet. Durch Zehntausende Interviews wurde es seither verfeinert und gesellschaftlichen Veränderungen angepasst.

Woran orientieren sich Menschen, welche Parteien wählen sie, was kaufen sie, wie verbringen sie ihre Freizeit? Solche Fragen sind für die Werbewirtschaft ebenso wichtig wie für Parteien und Interessenverbände. Das Sinus-Institut hat bislang die besten Antworten.

Zehn Milieus gibt es. Als Konsumenten und Nutzer von Dienstleistungen hinterlassen ihre Angehörigen unterschiedliche Datenspuren im Internet und bei Behörden. Wissenschaftler können sie daher mit den Methoden der sogenannten Mikrogeografie aufspüren, einer Art elektronischer Rasterfahndung. Theoretisch ist das sogar für einzelne Haushalte möglich, in der Praxis aus Gründen des Datenschutzes nur für Wohnblocks von durchschnittlich acht Haushalten. Mithilfe dieses Datenbestands haben Forscher des Bundesverbands für Wohnen und Stadtentwicklung die unmittelbare Nachbarschaft der umstrittenen Unterkünfte Straße für Straße

Die Herkunft des Widerstands Etablierte, Prekäre, Traditionalisten: Die Sinus-Milieus beschreiben das Leben in den unterschiedlichen Stadtteilen.

untersucht. Für die *ZEIT* zeichnen sie so ein sehr kleinteiliges Bild der Milieus, aus der die neue Protestbewegung hervorgeht.

So ist es in ganz Hamburg: In der gesamten Stadt sind die Milieus relativ gleichmäßig vertreten

© ZEIT-Grafik

Wer denkt wie über Flüchtlinge und Migration? Auch in dieser Hinsicht unterscheiden sich die Milieus erheblich. Offen für Zuwanderer sind vor allem die sogenannten postmateriellen Milieus der Liberal-Intellektuellen und der Sozialökologischen, außerdem das jugendliche und recht studentische Milieu der Expeditiven und ein migrantischer Teil eines eher alternativ gesinnten Unterschichtsmilieus. Auf Ablehnung stoßen Migranten vor allem in der von Abstiegsängsten verfolgten Bürgerlichen Mitte und in zwei eher armen, wenig gebildeten Milieus: bei den Traditionellen, einem proletarisch geprägten Milieu überwiegend älterer Menschen, und bei den von Arbeits- und Perspektivlosigkeit geplagten Prekären.

Die wohlhabende Gruppe der Konservativ-Etablierten nimmt mit Blick auf Einwanderer eine mittlere Position ein. Typisch für dieses Milieu ist allerdings die Sorge um den Wert der eigenen Immobilien. Außerdem legen Konservativ-Etablierte Wert darauf, in ihren Wohngebieten möglichst unter sich zu bleiben.

Aufstand der Anwohner

An vielen Orten protestieren Bürger gegen den Bau von Wohnungen für Flüchtlinge. In Blankenese blockierten Anwohner in der vergangenen Woche mit ihren Autos sogar eine Straße, um zu verhindern, dass Bäume gefällt werden. Wer sind die Hamburger, die so vehement gegen die Ansiedlung von Flüchtlingen in ihren Stadtteilen kämpfen? Für die *ZEIT* haben Sozialwissenschaftler die Nachbarschaft von zehn umstrittenen Standorten analysiert

## Graphic

---

Widerstand gegen Flüchtlingsunterkünfte entsteht vor allem dort, wo zwei bestimmte Bevölkerungsgruppen dominieren: die Konservativ-Etablierten und die Bürgerliche Mitte. Unsere Grafik zeigt besonders umstrittene Standorte für Unterkünfte und wer in deren direkter Nachbarschaft wohnt. Die dunkelblauen Kreise zeigen die Konservativ-Etablierten, die hellblauen die Bürgerliche Mitte

**Load-Date:** April 26, 2016

**Wahlkampf mit Flüchtlingen; Zum Ende seiner Amtszeit muss sich Deutschlands erster grüner Ministerpräsident neu beweisen. Schafft er es, bis 2016 die vielen Flüchtlinge zu integrieren?**

ZEIT-online

Mittwoch 26. August 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Winfried Kretschmann; Ausg. 34

**Length:** 1821 words

**Byline:** Lisa Caspari

## Body

---

Muss viel über **Flüchtlinge** reden: Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann auf seiner Sommertour

© Bernd Weißbrod/dpa

So eine Wandertour mit Bürgerbeteiligung ist kein reines Vergnügen. Zwar kann Winfried Kretschmann bei Sonnenschein die Natur genießen - heute geht es nahe Freiburg über grüne, saftige Schwarzwaldhügel, geboten wird ein toller Blick über die Weinberge. Doch dem baden-württembergischen Regierungschef gefällt nicht alles, was er so von den Mitwanderern zu hören bekommt. Dabei gehört das zum Konzept seiner zweiwöchigen Sommertour: Der Grüne hat die Teilnehmer selbst ermuntert, sieben Monate vor der Landtagswahl "Wünsche und Kritik" zu äußern.

Gerade spricht ein grauhaariger Mann auf Kretschmann ein. Seine Idee: Man könnte doch die vielen **Flüchtlinge**, die derzeit nach Baden-Württemberg kommen, zur Erntehilfe verpflichten. Oder ihnen ein wenig Land zusprechen. Dieses müssten sie dann selbst bepflanzen und beernten, um über die Runden zu kommen. Das würde Geld für Sozialleistungen sparen und die Ausländer gleich in Arbeit bringen, so die Theorie des distinguierten Herrn.

Kretschmann läuft schweigsam vor sich hin, lauscht mit gesenktem Kopf. "Tut mir leid, das ist abwegig", bricht es schließlich aus ihm heraus. Die aktuellen Probleme seien doch nicht mit "agrarischen Methoden" zu lösen. Mal abgesehen davon, dass man keiner syrischen Familie zumuten könne, ihre Zukunft in Deutschland von den Kartoffelanbaufähigkeiten abhängig zu machen. Eine solche Idee wäre zudem mit einem riesigen Verwaltungsaufwand verbunden: "Sie müssen mal überlegen, wie viele Leute wir einstellen müssten", sagt Kretschmann ungehalten. Der motivierte Mitwanderer verstummt.

**"Wir sind auf den Ansturm so nicht vorbereitet"**

Wahlkampf mit Flüchtlingen Zum Ende seiner Amtszeit muss sich Deutschlands erster grüner Ministerpräsident neu beweisen. Schafft er es, bis 2016 die vielen Flüc....

"Über Gefühle kann man keinen Konsens herstellen." Ein paar Stunden vorher, als die Wandergruppe auf einer kleinen Anhöhe stand, hat der grüne Ministerpräsident diesen denkwürdigen Satz gesagt. Kretschmann interessiert sich sehr für Philosophie. Er glaubt, dass die Politik, die ja angewiesen ist auf schmerzhaftes Kompromisse, immer besonders an die Ratio der Menschen appellieren muss. Der Grüne spricht zu diesem Zeitpunkt von Windrädern, die viele Baden-Württemberger nicht wollen, weil sie nicht unbedingt schön sind. Die aber die Energiewende voranbringen.

Um den Konflikt von Emotion und Verstand geht es aber auch bei Kretschmanns derzeit größtem Problem: den vielen Flüchtlingen, die gerade in Baden-Württemberg ankommen, was von Teilen der Bevölkerung argwöhnisch betrachtet wird. Bei der Wanderung am vergangenen Montag kann der grüne Ministerpräsident daher auch nicht bis zum Ende mit dabei sein: "Ich habe später noch eine wichtige Besprechung." Eine Telefonkonferenz mit den anderen Vertretern der grün-regierten Länder. Es gehe natürlich um Flüchtlinge. "Wir sind auf den Ansturm so nicht vorbereitet, wir müssen jeden Tag Krisenmanagement betreiben", erklärt Kretschmann seinen Mitwanderern.

### **"Ich kann mir nicht vorstellen, dass bald Schwarze durch mein Haus hopsen"**

Die Staatsregierung braucht zum Beispiel dringend Unterkünfte für die Neuankömmlinge in Baden-Württemberg. Bis zu 100.000 werden in diesem Jahr erwartet. 1.500 zusätzliche Betten hat die Landesregierung seit Mitte Juli zusammengesucht. Doch das reicht nicht. Auch der Landkreis Emmendingen, durch den die Wanderung führt, kämpft mit der Entwicklung. "240 Flüchtlinge statt 60", titelt die Regionalzeitung. Hier ist man schon auf Container angewiesen, um Flüchtlinge unterzubringen. Die Miete für einen Container kostet dreimal so viel wie noch vor einem Jahr, berichtet der Grünen-Landtagsabgeordnete Alexander Schoch. Der Kreistag hat daher beschlossen, eine "Rückkehrberatung" einzurichten, die sich vor allem an Asylbewerber vom Balkan richtet, die freiwillig gehen wollen. Sie überlegen, ihnen auch Geld dafür zu geben, dass sie Deutschland verlassen. Hauptsache, ein paar weniger Menschen, die eine Unterkunft brauchen.

Letztens drohte Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer, ebenfalls ein Grüner: Notfalls könne die Verwaltung auch leer stehende Eigentumswohnungen beschlagnahmen und dort Flüchtlinge unterbringen. "Ich kann mir nicht vorstellen, dass bald Schwarze durch mein Haus hopsen", erregt sich ein Mitwanderer. Dabei besitzt er gar keine freie Wohnung. Aber Palmers Idee sei nur der Anfang, glaubt er. Nach dem Zweiten Weltkrieg seien die Baden-Württemberger ebenfalls verpflichtet worden, Vertriebene aus den Ostgebieten in ihre Häuser aufzunehmen.

Kretschmann hört das nicht, er ist vorausgewandert. Doch er kennt solche Sorgen und Ressentiments. Nicht wenige bezweifeln, dass die grün-rote Landesregierung den vielen Neuankömmlingen gerecht werden kann. Manche glauben, dass die Grünen als einstige Multikulti-Partei nicht genug durchgreifen. Aber Druck kommt auch von der anderen Seite: Vielen linken Grünen tritt Kretschmann in Sachen Flüchtlinge zu konservativ auf. Seine Leute und er müssen dringend Ruhe in die Debatte bringen, schließlich rückt die wichtige Landtagswahl in Baden-Württemberg immer näher. Im März 2016 will sich Deutschlands einziger grüner Ministerpräsident wiedewählen lassen. Und sein Herausforderer Guido Wolf von der CDU kritisiert ihn in der Flüchtlingspolitik, wo er kann.

Auch deshalb besucht Kretschmann am nächsten Morgen die Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Karlsruhe. Sie ist hoffnungslos überfüllt. Vor der Tür, im Vorraum, überall Schlangen. Manche Flüchtlinge wohnen hier auch, aus den Fenstern im ersten Stock hängt Wäsche zum Trocknen. Die Mitarbeiter versuchen alles, um ihrem prominenten Gast Positives zu präsentieren: neue Anmeldeschalter, eine auf die Bedürfnisse von Muslimen abgestimmte Kantine, Mitarbeiter, die nach ihren Sprachkompetenzen ausgesucht werden.

Bei seinem Rundgang wird der baden-württembergische Regierungschef verfolgt von Kameras, manche Flüchtlinge springen zur Seite, verdecken ihr Gesicht. Kretschmann ist wortkarg. Das ist genau der Asyl-Vorwahlkampf den er nicht führen will. Sowieso ist noch kein Wahlkampf, offiziell. Aber sein CDU-Herausforderer fährt bereits in einem großen Bus durchs Land und schimpft bei jeder Gelegenheit, die Landesregierung sei erst auf die Idee gekommen, sich vor Ort ein Bild von den dramatischen Zuständen in den Heimen zu machen, als Wolf schon dort war.

Wahlkampf mit Flüchtlingen Zum Ende seiner Amtszeit muss sich Deutschlands erster grüner Ministerpräsident neu beweisen. Schafft er es, bis 2016 die vielen Flüc....

Karlsruhe ist die zweite Flüchtlingseinrichtung, die der grüne Ministerpräsident besucht. Bewohner winken mit Bescheiden, auf denen ein Termin steht für die Anhörung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf). Er ist durchgestrichen, auf Unbekannt vertagt, das Amt kommt nicht hinterher. Kretschmann spricht mit drei Syrern, sie warten seit 51 Tagen darauf, endlich ihre offensichtlichen Fluchtgründe vorbringen zu können. Ohne Anhörung gibt es kein Asyl, ohne Anhörung müssen sie in der Landeserstaufnahmeeinrichtung wohnen bleiben. Sie sind gestresst. "Ich habe Kinder", sagt eine Frau. Kretschmann nickt.

Später fordert er in einer Pressekonferenz erneut eine Beschleunigung der Asylverfahren, schnellere Gewissheit darüber, wer bleiben kann und wer gehen muss. Doch was tun, wenn das Bamf mit der Besetzung der neu geschaffenen Stellen nicht hinterherkommt? Über einen Asylantrag kann schließlich nicht jeder befinden. Konservative Parteien wollen nun mehr Balkanländer als sichere Herkunftsländer einstufen, dann gilt ein Asylantrag bis zum Beweis des Gegenteils als "offensichtlich unbegründet". Doch dafür brauchen sie die Zustimmung der Grünen im Bundesrat.

### **"Der Ministerpräsident opfert die Interessen der Bevölkerung für seine Partei"**

Alle Hoffnungen lagen auf Kretschmann, der einen solchen Asyl-Kompromiss 2014 schon einmal mitgetragen hat. Doch die Telefonkonferenz am Vorabend hat anderes ergeben: Vorerst wollen die Grünen, die derzeit in neun Bundesländern mitregieren, keine weiteren Staaten als sicher deklarieren. Dafür sind sie bereit, Asylbewerber, die in Deutschland kaum eine Perspektive haben, in der Landeserstaufnahmeeinrichtung zu belassen - um sie einfacher abschieben zu können. Vor wenigen Monaten wäre so eine Erklärung von linken grünen Landespolitikern kaum denkbar gewesen. Dass Kretschmann dafür die sicheren Herkunftsstaaten nicht mehr befürwortet, ist also ein klassischer Kompromiss und für die oppositionelle CDU ein Geschenk: "Der Ministerpräsident opfert die Interessen der Bevölkerung für seine Partei", sagt Wolf genüsslich.

Abgesehen von solchem parteipolitischen Hickhack haben Kretschmann und er sich versprochen, das Thema Flüchtlinge nicht gegeneinander zu instrumentalisieren. Es ist schon schlimm genug. Wer durch Baden-Württemberg reist, trifft skeptische Bürger überall. "Wieso werden das immer mehr?", fragt ein Taxifahrer in Karlsruhe. Er fahre oft Flüchtlinge zum Arzt oder Gesundheitsamt in die Innenstadt. Ob die wohl ansteckende Krankheiten hätten? Ob sein Hepatitis-Schutz noch wirke?

Anfang Juli legten Unbekannte Feuer in einer geplanten Flüchtlingsunterkunft in Remchingen südlich von Karlsruhe, Anfang August gab es eine Massenschlägerei in einer Heidelberger Asylunterkunft, Montagfrüh brannte ein geplantes Heim in Weissach nordwestlich von Stuttgart bis auf die Grundmauern nieder. Ein rechtsextremer Hintergrund wurde nicht ausgeschlossen.

### **100.000 Flüchtlinge in einem 10-Millionen-Einwohner- Land**

Schon im Februar erinnerte Kretschmann in einem Interview daran, dass 1992 die rechtsradikalen Republikaner in den Stuttgarter Landtag einzogen. Das war auf dem Höhepunkt des letzten Streits um Asyl und vermeintlichen Asylmissbrauch. Heute kommen mehr Flüchtlinge. Wird der grüne Ministerpräsident es schaffen, die logistischen Schwierigkeiten zu bewältigen und dabei auch die skeptische Bevölkerung mitzunehmen? Wird er es schaffen, rechtsextremes und fremdenfeindliches Gedankengut klein zu halten?

Sonst erfüllt der Grüne nahezu alle Kriterien des perfekten Landesvaters. Er ist zugewandt, volksnah, wenn er zu Beginn seiner Wanderung in der Orgelstadt Waldkirch gezwungen wird, die Drehorgel zu bedienen, dann singt seine Frau Gerlinde dazu textsicher das Lied *Es steht eine Mühle im Schwarzwälder Tal*. Wenn Kretschmann wandert, dann reichen die Leute ihm selbst bemalte Glückssteine für den weiteren Weg. Selbst der CDU-Herausforderer hat es aufgegeben, den beliebten Kretschmann persönlich anzugreifen, will ihn eher mit Themen stellen. Der Koordination der Flüchtlinge zum Beispiel.

"Wenn ich die Wahl verliere, höre ich mit der Politik auf", hat Kretschmann gesagt. Aber der 67-Jährige will nicht verlieren. Also muss eine Lösung her. Nur welche? 100.000 Flüchtlinge in einem 10-Millionen-Einwohner-Land. Nicht alle werden bleiben. Das sollte zu deichseln sein. Das ist die Ratio. Emotionen sind davon losgekoppelt.

Wahlkampf mit Flüchtlingen Zum Ende seiner Amtszeit muss sich Deutschlands erster grüner Ministerpräsident neu beweisen. Schafft er es, bis 2016 die vielen Flüc....

**Load-Date:** August 26, 2015

---

End of Document

## **Was im Türkei-Deal steht - und was nicht; Rückführung, Verteilung, Visafreiheit und Beitrittsverhandlungen: Die EU hat mit der Türkei ein umfassendes Abkommen in der Flüchtlingskrise geschlossen. Ein Überblick**

ZEIT-online

Freitag 18. März 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** EU-Gipfel; Ausg. 13

**Length:** 1017 words

**Byline:** Lenz Jacobsen

### **Body**

---

Von links: Ahmet Davutoglu, Donald Tusk und Jean-Claude Juncker in Brüssel

© Thierry Charlier/AFP/Getty Images

Am Schluss standen sie lachend zusammen. Angela Merkel, Ahmet Davutoglu und David Cameron. Von hinten kam noch François Hollande dazu und klopfte dem türkischen Regierungschef freundschaftlich auf den Rücken. Gelöste Stimmung am Ende eines dann doch unerwartet kurzen EU-Gipfels mit der Türkei. Nach mehreren Verhandlungsrunden in verschiedenen Besetzungen einigten sich die EU-Staaten und die Türkei auf ein neues, weitgehendes **Flüchtlingsabkommen**. Das sieht die Vereinbarung im Einzelnen vor.

#### **Rückführung**

Alle Flüchtlinge, die ab dem 20. März, also diesen Sonntag, irregulär nach Griechenland kommen, sollen zurück in die Türkei geschickt werden. Die Rückführungen sollen am 4. April starten. Das Datum ist so kurzfristig gewählt, damit es für Flüchtlinge keine Anreize gibt, noch vorher die gefährliche Reise über die Ägäis zu wagen. Das soll "das Geschäftsmodell der Schmuggler brechen", wie es in der Erklärung heißt.

#### **Rechtsstaatlichkeit**

Trotzdem muss jeder Asylantrag in Griechenland einzeln geprüft werden. Es werde keine "kollektiven Ausweisungen" geben, heißt es im Abschlusssdokument. Wer also nachweisen kann, dass er in der Türkei nicht sicher ist, hat in der EU Anspruch auf Schutz. Darüber sollen in möglichst schnellen, aber sauberen Verfahren, Richter und Asylverfahrensbearbeiter entscheiden. Voraussetzung für die Rückführung ist, dass die Türkei alle Flüchtlinge entsprechend der Genfer Konvention behandelt. Das habe die Türkei beim Gipfel zugesagt und größtenteils auch schon umgesetzt, sagte Bundeskanzlerin Merkel.

#### **Verteilung**

Was im Türkei-Deal steht - und was nicht Rückführung, Verteilung, Visafreiheit und Beitrittsverhandlungen: Die EU hat mit der Türkei ein umfassendes Abkommen in....

Für jeden Syrer, der aus Griechenland in die Türkei zurückgewiesen wird, gelangt ein Syrer aus dem Land über legale Verfahren in die EU. Dieser Mechanismus soll ab dem 4. April gelten und dazu führen, dass die irreguläre Einreise nach Europa an Attraktivität verliert. Für dieses 1:1-Umsiedlungsverfahren stehen zunächst 18.000 Plätze zur Verfügung. Sie sind Teil der von den EU-Staaten bereits beschlossenen Verpflichtung, 22.000 Flüchtlinge direkt aus Syrien-Anrainerstaaten wie Libanon, Jordanien oder eben der Türkei aufzunehmen. Die Hoffnung der EU ist, dass die Zahl von 18.000 aber nicht erreicht wird. Sollten dennoch mehr Bürgerkriegsflüchtlinge irregulär nach Griechenland kommen und in die Türkei zurückkehren müssen, soll ein zweites Kontingent von 54.000 Personen greifen. Auf diese Zahl hatten sich die EU-Regierungen ebenfalls bereits 2015 geeinigt, damals zur Entlastung Ungarns. In der Vereinbarung heißt es, dass diese Maßnahme zeitlich befristet ist und sich die EU-Staaten freiwillig an der Aufnahme der insgesamt maximal 72.000 Menschen aus der Türkei beteiligen können. Merkel erwartet aber, dass sich fast alle Staaten beteiligen. Sollte das Limit erreicht werden, soll der Mechanismus automatisch enden.

### **Ressourcen in Griechenland**

Die Richter, Sachbearbeiter und Dolmetscher für die Eilverfahren - inoffiziell ist von einer Woche Dauer die Rede - müssen irgendwoher kommen, ebenso wie Unterkünfte und sonstige Infrastruktur für die Flüchtlinge. Griechenland hat also noch gut 36 Stunden, um zum Stichtag ein extrem effizientes Asylverfahrenssystem auf seinen entlegenen Inseln in der Ägäis aufzubauen. In der Praxis dürfte das der ehrgeizigste Punkt des Planes sein. Denn Griechenland und die EU hatten ja schon über Wochen und Monate Probleme, die Hotspots für Flüchtlinge auf den Inseln einzurichten. Warum sollte das jetzt, in wenigen Tagen, besser klappen?

Die EU sagt, sie habe schon Vorbereitungen dafür getroffen. Und sie wolle jetzt mit Geld und Personal helfen. Eine Gruppe, die Angela Merkel bei ihrer Pressekonferenz nach dem Gipfel "die Freunde von Griechenland" nannte, werde nun die logistischen Vorbereitungen angehen, sagte die Kanzlerin. Es könnte also sein, dass bald Mitarbeiter des deutschen Bundesamts für Migration und Flüchtlinge auch in Griechenland arbeiten. Dazu wird es laut Merkel in den nächsten ein, zwei Tagen konkrete Zahlen geben.

### **Geld für die Türkei**

Die bisher schon zugesagten drei Milliarden Euro für syrische Flüchtlinge in der Türkei sollen schneller bereitgestellt werden. EU und Türkei wollen innerhalb einer Woche gemeinsam Projekte identifizieren, für die das Geld verwendet werden soll. "Wir werden bis 2018 weitere drei Milliarden Euro zur Verfügung stellen", sagte Merkel. In Sachen Geld hat die Türkei also bekommen, was sie wollte.

### **Beitrittsverhandlungen**

Eigentlich wollte die Türkei fünf neue Verhandlungskapitel im Beitrittsprozess eröffnen. Bekommen hat sie eins: Kapitel 33, Haushaltspolitik. Das ist nicht viel, aber Premier Ahmet Davutoglu freute sich trotzdem. "Es ist seit Jahren kein Kapitel mehr eröffnet worden, und jetzt gleich zwei!" Im Dezember hatte die EU, auch schon als Teil der Kooperation in der Flüchtlingspolitik, Kapitel 17 zur Wirtschafts- und Währungspolitik. So lange aber Zypern wegen des andauernden Konflikts mit der Türkei über die geteilte Insel weitere Kapitel blockiert, sind das nur symbolische Fortschritte.

### **Visafreiheit**

Für die Türkei vielleicht der wichtigste Punkt. Sie dringt seit Jahrzehnten darauf, dass türkische Bürger endlich ohne Visum in die EU reisen können - zum Beispiel, um ihre vielen Millionen Verwandten dort zu besuchen. Für diese Visafreiheit sieht eine Roadmap 72 Bedingungen auf türkischer Seite vor. Darunter sind auch Standards für die Behandlung von Flüchtlingen in der Türkei. Das Land will diese Bedingungen nun bis Ende April komplett erfüllen. Das soll die EU bis Ende Juni erst prüfen und erst dann die Visafreiheit für die Türken einführen. In diesem Punkt ist die Gipfelerklärung also einfach eine ehrgeizige Ankündigung von beiden Seiten. Sollte es tatsächlich gelingen, könnte es zu Hause heikel für CDU-Chefin Merkel werden. Denn in Deutschland hat die Schwesterpartei CSU eine Visafreiheit für alle Türken zur roten Linie erklärt.



Was im Türkei-Deal steht - und was nicht Rückführung, Verteilung, Visafreiheit und Beitrittsverhandlungen: Die EU hat mit der Türkei ein umfassendes Abkommen in....

**Load-Date:** March 18, 2016

---

End of Document

**Das dauert ja wieder; Bis nächste Woche bitte liefern, Frau Kanzlerin! In der Flüchtlingspolitik erwarten viele zu viel vom Staat. Der ist nicht allmächtig und oft aus guten Gründen langsam.**

ZEIT-online

Freitag 5. Februar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flüchtlingspolitik; Ausg. 6

**Length:** 982 words

**Byline:** Lenz Jacobsen

## Body

---

Tick, tack, tick, tack. Über dem Kanzleramt hängen die Ultimaten in der Luft wie große Uhren. 55 Tage sind es noch auf der, die Edmund Stoiber aufgehängt hat. Bis zum 31. März gibt der ehemalige CSU-Vorsitzende Angela Merkel in der **Flüchtlingspolitik** Zeit, "dann muss das gelöst sein". Daneben tickt die Uhr der SPD runter bis zum Frühjahrsanfang, bis dahin soll Merkel bitte eine europäische Lösung gefunden haben. Etwas am Rande hängen schon ausrangiert die Ultimaten zur "Wende" in der **Flüchtlingspolitik** von Horst Seehofer: Das erste lief Ende Oktober 2015 aus, das zweite dann zu Silvester und das dritte, das Seehofer erst am 16. Januar gestellt hatte, endete am 30. Januar.

All diese dramatischen Fristen suggerieren nicht nur, dass nach ihrem Ablauf das Land in irgendeine Art von Abgrund fällt. Sie tragen auch zum falschen Bild eines potenziell allmächtigen Staates bei. Der Bundesregierung wird eine Aufgabe gestellt und eine Frist gesetzt. Liefert sie nicht termingerecht, hat sie versagt. Die Anspruchshaltung an Politik ist längst ins Irreale gewachsen.

Das ist eine Frage der Geschwindigkeit. Einerseits beschleunigen sich öffentliche Debatten über politische Probleme, die Ungeduld wird so zum Dauerzustand. Andererseits kann der demokratische Staat nicht einfach deshalb schneller arbeiten, weil die Öffentlichkeit es erwartet.

Fünf vor 8:00 Abonnieren Sie die Morgenkolumne von ZEIT ONLINE - von Montag bis Freitag per E-Mail. Jetzt anmelden `jQuery.noConflict(); jQuery( ".newsletter-teaser-input" ).css({ 'margin' : '0.625em 1em 0 0', 'width' : '17em', 'padding' : '0.375em 0.875em 0.225em 0.625em', 'font-size' : '0.8em', 'height' : '1.625em' }); jQuery( ".newsletter-teaser-image img" ).css("border", "1px solid #efefef"); jQuery( "#newsletter-teaser-form" ).attr( "action", "http://community.zeit.de/newsletter-signup?mode=2click&nl=5vor8" ); jQuery( "#newsletter-teaser-form" ).attr( "method", "POST" ); jQuery( ".newsletter-teaser-button" ).click(function( event ){event.preventDefault(); document.getElementById("newsletter-teaser-form").submit();});`

Beispiel Köln: Nach den Silvesterüberfällen wurde für einige Wochen der Ruf nach mehr Polizei laut. Selbst wenn die Landesregierungen entsprechend mehr Stellen schaffen würden: der ehemalige Vorsitzende der Gewerkschaft

Das dauert ja wieder Bis nächste Woche bitte liefern, Frau Kanzlerin! In der Flüchtlingspolitik erwarten viele zu viel vom Staat. Der ist nicht allmächtig und o....

der Polizei hat vor einigen Tagen in einem Interview daran erinnert, wie lange es dauern würde, bis diese Polizisten nach Auswahlverfahren und Ausbildung tatsächlich auf der Straße wären: dreieinhalb Jahre.

Beispiel Sachsen: Dort hat die Landesregierung schon im Sommer 2014 entschieden, 56 neue Richter einzustellen, um Asylklagen schneller entscheiden zu können. 36 davon im Jahr 2016, 20 weitere dann in den Jahren 2017 und 2018.

Ja, es geht auch schneller. Das hat dann aber einen Preis.

In Sachsen entscheiden jetzt Jungrichter anders als früher ab ihrem ersten Arbeitstag allein über Asylklagen. Betroffene und der Verband Pro Asyl klagen über Überforderung.

Im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge schrieben im vergangenen Jahr Mitarbeiter einen wütenden Brief an ihren Chef Frank-Jürgen Weise. Sie beklagen Arbeitsbedingungen, "die mit einem rechtsstaatlichen Verfahren nicht vereinbar" sind, weil Weise auch Praktikanten und andere Anfänger über Asylverfahren entscheiden ließ. Der erfahrene Manager Weise hatte den Auftrag der Bundesregierung umgesetzt, die Verfahren zu beschleunigen. Das ging dann eben auf Kosten der Qualität.

Entweder schnell oder gründlich: diese Floskel aus der Arbeitswelt darf jeder für sich in Anspruch nehmen. Nur der Staat offenbar nicht.

Der Hamburger Flüchtlingskoordinator Anselm Sprandel hat der ZEIT gerade ein interessantes Interview gegeben, in dem zwischen den Zeilen genau dieses Dilemma deutlich wird. Da trifft die öffentliche Erwartung, das Flüchtlingsproblem schnell und effizient wegzuregulieren, auf ein aus guten Gründen schwerfälliges System und seine Vertreter. Die Kollegen beklagen zum Beispiel, dass Sprandels Stelle weder eindeutig der Innen- noch der Sozialbehörde zugeordnet ist. Das sei nicht effizient und er womöglich "ein König ohne Land". Die nüchterne Antwort des Flüchtlingskoordinators: "Die Monarchie ist abgeschafft."

Genau darum geht es. Im demokratischen Rechtsstaat ist kein Platz für einsame Entscheider, die in voller Machtfülle die Dinge einfach mal so durchziehen, wie sie sie für richtig halten. Dass Sprandel mit den anderen beteiligten Behörden um Lösungen ringen muss, dass seine Macht beschränkt ist und es generell für den Geschmack der ungeduldligen Öffentlichkeit so verflucht langsam vorangeht in deutschen Behörden - das ist auch eine demokratische Qualität. Manches, was von außen nach behäbigen Verfahren aussieht, ist eigentlich gewissenhafte Arbeit.

Noch mal Hamburg: Dort beschwerten sich Bürger über von der Stadt geplante Großsiedlungen für Flüchtlinge auf der grünen Wiese. Man solle die Menschen doch lieber in kleineren Einheiten und über die Stadt verteilt unterbringen. Problem nur: je mehr Anwohner, desto aufwendiger die Bürgerbeteiligungen, desto länger die Planungsverfahren. Das Baurecht lässt zudem so viele Einspruchsmöglichkeiten zu, dass man einen Bau leicht um bis zu 15 Jahre verzögern kann. Würde der Gesetzgeber diese für ihn lästigen Bremsen und Mitspracherechte abschaffen, wäre wahrscheinlich der Aufschrei all jener, die nun schnellere Lösungen fordern, noch größer: Ihr hört uns ja gar nicht mehr!

Vielleicht würde deshalb in der gegenwärtigen Aufregung schon etwas mehr öffentliches Verständnis für die Umstände staatlichen Handelns helfen. Seine Mittel sind begrenzt und seine Durchsetzungskraft auch. Nach innen durch demokratische Einhegung. Nach außen durch die konkurrierenden Interessen anderer Staaten, siehe die verfahrenre EU-Flüchtlingspolitik. Wenn der Staat nicht das liefert, was der Bürger von ihm will, muss das nicht sein Fehler sein. Es kann ihm auch unmöglich gewesen sein.

**Load-Date:** February 5, 2016

**EU-Staaten wollen Missionen für Sahelzone ausweiten; Deutschland, Frankreich und Italien streben an, die zivilen Eucap-Einsätze in Niger und Mali zu intensivieren. Grund ist die Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer.**

ZEIT-online

Mittwoch 17. Juni 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Frank-Walter Steinmeier; Ausg. 24

**Length:** 281 words

## Body

---

Kontrollposten im Norden von Mali

© Jerome Delay/AP/dpa

Die Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Italiens streben als Reaktion auf die **Flüchtlingskrise** im Mittelmeerraum an, die zivilen EU-Missionen in Mali und Niger auszuweiten. Es geht um die Eucap-Einsätze in der Sahelzone, bei denen die inneren Sicherheitskräfte beraten werden. Sie sollen um Grenz- und **Migrationsmanagement** ergänzt werden.

Ein entsprechendes Diskussionspapier ist laut der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* ( *FAZ* ) an die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini und in die EU-Hauptstädte versandt worden. Darin fordern Frank-Walter Steinmeier, Laurent Fabius und Paolo Gentiloni zudem, den EU-Afrika-Gipfel in Malta zu nutzen, die Zusammenarbeit mit den afrikanischen Herkunfts- und Transitstaaten zu stärken. Wichtige Ziele seien dabei, die Fähigkeiten und die Bereitschaft der Staaten zu verbessern, mit Problemen aus der Migration besser umzugehen, heißt es in dem Papier, aus dem die Zeitung zitiert.

Aus dem Auswärtigen Amt hieß es dazu, neben kurzfristig wirkenden Notfallmaßnahmen müsse die gesamte Palette außen- und sicherheitspolitischer Möglichkeiten genutzt werden. Die drei Außenminister betrachten ihren Vorstoß demnach als abgestimmten Beitrag für eine "gemeinsame Sicht der EU auf Migration".

Es komme nun darauf an, dass Brüssel die Impulse der Außenminister aufgreife und alle europäischen Partner gemeinsam handelten.

Eine Ausweitung der Missionen in Niger und Mali ist laut *FAZ* nicht ungefährlich, da in den Grenzregionen der Staaten dschihadistische Gruppen aktiv sind. In Mali gibt es bereits eine militärische Ausbildungsmission.

**Load-Date:** June 17, 2015

EU-Staaten wollen Missionen für Sahelzone ausweiten Deutschland, Frankreich und Italien streben an, die zivilen Eucap-Einsätze in Niger und Mali zu intensiviere....

---

End of Document

**Diesseits von Pirinçci; Eine Studie zeigt: Viele Deutsche haben keine Angst vor Flüchtlingen, sondern davor, dass die Politik die Kontrolle verliert. Das gab es vor wenigen Jahren schon einmal.**

ZEIT-online

Freitag 23. Oktober 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flüchtlinge; Ausg. 43

**Length:** 921 words

**Byline:** Lenz Jacobsen

## Body

---

Reden wir mal nicht über die Akif Pirinçcis und Björn Höckes dieses Landes, reden wir auch nicht über die "No Border, No Nation"-Demonstranten. Reden wir über das, was dazwischen liegt. Es ist ja zum Glück die weite Mehrheit.

Um einen Eindruck zu gewinnen, wie die Deutschen jenseits der lauten Extreme über die gegenwärtige **Flüchtlingspolitik** denken, hat nun das Forschungsinstitut Allensbach in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* die bisher beste Grundlage geliefert. Die Studie zeichnet das Bild einer Skepsis in der Bevölkerung, die mit schlichter Ausländerfeindlichkeit wenig zu tun hat. 92 Prozent machen sich etwas oder große Sorgen wegen der **Flüchtlingssituation**, bei den Anhängern aller Parteien außer den Grünen gibt es eine Mehrheit für eine Obergrenze für die Aufnahme von **Flüchtlingen**.

Die Gründe scheinen weniger eine grundsätzliche Ablehnung des Fremden zu sein, sondern das einbrechende Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik.

Fünf vor 8:00 Abonnieren Sie die Morgenkolumne von ZEIT ONLINE - von Montag bis Freitag per E-Mail. Jetzt anmelden

"57 Prozent der Deutschen sind überzeugt, dass Deutschland jegliche Kontrolle darüber verloren hat, wie viele Flüchtlinge ins Land kommen" und die Politik völlig ratlos ist, wie sie nun mit der neuen Situation umgehen soll, schreiben die Forscher.

Kontrollverlust also. Das kommt einem doch bekannt vor. Es war in der weltweiten Finanzkrise, als offenbar wurde, dass nationale Regierungen offenbar nicht mehr in der Lage sind, die Dynamiken eines grenzenlosen Finanzmarktes zu kontrollieren und Banken für den Schaden zur Verantwortung zu ziehen, den sie durch Spekulation angerichtet hatten. Was damals Geldströme waren, sind heute Menschenströme.

Diesseits von Piringçi Eine Studie zeigt: Viele Deutsche haben keine Angst vor Flüchtlingen, sondern davor, dass die Politik die Kontrolle verliert. Das gab es ....

Dieser Vergleich soll keine moralische Gleichsetzung dieser auf so unterschiedliche Art dramatischen Krisen sein. Er soll nur aufzeigen, dass sich in beiden Situationen, wie übrigens auch in der Griechenland-Krise, das gleiche Phänomen erkennen lässt.

Finanzmarkt, Migration: Beides ist grenzübergreifend. Die Politik, die darauf zu antworten versucht, ist es nicht. Das lässt sich an jedem der vielen EU-Gipfel erkennen, bei denen Kanzlerin Merkel auf andere Länder einredet, doch bitte mehr Flüchtlinge aufzunehmen - und einfach abblitzt. Merkel kann nicht den Balkan regieren und auch nicht Osteuropa, sie ist dort schließlich nicht gewählt. Am Beispiel Griechenland lässt sich gut sehen, wie die Menschen reagieren, wenn Deutschland es doch versucht.

Der einzige, nur theoretisch denkbare Ausweg wäre: Eine Weltregierung, die dann alle internationalen Probleme als Innenpolitik verhandeln kann und mit niemandem von außerhalb mehr verhandeln muss, weil es kein Außerhalb mehr gibt. Solange aber die Reichweite eines Problems größer ist als die des deutschen Staatsgebiets, ist der Kontrollverlust unvermeidlich.

Eine Antwort auf den Ärger der Deutschen über die Ohnmacht der Politik ist also, leider: Sorry, aber Merkel hat wirklich keine Kontrolle.

Es ist aber nur ein Teil der Antwort. Der andere Teil ist: Deutschland kann zwar die Situation nicht komplett kontrollieren, aber sehr wohl Einfluss darauf nehmen, wie viele und welche Menschen hierher kommen.

Diese Woche berichtete Jenan Moussa aus Jordanien. Moussa arbeitet für den Sender Al Aan TV und ist eine der profiliertesten Journalistinnen des Mittleren Ostens. Sie twittert also: "Mir fällt hier im Mittleren Osten eine wachsende Zahl von Leuten auf, die, die nach Deutschland gehen wollen. Nicht wegen Krieg, sondern 'weil es möglich ist'."

Das zeigt eine der deutschen Steuerungsmöglichkeiten. Moussa schreibt: "Wenn Deutschland nur Syrer haben will, muss es es anderen klarmachen, dass sie nicht einmal versuchen sollen, zu kommen. Jetzt herrscht Chaos und jeder will gehen."

Das kann die Bundesregierung verhindern. Wenn sie nun Videos produzieren lässt, in denen auf mazedonisch, albanisch und bosnisch vor dem Weg nach Deutschland gewarnt wird, weil der Wunsch der Menschen nach einem Neuanfang hier nicht als Asylgrund reicht, ist das notwendige Aufklärung.

Im *Kölner Stadtanzeiger* ist diese Woche ein Text des Sportredakteurs Frank Nägele erschienen. Aus der Ich-Perspektive beschreibt er seinen Zwiespalt zwischen Mitgefühl für die Flüchtlinge und dem Gefühl, "dass es so nicht geht". Dass ein Land nun mal Grenzen haben muss, sonst ist es kein Land mehr. Er schreibt: "Kopf und Herz und Bauch sind sich ganz einig darin, dass niemand von denen, die dafür verantwortlich sind, was in unserem Land geschieht, mehr über eine Lösung wissen als sie zusammen. Das macht mich insgesamt sehr zornig."

Das ist der Zorn, der aus der Mitte kommt. Und der langfristig gefährlicher ist als jede Hassrede von Piringçi, jeder Pegida-Montag. Diese Mitte "kippt" nicht plötzlich in Flüchtlingshass, wie manche gerne gruseln und raunen. Aber diese Mitte verliert beständig das Vertrauen in ihren Staat.

Dagegen hilft nur Klarheit. Die Grenzen der eigenen Macht, den chronischen Kontrollverlust, eingestehen. Ohne Schießbefehl lassen sich Grenzen nicht komplett sichern. Und nicht jede Notunterkunft lässt sich vorher ein Jahr mit jedem Anwohner ausdiskutieren, weil die Flüchtlinge sich ja auch nicht ein Jahr vorher anmelden, sondern einfach plötzlich da sind.

Dann: Die eigenen Ziele (Grenzsicherung? Obergrenze für Zahl der Asylbewerber?) definieren und die Mittel dazu wählen und begründen. Das vergangene Woche verabschiedete Asylpaket ist übrigens ein erster Schritt hin zu solcher Klarheit. Unabhängig davon, ob einem die konkrete Richtung gefällt.

Diesseits von Piringci Eine Studie zeigt: Viele Deutsche haben keine Angst vor Flüchtlingen, sondern davor, dass die Politik die Kontrolle verliert. Das gab es ....

**Load-Date:** October 23, 2015

---

End of Document



**Angst vor Menschenrechten; Die Europäische Union verpflichtete sich einst zum Schutz der Menschenrechte. Aber die demokratischen Werte sind durch Flüchtlingskrise und Terrorangst brüchig geworden.**

ZEIT-online

Montag 22. Februar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Europa; Ausg. 9

**Length:** 795 words

**Byline:** Martin Klingst

## **Body**

---

Eine alte Weisheit lautete: Bestünde die Welt aus Demokratien, bräuchte es keinen besonderen Schutz für die Menschenrechte. Doch längst hat sich diese Weisheit als falsch erwiesen. Denn nicht erst seit Guantanamo wissen wir, dass auch Demokratien kräftig gegen Menschenrechte verstoßen. Neu aber ist, dass sie es derart gezielt und offensiv tun, gerade in Europa.

Die treibende Kraft dabei ist die Angst. Aus Angst vor dem Verlust einer wie auch immer gearteten "nationalen Identität" verweigert zum Beispiel Ungarn **Flüchtlingen** Schutz und bringt Polens rechtsnationale Regierung Justiz und Medien unter ihre Kontrolle.

Aus Angst vor weiteren Terroranschlägen hat das von schweren Anschlägen heimgesuchte Frankreich den permanenten Ausnahmezustand ausgerufen, der den staatlichen Sicherheitsorganen weitreichende Freiheitseingriffe erlaubt.

Und aus Angst vor einem Wahlsieg rechter Populisten verkündete Österreichs Regierung, pro Tag nur noch maximal 80 Asylanträge anzunehmen und höchstens 3.200 Flüchtlinge durchzulassen, die in einem Nachbarland Schutz suchen wollen.

Postwendend protestierte der EU-Kommissar für Migration und wies die Wiener Regierung in einem Brief darauf hin, dass sie damit eklatant gegen internationales und europäisches Recht verstoße. Österreich, hieß es aus Brüssel, sei rechtlich verpflichtet, alle Asylanträge zu prüfen, die auf seinem Staatsgebiet oder an der Grenze gestellt würden. Das Recht auf Schutz ist nicht nur irgendein Recht, sondern ein fundamentales Menschenrecht.

Keine Gemeinschaft hat sich den Menschenrechten stärker verpflichtet als die Europäische Union. Selbstbewusst nennen sich die 28 Mitgliedsstaaten der EU einen "Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts". Laut Artikel 2 des EU-Vertrags sind die Werte, auf die sich die Gemeinschaft gründet, "die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören."

Angst vor Menschenrechten Die Europäische Union verpflichtete sich einst zum Schutz der Menschenrechte.  
Aber die demokratischen Werte sind durch Flüchtlingskris....

Fünf vor 8:00 Abonnieren Sie die Morgenkolumne von ZEIT ONLINE - von Montag bis Freitag per E-Mail. Jetzt anmelden

```
jQuery.noConflict(); jQuery( ".newsletter-teaser-input" ).css({ 'margin' : '0.625em 1em 0 0', 'width' : '17em', 'padding' : '0.375em 0.875em 0.225em 0.625em', 'font-size' : '0.8em', 'height' : '1.625em' }); jQuery( ".newsletter-teaser-image img" ).css("border", "1px solid #efefef"); jQuery( "#newsletter-teaser-form" ).attr( "action", "http://community.zeit.de/newsletter-signup?mode=2click&nl=5vor8" ); jQuery( "#newsletter-teaser-form" ).attr( "method", "POST" ); jQuery( ".newsletter-teaser-button" ).click(function( event ){event.preventDefault(); document.getElementById("newsletter-teaser-form").submit();});
```

Darüber hinaus: Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), die 1953 in Kraft trat, ist das bislang wohl wirkungsvollste Regelwerk zur Durchsetzung dieser Rechte. Sie garantiert - in Verbindung mit anderen Gesetzen - Flüchtlingen weitreichenden Schutz.

In Anerkennung ihrer Verdienste erhielt die EU 2012 den Friedensnobelpreis. Das Komitee lobte als ihre wichtigste Errungenschaft "den erfolgreichen Kampf für Frieden und Versöhnung und für Demokratie sowie die Menschenrechte; die stabilisierende Rolle der EU bei der Verwandlung Europas von einem Kontinent der Kriege zu einem des Friedens".

### Europa gilt als Hort der Freiheit

Es ist nach wie vor richtig und die Gegenwart beweist es: Hunderttausende von Not leidenden und verfolgten Menschen fliehen nicht nur nach Europa, weil die Länder auf diesem Kontinent vergleichsweise reich sind, sondern weil sie als Demokratien zugleich ein Hort der Freiheit sind. Doch aus Angst wird diese Freiheit immer stärker beschnitten.

Natürlich sind auch einer Demokratie sowohl die Angst als auch die Angstmache nicht fremd. Doch anders als etwa in einer Diktatur werden der Macht der Angst Grenzen gesetzt, moralische, ethische - und besonders wichtig: rechtliche. Das heißt: In einer Demokratie sollten die Gesetze und Institutionen derart sturmfest sein, dass sie selbst schwersten Konflikten und Anfechtungen standhalten und die elementaren Freiheitsrechte bewahren. Der Wert einer Demokratie, lautet eine goldene Regel, erweise sich vor allem in der Krise.

Doch siehe Ungarn, Polen, Frankreich, Österreich und so weiter: Die Regel ist brüchig. Aus Angst vor Terroranschlägen und der gewaltigen Zahl von Flüchtlingen, bilanziert der Direktor der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch, Kenneth Roth, im kürzlich veröffentlichten World Report 2016, "bewegen sich viele westliche Regierungen beim Schutz der Menschenrechte rückwärts".

**Load-Date:** February 22, 2016

**Kretschmann will weg vom Konzept der sicheren Herkunftsstaaten; Der Grünen-Politiker schlägt vor, die Anerkennungsquoten bei Asylanträgen zum Maßstab zu machen. Damit gäbe es automatisch verkürzte Verfahren für bestimmte Staatsbürger.**

ZEIT-online

Sonntag 22. Mai 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Asylverfahren; Ausg. 22

**Length:** 330 words

## Body

---

**Migranten** aus Marokko und Algerien in Athen

© Angelos Tzortzinis/AFP/Getty Images

Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hat in einem Interview mit der *Welt am Sonntag* das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten kritisiert. Er machte auch gleich einen Gegenvorschlag, wie man **Asylverfahren** für Menschen aus bestimmten Ländern, für die die Chancen auf **Asyl** gering sind, trotzdem verkürzen könnte: durch eine Orientierung an Anerkennungsquoten.

"Ein guter Anhaltspunkt dafür ist der Anteil der Asylzusagen an der Gesamtzahl der Asylanträge von Menschen aus diesen Staaten", sagte Kretschmann. "Grundsätzlich sollten wir die Anerkennungsquoten zum Maßstab nehmen und zu einem Automatismus übergehen: Fallen die Anerkennungsquoten für Asylanträge aus einem Staat unter eine bestimmte Schwelle, gelten für diese Staatsbürger generell verkürzte Asylverfahren."

Die Anerkennungsquoten müssten regelmäßig überprüft werden, damit gegebenenfalls wieder Änderungen im Verfahren vorgenommen werden könnten. "Dann können wir auf das Instrument der sogenannten sicheren Herkunftsstaaten verzichten." Auch Schleswig-Holsteins Vizeministerpräsident Robert Habeck (Grüne) plädiert für einen solchen Automatismus.

Sogenannte sichere Herkunftsstaaten sind Länder, von denen angenommen wird, dass eine politische Verfolgung dort nicht stattfindet. Menschen aus diesen Ländern bekommen in der Europäischen Union selten Asyl gewährt. "Das heißt nicht, dass man in diesen Staaten sicher lebt", sagte Kretschmann. Mitte Mai hatte der Bundestag die Aufnahme der Mahgreb-Länder in die Liste der sicheren Herkunftsstaaten beschlossen.

Der Bundesrat wird darüber voraussichtlich in der zweiten Junihälfte entscheiden. Opposition, Verbände und Kirchen sehen das Konzept kritisch. Ob Baden-Württemberg im Bundesrat der Ausweitung sicherer Herkunftsstaaten auf Marokko, Algerien und Tunesien zustimmen wird, ließ Kretschmann offen.

Kretschmann will weg vom Konzept der sicheren Herkunftsstaaten Der Grünen-Politiker schlägt vor, die Anerkennungsquoten bei Asylanträgen zum Maßstab zu machen. ....

**Load-Date:** May 22, 2016

---

End of Document

**Auf eine Steuernummer reduziert; Unsere Autorin ist nach Deutschland eingewandert - und freut sich, die Rente eines Deutschen zu bezahlen. Aber Migration bedeutet viel mehr.**

ZEIT-online

Dienstag 10. Februar 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Migranten; Ausg. 6

**Length:** 811 words

**Byline:** Francesca Polistina

## **Body**

---

Eine junge Frau demonstriert gegen Pegida.

© Fredrik von Erichsen/dpa

Laura Meschede schrieb hier, ihr Onkel denke, die Islamisierung Europas sei eine ernstzunehmende Gefahr für die deutsche Zukunft. Und er vergesse dabei, dass die Jungen die Folgen des demografischen Wandels ausbaden müssten. Auch mein Onkel in Italien denkt so. Er glaubt, dass der Staat die Zuwanderung begrenzen müsste. Unterwegs treffe man zu viele Rumänen und Marokkaner, er mag so was nicht. Er fühlt sich unsicher, er fühlt sich sogar bedroht in seiner eigenen Heimat - was für eine Schande. Deshalb hat er lange die rechte Partei Lega Nord gewählt, doch geändert hat sich bisher nichts.

Mein Onkel ist Ende 50, ich bin 28. In fünf bis sieben Jahren wird er in Rente gehen. Er braucht Leute wie mich, die seine Rente bezahlen werden. Das werde ich aber nicht tun. Denn ich bin nach Deutschland ausgewandert, und es besteht die Möglichkeit, dass meine eigenen Kinder hier auf die Welt kommen und aufwachsen werden. Ich bin also eine von denen, die Laura Meschede beistehen werden, ohne dass der deutsche Staat je Geld für mich ausgegeben hat. Mutterschutz, Kita, Schule, Ausbildung und alles das, was das Erwachsenwerden voraussetzt, hat Italien übernommen. Und Italien lässt nun Tausende Jugendliche auswandern. Aber das ist eine andere Geschichte.

Ich bin also nach Deutschland eingewandert - und ich freue mich, dass ich die Rente eines Deutschen bezahlen werde. Aber bitte nicht missverstehen: Wäre der Rentner Spanier oder Russe, würde ich mich genauso freuen, denn was auf dem Pass steht, ist mir ziemlich egal. Was mich hingegen stört, ist, dass ich nur wegen meines Beitrags zur deutschen Wirtschaft akzeptiert werden soll. Ich habe diese These zwar selber manchmal aufgestellt, zum Beispiel vor meinem Onkel. Ich verstehe auch die Besorgnis der jungen Deutschen wie Laura Meschede hinsichtlich des demografischen Wandels ziemlich gut. Aber mir reicht es nicht, auf meine Steuernummer reduziert zu werden. Was ist, wenn Deutschlands Politiker in zehn Jahren glauben, Migranten doch nicht mehr zu brauchen?

Auf eine Steuernummer reduziert Unsere Autorin ist nach Deutschland eingewandert - und freut sich, die Rente eines Deutschen zu bezahlen. Aber Migration bedeute....

Es reicht genauso wenig zu fordern, Migranten sollten allein deshalb aufgenommen werden, weil sie eine Bereicherung für die deutsche Kultur sind. Das sind sie zwar wirklich, meiner Ansicht nach, aber in der Realpolitik werden deshalb die Einwanderungsgesetze nicht reformiert.

Aber Migration ist Geschichte, nicht nur die der Nachkriegszeit: Der Mensch bewegt sich seit jeher, schon viel länger als es Grenzen gibt. Gesetze können kaum etwas gegen so ein uraltes Phänomen ausrichten. Und Migration prägt den einzelnen Menschen und mit ihm die Gesellschaft.

### **Ich fahre Fahrrad, gehe ins Theater**

Seit meiner Ankunft habe ich viele Deutsche kennengelernt und sie haben mich beeinflusst: Ich fühle mich vollkommener, ich habe zum Teil ihre Gewohnheiten übernommen und es hat mir gut getan. Ich bin ökologischer geworden, fahre mehr mit dem Fahrrad, gehe deutlich öfter ins Theater (was für schöne Theater es hier gibt!) und ich genieße oft die im Ausland gefürchtete deutsche Effizienz. Wenn ich mit meinen italienischen Bekannten über europäische Politik rede, versuche ich immer die deutsche Perspektive zu erklären: Seit der Eurokrise ist das eine ziemlich anspruchsvolle Aufgabe.

Andererseits habe ich meine Freunde hier beeinflusst: Einige haben meine Sprache gelernt, italienische Bücher gelesen und sogar in Italien gelebt. Ich weiß nicht, ob sie nun besser sind, aber anders bestimmt. Jedenfalls haben sie montagnachmittags anderes zu tun, als mit Pegida spazieren zu gehen.

Die Italiener vor mir haben ihre Kunst, ihre Speisen, ihr Handwerk nach Deutschland mitgebracht, die nun einfach zum Land gehören. Viele ausländische Frauen haben sich jeden Tag um die kleinen Deutschen gekümmert, viele ausländische Männer haben Häuser gebaut oder kaputte Straßen repariert. Sie haben die Kranken gepflegt oder untersucht, und sie machen es immer noch. Sie alle - vom Arbeiter bis zum Professor - haben damit den Einheimischen, die sie kennengelernt haben, gezeigt, dass man den "Fremden" nicht fürchten muss.

Das hatte schließlich in der Vergangenheit katastrophale Folgen. Durchaus kein einfacher Prozess, aber heute sieht man, wie Deutschland sich geöffnet hat - und auch dadurch ein friedlicheres und reiferes Land geworden ist. Das bringt Stabilität - auch für Laura Meschedes Onkel.

Ja, Deutschland braucht Arbeitskräfte, um seinen Sozialstaat zu erhalten. Die Ausländer selbst und die Politik wissen es. Es ist sinnvoll, Ausbildungsplätze für Flüchtlinge zu schaffen und gezielt Arbeiternehmer zu rekrutieren, die das Land braucht. Trotzdem darf Migrationspolitik nicht nur auf utilitaristischen Kriterien aufbauen, auch wenn die Menschen leichter dafür zu begeistern sind. Denn sonst ziehen wir uns von unseren sozialen Werten zurück und vergessen, was wir durch Migranten gewinnen.

**Load-Date:** February 10, 2015

**Bis zu 40 Tote bei erneutem Flüchtlingsunglück im Mittelmeer; Mit Schlauchbooten hatten Hunderte Flüchtlinge versucht, von Libyen nach Europa zu gelangen. Nach dem Kentern eines Bootes werden nun etwa 40 Menschen vermisst.**

ZEIT-online

Freitag 24. Juli 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Libyen; Ausg. 30

**Length:** 232 words

## Body

---

**Flüchtlinge** auf einem Schlauchboot im Mittelmeer im Mai

© Ismail Zitouny/Reuters

Nach einer erneuten **Flüchtlingstragödie** im Mittelmeer rechnen UN-Mitarbeiter mit bis zu 40 Todesopfern. Das Schlauchboot der **Migranten** sei am Mittwoch schon kurz nach dem Start in Tripolis vor der libyschen Küste untergegangen, sagte ein Sprecher des Hochkommissars der Vereinten Nationen für **Flüchtlinge** (UNHCR) der Nachrichtenagentur AFP. Mitarbeiter des UN-**Flüchtlingshilfswerks** seien jetzt dabei, die Überlebenden des Unglücks zu befragen. Die Agentur Reuters bestätigte den Bericht.

Die 283 Überlebenden, die von einem Boot der deutschen Marine gerettet wurden, seien am Nachmittag im sizilianischen Augusta eingetroffen, sagte der UNHCR-Sprecher für Italien, Federico Fossi. Ihren Angaben zufolge wurden nach dem Kentern des Boots zwischen 35 und 40 Menschen vermisst. Die Opfer sollen überwiegend aus dem Senegal, Mali und Benin stammen. Unter den Toten sollen laut den Überlebenden auch mindestens sieben Kinder im Alter von 15 und 16 Jahren sein.

Bei einer der bisher schlimmsten Tragödien vor der libyschen Küste hatten Mitte April nach UN-Angaben etwa 800 Menschen ihr Leben verloren. Libyen ist ein Haupttransitland für Flüchtlinge aus dem Nahen Osten, Asien und Afrika auf dem Weg nach Europa.

*Die Videografik zeigt die Fluchtrouten von Flüchtlingen über das Mittelmeer.*

**Load-Date:** July 24, 2015

**Großteil der Deutschen hält Flüchtlinge für nicht gut gebildet; Die Deutschen machen sich keine großen Hoffnungen, dass Flüchtlinge den Fachkräftemangel verringern könnten. Trotzdem plädieren sie dafür, mehr in Bildung zu investieren.**

ZEIT-online

Mittwoch 14. September 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** ifo-Bildungsbarometer; Ausg. 36

**Length:** 638 words

## Body

---

**Flüchtlinge** besuchen einen Deutschkurs in Berlin.

© Stefanie Loos/Reuters

Drei Viertel aller Deutschen glauben einer Umfrage zufolge, dass **Flüchtlinge** im Durchschnitt einen niedrigen Bildungsstand haben. Etwa jeder Zweite denkt daher auch nicht, dass die **Flüchtlinge** den Fachkräftemangel der deutschen Wirtschaft verringern können. Das geht aus dem ifo-Bildungsbarometer hervor, einer Umfrage zu bildungspolitischen Themen. Den Ergebnissen zufolge sind 75 Prozent der Deutschen für staatlich finanzierte, verpflichtende Sprachkurse. Die Mehrheit der Deutschen plädiert für eine Ausweitung der Schulpflicht auf 21 Jahre und für ein zweijähriges Bleiberecht nach Abschluss einer Ausbildung.

Viele Befürworter von Kanzlerin Angela Merkels (CDU) Flüchtlingspolitik sagen, dass die deutsche Wirtschaft von der Zuwanderung profitiere, unter anderem wegen des Fachkräftemangels. Allerdings sind Ökonomen skeptisch: Viele Flüchtlinge haben nicht die ausreichende Qualifizierung, um direkt in den Arbeitsmarkt einzusteigen. 36 Prozent haben in ihrer Heimat ein Gymnasium oder eine Hochschule besucht, errechnete ein Team um den Bamberger Migrationsökonom Herbert Brücker. Unter Flüchtlingen, die gute Chancen haben, in Deutschland zu bleiben, sind es demnach sogar 46 Prozent. Auf der anderen Seite haben etwa 30 Prozent gar keine Schule oder nur eine Grundschule besucht. Die Mitte des Qualifikationsspektrums ist dagegen dünn besetzt.

Erschwerend hinzu kommen außerdem mangelnde Sprachkenntnisse und aufenthaltsrechtliche Probleme. Die Folge: Zuwanderer in Deutschland sind aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamts zufolge seltener erwerbstätig als Menschen ohne Migrationshintergrund, sie verdienen weniger und sind eher von Armut bedroht.

Wichtig für eine erfolgreiche Integration sei Bildung, sagen die Statistiker. Das deckt sich größtenteils mit den Einstellungen der Deutschen, wie das ifo-Bildungsbarometer zeigt: Die deutliche Mehrheit ist für zusätzliche Bundesmittel für Sozialarbeiter, Sprachlehrer und Psychologen an Schulen und für eine steuerlich finanzierte Kindergartenpflicht für Flüchtlingskinder ab drei Jahren. Uneinig sind sich die Bürger bei der Frage, ob der Staat die Ausbildungskosten der Betriebe für Flüchtlinge übernehmen soll und ob mehr verkürzte Ausbildungsberufe für



Großteil der Deutschen hält Flüchtlinge für nicht gut gebildet Die Deutschen machen sich keine großen Hoffnungen, dass Flüchtlinge den Fachkräftemangel verringern....

Flüchtlinge geschaffen werden sollen. Insgesamt sollen die staatlichen Bildungsausgaben pro Flüchtling nach Ansicht der Mehrheit eher unverändert bleiben.

Nicht nur zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt, auch zu anderen bildungspolitischen Themen gibt das ifo-Bildungsbarometer Aufschluss. So sind zum Beispiel 86 Prozent der Deutschen dafür, die Eignung zum Lehramtsstudium mittels Aufnahmetests festzustellen. Die Mehrheit findet zudem einheitliche Vergleichstests gut, befürwortet die Aufteilung auf weiterführende Schularten erst nach der sechsten Klasse und eine Fortbildungspflicht für Lehrkräfte. Knapp drei Viertel der Deutschen finden, dass Schulleitungen Autonomie dabei haben sollten, Lehrkräfte einzustellen.

### **Lehrer fordern höhere Lehrergehälter**

Besonders befragt wurden außerdem Lehrer. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung stehen sie vielen Bildungsreformen zur Integration von Flüchtlingen deutlich positiver gegenüber. Auch fordern drei Viertel von ihnen, dass die Lehrergehälter steigen sollen - doch nur 40 Prozent der Bevölkerung sehen das genauso. Etwa zwei Drittel der Lehrer sprechen sich für die Verbeamtung aus. Mehrheitlich sind Lehrer allerdings gegen ein Ganztagschulsystem, die Inklusion von Kindern mit Lernschwächen in Regelschulen, den Einsatz von Quereinsteigern im Lehrerberuf und Gehaltszuschläge für gute Lernfortschritte.

Für die Umfrage befragte TNS Infratest von Ende April bis Anfang Juni 2016 über 4.000 Personen. Die Umfrage wurde finanziert von der Leibniz-Gemeinschaft.

**Load-Date:** September 14, 2016

**Netzwerk verlangt Antisemitismus-Aufklärung für Migranten; Eine Initiative warnt vor zunehmender antisemitischer Gewalt in Deutschland. Verstärkt würden die Sorgen von Juden durch die Einwanderung muslimischer Flüchtlinge.**

ZEIT-online

Montag 14. März 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Integrationskurse; Ausg. 12

**Length:** 306 words

## Body

---

Ein Integrationskurs in Frankfurt am Main (Archivbild)

© Frank Rumpenhorst/dpa

Integrationskurse für **Migranten** sollen nach einer Forderung des Netzwerks zur Bekämpfung und Erforschung des Antisemitismus verpflichtend auf Judenhass eingehen. **Flüchtlinge** und Einwanderer müssten dazu angeregt werden, sich mit den Themen Antisemitismus, Holocaust und den besonderen Beziehungen von Deutschland zu Israel auseinanderzusetzen, heißt es in einem Zehn-Punkte-Plan des Netzwerkes.

Die Initiative verwies auf aktuelle Zahlen über steigende antisemitische Gewalt in Deutschland. Dafür dürfe es keine Toleranz geben. Nötig seien ein "sofortiges Einschreiten" durch die Polizei sowie "ein konsequentes Vorgehen gegen antisemitische Organisationen wie Hamas, Hisbollah und IS".

Immer mehr Juden in Deutschland seien verunsichert und hätten Angst, sich in der Öffentlichkeit zu ihrer Identität zu bekennen, sagte Anetta Kahane, Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung. Die Direktorin des Ramer Institute, Deidre Berger, sagte, diese Sorgen würden verstärkt "durch die anhaltende Einwanderung von Flüchtlingen aus Ländern, in denen Antisemitismus und Israelhass weit verbreitet sind - oder sogar zur Staatsideologie gehören".

Das Netzwerk äußerte sich anlässlich der am Sonntag begonnenen Internationalen Konferenz gegen Antisemitismus in Berlin, an der mehr als 100 Abgeordnete aus fast 40 Ländern teilnehmen. Die Konferenz, die mit Unterstützung des Deutschen Bundestages und des Auswärtiges Amtes organisiert wird, findet im Rahmen des deutschen Vorsitzes der OSZE statt. Das Netzwerk zur Bekämpfung und Erforschung des Antisemitismus wurde im Frühjahr 2015 vom American Jewish Committee, der Amadeu Antonio Stiftung und dem Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien gegründet.

**Load-Date:** March 14, 2016

Netzwerk verlangt Antisemitismus-Aufklärung für Migranten Eine Initiative warnt vor zunehmender antisemitischer Gewalt in Deutschland. Verstärkt würden die Sorg....

---

End of Document

**Grenze schließen - geht das?; Der Druck auf Merkel, die Grenze für Flüchtlinge zu schließen, wächst - und wird in den kommenden Wochen weiter steigen. Doch es gibt gute Gründe, die dagegen sprechen.**

ZEIT-online

Dienstag 19. Januar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flüchtlingspolitik; Ausg. 3

**Length:** 1382 words

**Byline:** Katharina Schuler

## Body

---

**Flüchtlinge** an der slowenisch-österreichischen Grenze

© Vladimir Simicek/AFP/Getty Images

Noch hält Angela Merkel stand. Auch wenn ihre Kritiker jeden Tag ein bisschen forscher auftreten und die Umfragewerte für ihre Partei fallen: Vorerst will die Kanzlerin ihre **Flüchtlingspolitik** nicht korrigieren. Eine Zurückweisung von **Flüchtlingen** an der Grenze, die umfassende Grenzkontrollen voraussetzen würde, lehnt sie standhaft ab. Und noch hat sie dafür zumindest im Parteivorstand eine Mehrheit. "Wir als CDU sind der Überzeugung, dass sich diese große Herausforderung nur europäisch lösen lässt", verkündete CDU-Generalsekretär Peter Tauber zu Wochenbeginn.

Doch wie lange hält Merkel das noch durch? Vor allem die CSU drängt die Kanzlerin seit langem zu einer Kurskorrektur. Sollten die **Flüchtlingszahlen** in naher Zukunft nicht zurückgehen, will sie die Bundesregierung gar mit einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht zum Handeln zwingen. Aber auch in Merkels eigener Partei wächst der Widerstand: 44 Unionsabgeordnete übersandten Merkel an diesem Dienstag einen Brief, in dem sie eine Zurückweisung von **Flüchtlingen** an der Grenze fordern.

### **Worauf stützen sich die Befürworter von Grenzsicherungen?**

Wer aus einem Mitgliedstaat der EU oder aus einem anderen sicheren Drittstaat nach Deutschland einreist, habe laut Grundgesetz per se keinen Anspruch auf Asyl, argumentieren die Befürworter einer Grenzsicherung, darunter nicht nur die CSU sondern auch der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier. Eine Zurückweisung an der Grenze sei nach dem Asylverfahrensgesetz möglich. Im Prinzip würde das also alle Flüchtlinge betreffen, die derzeit über die deutsch-österreichische Grenze kommen.

### **Welche rechtlichen Gründe sprechen dagegen?**

Andere Experten widersprechen. "Das Grundgesetz wird durch Europäisches Recht überlagert", sagt die Rechtswissenschaftlerin und Vorsitzende des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und

Grenze schließen - geht das? Der Druck auf Merkel, die Grenze für Flüchtlinge zu schließen, wächst - und wird in den kommenden Wochen weiter steigen. Doch es gi....

Migration, Christine Langefeld. Dazu gehöre insbesondere die Dublin-Verordnung. Nach dieser sei jeder EU-Staat verpflichtet, einen Flüchtling, der an seiner Grenze Asyl begehre, zunächst hineinzulassen und dann zu prüfen, welches Land für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig sei. Eine "Zurückweisung von Asylsuchenden an der deutschen Grenze wäre also ein klarer Verstoß gegen geltendes Recht", urteilt auch der Göttinger Professor für öffentliches Recht und Europarecht, Jürgen Bast. Eine solche Maßnahme würde genau zu der dramatischen Situation führen, die das Dublin-System vermeiden wolle: Nämlich dass Flüchtlinge zwischen Staaten hin und her geschoben werden, und sich niemand für sie zuständig fühlt.

Langefeld räumt allerdings ein, dass die Dublin-Verordnung derzeit nicht mehr funktioniere. Nach dieser müsste schließlich jeder Flüchtling seinen Antrag dort stellen, wo er zum ersten Mal europäischen Boden betritt. Wird er dort allerdings nicht registriert und auch in keinem anderen EU-Land, das er auf seinem Weg gen Norden durchquert, ist es schwierig, festzustellen, welches Land für seinen Asylantrag zuständig ist. Hinzu kommt: Eine Rücküberstellung von Flüchtlingen nach Griechenland, ist derzeit gar nicht möglich, weil den Flüchtlingen dort weder ein rechtsstaatliches Verfahren noch menschliche Aufnahmebedingungen garantiert werden können.

Die Probleme ergeben sich gerade daraus, dass die Dublin-Verordnung derzeit bereits von vielen Staaten nicht mehr angewandt wird. Für den Rechtswissenschaftler Bast ist das allerdings kein Grund, dass Deutschland diese nun ebenfalls ignorieren könne. "Rechtlich gesehen ist das kein Argument, selbst das EU-Recht zu verletzen, nur weil andere Staaten es auch nicht anwenden", sagt er.

### **Könnte Deutschland sich auf einen Notfall berufen?**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat bereits vor längere Zeit deutlich gemacht, dass er Zurückweisungen an der Grenze für möglich hält. Bisher habe man aber eine andere politische Entscheidung getroffen.

"Wenn Deutschland die Grenze schließen und Flüchtlinge zurückweisen wollte, könnte es sich dafür eventuell gemäß Artikel 72 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf eine Art Notstandssituation berufen", sagt Langefeld. Dieser Artikel sei allerdings bislang noch niemals zur Anwendung gekommen. Insgesamt müsste es sich dabei um eine nicht mehr tragbare Situation im Sinne einer Gefährdung der inneren Sicherheit Deutschlands handeln. Zu entscheiden, wann dieser Zeitpunkt gekommen sei, sei aber eine genuin politische Angelegenheit, die nicht von Gerichten übernommen werden könnte, betont Langefeld mit Blick auf die von der CSU angedrohte Klage.

Bast bezweifelt dagegen, dass der Artikel 72 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union die Bedeutung einer Notstandsklausel hat.

### **Welche praktischen Probleme gibt es?**

Bereits im Dezember hatte die Bundespolizei Abgeordneten des Bundestags einen Plan vorgestellt, wie man die Grenze zu Österreich schließen könne. Dabei würden zunächst alle Grenzübergänge und Brücken gesperrt. Außerdem würden im Hinterland Polizisten eingesetzt, deren Aufgabe es wäre, Flüchtlinge aufzugreifen, die es an den Kontrollen vorbei über die grüne Grenze geschafft haben.

Allerdings machte die Polizei deutlich, dass sie ein solches robustes Vorgehen personell lediglich für drei bis sieben Tage durchhalten könne. Auch der Chef der Gewerkschaft der Polizei, Jörg Radek, betont: Eine Vollkontrolle ließe sich nicht über einen längeren Zeitraum umsetzen. Zudem würde selbst die nicht verhindern, dass Flüchtlinge dann über die grüne Grenze auswichen.

Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Stephan Mayer, ist dagegen überzeugt, dass schon eine Abriegelung für eine Woche den gewünschten Effekt bringen würde. Dann würden auch die anderen Länder ihre Grenzen schließen, sagt er. Sobald dies geschehen sei, könnten die Kontrollen in Deutschland wieder gelockert werden. Doch würden die anderen Länder länger als Deutschland in der Lage sein ihre Grenze vollständig abzuriegeln?

Grenze schließen - geht das? Der Druck auf Merkel, die Grenze für Flüchtlinge zu schließen, wächst - und wird in den kommenden Wochen weiter steigen. Doch es gi....

Wenn man die Grenze schon schließen wolle, müsse man dies auch längerfristig durchhalten können, betont Langenfeld. "Die Grenzsicherung muss dann lückenlos und gegebenenfalls sogar unter dem Einsatz physischer Gewalt erfolgen". Genau deshalb sollte man eine Abriegelung der Grenze auf keinen Fall anstreben, findet Bast.

### **Welche grundsätzlichen Erwägungen sprechen dagegen?**

Merkel betont es immer wieder: Würde Deutschland die Grenze schließen, wäre das vermutlich das Ende des grenzenlosen Europas, also des Schengen-Raums, mit allen nachteiligen Folgen für die europäische Idee, die europäische Integration aber auch für Europas Wirtschaft. Auch EU-Kommissionpräsident Jean-Claudem Juncker warnt: "Wer Schengen killt, trägt den Binnenmarkt zu Grabe".

Auch Langefeld befürchtet: Bei der Wiedereinführung von umfassenden Grenzkontrollen bestehe die Gefahr, "dass die EU dann keinen politischen Weg mehr zur Wiederherstellung der Freizügigkeit im Binnenmarkt findet, insbesondere dann, wenn sich die EU-Mitgliedstaaten nicht auf eine gemeinsame Antwort auf die Flüchtlingskrise verständigen können."

### **Hat Merkel einen Plan B?**

Offiziell wird die Frage, ob die Regierung einen Plan dafür hat, was passieren solle, wenn die internationale Lösung der Flüchtlingskrise scheitert, von Merkels Regierungssprecher stets verneint. Auch bei ihren öffentlichen Auftritten betont die Kanzlerin immer wieder: Sie wolle zunächst alle Alternativen zu einer Grenzschließung ausprobieren, um Europa nicht dauerhaft zu beschädigen.

Allerdings hat die Kanzlerin in ihren Reden auch immer wieder darauf hingewiesen, dass der Schengen-Raum sich auf Dauer nur erhalten lasse, wenn der Schutz der Außengrenzen funktioniere und Europa sich zu einer gemeinsamen Flüchtlingspolitik aufraffe.

In den kommenden Wochen stehen wichtige Termin an: Regierungskonsultationen mit der Türkei, eine Syrien-Geberkonferenz und die zwei EU-Gipfel im Februar und im März. Sollte es dort keine substanziellen Fortschritte geben und gleichzeitig die Flüchtlingszahlen wieder ansteigen, könnte Merkel dies als Argument für einen Kurswechsel dienen. Je größer der Widerstand bei den anderen europäischen Ländern wäre, sich an gemeinsamen Lösungen zu beteiligen, desto kleiner wäre dann der Gesichtsverlust für die Kanzlerin.

**Load-Date:** January 19, 2016

**Die Europäische Union ist die Mitte; Europa ist zum Sehnsuchtsort für Tausende Migranten geworden. Aber der Kontinent radikalisiert sich. Die rechtspopulistischen Konterrevolutionäre sind auf dem Vormarsch.**

ZEIT-online

Montag 18. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** EU; Ausg. 17

**Length:** 549 words

**Byline:** Ulrich Ladurner

## **Body**

---

Revolutionen ereignen sich, wenn sich die Menschen radikal von ihren politischen Eliten abwenden und einen neuen Weg suchen. In diesem Sinne ist die Massenwanderung, die wir gegenwärtig erleben, eine wahrhaftige Revolution. Wer aufbricht, der sagt "Nein!" zu einem real existierenden herrschenden System, sei es nun der grauenhafte Bürgerkrieg in Syrien, sei es der Endloskrieg in Afghanistan, sei es der von Korruption gezeichnete Alltag in einem afrikanischen Land. Dieses: "Nein!" ist unwiderruflich. Es ist endgültig.

In der Heimat gibt es niemanden mehr, dem der Migrant zutraut, die Dinge zum Besseren wenden zu können. Er glaubt an keine Versprechungen mehr, die ihm dort gemacht werden. Niemand kann ihn mehr überzeugen, kein Sozialist, kein Nationalist, kein Demokrat, kein Islamist.

Der Migrant ist ein desillusionierter Revolutionär, doch er ist nicht ohne Hoffnung. Darum steigt er in ein Boot und kommt nach Europa. Die Abwendung von den Zuständen ist so radikal, dass er sein Leben riskiert.

Es ist nicht nur die große Zahl der Migranten und Flüchtlinge, welche die Europäer erschreckt, es ist auch das Gewicht ihrer Hoffnungen. Plötzlich entdecken die Europäer, dass sie für Millionen Menschen der einzige, wahre Sehnsuchtsort geworden sind, in einem sehr konkreten Sinne.

Ihr Kontinent ist die Wirklichkeit gewordene Utopie, die einzig verbliebene. Der Migrant ist zwar ein Revolutionär, er kommt aber nicht, um in Europa die Verhältnisse umzustürzen. Er setzt die Ideale Europas einem Wirklichkeitstest aus. Wie ist es nun mit euren Versprechen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit? Gelten sie auch für uns? Das allerdings ist eine Frage von revolutionärer Qualität.

Wo es eine Revolution gibt, da ist die Konterrevolution nicht weit. Die rechtspopulistischen Parteien sind ihre Agenten, die Grenzsicherungen ihre Etappensiege. Zwischen Revolution und Konterrevolution droht die Mitte zermalmt zu werden. Diese Mitte lehnt totale Grenzsicherung ab, sagt aber: "Ja!" zum grundsätzlichen Wert und zur Bedeutung von Grenzen für das Zusammenleben von Menschen.

Die Europäische Union ist die Mitte Europa ist zum Sehnsuchtsort für Tausende Migranten geworden. Aber der Kontinent radikalisiert sich. Die rechtspopulistische....

Diese Mitte bekennt sich weiter zu den europäischen Werten, weiß aber, dass sie Zeit brauchen zu ihrer Entfaltung. Sie weiß: Um einen Wagen unfallfrei zu steuern, muss man auch auf die Bremse steigen können. Revolution wie Konterrevolution sind hingegen Hochgeschwindigkeitsphänomene. Sie hassen Langsamkeit. Sie lieben das Tempo. Sie verachten die Rede und dürsten nach Taten.

Derzeit sieht es ganz nach einer weiteren Beschleunigung der Ereignisse aus. Diesmal geht sie nicht von der Türkei aus, sondern von Libyen. An Italiens Küsten sind innerhalb zweier Tage 6.000 Menschen angekommen. Wenn das Wetter nach und nach besser wird, werden vermutlich Hunderttausende landen.

Die Konterrevolution hat bereits Maßnahmen ergriffen: Österreich ist bereit, den Brennerpass zu schließen. Geht der Brenner zu, ist es mehr als nur ein Etappensieg der Konterrevolutionäre. Es könnte der Sargnagel für die Europäische Union sein.

Könnte, denn es ist immer noch Zeit, diese Katastrophe abzuwenden. Dazu braucht es allerdings ein klares Bekenntnis zur EU, die weit davon entfernt ist perfekt zu sein, aber doch besser ist als die Alternativen, die sich derzeit am Horizont abzeichnen. Die EU ist die Mitte, die wir so dringend brauchen.

**Load-Date:** April 18, 2016



**Und sie kommen trotzdem; Ungarn gilt plötzlich vielen EU-Staaten als Beweis, dass Zäune Flüchtlinge aufhalten und Abschottung gelingen kann. Doch das ist ein Irrtum.**

ZEIT-online

Montag 7. März 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

**ZEIT**  **ONLINE**

**Section:** Flüchtlinge in Ungarn; Ausg. 11

**Length:** 2722 words

**Byline:** Philip Faigle

## **Body**

---

Am ungarischen Grenzzaun zu Serbien

© Laszlo Balogh/Reuters

In einer Nacht Ende Februar, als Europa seine Grenzen nach und nach schließt, wird Reza Salah\* von lauten Stimmen geweckt. Es ist Mitternacht im Lager von Sid, ein **Flüchtlingscamp** in Serbien nahe der ungarischen Grenze. Taschenlampen leuchten in die Zelte, in denen die **Flüchtlinge** dicht gedrängt liegen, neben Reza schläft seine Frau Sarah\*. "Raus", rufen die uniformierten Männer. Es sind Beamte der serbischen Polizei. "Wir bringen euch nach Deutschland".

Das Paar greift seine Taschen, Salah schlüpft in eine Sportjacke. Die Nacht ist Ende Februar beißend kalt. Vor dem Eingang des Camps warten Busse mit laufendem Motor. Die Polizisten treiben die **Flüchtlinge** in die Fahrzeuge, Kinder, Familien, an Bord ist auch eine schwangere Frau. Als sie durch die Dunkelheit fahren, zückt Salah sein Smartphone und schaut auf Google Maps: Der kleine blaue Punkt bewegt sich Richtung Norden. Direkt auf die ungarische Grenze zu.

Salah weiß, dass Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán die **Flüchtlinge** der Welt gewarnt hat: "Kommt nicht hierher". Daheim, in der iranischen Hauptstadt Teheran, lange vor seiner Flucht, hatte Salah den Politiker im Fernsehen sprechen gesehen. Salah weiß, dass es strafbar ist, den Zaun an der serbischen Grenze zu überqueren. Warum fahren sie dann in Richtung Ungarn?

Was folgt, wird Salah Tage später berichten und ein Zeuge wird es bestätigen: Die serbischen Beamten fahren den Bus an den Grenzzaun und legen ihre Uniformen ab. Dann gehen sie zum Zaun, heben ihn an und schieben die Flüchtlinge unter den Maschen durch. Mehr als 100 werden in dieser Nacht illegal nach Ungarn einreisen. Kaum einer von ihnen ahnt, was sie erwartet.

Noch im Sommer vergangenen Jahres wanderten eine halbe Million Menschen vom Süden in den Norden Ungarns, die meisten waren auf dem Weg nach Deutschland. Dann befahl Orbán, an der serbischen Grenze einen Zaun zu

Und sie kommen trotzdem Ungarn gilt plötzlich vielen EU-Staaten als Beweis, dass Zäune Flüchtlinge aufhalten und Abschottung gelingen kann. Doch das ist ein Irr....

bauen, 175 Kilometer lang, drei Meter hoch, geschützt mit Nato-Draht. Orbán ließ im ganzen Land Plakate kleben, auf denen Slogans standen wie: "Wenn Du nach Ungarn kommst, kannst du den Ungarn nicht die Jobs wegnehmen". Er peitschte ein neues Einwanderungsgesetz durch das Parlament, das nach Ansicht von Juristen gegen zahlreiche internationale Verträge verstößt, unter anderem gegen die Genfer Konvention.

Verlauf des Grenzzaunes zwischen Ungarn und Serbien

```
© 2016 ZEIT ONLINE @media screen and (min-width: 700px) { .zg-halfwidth--right { margin: 0 3.75rem 1.75rem 2.25rem; float: right; width: 300px; } .zg-halfwidth--right .x-subheadline, .zg-halfwidth--right .x-copytext { margin-top: 0; } }
```

Wer seither unter dem Grenzzaun herkriecht oder über ihn klettert, macht sich strafbar. Wer den Zaun beschädigt, kann für fünf Jahre ins Gefängnis kommen. Wer es dennoch auf legalem Weg nach Ungarn schafft, hat kaum eine Chance auf Asyl, weil die ungarische Regierung Serbien zum sicheren Herkunftsland erklärt hat. Fast alle Flüchtlinge kommen über die serbisch-ungarische Grenze.

Als einen "Sieg der Vernunft" wird Orbán seine Politik auch an diesem Montag anpreisen, wenn die Regierungschefs der EU in Brüssel zusammen kommen, um über eine europäische Lösung in der Flüchtlingsfrage zu verhandeln. Ungarn habe den Beweis erbracht, dass nationale Abschottung und Zäune wirken - so sehen es auch andere Staaten entlang der Balkanroute, die die Wanderung von Hunderttausenden Flüchtlingen durch Europa stoppen wollen.

Österreich hat einen Zaun an der Grenze zu Slowenien gebaut und plant weitere am Brenner und vor dem Karawankentunnel. Kroatien bewacht seine Grenze und lässt nur Syrer und Iraker durch, manchmal auch Afghanen. Mazedonien verteidigt seine Grenze zu Griechenland mittlerweile mit Tränengas. In Brüssel werden die Staatschefs womöglich vereinbaren, die gesamte Balkan-Route abzuriegeln. Längst ist die Zeit vorbei, in der Europas Politiker mit Abscheu auf Orbáns rigide Abschottungspolitik blickten. Der Orbánismus gewinnt immer neue Anhänger.

Doch in Wahrheit hält der Zaun zwischen Ungarn und Serbien immer seltener auf. Noch im November zählte die Polizei maximal 30 bis 40 "illegale Grenzübertritte" täglich. Mittlerweile sind es an manchen Tagen mehr als 100, am vergangenen Freitag waren es fast 250. Die Flüchtlinge klettern über die Zäune und reißen sich am Nato-Draht Hände, Beine und Kleidung auf. Sie suchen nach Löchern in den Maschen und kriechen hindurch. Sie versuchen, nach Ungarn zu kommen, egal ob das Land sie will, egal zu welchem Preis.

Es klingt wie ein Paradox, doch es ist nur die Logik von nationaler Abschottung: Der ungarische Zaun funktionierte so lange gut, wie niemand anderes Zäune baute. Jetzt aber, da viele Staaten entlang der Balkanroute ihre Grenzen schließen und dem ungarischen Modell folgen, versuchen es wieder mehr Flüchtlinge über Ungarn.

Als Salah und die anderen Flüchtlinge in der Nacht unter dem Zaun durchkriechen und loslaufen, kommen sie nur wenige Meter weit. Polizeiwagen nähern sich über die Grenzstraße, das Licht der Sirenen und Scheinwerfer erhellt die Wiesen. Kaum ein Flüchtling entkommt. Die ungarische Polizei bewacht den Grenzstreifen mit Infrarotkameras, Hunden und Grenzpatrouillen, 24 Stunden lang, sieben Tage die Woche.

Auf der Wache vergehen Stunden mit Warten, Verhören, Formularen. Zu sechst werden sie in eine kleine Zelle gesperrt. Salah erzählt den Polizisten, warum sie aus dem Iran geflohen sind: Vor wenigen Monaten sei er, laut den offiziellen Dokumenten in Teheran geboren am 21. März 1978, zum katholischen Glauben übergetreten. Er habe deshalb Drohungen erhalten, im Iran gebe es keine Meinungs- und de facto auch keine echte Religionsfreiheit. Er sei ein studierter Informatiker. Er wolle in Großbritannien arbeiten, wo schon Verwandte von ihm leben. Deshalb habe er vor einigen Wochen im Iran einen Schlepper angeheuert, um ihn mit vielen anderen auf der Hoffnungsrouten des vergangenen Sommers nach Europa zu bringen: über die Türkei und das Meer nach Griechenland, weiter nach Mazedonien, Serbien, schließlich in den Norden.

Und sie kommen trotzdem Ungarn gilt plötzlich vielen EU-Staaten als Beweis, dass Zäune Flüchtlinge aufhalten und Abschottung gelingen kann. Doch das ist ein Irr....

Die Flüchtlinge müssen grüne und weiße Armbänder tragen. Darauf steht das Herkunftsland und die Uhrzeit des Grenzübertritts.

© Philip Faigle

Ein Polizist bedrängt Salah, seine Fingerabdrücke zu hinterlassen und ein Dokument zu unterzeichnen. Es ist auf Ungarisch, Salah versteht kein Wort. Als er sich weigert, droht ihm der Beamte, ihn in ein geschlossenes Camp zu bringen. Salah unterzeichnet. Später wird er erfahren, dass er gerade Asyl beantragt hat.

Die Beamten ziehen Salah und seiner Frau die Schnürsenkel aus den Schuhen, damit sie sich in der Zelle nicht erhängen können. Sie binden ihnen weiße und grüne Bändchen um die Armgelenke: "Afg." steht darauf, für Afghanistan, und eine Nummer: "399". Offenbar ein Fehler der Beamten. Auf dem grünen Bändchen steht die Uhrzeit, zu der man sie an der Grenze gefasst hat. Alle Flüchtlinge müssen einen grünen oder weißen Mundschutz tragen. Manche bekommen Handschellen angelegt.

Ein Kleinbus bringt sie in die nächstgelegene Stadt Szeged, eine Kleinstadt an der Grenze. Der Wagen hält im Innenhof des Justizpalastes, ein neo-klassizistischer Bau am zentralen Széchenyi-Platz. Jeder Flüchtling soll so schnell wie möglich verurteilt werden. Das ist Teil der ungarischen Abschreckungspolitik. Innerhalb von 72 Stunden müssen Flüchtlinge von den Behörden vernommen und vor Gericht gestellt werden.

Wer den Justizpalast besucht, um einen der Prozesse zu beobachten, durch die auch Salah an jenem Spätfreitag gegangen ist, sieht ein Gericht im Ausnahmezustand: Polizisten, Richter, Staatsanwälte, Übersetzer für Arabisch, Urdu, Paschtu, Spanisch drängeln sich über die in freundlichem Gelb gestrichenen Flure. Eine Gerichtsdienstin schiebt in einem Supermarktwagen scheppernd Akten vor sich her. Hin und wieder öffnen sich Türen. Gruppen von schweigenden Afghanen, Iranern, Somaliern werden über die Flure in Gerichtssäle geführt, manche mit zerrissenen Hosen und Pullovern, mit Wunden an Beinen und Armen. Spuren des Stacheldrahts.

Weil die Zahl der illegalen Grenzübertritte steigt, finden in den Gerichtssälen von Szeged Prozesse im Viertelstundentakt statt, von neun Uhr morgens bis zum Abend, sogar am Wochenende. Allein seit dem Jahresbeginn wurden mehr als 1.700 Menschen wegen illegalen Grenzübertritts verurteilt, allein 40 sind es an diesem Nachmittag.

Eine Anwältin hat sich die Namen ihrer Klienten auf kleine weiße Zettel notiert. Persönlich kennt sie keinen der Flüchtlinge und sie wird sie auch bis zum Prozess nicht kennen lernen. Zu wenig Zeit, zu viele Beschuldigte. Die Übersetzer sind so rar, dass manche von ihnen rund 130 Euro pro Verhandlung verdienen, für weniger als eine halbe Stunde. Eine Staatsanwältin, spezialisiert auf Wirtschaftsstrafrecht, wird heute gleich ein halbes Dutzend Flüchtlinge anklagen. "Manche haben hier schon bis zur Erschöpfung gearbeitet", sagt sie. "Deshalb müssen jetzt auch andere von uns einspringen." Wenn Salah sich an den Tag vor Gericht erinnert, fällt ihm vor allem auf, wie schnell der Prozess vonstatten ging. "Richtig verteidigt wurden wir da nicht."

Flüchtlinge aus Somalia im Flur des Gerichts in Szeged: Sie werden wegen illegalen Grenzübertritts angeklagt.

© Philip Faigle

In Gerichtssaal Nummer 8 stehen zwei Pakistaner vor dem Richter, junge Männer Anfang 20. Ihre Körper stecken noch in den Winterklamotten, die sie auf der Flucht trugen, über ihren Köpfen flackert eine Neonröhre. Die Richterin verliest im Eiltempo die Punkte der Anklage, die Zeit drängt, der Dolmetscher muss weiter zum nächsten Polizeiverhör. "Die Angeklagten sind beschuldigt, die serbisch-ungarische Grenze illegal übertreten zu haben". Es sind Bausteinsätze, aus denen die Richter und Staatsanwälte ihre immer gleichen Anklagen und Urteile stricken.

Die beiden Pakistaner berichten, wie ein Schlepper sie an die Grenze gefahren und ihnen ein Loch im Zaun gezeigt hat. Auf der anderen Seite, habe der Mann gesagt, werde ihnen geholfen. "Wir wussten nicht, dass wir eine Straftat begehen", sagt der eine. Der andere sagt leise: "Es tut uns leid."

Das Gericht in Szeged ist keines, das lange zögert. Die Staatsanwältin hält ihr Schlussplädoyer. Strafmildernd wirke sich aus, dass die Beklagten ihr Vergehen eingestanden hätten, strafverschärfend sei hingegen, dass solche

Und sie kommen trotzdem Ungarn gilt plötzlich vielen EU-Staaten als Beweis, dass Zäune Flüchtlinge aufhalten und Abschottung gelingen kann. Doch das ist ein Irr....

Verbrechen derzeit oft geschehen. Das Urteil: Für ein Jahr müssen die Beschuldigten das Land verlassen, die Kosten trägt das Gericht. Raus aus Ungarn für ein Jahr, das ist auch die Strafe, die Reza Salah und seine Frau erhalten. Ein Urteil für alle.

Nur zehn Minuten fährt ein Kleinbus die Salahs vom Gericht zum nationalen Einwanderungsamt, ein heruntergekommener Bau an einer Ausfallstraße. Ein schweres Eingangstor aus Eisen, dahinter Dutzende Räume für all jene, die gerade am Gericht ihr Urteil erhalten haben und nun darauf warten, wie es weitergeht. In den Schlafräumen liegen Matratzen auf dem Boden, auf den Fensterbrettern ausgebrannte Kippen, es stinkt nach Urin. Vor dem Empfang patrouillieren Soldaten, das Maschinengewehr im Anschlag.

Fast alle Flüchtlinge auf dem Amt haben Asyl beantragt, so wie die Salahs. Doch kaum jemand rechnet damit, Schutz in Ungarn zu bekommen. Ungarn hat im vergangenen Jahr 146 Menschen Asyl gewährt - bei knapp 25.000 zu Ende gebrachten Verfahren. "De facto erhält in Ungarn kaum noch jemand Asyl", sagt Gábor Gyulai, der seit mehr als zehn Jahren für das ungarische Helsinki-Komitee die Flüchtlingspolitik der Regierung beobachtet. "Und diejenigen, die doch Asyl bekommen, erhalten keinerlei Hilfe vom Staat. Viele werden arbeitslos und geraten in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Manche werden sogar obdachlos."

Die meisten der Menschen, mit denen die Salahs in den nächsten Stunden auf ihr Schicksal warten, wollen nicht in Ungarn bleiben. Sie wollen weiter, nach Österreich, Deutschland, Schweden, oder wie die Salahs: nach England. Die ungarischen Beamten werden viele von ihnen nicht weiterreisen lassen. Das Urteil des Gerichts lautet: Ausreise in das nächste sichere Herkunftsland, aus dem die Flüchtlinge gekommen sind. In den meisten Fällen bedeutet das zurück nach Serbien. Weil das Nachbarland die Flüchtlinge aber nicht zurückhaben will, beginnt ein monatelanges Warten, dessen Sinn sich von außen nur schwer erschließt.

### **Die Regierung baut ein weiteres Lager für 500 Menschen**

Auch die Salahs haben von den gefängnisartigen Camps gehört, in denen die Flüchtlinge während dieser Zeit festgehalten werden sollen. Drei offene und drei geschlossene unterhält der ungarische Staat. Die berühmtesten stehen in Kiskunhalas und Nagyfa im Süden des Landes. Sie sind halb Gefängnis, halb Flüchtlingslager, umzäunte Anlagen im Niemandsland, die Flüchtlinge in Kiskunhalas dürfen das Lager bis zur ihrer Freilassung nicht verlassen. Nach Schätzungen des Helsinki-Komitees sitzen derzeit mehr als 420 Asylbewerber und mehr als 300 weitere Migranten in geschlossenen Einrichtungen ein.

"Mittlerweile sitzen mehr Asylbewerber in geschlossenen Camps als in offenen", sagt Gábor Gyulai vom Helsinki-Komitee. Für Gyulai ist das ein absurdes System: "Alles zielt darauf ab, die Flüchtlinge abzuschrecken, hierher zu kommen", sagt er. "Aber unter dem Strich haben wir nun doch Tausende Asylbewerber im Land, die wir versorgen müssen, ohne allerdings unsere internationalen Pflichten zu erfüllen. Wenn die Prozesse gelaufen sind, lassen sie die Flüchtlinge oft einfach frei, die meisten ziehen weiter." Wie sinnvoll, fragt Giuliya, kann also eine Politik sein, die nur den Preis der Migration nach oben treibt, die Menschen aber nicht aufhält?

Die Regierung verweigert Reportern den Zutritt zu den geschlossenen Camps. Glaubt man Menschenrechtsorganisationen, fehlt es den Bewohnern dort immer wieder an fundamentalen Dingen: frischer Kleidung, medizinischer Versorgung, Übersetzern. In einem Bericht des Europäischen Menschenrechtskommissars ist zu lesen, dass es in den Lagern von Bettwanzen und anderem Ungeziefer wimmelt, dass es im Winter fünf Grad kalt ist und manche Flüchtlinge ohne Pullover ausharren. Psychologen der Hilfsorganisation Cordelia, die in den Camps arbeiten, berichten von Flüchtlingen, die in ihren Heimatländern in Foltergefängnissen saßen und unter den haftähnlichen Bedingungen retraumatisiert werden. Oft werden Frauen von ihren Männern getrennt, Väter von ihren Kindern. Selbst der Oberste Gerichtshof hat die Praxis der geschlossenen Camps für Asylbewerber 2013 für ineffektiv erklärt. Geändert hat sich seither nichts.

Als die Beamten Salah mitteilen, dass er in ein offenes Camp kommt, ist er zuerst erleichtert. Dann erfährt er, dass seine Frau in ein anderes Lager gebracht werden soll, etwa eine Autostunde entfernt. In den Räumen des Einwanderungsamtes sieht sich das Paar ein letztes Mal, dann fährt ein Kleinbus Salah Richtung Nordwesten, in einen Ort namens Bicske, rund 40 Kilometer westlich der Hauptstadt Budapest.

Und sie kommen trotzdem Ungarn gilt plötzlich vielen EU-Staaten als Beweis, dass Zäune Flüchtlinge aufhalten und Abschottung gelingen kann. Doch das ist ein Irr....

Nur der Drahtzaun weist auf ein Flüchtlingslager hin, die vorerst letzte Station von Salahs Reise. Wie eine Ferienanlage liegt das Camp am Rande einer Landstraße, Bungalows in Pastellfarben, umgeben von Grün. In der Nachbarschaft erhebt sich das Gebäude eines Tesco-Supermarktes, davor ein gewaltiger Parkplatz.

Ein Gebäude des offenen Flüchtlingslagers in Biczke

© Philip Faigle

Schnell wird Salah klar, dass er einer der Glücklichen im Lager ist, obwohl er von seiner Frau getrennt wurde. Ein Afghane, noch keine 20, erzählt, er habe es bereits bis in die Schweiz geschafft, doch die Behörden hätten ihn nach Ungarn zurückgeschickt, weil er sich dort im vergangenen Sommer registriert hatte. Drei Monate habe er in einem geschlossenen Lager in Kiskunhalas gesessen, erst vor Tagen wurde er freigelassen. Nun habe er kein Geld mehr und werde halb verrückt.

Ein neuer Tag, Ende Februar, der Himmel ist blau, Reza Salah läuft durch die Gänge des Tesco-Supermarktes, er will eine Telefonkarte für sein Smartphone kaufen. Und neue Schuhe für einen befreundeten Iraner aus dem Camp. Im Lager hat man ihm gesagt, dass er seine Frau bald wieder sehen kann. Bald, so haben sie es ihm versprochen, sollen sie in ein gemeinsames, offenes Lager verlegt werden. Dann, sagt er, wolle er so schnell wie möglich weiter, bloß weg aus Ungarn. Er wisse auch schon wie.

\* Namen von der Redaktion geändert

**Mitarbeit:** Daniel Mayer

**Load-Date:** March 7, 2016

**67 Menschen aus überfülltem Lieferwagen gerettet; Bei der Kontrolle eines Schlepper-Busses hat die Polizei in Kroatien offenbar eine Tragödie verhindert. Einige der Insassen waren bereits bewusstlos.**

ZEIT-online

Sonntag 18. Dezember 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Kroatien; Ausg. 52

**Length:** 266 words

## Body

---

**Migranten** übernachteten in einem alten Lagerhaus in Belgrad - Tausende sind in Serbien gestrandet und hoffen auf einen Weg in die EU

© Marko Djurica/Reuters

Eine Verkehrskontrolle der kroatischen Polizei hat offenbar Dutzenden Migranten das Leben gerettet. Der kroatische Gesundheitsminister Milan Kujundzic sagte, 42 der 67 Insassen eines völlig überfüllten Kleinlastwagens seien ins Krankenhaus eingeliefert worden. Einige hätten an einer Kohlenmonoxidvergiftung gelitten. Manche seien bewusstlos geborgen worden.

"Es ist ein ernster medizinischer Zustand und es ist gut, dass sie gefunden wurden", sagte Kujundzic. "Die meisten von ihnen werden entlassen, aber drei oder vier werden zur weiteren Beobachtung im Krankenhaus bleiben."

Der Lieferwagen wurde am Samstagabend bei Novska, rund 100 Kilometer südöstlich der Hauptstadt Zagreb, angehalten und kontrolliert. Nach Angaben der kroatischen Polizei hatte er britische Nummernschilder. Gegen zwei Bulgaren werde wegen des Verdachts des Menschen Schmuggels ermittelt. Der Lieferwagen sei Richtung Zagreb und dann weiter nach Westeuropa unterwegs gewesen.

Kujundzic sagte, auch zwei Kinder seien in dem Laderaum des Lieferwagens eingepfercht gewesen. Die Migranten seien frierend und hungrig angetroffen worden. Einige hätten gesagt, sie hätten seit fünf Tagen nichts gegessen. Sie sollen aus Pakistan und Afghanistan stammen.

Im benachbarten Serbien sind Tausende Flüchtlinge auf ihrem Weg nach Westeuropa gestrandet. Etliche versuchen nach Schließung der Grenzen, die EU-Mitgliedsländer Kroatien oder Ungarn mit Hilfe von Schleusern zu erreichen.

**Load-Date:** December 18, 2016

67 Menschen aus überfülltem Lieferwagen gerettet Bei der Kontrolle eines Schlepper-Busses hat die Polizei in Kroatien offenbar eine Tragödie verhindert. Einige ....

---

End of Document

## **Schleuser überflüssig machen; Den Schleusern das Handwerk legen, lautet Europas Parole. Aber wie? Der UN-Berater Andrea di Nicola hat einen Vorschlag.**

ZEIT-online

Freitag 4. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flucht; Ausg. 36

**Length:** 1227 words

**Byline:** Esther Diestelmann

### **Body**

---

Ein geplatztes Schlauchboot am Strand der griechischen Insel Lesbos

© Louisa Gouliamaki/AFP/Getty Images

Wenn **Flüchtlinge** sterben, sind immer die Schleuser schuld. Die österreichischen Behörden haben den Kampf gegen Schleuser intensiviert, nachdem 71 syrische **Flüchtlinge** tot in einem Lkw an der österreichisch-ungarischen Grenze gefunden worden waren. Die verstärkten Kontrollen an der Grenze führten schnell zu fünf Verhaftungen. Ungarn geht schon länger rigoros gegen Schleuser vor, 250 Haftstrafen wurden in diesem Jahr verhängt. Die italienischen Behörden vermelden in diesem Jahr über 1.000 Festnahmen.

Gegen wen kämpfen die europäischen Behörden da eigentlich?

"Diese Festnahmen sind lächerlich", sagt Andrea di Nicola, Kriminologe an der Universität Trient. Er ist Experte für das Schleuserwesen und berät die UN bei diesem Thema. "Man muss die Netzwerke der Schleuser erst mal verstehen, bevor man die Festnahmen von kleinen Fischen als Schlag gegen die internationalen Schleuserbanden verkauft", sagt er. Schließlich sei es auch kein Schlag gegen die Drogenkartelle, wenn lediglich 1.000 Kleindealer vor Gericht stünden.

Wie also arbeiten die Schleusernetzwerke?

Di Nicola hat mit dem italienischen Journalisten Giampaolo Musumeci zweieinhalb Jahre recherchiert und ein Buch über die Strukturen der Schleuserbanden geschrieben. Die beiden haben Schleuser im Gefängnis besucht oder sie im Straßencafé getroffen.

Menschen in der Schleuserbranche haben keine einheitlichen Biografien. Es gibt Kriminelle im Dreiteiler, Anwälte oder einfache Schiffskapitäne. Sie operieren in kleinen oder in großen Netzwerken. Sie hantieren mit Kleinbeträgen oder Millionensummen. Sie arbeiten fast autark oder mit anderen Schleuserbanden zusammen. Einige Eigenschaften aber haben alle Schleuser, sagt di Nicola: Profitgier, Erfindungsreichtum und Flexibilität. Diese Flexibilität macht es den Behörden so schwer, gegen sie vorzugehen.



Schleuser überflüssig machen Den Schleusern das Handwerk legen, lautet Europas Parole. Aber wie? Der UN-Berater Andrea di Nicola hat einen Vorschlag.

Muammer Küçük, einer der bekanntesten Schleuser, verkörpert die drei Haupteigenschaften. Mit einem Marketingcoup eliminierte der Türke mit kurdischen Wurzeln viele seiner Konkurrenten: Bezahlung erst bei Ankunft, lautete sein Versprechen. Das Geld, das die Flüchtlinge für ihre Reise bezahlen müssen, wird in einem Juweliergeschäft zwischengelagert. Wenn sie angekommen sind, rufen die Flüchtlinge dort an, und Küçük kann sein Geld abholen. Eine Sicherheitsgarantie, die Küçük reich machte. So reich, dass er auf Jachten umsteigen konnte, als die Kontrollen von einfachen Booten im Mittelmeer verstärkt wurden. Im Bauch der Jachten ließ er unzählige Flüchtlinge verstecken, bis die Fahnder auch darauf aufmerksam wurden.

Wird ein Schleuser gefasst, wird die Lücke in kurzer Zeit von jemand anderem geschlossen. Strippenzieher wie Küçük bleiben davon meist unberührt.

### **Wenn die Übergabe schief läuft**

Schleuser verstehen sich als Unternehmer. Sie bieten eine Dienstleistung an und sprechen von Klienten, nicht von Flüchtlingen. Dass ihre Klienten von Menschen zur Ware werden, ist für sie nicht von Belang.

Die meisten Schleuser arbeiten wie Staffelläufer, sagt di Nicola. Für jede Etappe ist jemand anderes zuständig. Die Übergabe sei den Flüchtlingen, die in Österreich tot in dem Lkw gefunden wurden, zum Verhängnis geworden. "Sie wurden einfach weitergereicht, ohne nach ihrem Befinden zu sehen", sagt di Nicola.

Schleuser werden oft mit der Mafia verglichen. "Ein Fehler", sagt di Nicola, denn die meisten Organisationen seien weder hierarchisch noch strukturiert, außerdem arbeiteten sie mit anderen kriminellen Organisationen zusammen. Die großen Fische verstünden sich nicht als Kopf einer Bande, anders als bei der Mafia. Di Nicola erinnert sich, dass er vor zwei Jahren einen mächtigen Schleuser in Ägypten gefragt hat: "Sind Sie der Big Boss?" Er belächelte ihn nur: "Wenn Sie mich das fragen, haben Sie das Geschäft nicht verstanden."

Weil das Schleusergeschäft nicht hierarchisch ist und keine Strukturen hat, haben Ermittler ein echtes Problem. Landesgrenzen und unterschiedliche polizeiliche Standards in den verschiedenen EU-Ländern blockieren ihre Arbeit. "Für eine effektive Bekämpfung braucht es mehr Kooperation innerhalb Europas und eine gemeinsame Task Force", sagt di Nicola. Auch auf internationaler Ebene müsse eine Lösung gefunden werden: "Wir brauchen eine Kooperation mit den Ländern, aus denen die Flüchtlinge kommen", fordert er.

Erste Ansätze für ein gemeinsames europäisches Vorgehen gegen Schleuser gibt es seit Juni dieses Jahres. Die Bundeswehr soll unter italienischer Führung Informationen über die kriminellen Netzwerke sammeln. Der Name des EU-Mandats lautet Eunavfor Med.

### **Aufklären und auch retten**

Mit Schiffen, Hubschraubern und Flugzeugen soll im Namen des Mandats aufgeklärt werden. Wird beispielsweise ein Schleuserschiff aufgegriffen, werden die Flüchtlinge von deutschen Soldaten befragt. Die Schiffe, die zuvor im Rahmen der italienischen Operation Mare Nostrum Menschen gerettet haben, kümmern sich nun um beides: Seenotrettungen und Schleuser. Die polizeilichen Ermittlungen übernehmen dann die italienischen Behörden gemeinsam mit Frontex, der europäischen Grenzschutzbehörde.

Bisher fanden die Soldaten der Bundeswehr heraus, dass oft gar keine Schleuser an Bord sind. Stattdessen muss einer der Flüchtlinge das Boot steuern. Sebastian Fischborn, Sprecher für maritime Einsätze der Bundeswehr, sagt, die an Land operierenden Schleuser kassierten an den Stränden westlich und östlich von Tripolis nur das Geld. "Kurz vor der nächtlichen Abfahrt der Boote wird meist einer der Flüchtlinge zum Steuermann ernannt. Er erhält eine knappe Einweisung in den Gebrauch des Außenbordmotors. Dann werden die Menschen sich selbst überlassen", sagt Fischborn.

### **Von der Türkei aus Asyl in der EU beantragen**

Schleuser überflüssig machen Den Schleusern das Handwerk legen, lautet Europas Parole. Aber wie? Der UN-Berater Andrea di Nicola hat einen Vorschlag.

Für di Nicola ist das keine neue Erkenntnis. Das EU-Mandat ärgert ihn, er bezeichnet es als Papiertiger. Gegen die Schleuser könne eben nicht auf hoher See vorgegangen werden. Viel mehr Aufmerksamkeit müsse den Transitländern gewidmet werden.

In der Türkei floriere die Branche derzeit. Mittlerweile wird die Route über Griechenland und den Westbalkan viel stärker genutzt als der gefährlichere und längere Seeweg von Libyen nach Italien. "Das Land liegt strategisch sehr günstig", sagt di Nicola. Die Korruption in der Türkei mache es den Schleusern zusätzlich einfach. Und für die türkische Regierung habe der Kampf gegen die illegale Einwanderung keine Priorität.

Um den türkischen Schleusern die Geschäftsgrundlage zu nehmen, schlägt di Nicola eine bessere Kooperation mit der türkischen Regierung vor. "Wir brauchen eine Erstaufnahmeeinrichtung in der Türkei." Die Menschen sollten dort einen Antrag auf Asyl einreichen können. Anschließend könne man sie geordnet und gerecht in der EU verteilen. Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak etwa, die einen Anspruch auf politisches Asyl in der EU haben, bräuchten dann keine Schleuser mehr.

"Nur wer eine langfristige politische Vision hat, was Fragen der Migration, den Umgang mit Flüchtlingen und das Recht auf Asyl anbelangt, kann stärker als das Strafrecht werden", sagt di Nicola.

Ein echter Schlag gegen die Schleuserbanden wäre es, wenn den Schleusern die Klienten ausgehen.

**Load-Date:** September 15, 2015

**"Es hat Vorteile, das Land freiwillig zu verlassen"; Gabriele Kämper-Bürger berät Flüchtlinge, die ausreisen wollen oder müssen. Manche bekommen Geld für eine neue Existenz, andere hoffen, bald wiederkommen zu können.**

ZEIT-online

Montag 31. August 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Rückkehrerberatung; Ausg. 35

**Length:** 1203 words

**Byline:** Lisa Caspari

## Body

---

Rückkehrerberatung für eine **Flüchtlingsfamilie** aus dem ehemaligen Jugoslawien in Mainz

© Fredrik von Erichsen/dpa

**ZEIT ONLINE:** Frau Kämper-Bürger, was genau ist die Aufgabe einer Rückkehrerberatung?

**Gabriele Kämper-Bürger:** Wir beraten **Flüchtlinge** aus Nicht-EU-Ländern, die zurück in ihre Heimat wollen oder müssen. Das können auch Menschen sein, die seit Jahrzehnten in Deutschland leben, sich aber in ihrem Heimatland eine neue Existenz aufbauen wollen. Zurzeit schickt das Ausländeramt sehr viele Menschen vom Balkan zu uns. Ihr **Asylantrag** wurde abgelehnt und sie sind zur Ausreise verpflichtet. Es hat Vorteile für sie, das Land freiwillig zu verlassen, statt in ein Flugzeug gesetzt und abgeschoben zu werden.

**ZEIT ONLINE:** Welche Vorteile sind das?

**Kämper-Bürger:** Wir zahlen diesen Menschen in der Regel das Busticket in die Heimat und 25 Euro Vespergeld. Die Flüchtlinge haben eine Woche Zeit zur Ausreise, sie können den Zeitpunkt also selbst bestimmen und werden nicht mitten in der Nacht abgeholt. Außerdem bekommen sie keinen Sperrvermerk in den Pass, das ist für viele Menschen vom Balkan attraktiv, denn dann können sie bald wieder nach Deutschland reisen.

**ZEIT ONLINE:** Wie oft erleben Sie verzweifelte Flüchtlinge, die nicht zurück wollen?

**Kämper-Bürger:** Die allermeisten sind gefasster Stimmung. Manche sagen auch ganz offen, dass ihnen die paar Monate in Deutschland bis zur Ablehnung ihres Asylantrages sehr geholfen haben. Nach fünf Monaten in Deutschland haben sie genug Ersparnisse, um in der Heimat ihre Kinder durch den Winter zu bringen. Da nehmen manche bei uns kein Blatt vor den Mund.

**ZEIT ONLINE:** Was denken Sie, wenn Sie das hören?

"Es hat Vorteile, das Land freiwillig zu verlassen" Gabriele Kämper-Bürger berät Flüchtlinge, die ausreisen wollen oder müssen. Manche bekommen Geld für eine ne....

**Kämper-Bürger:** Dass das natürlich nicht geht. Aber dass es legal ist und ich es in Ihrer Situation vielleicht genauso machen würde. Es ist kompliziert. Deutschland muss andere Wege für Menschen vom Balkan schaffen, die hier arbeiten wollen. Ich halte viel von einem Kontingent an Arbeitsvisa für Menschen aus diesen Ländern, das derzeit diskutiert wird. Dann würden sie weniger aussichtslose Asylanträge stellen.

**ZEIT ONLINE:** Zahlen Sie allen, die freiwillig ausreisen, die gleiche Unterstützung?

**Kämper-Bürger:** Um Missbrauch vorzubeugen, dürfen wir Menschen aus Serbien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und Albanien nur ein Heimfahrtticket zahlen. Dazu haben uns unsere Geldgeber verpflichtet.

**ZEIT ONLINE:** Und die anderen bekommen mehr?

**Kämper-Bürger:** Wir gucken uns jeden Fall genau an, hängt da eine kleine Familie dran oder ist jemand alleinstehend. Einem Rückkehrer nach Afghanistan zahlt auch die Internationale Organisation für Migration, an der wir uns orientieren, 750 Euro, 300 Euro an einen Westafrikaner. Wenn jemand sehr lange in Deutschland war, können es auch schon mal 1.500 Euro sein. Gerade habe ich das einer Äthiopierin als Starthilfe überwiesen, sie war 16 Jahre in Deutschland. Insgesamt stehen uns 50.000 Euro im Jahr für die Rückkehrhilfe zur Verfügung.

**ZEIT ONLINE:** Warum zahlt die Stadt Geld an Menschen, die schon lange in Deutschland leben, also offenbar einen gesicherten Aufenthaltstitel haben, und nun aus eigenem Entschluss in ihre Heimat zurückkehren?

**Kämper-Bürger:** Wir dürfen grundsätzlich nur Menschen unterstützen, die mittellos sind. Um einen Neuanfang in ihrer Heimat zu wagen, brauchen sie Reintegrationshilfen, um über die erste Zeit zu kommen. Bis sie Arbeit gefunden oder eine Existenzgründung vorangetrieben haben. In den Herkunftsländern gibt es ja kein soziales Netz, wie bei uns.

**ZEIT ONLINE:** Haben Sie angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen derzeit mehr zu tun?

**Kämper-Bürger:** Auf jeden Fall. Im ersten Halbjahr 2015 haben wir 232 Personen beraten, 156 sind ausgereist. Im gesamten letzten Jahr hatten wir 127 Ausreisen. Neunzig Prozent der Menschen, die wir aktuell beraten, stammen aus dem Westbalkan.

**ZEIT ONLINE:** Die Union möchte weitere Balkanstaaten als sichere Herkunftsstaaten einstufen. Bringt das was?

**Kämper-Bürger:** Ich sehe nicht, dass die Serben inzwischen kürzere Asylverfahren haben als die Kosovaren. Andererseits sind viele meiner Klienten junge Männer, die Arbeit suchen und das auch offen sagen. Es ist kaum vorstellbar, dass sie wirklich verfolgt werden. Uns haben Flüchtlinge berichtet, dass es auf dem Balkan viele Gerüchte gab, zum Beispiel, dass die Deutschen immer mindestens zwei Kühlschränke und Fernseher haben, und dass sie regelmäßig einen davon auf die Straße stellen, der aber noch voll funktionsfähig ist und den man zu Geld machen kann. Dann machen sich wieder neue Leute auf den Weg. Doch bei uns können sie nicht bleiben.

**ZEIT ONLINE:** Klingt nach einer zermürenden Arbeit, die Sie da machen. Ständig Leute zurückschicken, die eigentlich auf ein besseres Leben gehofft haben.

**Kämper-Bürger:** Ich habe ihren Asylantrag ja nicht abgelehnt, ich helfe nur beim Zurückkehren und bei der Reintegration. Ich finde es immer schade für die Kinder, die wieder in die Armut zurückmüssen. Meine Arbeit hat sich allerdings stark verändert in den vergangenen Jahren.

**ZEIT ONLINE:** Inwiefern?

**Kämper-Bürger:** Heute betreiben wir nur Notfallmanagement, organisieren die Ausreisen, telefonieren Pässen hinterher, die im deutschen Behördenschlingel verloren gegangen sind. Vor fünf bis sechs Jahren haben wir oft Menschen betreut, die lange hier waren und aus Patriotismus und Heimatliebe zurückgegangen sind. Ich erinnere mich an die vielen euphorischen Iraker, die wir betreut haben. Damals ging es der autonomen Kurdenregion um Erbil gut, es gab einen Wirtschaftsaufschwung. Die jungen Männer wollten alle zurück und Taxifahrer werden.

"Es hat Vorteile, das Land freiwillig zu verlassen" Gabriele Kämper-Bürger berät Flüchtlinge, die ausreisen wollen oder müssen. Manche bekommen Geld für eine ne....

Taxifahrer sein war für sie in Mode. Wir hatten in Erbil ein Verbindungsbüro, die haben uns immer gesagt: Wir brauchen alle jungen Männer, um das Land aufzubauen, aber bitte nicht noch mehr Taxifahrer. Wir haben uns dann gemeinsam mit der Partnerorganisation Alternativen überlegt. Manchmal frage ich mich, was wohl aus den Männern geworden ist, im Krieg gegen den IS.

**ZEIT ONLINE:** Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann lobt die Rückkehrberatung und will sie ausbauen.

**Kämper-Bürger:** Bisher haben nur 22 von 44 Kreisen und kreisfreien Städten im Land überhaupt eine Rückkehrberatung, da ist also viel Luft nach oben. Die Kommunen erhoffen sich von der Einrichtung einer Rückkehrberatung, dass sie weniger Unterkünfte für Flüchtlinge zur Verfügung stellen müssen, weil manche vielleicht noch vor Ablehnung ihres Asylantrags gehen. Grundsätzlich hilft aber eine Rückkehrberatung auch den Flüchtlingen, die ausreisepflichtig sind. Das wird auch von denen so gesehen und geschätzt.

**ZEIT ONLINE:** Der Kreis Lörrach südlich von Freiburg hat sich damit angreifbar gemacht. Dort wurde jedem rückkehrwilligen Flüchtling ein monatlicher Sozialhilfesatz ausgezahlt, damit er zurückgeht. Eine vierköpfige Familie bekam bis zu 1.178 Euro.

**Kämper-Bürger:** Das ist sehr ein umstrittener Ansatz. Je höher die Geldleistung, desto höher natürlich die Gefahr, dass sich das herumspricht und noch mehr Menschen kommen. Da hilft es auch nicht, wenn man die Flüchtlinge unterschreiben lässt, dass sie nicht wieder kommen, wie das wohl in Lörrach geschehen ist. Das ist vor Gerichten nicht haltbar.

**Load-Date:** August 31, 2015

## **Spanien und die Neuen; Nicht nur Osteuropa: Auch Spanien ist bekannt für seine restriktive Asylpolitik. Linke Städte wollen das ändern - doch wie schafft man Akzeptanz in einem Krisenland?**

ZEIT-online

Montag 5. Oktober 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

**ZEIT**  **ONLINE**

**Section:** Flüchtlinge; Ausg. 40

**Length:** 1724 words

**Byline:** Lisa Caspari

### **Body**

---

Ein Mädchen hält bei einem Protestzug für mehr **Flüchtlingshilfe** im spanischen Valencia die syrische Flagge

© Heino Kalis/Reuters

Laia Ortiz hat wenig Zeit. Die 36-jährige Sozialdezernentin von Barcelona ist erst etwas mehr als 100 Tage im Amt. Jetzt hetzt sie von einem Termin zum anderen - auch weil die neue linke Stadtregierung nach all den Jahren der konservativen Vorherrschaft von den Bürgern besonders aufmerksam beobachtet wird. Aus Sicht der Grünen-Politikerin gibt es eine Menge zu ändern: Die 1,6 Millionen Einwohner zählende Stadt im Nordosten des Landes kämpft wegen der seit Jahren anhaltenden Wirtschaftskrise vor allem mit zwei Problemen: Wohnungsmangel und Armut.

Seit ein paar Wochen ist noch eine neue Herausforderung hinzugekommen: Die **Flüchtlingskrise** in Europa. Die spielt in der öffentlichen Debatte in Spanien bisher so gut wie keine Rolle, auch wegen der restriktiven **Asylpolitik** der konservativen Zentralregierung in Madrid. Doch wenn es nach Ortiz und ihrem linken Wählerbündnis Barcelona en comú (Gemeinsam für Barcelona) geht, soll sich das nun ändern.

"Barcelona war die erste Stadt, die einen Schritt nach vorne gemacht hat", erklärt Ortiz in ihrem Büro, das in einer Seitenstraße von Barcelonas Altstadt liegt: "Wir haben gesagt: Es gibt eine schwere humanitäre Krise und es kann nicht sein, dass manche Länder nicht reagieren. Wenn die Regierungen ihre Arbeit nicht machen, dann machen sie halt die Städte."

Noch im vergangenen Jahr wurden 80 Prozent der Asylgesuche in Spanien abgelehnt. Die meisten Flüchtlinge schaffen es ohnehin erst gar nicht ins Land oder sie reisen gleich weiter in andere EU-Länder, weil sie wissen, dass sie hier schlechte Chancen haben: Gerade einmal 4.400 Menschen stellten 2014 einen Asylantrag in Spanien. Zum Vergleich: In Deutschland waren es selbst in Jahren mit sehr niedrigen Flüchtlingszahlen, wie zum Beispiel 2008, 22.000. Gemeinsam mit osteuropäischen Ländern wie der Slowakei, Polen, Lettland und Estland gehörte Spanien noch im ersten Halbjahr 2015 zu den EU-Ländern mit der niedrigsten Asylbewerberquote im Verhältnis zur Einwohnerzahl.

Spanien und die Neuen Nicht nur Osteuropa: Auch Spanien ist bekannt für seine restriktive Asylpolitik. Linke Städte wollen das ändern - doch wie schafft man Akz....

## Kein einziges Flüchtlingsheim in Katalonien

Spätestens seit den ersten - wenn auch zaghaften Beschlüssen - der EU-Innenminister, die vielen nach Europa kommenden Flüchtlinge möglichst fair auf verschiedene Länder zu verteilen, ist klar, dass auch Spanien in diesem Jahr deutlich mehr Menschen aufnehmen muss als bisher. Erst einmal ist die Rede von 14.000 Flüchtlingen, doch dabei wird es wohl nicht bleiben. Denn inzwischen sind es vor allem Syrer, die einen Asylantrag in Spanien stellen - sie kann das Land kaum abschieben.

Ortiz Chefin Ada Colau, die neue linke Bürgermeisterin von Barcelona, hat daher nun eine medienwirksame Initiative gestartet: Ein Städtenetz für Flüchtlinge, dem bis zu 80 Kommunen angehören sollen. Es gehe darum, erklärt Sozialdezernentin Ortiz, eine Willkommenskultur zu schaffen, aber auch eine bisher noch gar nicht vorhandene Infrastruktur aufzubauen: Bisher wurden Flüchtlinge in Spanien meist dezentral untergebracht oder wohnten bei ihren Familien, wie die vielen Ukrainer, die im vergangenen Jahr in Spanien Asyl beantragt haben.

10 Millionen Euro stellt Barcelona nun erst mal aus dem eigenen Kommunalhaushalt für die Flüchtlinge zur Verfügung. Gerade werden öffentliche Gebäude auf ihre Tauglichkeit als Flüchtlingsheim überprüft. In der ganzen 8 Millionen Einwohner starken Region Katalonien gibt es bisher keine Erstaufnahmeeinrichtung. "Aus Madrid hören wir nichts", klagt Ortiz, "sie lassen uns im Unklaren, wann die Menschen kommen. Aber wir wollen vorbereitet sein."

## Was sagen die spanischen Arbeitslosen?

Barcelonas Bürgermeisterin Ada Colau wird Mitte der Woche nach Deutschland reisen, sie will sich darüber informieren, wie man Flüchtlinge human und effizient unterbringt. Ihre Flüchtlingsinitiative ist auch ein innenpolitisches Signal: Ende Dezember wird in Spanien ein neuer Regierungschef gewählt und die Linke hofft, den konservativen Premier Mariano Rajoy absetzen zu können. Der hat gerade mit sinkenden Umfragewerten und allerlei Konkurrenz zu kämpfen. Im "Städtenetz für Flüchtlinge" haben sich daher vor allem Kommunen zusammengetan, die seit den Regionalwahlen im Mai links regiert werden.

Gemeinsam wollen sie in Richtung Madrid sticheln, aber das ist nicht ohne Risiko. Schon in Deutschland werden zunehmend Sorgen formuliert, dass Einheimische durch die vielen Flüchtlinge nun zusätzliche Konkurrenz auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt bekommen. In Spanien ist die Situation deutlich dramatischer: Das Land erholt sich nur langsam von der schweren Wirtschaftskrise. Zwar verzeichnet die Regierung in Madrid für dieses Jahr ein leichtes Wachstum, die Arbeitslosenquote liegt jedoch unverändert bei 22 Prozent, von den unter 25-Jährigen hatte im August sogar jeder Zweite keine Arbeit.

Viele Familien wurden zwangsgeräumt, weil sie ihre Hypotheken auf Eigentumswohnungen nicht mehr bezahlen konnten, Erwachsene leben wieder zu Hause bei ihren Eltern, weil sie arbeitslos sind. Selbst wer einen Job hat, wird oft schlecht bezahlt. Wie werden diese unzufriedenen und von Zukunftsängsten gebeutelten Menschen auf den Zuzug von Flüchtlingen reagieren?

"Wir müssen viel erklären, auch dass die Menschen vor Krieg fliehen, dass es selbstverständlich ist, dass sie zu uns kommen", sagt Ortiz. Stolz erzählt die Sozialdezernentin von einem elektronischen Briefkasten, den man für Anwohner geschaffen habe, die Hilfe anbieten wollen: Kleidung, Sprachunterricht, Unterkunft. Es gebe trotz der privaten Schwierigkeiten vieler Spanier eine große Bereitschaft zu helfen, auch "dieses Signal kann Madrid nicht ignorieren".

Estela Pareja, Regionalchefin der spanischen Flüchtlingsorganisation Cear, sitzt in einem Café im hippen Viertel Gràcia in Barcelona und raucht. Sie ist müde, ihren Sommerurlaub musste sie verschieben, weil sie nach Unterkünften für Asylbewerber gesucht habe. Sie freue sich über das neue Interesse der Kommunalverwaltung an der Situation der Flüchtlinge, sagt die 35-Jährige. Aber: "Ich Sorge mich auch um die Flüchtlinge, die schon da sind. Ihnen fehlt doch bereits das Nötigste."

Etwa 600 Flüchtlinge seien im vergangenen Jahr neu nach Katalonien, der Region im Nordosten Spaniens, gekommen, sagt Pareja. Es ist eine Schätzung, denn wo ein Flüchtling sich nach der Einreise aufhalte, sei oft nicht

Spanien und die Neuen Nicht nur Osteuropa: Auch Spanien ist bekannt für seine restriktive Asylpolitik. Linke Städte wollen das ändern - doch wie schafft man Akz....

ermittelbar. Nach einem halben Jahr in Spanien dürfen Flüchtlinge arbeiten, viele schlagen sich so durch, wie es ihnen genau geht ist oft unklar.

Gerade einmal 28 staatliche Wohnplätze für mittellose Flüchtlinge bietet die Autonome Gemeinschaft im Nordosten des Landes an. Dabei gebe es leeren Wohnraum, sagt Pareja. Viele Banken besäßen neu gebaute Eigentumswohnungen als Wertanlage, die leer stünden. 41 neue Wohnungen habe sie bereits gefunden, auch das Programm der Stadtregierung helfe ein wenig, sagt Pareja: Früher hätten Eigentümer oft in letzter Minute einen Rückzieher gemacht, wenn sie gehört hätten, dass Flüchtlinge einziehen sollten. Das sei nun besser geworden.

Doch es fehlt an allen Ecken und Enden: 20 Mitarbeiter hatte die staatlich unterstützte Flüchtlingsorganisation in Katalonien vor der Wirtschaftskrise, jetzt sind es nur noch zehn. Niemand weiß, wie viele Flüchtlinge Spanien am Ende insgesamt aufnehmen muss oder wie viele davon auf die wohlhabendere Region um Barcelona entfallen werden. Deren Stadtregierung geht erstmal von 1.000 aus, doch dabei wird es wohl nicht bleiben.

### **Flüchtlinge müssen Ausgaben belegen**

Auch Pareja fürchtet soziale Spannungen zwischen den Flüchtlingen und den von der Wirtschaftskrise betroffenen Spaniern. Ungerne spricht sie daher darüber, welche Sozialleistungen einem Flüchtling zustehen. Theoretisch sind das - ähnlich wie in Deutschland - bis zu 400 Euro monatlich. Ausgezahlt wird aber oft weniger, je nach Lebenssituation bekommen Asylbewerber manchmal auch nur Sachleistungen. Jeder Flüchtling, der Geldleistungen erhält, muss Parejas Organisation am Ende des Monats eine genaue Auflistung abliefern und belegen, wofür er das Geld ausgegeben hat. Werden unsinnige Dinge angeschafft, werden die Leistungen gekürzt. Zeitlich befristet ist die Unterstützung allerdings nicht. Ein Spanier hat dagegen nach zwei Jahren Arbeitslosigkeit gar keinen Anspruch mehr auf Sozialhilfen. Das könnte zu Neidreaktionen führen und die Stimmung gegenüber den Flüchtlingen verschlechtern, sorgt sich Pareja.

Auch sonst ist Spanien nicht so weltoffen, wie es sich gerne sieht. Vorurteile und Ressentiments sind weit verbreitet, vor allem gegenüber Afrikanern. Häufig sei reichlich pauschal die Rede von "Illegalen", ärgert sich Pareja. Wegen der Randlage zu Afrika, handelt es sich meist um junge Männer, die ohne Papiere nach Spanien kommen und sich dort oft als Straßenhändler verdingen. Konflikte mit der Polizei sind vorprogrammiert. "Auch diese Menschen kommen aus Konfliktländern wie zum Beispiel Mali", sagt Pareja. "Wir wollen eine legale Einwanderungsmöglichkeit für diese Menschen", betont auch Sozialdezernentin Ortiz.

Grenzzaun in Melilla, der spanischen Exklave in Nordafrika. Bisher versuchten hier vor allem Afrikaner nach Spanien zu gelangen.

© Francisco G. Guerrero/dpa

Bisher passiert eher das Gegenteil: So hat Spanien einen Zaun um seine Exklaven Ceuta und Melilla in Nordafrika gebaut, um Einwanderer auf ihrem Weg nach Europa zu stoppen. Am 6. Februar 2014 starben nach offiziellen Angaben 15 Afrikaner, als sie in einer Gruppe von circa 200 Personen versuchten durch eine Meeresecke nach Ceuta und damit auf spanisches Hoheitsgebiet zu schwimmen. Sie wurden mit Gummipatronen beschossen, Panik brach unter den Fliehenden aus, manche wurden erdrückt, andere ertranken. Die Rolle der Guardia Civil, der spanischen Nationalpolizei, bei dem Vorfall ist bis heute genauso umstritten wie die wahre Zahl der Toten.

Es waren Bilder, wie diese, die Pareja zur Flüchtlingsarbeit brachten. "Sie sterben an den Stränden, an denen wir sonst mit unseren Freunden zum Schwimmen gehen", sagt sie. Da könne man doch nicht wegschauen. Jetzt wird Spanien neue Erfahrungen mit Migranten machen, mit den vielen Kriegsflüchtlingsen aus Nahost. "Die Flüchtlinge sind die größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts" sagt Pareja. "Wir müssen nicht weniger als einen neuen Gesellschaftsvertrag verhandeln."

**Load-Date:** October 5, 2015



Spanien und die Neuen Nicht nur Osteuropa: Auch Spanien ist bekannt für seine restriktive Asylpolitik. Linke Städte wollen das ändern - doch wie schafft man Akz....

---

End of Document

**Merkel war es wirklich nicht; Die Kanzlerin habe im vergangenen Jahr Hunderttausende Menschen zur Flucht motiviert, sagen Kritiker. Alle von uns ermittelten Daten sprechen dagegen.**

ZEIT-online

Dienstag 11. Oktober 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

**ZEIT**  **ONLINE**

**Section:** Flüchtlingspolitik; Ausg. 42

**Length:** 2551 words

**Byline:** Philip Faigle; Karsten Polke-Majewski; Sascha Venohr

## **Body**

---

Ein Selfie mit der Kanzlerin, am 10. September 2015 in Berlin

© Bernd von Jutrczenka/dpa

*Read the English version of this article here*

Eine Frage spaltet das Land: Hat Angela Merkel im September vergangenen Jahres Hunderttausende **Flüchtlinge** nach Deutschland eingeladen? Der Streit darum brachte die Macht der Kanzlerin in Gefahr, bescherte der AfD zweistellige Wahlergebnisse und vergiftete das politische Klima derart, dass sich Politiker sogar am Einheitstag als Volksverräter beschimpfen lassen mussten.

Drei Ereignisse nennen jene, die die Kanzlerin verantwortlich machen. Der Satz "Wir schaffen das", gesprochen während der Sommerpressekonferenz der Kanzlerin am 31. August. Das berühmte Selfie Merkels mit einem **Flüchtling**, entstanden während des Besuchs der Kanzlerin in einer Berliner **Flüchtlingsunterkunft** am 10. September. Und, am wichtigsten, die Zusage vom 5. September, Tausende **Flüchtlinge** aufzunehmen, die sich vom Budapester Bahnhof Keleti in Richtung Deutschland aufgemacht hatten.

Ein Selfie mit der Kanzlerin

© Bernd Von Jutrczenka/dpa

Drei Willkommengesten in weniger als zwei Wochen. Haben sie gereicht, um die Flüchtlingswanderung in Gang zu setzen?

Rund ein Jahr später gibt es Daten, die darüber Aufschluss geben. So viel vorweg: Der Merkel-Effekt ist, falls es ihn überhaupt gab, kaum meßbar.

Ein erstes Indiz ist, wie sich die Flüchtlingszahlen in Deutschland tatsächlich entwickelt haben. Stiegen sie wirklich erst nach dem 5. September an? Der Nürnberger Migrationsforscher Herbert Brücker hat Daten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) ausgewertet, die erstmals zeigen, wie sich die Flüchtlingszahlen Woche für

Merkel war es wirklich nicht Die Kanzlerin habe im vergangenen Jahr Hunderttausende Menschen zur Flucht motiviert, sagen Kritiker. Alle von uns ermittelten Date....

Woche entwickelt haben. Sein Ergebnis: Die Dynamik der Flüchtlingswanderung begann schon weit früher, nämlich im Frühjahr 2015. Der 5. September hat daran - zumindest in Deutschland - nichts geändert.

Entwicklung der Flüchtlingszahlen in Deutschland Quelle: IAB auf Grundlage von EASY-Daten des BAMF  
© ZEIT ONLINE

Aber zeigt die Grafik nicht auch, dass im November noch einmal mehr Menschen nach Deutschland kamen? Lässt sich nicht zumindest dieser Anstieg als Folge von Merkels Politik deuten? Dazu muss man sich vor Augen führen, wie sich Migrationsbewegungen entwickeln. Sie beginnen fast immer klein. Einige, wenige Menschen brechen auf. Nachbarn und Freunde beobachten ihren Erfolg oder Misserfolg. Wenn die Flucht gelingt, ist das für manche Daheimgebliebene ein Signal, ebenfalls loszuziehen. Je mehr Menschen aus dem eigenen Umfeld die Flucht gelingt, desto mehr Leute fassen Mut. Das ließ sich beispielsweise 1989 gut beobachten. Damals schwoll der Strom der DDR-Bürger kontinuierlich an, die über Ungarn in den Westen flohen, weil sie von den Vorausgegangenen gelernt hatten, dass diese Flucht gelingen kann.

Deshalb schauen Migrationsforscher nicht nur auf absolute Zahlen. Sondern auch darauf, wie sich die Wachstumsraten von Monat zu Monat entwickeln. Erst darin zeigt sich die Dynamik der Bewegung. Und eben diese Wachstumsrate blieb auch nach dem September in Deutschland stabil.

Waren die meisten Flüchtlinge also längst unterwegs, als Merkel das Selfie geschehen ließ? Dazu lohnt ein Blick auf die Länder, durch die die Flüchtlinge in jenem Sommer gereist sind. Ihr Weg führte sie über rund 3.000 Kilometer von der Türkei über Griechenland und Mazedonien nach Serbien und weiter nach Ungarn.

Griechenland war das erste Land, das die Flüchtlinge passieren mussten. Die Daten über die Ankünfte im Land zeigen: Die Wanderung begann schon im März und nahm danach gewaltig Schwung auf. Am stärksten stieg die Zahl der Flüchtlinge zwischen Juli und August 2015, also deutlich vor dem September. Diese Menschen hatten nicht auf eine Einladung Merkels gewartet. Sie waren aus eigenem Entschluss losgezogen.

Ankünfte von Flüchtlingen in Griechenland im Jahr 2015

Im Vergleich zum Juli kamen im August 97 Prozent mehr Flüchtlinge in Griechenland an. Von August zu September betrug die Steigerung 36 Prozent.

var

```
embedDeltas={"100":380,"200":380,"300":380,"400":380,"500":380,"600":380,"700":380,"800":380,"900":380,"1000":380},chart=document.getElementById("datawrapper-chart-RPjv4"),chartWidth=chart.offsetWidth,applyDelta=embedDeltas[Math.min(1000,Math.max(100*(Math.floor(chartWidth/100)), 100))]]0,newHeight=applyDelta;chart.style.height=newHeight+"px";
```

Monatliche Steigerungsraten

var

```
embedDeltas={"100":180,"200":180,"300":180,"400":180,"500":180,"600":180,"700":180,"800":180,"900":180,"1000":180},chart=document.getElementById("datawrapper-chart-7QfP8"),chartWidth=chart.offsetWidth,applyDelta=embedDeltas[Math.min(1000,Math.max(100*(Math.floor(chartWidth/100)), 100))]]0,newHeight=applyDelta;chart.style.height=newHeight+"px";
```

Bei den Ankunftsdaten für Ungarn zeigt sich der stärkste Anstieg von August auf September. Die Menschen, die im August in Griechenland angekommen waren, hatten sich von den griechischen Inseln per Fähre nach Athen und dann weiter mit Bus und Bahn an die nördliche Grenze zu Mazedonien durchgekämpft. Dort waren sie oft zu Fuß über die Grenze gegangen, dann wieder mit dem Zug bis an die nächste Grenze zu Serbien gereist, hatten abermals zu Fuß das Land gewechselt und waren schließlich bis nach Ungarn gekommen.

Merkel war es wirklich nicht Die Kanzlerin habe im vergangenen Jahr Hunderttausende Menschen zur Flucht motiviert, sagen Kritiker. Alle von uns ermittelten Date....

var

```
embedDeltas={"100":865,"200":631,"300":523,"400":505,"500":460,"600":460,"700":442,"800":442,"900":442,"1000":442},chart=document.getElementById("datawrapper-chart-p1vrD"),chartWidth=chart.offsetWidth,applyDelta=embedDeltas[Math.min(1000,Math.max(100*(Math.floor(chartWidth/100)), 100))]]|0,newHeight=applyDelta;chart.style.height=newHeight+"px";
```

Es mag durchaus sein, dass Merkels Handeln viele Flüchtlinge später motiviert hat, weiter nach Deutschland zu ziehen. Viele der Flüchtlinge trugen damals das Porträt der Kanzlerin mit sich. Aber die Menschen, die im September in Ungarn ankamen, waren eben nicht erst vor Kurzem in ihren Heimatländern gestartet. Sie waren schon länger auf dem Weg. Auch die Daten von der Balkanroute zeigen also nicht, dass Merkel die Flüchtlingswanderung beschleunigt hat.

### Die Macht des Netzes?

Doch was ist mit der These von der Macht des Netzes? Sie lautet: Viele Flüchtlinge hätten sich in ihren Heimatländern nach Deutschland aufgemacht, nachdem sie die Selfie-Fotos Merkels und die Bilder vom Münchener Hauptbahnhof gesehen hatten. Die Fotos seien millionenfach über die sozialen Netzwerke geteilt worden und hätten die Nachricht verbreitet: Kommt her! Die Behauptung ist schwerer zu überprüfen, aber es gibt Daten, die sie relativieren.

Google zählt alle Suchanfragen, die an die Suchmaschine gerichtet werden. Für ZEIT ONLINE hat das Unternehmen ausgewertet, wie viele Menschen in Syrien im vergangenen Jahr in arabischer Sprache nach Wortkombinationen wie "Asyl in Deutschland" oder "Einwanderung nach Deutschland" gesucht haben. Zwar hat nicht jeder, der bei Google sucht, den Plan zu fliehen. Aber er will sich zumindest informieren. Der Datensatz zeigt: Die Suchanfragen stiegen bereits im August 2015 stark an. Offenbar informierten sich viele Syrer schon vor den Willkommensgesten der Kanzlerin über die Flucht nach Deutschland.

Suchanfragen aus Syrien

Wochenweise Auswertung ausgewählter Suchphrasen des indexierten Suchvolumens bei Google

Die abgebildeten Suchanfragen wurden in arabischer Sprache bei Google eingegeben. Quelle: Google News Lab  
© ZEIT ONLINE

Ähnlich kompliziert ist es mit dem berühmten Tweet, den das Bamf am 25. August versandte. Darin hieß es: "#Dublin-Verfahren syrischer Staatsangehöriger werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt von uns weitestgehend faktisch nicht verfolgt." Übersetzt bedeutete das: Deutschland wird keinen syrischen Flüchtling mehr in das europäische Land zurückschicken, in dem er sich das erste Mal registriert hat. Die Regelung wurde später im November wieder aufgehoben. Doch bis dahin verstanden viele Syrer den Tweet tatsächlich als Zeichen dafür, dass sie keine Abschiebung in Deutschland mehr zu befürchten haben. Daten von Twitter, die ZEIT ONLINE vorliegen, zeigen tatsächlich, dass sich der Tweet in der ganzen Welt verbreitete.

Was jedoch oft übersehen wird: De facto wurde das Dublin-Verfahren bereits zuvor in den meisten Fällen nicht mehr angewandt - unter anderem, weil der Europäische Gerichtshof Abschiebungen nach Griechenland schon 2011 gestoppt hatte. "Das Dublin-Verfahren war bereits vorher kollabiert", sagt der Völkerrechtler Walther Michl von der Universität München. "Der Tweet war vor allem eine Garantie, dass Deutschland Dublin für die Syrer wirklich nicht mehr anwendet." Ein nicht unwichtiges Zeichen also für die syrischen Flüchtlinge, aber im Wesentlichen eben keine Änderung der Praxis.

### Wenn es nicht Merkel war, was war es dann?

Am Ende steht hinter der Debatte um Merkels Flüchtlingspolitik die Frage: Hätte die Kanzlerin die Dynamik der Fluchtbewegung bremsen, vielleicht sogar brechen können, wenn sie anders gehandelt hätte? Die Antwort lautet Nein. Denn was die Menschen im vergangenen Sommer in Bewegung setzte, war wesentlich stärker als einzelne

Merkel war es wirklich nicht Die Kanzlerin habe im vergangenen Jahr Hunderttausende Menschen zur Flucht motiviert, sagen Kritiker. Alle von uns ermittelten Date....

Tweets, Selfies oder Fotos jubelnder Münchener. Die Flucht von Millionen von Menschen hatte vier wesentliche Gründe:

**Im Sommer 2015 eskalierte der Krieg in Syrien** Während in Deutschland die Zahl der Flüchtlinge zunahm, erkannten viele Syrer im Frühjahr und Sommer, dass es in ihrem Land keine Chance mehr auf Besserung gibt. Das Regime von Präsident Baschar al-Assad geriet in der ersten Jahreshälfte militärisch stark unter Druck, die Regierungstruppen weiteten ihre Luftangriffe massiv aus. Im Juli und August gab es einige der bis dahin schlimmsten Angriffe auf Aleppo, Ghuta und andere oppositionelle Gebiete. Zugleich gelang es der amerikanischen Luftwaffe zu dieser Zeit noch nicht, die Expansion des "Islamischen Staats" zu verlangsamen. Viele Syrer verloren in diesen Sommermonaten jede Hoffnung, besonders die syrischen Palästinenser. Ihr Flüchtlingslager Jarmuk in der Hauptstadt Damaskus war schon seit 2014 Ziel heftiger Attacken, der Exodus der Zivilbevölkerung von dort längst im Gang.

**Hilfswerke kürzen Lebensmittelrationen** Im Dezember 2014 gingen dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen die finanziellen Mittel aus, um Syrer in den Flüchtlingslagern im Libanon, in Jordanien und in der Türkei zu versorgen. Obwohl in den folgenden Monaten viele Staaten Hilfe zusagten, kam davon kaum etwas an. Am 27. Juni 2015 warnte das Flüchtlingshilfswerk UNHCR, dass von den benötigten 4,5 Milliarden Dollar nur etwas mehr als eine Milliarde eingegangen sei. Die Hilfe für den kommenden Winter sei nicht gewährleistet. Das UNHCR warnte deshalb schon im Juni 2015, dass viele Syrer den einzigen Ausweg in einer Flucht nach Europa sähen.

**Keine Arbeit, kein Visum** Der Libanon war lange Zeit das Land, das neben der Türkei die meisten Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen hatte. Doch Anfang 2015 sah die Regierung in Beirut keine Möglichkeit mehr, weitere Menschen unterzubringen. Sie führte eine Visumspflicht für Syrer ein. Zugleich verbreitete sich in der Region das Gerücht, die Türkei plane Ähnliches. Viele Syrer hatten deshalb in der ersten Jahreshälfte 2015 den Eindruck, jetzt sei die letzte Chance, das Land noch verlassen zu können. Zugleich wurde die Lage der Flüchtlinge im Libanon und der Türkei immer prekärer. Nur eine Minderheit war in Flüchtlingslagern untergekommen; die meisten schlugen sich auf eigene Faust durch. Nach vier Jahren des Bürgerkriegs hatten viele Menschen ihre Rücklagen aufgebraucht. In der Türkei und im Libanon war es ihnen jedoch verboten, zu arbeiten. Die Türkei hob dieses Arbeitsverbot erst im Januar 2016 im Zuge des EU-Türkei-Plans auf.

**Sicherheitslage in Afghanistan massiv verschlechtert** Nach den Syrern bilden die Afghanen die zweitgrößte Bevölkerungsgruppe unter den Flüchtlingen. Sie flohen vor allem wegen der sich stark verschlechternden Sicherheitslage. 2015 starben nach Angaben der UN-Unterstützungsmission für Afghanistan (UNAMA) die meisten Zivilisten seit 2009. Den Taliban gelang es, 23 von etwa 400 Distriktzentren zeitweilig oder dauerhaft einzunehmen. Thomas Ruttig vom Afghanistan Analysts Network schätzt, dass die Zahl der von Taliban kontrollierten oder akut bedrohten Distrikte 2015 zwischen 60 und 100 lag. Besonders unter den meist schiitischen Hazara erhöhte das den Fluchtdruck stark. Zugleich kippte die Stimmung in der Bevölkerung. Vor der Präsidentenwahl 2014 hatten viele Afghanen der Zukunft noch zuversichtlich entgegengesehen. Das änderte sich, als es dem neuen Präsidenten nicht gelang, die Sicherheitslage zu verbessern. Forscher der Asia Foundation befragten im Juni 2015 rund 10.000 Afghanen. 57 Prozent der Befragten sagte, aus ihrer Sicht bewege sich das Land in die falsche Richtung. Nie zuvor war die Einstellung so pessimistisch gewesen. Auf die Frage "Würden Sie das Land verlassen, wenn Sie die Möglichkeit hätten?" antworteten 40 Prozent der Befragten mit Ja. Zugleich brachen im vergangenen Jahr Afghanen Richtung Europa auf, die schon lange als Flüchtlinge im Iran gelebt hatten. Rund drei Millionen Afghanen leben dort. Sie werden diskriminiert, viele von ihnen haben auch nach Jahrzehnten keine Aufenthaltsgenehmigung, dürfen nicht arbeiten, kaum studieren oder zur Schule gehen. Human Rights Watch berichtet zudem, das Regime in Teheran habe 2015 systematisch afghanische Flüchtlinge für regierungstreue Milizen in Syrien zwangsrekrutiert. Den Flüchtlingen sei gedroht worden, sie nach Afghanistan abzuschieben. Viele entschlossen sich daraufhin zur Flucht.

Es zeigt sich also: Die Fluchtbewegung nach Europa war im Gange, lange bevor Angela Merkel in jener Septemburnacht ihren vieldiskutierten Beschluss fasste. Gerade aus Syrien hatten sich viele Menschen schon zuvor Richtung Deutschland aufgemacht, ein Land, zu dem Teile der syrischen gebildeten Mittelschicht schon seit

Merkel war es wirklich nicht Die Kanzlerin habe im vergangenen Jahr Hunderttausende Menschen zur Flucht motiviert, sagen Kritiker. Alle von uns ermittelten Date....

Jahrezehnten Kontakte pflegten. Merkels Handeln mag die Bewegung verstärkt haben. Womöglich haben im Herbst weitere Syrer angesichts der deutschen Aufnahmepolitik Mut gefasst aufzubrechen. Für den Dammbruch ist Merkel aber nicht verantwortlich. Selbst wenn sie anders entschieden hätte, hätte sie die Wanderung der Flüchtlinge kaum aufhalten können.

Wahr ist aber auch: Was in den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahres in Syrien und Afghanistan geschah, war den Verantwortlichen hierzulande bekannt. Sie wussten auch um die Prognose des Innenministeriums vom 19. August 2015, die 800.000 Flüchtlinge für das Jahr voraussagte. Bundesregierung, Länderregierungen, Polizei und Verwaltungen hätten deutlich besser auf die Ankunft Tausender Flüchtlinge vorbereitet sein können.

Die Ereignisse des Septembers 2015 bleiben eine politische Zäsur. Denn vom 5. September an war endgültig klar, dass niemand mehr wegschauen kann. Die Regierungen und Bürger Europas mussten sich entscheiden, welche Haltung sie zu den Schutzsuchenden einnehmen wollen: eine der Abschottung, wie Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán sie verfolgt, oder eine des Willkommens. Das ist bis heute so geblieben.

**Mitarbeit:** Marie-Louise Timcke

*Haben Sie Informationen zu diesem Thema? Oder zu anderen Vorgängen in Politik und Wirtschaft, von denen die Öffentlichkeit erfahren sollte? Wir sind dankbar für jeden Hinweis. Dokumente, Daten oder Fotos können Sie hier in unserem anonymen Briefkasten deponieren.*

**Load-Date:** October 11, 2016

**Das Phantom des islamistischen Schläfers; Steigt mit der Zahl der Asylbewerber die Terror-Gefahr? Dafür gibt es keine Belege - auch wenn Salafisten vereinzelt mit Spenden um Flüchtlinge werben.**

ZEIT-online

Dienstag 22. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Salafismus; Ausg. 38

**Length:** 1435 words

**Byline:** Kai Biermann; Astrid Geisler

## **Body**

---

Messehallen Hamburg: In dem Gebäude hinter dem Zaun leben Hunderte **Flüchtlinge** aus Syrien, Afghanistan und dem Kosovo.

© Ekaterina Solovyova/RIA Novosti/dpa

Seit Wochen gibt es diese Gerüchte. Irgendwer kennt irgendjemanden, der von einem gehört hat, der IS-Leute traf und behauptet, der "Islamische Staat" schicke, versteckt in den vielen **Flüchtlingen**, Tausende Kämpfer nach Europa. Das Szenario klingt gruselig und irgendwie auch plausibel. Doch stimmt es? Wir beantworten die wichtigsten Fragen:

### **Schickt der "Islamische Staat" in Flüchtlingsgruppen versteckte Schläfer nach Deutschland?**

Nein. Keine deutsche Behörde hat Belege, die die Behauptung stützen, dass islamistische Schläfer gezielt nach Deutschland oder Europa gesandt werden, damit sie hier später einmal Attentate begehen können. Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst und Bundeskriminalamt befassen sich alle mit dieser Frage. Ihre Antwort ist immer die gleiche. Hier beispielsweise gegeben von Hans-Georg Maaßen, dem Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Er sagte am Montagabend: "Bislang liegen uns keine belastbaren Erkenntnisse vor, dass dschihadistische Gruppierungen die **Flüchtlingsströme** zielgerichtet zur Infiltration des Bundesgebietes durch Einzeltäter oder Gruppen genutzt haben."

### **Besteht also keine Gefahr?**

Ja und nein. Die Propaganda des IS richtet sich in erster Linie darauf, Menschen aus aller Welt in die Kampfgebiete nach Syrien und in den Irak zu locken und sie dort einzusetzen. Wer das Gebiet des IS verlassen will, gilt als Verräter und muss mit dem Tod rechnen.

Gleichzeitig könnten sich aber sogenannte Rückkehrer berufen fühlen, hierzulande Anschläge im Namen des IS zu verüben. Denn Rückkehrer gibt es. Nach Erkenntnissen der Nachrichtendienste und des BKA sind bislang ungefähr 70 Personen mit Kampferfahrung nach Deutschland zurückgekommen. Doch bei ihnen handelt es sich eher um

Das Phantom des islamistischen Schläfers Steigt mit der Zahl der Asylbewerber die Terror-Gefahr? Dafür gibt es keine Belege - auch wenn Salafisten vereinzelt mi....

Deserteure, die desillusioniert geflohen sind. Dennoch gelten sie als gefährlich, weil sie mit Waffen umgehen können und radikalisiert sind. Für Ermittler, die sich mit Terrorismus beschäftigen, ist die Schläfertheorie also eine von vielen Hypothesen, aber bei Weitem nicht die wichtigste oder wahrscheinlichste.

### **Aber sind unter den vielen Flüchtlingen nicht auch Islamisten?**

Wahrscheinlich schon, aber wenn, dann sind es nicht sehr viele. Die meisten Menschen, die aus Afghanistan, dem Irak oder Eritrea nach Europa fliehen, laufen vor den Angriffen der Islamisten weg. Nur aus Syrien flüchten die meisten Menschen, weil die Einheiten der Regierungsarmee von Präsident Baschar al- Assad ihre Heimat in Schutt und Asche legen. Aber auch hier ist es der IS, der sehr viele weitere Syrer aus dem Land treibt.

Unter den geflüchteten Syrern fand sich bisher ein mutmaßlicher Anhänger des IS. Das BKA ermittelt in dem Fall in Brandenburg. Dort hatte der Syrer vor anderen Flüchtlingen behauptet, für den IS getötet zu haben.

Je mehr Flüchtlinge kommen, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass unter ihnen auch Radikale sind. Aber auch hier gilt: Bislang gibt es keine Anhaltspunkte, dass radikale Islamisten systematisch oder in großer Zahl nach Deutschland reisen. Schon gar nicht in Gruppen.

Wenn es um die Sicherheit in Deutschland geht, scheinen Rechtsradikale das viel größere Problem zu sein. Sie nutzen die Migranten gezielt als Rechtfertigung für ihre Propaganda, durch die sich wiederum rechte Einzeltäter radikalisieren und in der Folge Anschläge verüben. Die steigende Zahl von Taten gegen Flüchtlingsunterkünfte ist ein Beleg dafür.

### **Werben Salafisten in Deutschland unter den Flüchtlingen um Anhänger?**

Sie versuchen es. Aber ob sie Erfolg damit haben, ist umstritten. In den vergangenen Wochen sind Salafisten in mehreren Städten vor Flüchtlingsunterkünften bei Hilfs- und Werbeaktionen beobachtet worden. Verfassungsschutz-Chef Maaßen bereitet es "große Sorge", dass Islamisten "unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe" versuchten, "die Situation der Flüchtlinge gezielt für ihre Zwecke zu missbrauchen, Asylbewerber zu missionieren und zu rekrutieren". Man sehe hier "ein erhebliches Radikalisierungspotenzial", warnt Maaßen. Vor allem jugendliche unbegleitete Flüchtlinge könnten "eine leichte Beute der Islamisten sein".

Der radikale Prediger Pierre Vogel rief beispielsweise seine Anhängerschaft kürzlich in einem YouTube-Video dazu auf, sich um die Flüchtlinge zu kümmern, ihnen Essen, Trinken, Kleidung und Aufmerksamkeit zu schenken. Viele hätten vermutlich das Bedürfnis, ihre Fluchtgeschichte zu erzählen und seien dankbar für ein offenes Ohr.

In Hamburg wollten Anfang September Aktivisten aus dem salafistischen Spektrum Korane an Flüchtlinge verteilen, die in einer Messehalle untergebracht sind. Die Behörde sei inzwischen mehreren Hinweisen auf angebliche Aktivitäten von Salafisten in den Flüchtlingsunterkünften nachgegangen, berichtet Anja Domres, Vizepräsidentin des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz. Etwa dem Gerücht, in einer Unterkunft sei Religionsunterricht angeboten worden. Die Recherche ergab: Es handelte sich um einen regulären Deutschkurs. "Für Vorfälle in den Unterkünften haben wir zurzeit keine Hinweise", sagte Domres ZEIT ONLINE. Auch in Hessen sichtete der Verfassungsschutz "vereinzelt" Salafisten im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften.

Auf dem Parkplatz vor einem Flüchtlingsheim in Wuppertal verteilten Salafisten kürzlich Kleidung an Asylsuchende und stellten wenig später ein Video über ihre Aktion ins Netz. "Ich empfehle Euch, das in jeder Stadt auch umzusetzen", wirbt einer der Aktivisten darin. Sie hätten mit den Flüchtlingen gebetet, es seien kaum noch Kleider übrig - insgesamt ein "sehr erfolgreicher Tag". Das Video interessierte auch die Sicherheitsbehörden. Denn die Urheber stammen laut Wuppertaler Staatsanwaltschaft aus der Salafistenszene um den deutschen Konvertiten Sven Lau. Der 34-jährige Prediger wurde kürzlich als mutmaßlicher Drahtzieher der "Scharia-Polizei" angeklagt, die durch Wuppertal patrouilliert war.



Das Phantom des islamistischen Schläfers Steigt mit der Zahl der Asylbewerber die Terror-Gefahr? Dafür gibt es keine Belege - auch wenn Salafisten vereinzelt mi....

"Wir vermuten, dass das Anwerbeversuche sind", sagt ein Sprecher der Wuppertaler Staatsanwaltschaft. Doch verhindern könnten sie solche Spendenaktionen nicht, denn nichts daran sei strafbar. Die Salafisten hätten mit ihren Spenden schließlich die Asylunterkunft nicht betreten. Deshalb greife das Hausrecht nicht.

### **Erreichen solche Anwerbeversuche viele Flüchtlinge? Immerhin sprechen die Werber oft deren Sprache.**

Auch dafür gibt es keine Belege. Insgesamt handelt es sich bisher nach Einschätzung des Verfassungsschutzes um Einzelfälle. Es sei nicht bekannt, dass die Werbungsversuche zentral gesteuert würden, sagt eine Sprecherin des Bundesamtes in Köln.

Die Wuppertaler Stadtverwaltung misst der Spendenaktion der Salafisten vor der Asylunterkunft denn auch wenig Bedeutung bei: "Das mediale Echo steht in keinem Verhältnis zu dem, was real passiert ist", sagt Sozialdezernent Stephan Kühn. Seine Behörde stehe im engen Austausch mit den muslimischen Gemeinden in der Stadt. Die Gemeinden wollten sich selbst gezielt um die Flüchtlinge kümmern, sie zum Beispiel in den kommenden Tagen zum islamischen Opferfest einladen - damit die Salafisten erst gar keine Aussicht auf Erfolg hätten.

Auch um die 250 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in Wuppertal macht sich Kühn wenig Sorgen. Er glaubt nicht, dass Islamisten ausgerechnet in dieser Zielgruppe "leichte Beute" finden, wie Verfassungsschutzchef Maaßen warnt. "Viele mussten fliehen, weil der 'Islamische Staat' sein wahres Gesicht gezeigt hat", sagt der Sozialdezernent. Die jungen Leute suchten in Deutschland nicht Anschluss an radikale Gruppierungen, sondern "Frieden und Freiheit".

### **Aber was passiert, wenn die Geflüchteten in Deutschland keine Perspektive finden?**

Das ist tatsächlich ein Risiko. Die Islamismus-Expertin Claudia Dantschke vom Zentrum Demokratische Kultur warnte in einem ARD-Interview, dass Asylbewerber in Deutschland in ein Loch fallen könnten, wenn sich ihr Verfahren in die Länge ziehe. Deshalb müsse man sich intensiv um sie kümmern und ihnen Perspektiven eröffnen. "Wenn das nicht passiert und dann radikalsalafistische Anwerber kommen - dann sind sie natürlich durchaus offen."

Auch die Sicherheitsbehörden glauben, dass es vor allem auf die deutsche Gesellschaft ankommt. Wenn den Flüchtlingen geholfen werde, sich zu integrieren, hier Arbeit und Bildung zu finden, dann werde radikalen Werbern der Boden entzogen. Passiert das nicht, erfahren die Flüchtlinge also nur Ablehnung und Ausgrenzung, sei es durchaus vorstellbar, dass sich einige der jungen Männer, die jetzt nach Deutschland kommen, in ein paar Jahren in salafistischen Kreisen wiederfinden.

**Load-Date:** September 22, 2015

**"Eine Bewegung wie Pegida fände in Kanada kaum Anhänger"; Der Integrationsforscher Oliver Schmidtke lehrt in Kanada. Er sagt, die Deutschen könnten von den Kanadiern vor allem eines lernen: Multikulti funktioniert.**

ZEIT-online

Montag 16. März 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Integration von Einwanderern; Ausg. 8

**Length:** 1497 words

**Byline:** Parvin Sadigh

## Body

---

Beim Event "Women who inspire" vom Canadian Council of Muslim Women in Toronto

© Lucas Oleniuk/Toronto Star via Getty Images

**ZEIT ONLINE:** Herr Schmidtke, Sie lehren in Kanada, dem Land, das viele Politiker in Deutschland als Vorbild für gelungene Einwanderungspolitik zitieren. Wie schauen Sie von Kanada aus auf die deutsche Debatte?

**Oliver Schmidtke:** Kanada stand historisch betrachtet vor rund 50 Jahren vor einer ähnlichen Situation wie Deutschland heute. Das Land war zwar schon immer eine Einwanderungsgesellschaft, anders als die Deutsche. Aber bis in die sechziger Jahre hat man im Prinzip nur weiße Migranten angeworben. Danach hat sich das Land modernisiert und man brauchte dringend mehr Arbeitskräfte - unabhängig von ihrer Herkunft. Deutschland steht heute vor ähnlichen Herausforderungen.

**ZEIT ONLINE:** Was können wir von den kanadischen Erfahrungen lernen?

**Schmidtke:** Kanada hat mithilfe seines Punktesystems sehr viele, vor allem junge Menschen mit guter Ausbildung, beruflichen Fähigkeiten und Sprachkompetenzen eingebürgert. Gleichzeitig hat das Land sich mit einer Kultur des Multikulturalismus radikal neu erfunden. Auch Deutschland ist heute viel offener gegenüber Einwanderern und hat mit dem Immigrationsgesetz schon viel erreicht. Warum nicht noch ein bisschen mehr Mut zeigen?

**ZEIT ONLINE:** Die Idee des Multikulturalismus gilt in Deutschland als gescheitert. Selbst die Kanzlerin hat sich davon verabschiedet.

**Schmidtke:** Der Multikulturalismus wurde anfangs auch in Kanada belächelt. Viele verstanden darunter vor allem, dass Einwanderer ihre Musik aus der Heimat mitbringen und ihre Kultur beibehalten. Das allein ist aber nicht gemeint.

"Eine Bewegung wie Pegida fände in Kanada kaum Anhänger" Der Integrationsforscher Oliver Schmidtke lehrt in Kanada. Er sagt, die Deutschen könnten von den Kanadern....

**ZEIT ONLINE:** Sondern?

**Schmidtke:** In Kanada hat sich in den vergangenen Jahrzehnten eine Kultur der Unterschiedlichkeit entwickelt. Die Menschen haben gelernt, mit dieser Unterschiedlichkeit zu leben, quer durch alle Parteien ist diese Idee heute akzeptiert. Eine Bewegung wie Pegida fände in Kanada kaum Anhänger.

**ZEIT ONLINE:** Das klingt alles sehr konfliktfrei.

**Schmidtke:** Natürlich ist es das nicht immer. Der Multikulturalismus ist im Kern auch ein Programm, um mit den Konflikten, die durch Migration und die Herausforderung der Integration entstehen, umzugehen. Die Kanadier waren etwa geschockt als ein Muslim - ein Konvertit - einen Anschlag auf das Parlament verübt hat, aber es ist keine generelle Angst vor dem Islam entstanden. Das Fremde wird auch nicht als Gefahr für die eigene Identität erlebt, wie es in Deutschland oft der Fall ist.

**ZEIT ONLINE:** Warum ist das in Kanada nicht geschehen?

**Schmidtke:** Wichtig ist, dass die Eliten sich einig sind und signalisieren, dass das Land Immigranten und die durch sie vorangetriebene Weltoffenheit braucht. In Europa hingegen nutzen Parteien überall noch populistische Argumente, um Wähler zu gewinnen. Einwanderung ist in Kanada ein Querschnittsthema, das alle Bereiche der Gesellschaft prägt und in allen Ministerien ernst genommen wird. In Deutschland ist es noch stark mit Terroristenabwehr verknüpft. Es wird politisch zu eng gefasst und kann deshalb auch so leicht missbraucht werden.

**ZEIT ONLINE:** In Deutschland gibt es eben auch Geschichten gescheiterter Integration. Etwa in Berlin-Neukölln oder Duisburg-Marxloh.

**Schmidtke:** Die hohe Konzentration von Einwanderern in bestimmten Stadtteilen war ein Fehler, unter anderem der Stadtplanung. Integration ist ein langfristiger Prozess, der von vornherein gestaltet werden muss. In Deutschland hat man geglaubt, der Markt bewältigt das allein. Aber es ist wichtig, dass alle Einwanderer schnellstmöglich Sprachunterricht erhalten und dass sie bei der Arbeitsplatzsuche, bei sozialen und ökonomischen Problemen unterstützt werden. Auch das deutsche Schulsystem benachteiligt noch immer Migranten und Kinder aus ungebildeten Familien. In Kanada gelingt die soziale Mobilität in den Schulen viel besser.

**ZEIT ONLINE:** Anders als Deutschland hat Kanada auch nicht auf Ungelernte gesetzt. Das hat die Sache einfacher gemacht.

**Schmidtke:** Ja, Kanada hat außerdem nicht so viele Asylsuchende wie Deutschland. Viele Einwanderer sprechen zudem schon ein wenig Englisch. Die Integration fällt deshalb oft leichter.

**ZEIT ONLINE:** Nach Deutschland strömen im Moment viele Flüchtlinge. Wie sollte die Politik mit ihnen umgehen?

**Schmidtke:** Es gibt Studien, in denen erforscht wurde, wie sich Flüchtlinge im Vergleich zu den Einwanderern integriert haben, die über das kanadische Punktesystem angeworben wurden. Das interessante Ergebnis lautet: Die Motivation, sich zu integrieren, unterscheidet sich kaum. Sogar der messbare Integrationserfolg ist ähnlich. Das alles spricht dafür, dass die Politik in die Flüchtlinge investieren sollte.

**ZEIT ONLINE:** Was heißt das konkret?

**Schmidtke:** Es braucht mehr Sprachkurse und Übergangstrainings. Auch Bildungsabschlüsse und Karriereverläufe sollten besser anerkannt werden. In Deutschland sollte den Flüchtlingen noch schneller erlaubt werden zu arbeiten. Diese Menschen sind oft extrem dankbar, die Bereitschaft sich anzustrengen ist sehr groß - und sie können auch langfristig zu sehr guten Deutschen werden. Die Erwartung, dass sie schnell wieder zurückkehren, erfüllt sich hingegen aus einer Vielzahl an Gründen meistens nicht.

**ZEIT ONLINE:** Deutschland will nun auch gezielter Fachkräfte anwerben. Ist das kanadische Modell wirklich so vorbildlich?

"Eine Bewegung wie Pegida fände in Kanada kaum Anhänger" Der Integrationsforscher Oliver Schmidtke lehrt in Kanada. Er sagt, die Deutschen könnten von den Kanadern....

**Schmidtke:** Das kanadische System, das breitgestreut Punkte für unterschiedliche Qualifikationen vergibt, ist in den letzten Jahren aufgeweicht worden. In manchen Provinzen müssen die Einwanderer inzwischen nur noch einen Arbeitsvertrag haben, um einwandern zu dürfen - ganz ähnlich wie in Deutschland...

**ZEIT ONLINE:** ... Kanada hat sich also eher Deutschland angepasst als umgekehrt?

**Schmidtke:** In diesem Punkt durchaus. Die Provinzen in Kanada haben heute mehr Kompetenzen als früher, wenn es um Einwanderung geht. Die Regelungen sind sehr unterschiedlich. Manche Provinzen wollen weiterhin gezielt bestimmte Fachleute anwerben. Die Frage ist bloß immer, ob man in Zukunft auch wirklich die 20.000 Ingenieure braucht, von denen man heute glaubt, dass man sie braucht. In Kanada gibt es immer wieder neue Experimente, um die Erfolge der Einwanderungspolitik - besonders mit Blick auf die Arbeitsmarktklusion - zu optimieren.

**ZEIT ONLINE:** Zum Beispiel?

**Schmidtke:** Kanada hat zuletzt sein *Temporary Foreign Worker Program* massiv ausgebaut und versucht, eine Art Gastarbeiterprogramm zu installieren, so wie Deutschland in den fünfziger und sechziger Jahren. Für zwei bis drei Jahre sollten niedrig qualifizierte Arbeiter zum Beispiel für die Ernte oder Pflege ins Land geholt werden. Sie sollten nicht das Versprechen erhalten, eingebürgert zu werden. Unternehmen wie McDonald's hätten diese Arbeiter gerne eingestellt, weil sie davon ausgingen, dass sie fügsamer sind als einheimische und nicht zur Gewerkschaft gehen. Es gab einen Riesenaufschrei und das Programm droht jetzt auf Eis gelegt zu werden.

**ZEIT ONLINE:** Sowohl Kanada als auch Deutschland sind föderal organisiert. Ist das also eher eine Gefahr für die Integrationspolitik?

**Schmidtke:** Der Zusammenhang zwischen einer effektiven Migrationspolitik und dem Föderalismus ist nur schwer zu generalisieren. Auf der einen Seite gefährdet die Hoheit der Länder beziehungsweise der Provinzen, dass der Staat in der Einwanderungs- und Integrationspolitik allgemeine Richtlinien für das gesamte Land durchsetzen kann. Andererseits zeigt sich gerade in Deutschland, dass größere Kompetenz auf Landesebene zu beträchtlichen Fortschritten geführt hat. Nordrhein-Westfalen ist etwa ein Vorreiter in der Integrationspolitik. Andere Länder ziehen zum Beispiel mit dem Islamunterricht nach.

**ZEIT ONLINE:** Eine perfektes Rezept kann Kanada also Deutschland auch nicht liefern?

**Schmidtke:** Nein, Kanada ist auch nicht frei von Diskriminierung. Ein Kollege von mir hat Tausende von Bewerbungen mit gleichen Qualifikationen verschickt, mal mit englischen und mal mit asiatischen Namen. Sie können raten, wer die Einladungen bekommen hat. Aber das Land kann insofern als Vorbild dienen, dass kulturelle Differenz grundsätzlich nicht mehr als Defizit wahrgenommen wird. Deutschland sollte das neue Schlagwort der Willkommenskultur mit mehr Leben füllen. Einwanderer müssen selbst mehr am öffentlichen Leben teilnehmen und gehört werden, statt dass die Mehrheitsgesellschaft immer nur über sie redet. Doch das geschieht ja inzwischen auch.

**ZEIT ONLINE:** Kann Europa eine Rolle spielen?

**Schmidtke:** Europa könnte tatsächlich einen riesigen Vorteil darstellen. Denn es zeichnet sich ohnehin durch eine sehr große Vielfalt der Kulturen und Sprachen aus. Europa lässt die Idee eines homogenen Nationalstaates zunehmend als nicht mehr zeitgemäß erscheinen. Ein gemeinsamer Kanon an Werten ist zwar wichtig, aber mehr nicht. Die junge Generation hat ja auch keine Probleme mehr damit, zwei oder drei Sprachen zu sprechen.

**Load-Date:** March 16, 2015

**Das Spiel geht weiter; Die Balkanroute gilt zwar als geschlossen. Trotzdem sitzen in Belgrad Hunderte Flüchtlinge fest - und sie glauben daran, weiterzukommen.**

ZEIT-online

Mittwoch 14. September 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flüchtlinge in Serbien; Ausg. 36

**Length:** 1191 words

## Body

---

### **Flüchtlinge** in Belgrad

© Valerie Schönan

Abdullah Ibrahim\* schaut, als ob er die Frage nicht versteht. Was ihn aufhalten könnte? Der junge Mann aus Afghanistan sitzt auf einer Bank, die zur ökonomischen Fakultät der Universität Belgrad gehört. Der Platz hinter ihm ist mit orangefarbenen Plastikzäunen umgestellt. "Ich kann nicht zurück", antwortet Ibrahim. Er ist 22 Jahre alt, sagt er, sieht aber älter aus. "Ich werde es immer weiter probieren." Er will über die Grenze von Serbien nach Ungarn gelangen. Vier Mal ist Ibrahim schon gescheitert. Heute Abend wird er es wieder versuchen.

Ibrahim lebt seit zwei Monaten in Belgrad. Zwischen den orangefarbenen Plastikzäunen war einmal ein Park, auf dessen Wiesen die **Flüchtlinge** geschlafen haben. Aber vor einigen Wochen hat die Stadt die Flächen umgraben lassen. Jetzt ist dort trockene Erde übrig geblieben mit einigen Kastanienbäumen dazwischen. Die **Flüchtlinge** bleiben trotzdem, sie übernachten jetzt in leerstehenden Hallen oder auf einem Parkdeck nahe dem Hauptbahnhof.

### **Kein Weiterkommen und kein Zurück**

Die freiwilligen Helfer schätzen, dass sich in der Nähe des Belgrader Bahnhofs 200 bis 300 Flüchtlinge aufhalten, manchmal mehr. Es sind Flüchtlinge, die es nicht geben sollte: Sie kamen über die sogenannte Balkanroute, die seit Monaten als geschlossen gilt. Aber laut des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) befinden sich derzeit etwa 500 Flüchtlinge in Belgrad. Insgesamt gibt es in Serbien aktuell etwa 4.700 Flüchtlinge. Seit Anfang Juli steigt die Zahl wieder. Denn zu der Zeit hatte Ungarn seine Grenzpolitik noch einmal verschärft: Flüchtlinge werden zurück nach Serbien geschickt, wenn sie in den ersten acht Kilometern hinter der Grenze aufgegriffen werden - ohne Asylantrag, ohne Einverständnis der serbischen Regierung.

Das Flüchtlingshilfswerk UNHCR verzeichnet seit Anfang Juli täglich 30 bis 50 Neuankömmlinge in Ungarn. Gleichzeitig geht es seit Mitte Juni jeden Tag von 300 neuankommenden Flüchtlingen in Serbien aus.

Einige von ihnen ziehen weiter an die ungarisch-serbische Grenze. Dort haben sich illegale Flüchtlingslager gebildet, in denen laut Helfern katastrophale Bedingungen herrschen sollen. Die Flüchtlinge lassen sich auf

Das Spiel geht weiter Die Balkanroute gilt zwar als geschlossen. Trotzdem sitzen in Belgrad Hunderte Flüchtlinge fest - und sie glauben daran, weiterzukommen.

Wartelisten setzen: Täglich lässt Ungarn 15 Asylsuchende legal ins Land. Familien haben Vorrang, alleinstehende Männer wie Ibrahim eine Chance.

Sie können nicht weiter, sie können nicht zurück.

Bank in Belgrad

© Valerie Schönan

### **Alle wollen weiter**

Es ist Ende August in Belgrad. Ibrahim läuft an dem abgesperrten ehemaligen Park vorbei. Auf den Bänken sitzen junge Männer. Oft sitzen sie zu zweit beisammen und reden. Manchmal schlafen sie oder schauen nur vor sich hin. Die meisten mit einem Rucksack vor sich. Einige sitzen auf Pappkartons auf der trockenen Erde, im Schatten der Bäume, auch wenn das verboten ist. Neben ihnen liegen Plastikgabeln, Pappbecher und eine Mehrfachsteckdose, an die sie ihre Smartphones gehängt haben.

Ibrahim ist vor den Taliban geflohen, weil er als Übersetzer mit dem amerikanischen und englischen Militär gearbeitet hat. Als die Balkanroute offen war, hatte er noch keinen Grund zu fliehen. Dann kamen die Morddrohungen. Das war Anfang März, als Slowenien, Kroatien, Mazedonien und Serbien entschieden, niemanden ohne gültigen Pass oder Visa mehr passieren zu lassen.

Ibrahim und die anderen Flüchtlinge warten hier im Belgrader Zentrum darauf, dass ihre Schlepper ihnen mitteilen, wann es weitergeht. Die meisten kommen aus Afghanistan, aus dem Iran, Irak und Pakistan. Viele wollen noch immer nach Deutschland, so wie Ibrahim, weil sie dort mittlerweile Angehörige haben. Andere sagen, Deutschland ist voll. Ihr Ziel ist Frankreich oder Schweden. Aber alle wollen weiter.

### **Das einzige Thema: der Grenzübertritt**

Ibrahim erzählt, dass er über die Grenze von Bulgarien nach Serbien sechs Versuche gebraucht hat. Bei den vier bisher gescheiterten Versuchen von Serbien nach Ungarn zu gelangen, hätten sie ihn manchmal zurückgeschickt, manchmal die Hunde auf ihn gehetzt. Bilder von tiefen Fleischwunden an Armen und Beinen schicken sich die Flüchtlinge hin und her. Ob es Bisswunden sind und ob sie von ungarischen Polizeihunden stammen, lässt sich nicht überprüfen. Aber die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch hat ähnliche Berichte gesammelt.

*\*Name von der Redaktion geändert*

Ob er es immer weiter versuchen will? "Natürlich", sagt Ibrahim. Einer anderer sagt: "Im Iran wusste ich: Erwischen sie mich, töten sie mich. Hier sind es nur ein paar beißende Hunde." Die Flüchtlinge nennen das hier *The Game*, das Spiel. Regeln gibt es keine, gewonnen hat, wer es nach Österreich schafft.

### **Volleyball: ja - Volleyballschnur: nein**

Das serbische Kommissariat für Flüchtlinge und Migration will die Belgrader Flüchtlinge gern in Lagern vor der Stadt unterbringen. Laut einer Mitteilung des UNHCR Ende August sollen die Camps zwar nicht mehr so hoffnungslos überfüllt sein, wie es sich viele Flüchtlinge erzählen. Aber selbst wenn das stimmt: Sie wollen nicht dorthin, weil sie Angst haben in Serbien registriert zu werden.

Im Park laufen auch Kommissariatsvertreter umher. Einmal am Tag rufen sie zu den Bussen, die in die Lager fahren. Wenn jemand sich auf die trockene Erde setzt, ermahnen sie ihn, wieder aufzustehen. Einmal, erzählt der freiwillige Helfer Kristian Prewitz aus Deutschland, hätten sie eine Leine abgenommen, die Helfer zum Volleyball spielen aufgehängt hatten. Die jungen Männer durften weiterspielen, nur eben ohne Schnur. Einerseits lassen sie die Flüchtlinge in Ruhe. Andererseits achten sie darauf, dass sie sich hier nicht zu wohl fühlen.

Derzeit gibt es vielleicht 50 freiwillige Helfer in Belgrad, schätzt Prewitz. Anfang September haben er und seine Mitstreiter vom Verein Rigardu ein Kulturzentrum in Belgrad eröffnet. Es gibt ein paar Sofas, eine Tischtennisplatte,

Das Spiel geht weiter Die Balkanroute gilt zwar als geschlossen. Trotzdem sitzen in Belgrad Hunderte Flüchtlinge fest - und sie glauben daran, weiterzukommen.

eine Spielesammlung. Die Flüchtlinge können hier Englisch lernen, Bastel-, Mal- und Näh-Workshops sind geplant. Das Ziel: Die Leute beschäftigen, wenn sie nicht weiterkönnen. "Im Vergleich zu Idomeni oder Calais geht es den Asylsuchenden in Belgrad gut", sagt der 23-Jährige. Sie hätten zumindest Wasser und Essen. "Aber Menschen brauchen zum Leben mehr als das."

Auch Serben engagieren sich vereinzelt. Der 25-Jährige Edin Sinanovic hat den Verein Refugees Foundation Serbia gegründet, der langfristig das Rigardu-Kulturzentrum betreuen soll. Sinanovic hat sich im vergangenen Jahr mit Hunderten Asylsuchenden auf Facebook verbunden. Sein Eindruck: "Alle schaffen es über die Grenze."

Flüchtling Belgrad

© Valerie Schönan

### **Sie bleiben zuversichtlich**

Die Flüchtlinge hoffen nicht mehr auf Busse, die sie nach Deutschland fahren. Sie bereuen auch nicht, zu spät losgegangen zu sein. Sie scheinen nicht einmal wütend auf die Regierungen und Menschen zu sein, die sie nicht haben wollen. Sie wollen einfach das Spiel weiterspielen. *The Game*. "Sie sind regelrecht zuversichtlich", sagt Prewitz.

Als das Kulturzentrum eröffnet hat, war Ibrahimi jedenfalls nicht mehr in Belgrad. Er hat seinen Status auf Facebook aktualisiert. Aktueller Standort: Wien.

*\*Name von der Redaktion geändert*

**Load-Date:** September 14, 2016

**Europa erzeugt die Flüchtlinge selbst; Politiker versprechen, die Fluchtursachen in den armen Ländern zu bekämpfen. Gleichzeitig versucht die EU, in Afrika ein verheerendes Freihandelsabkommen durchzusetzen.**

ZEIT-online

Montag 1. August 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Westafrika; Ausg. 29

**Length:** 1149 words

**Byline:** Hafsat Abiola

## Body

---

Die wirtschaftliche Not zwingt viele junge Westafrikaner zur Flucht.

© reuters

Eigentlich hat Angela Merkel recht: Die **Flüchtlinge**, die in Europa ankommen, sind nicht so zahlreich, als dass dieser reiche Kontinent nicht würdevoll mit ihnen umgehen könnte. Doch die EU stellt derzeit jeden Tag ihre Unfähigkeit unter Beweis, die Situation angemessen zu bewältigen.

Die Armutsmigration treibt die europäischen Länder auseinander, sie untergräbt das Recht auf Bewegungsfreiheit und gefährdet das gesamte europäische Projekt. Auch wenn die **Flüchtlinge** aus kriegsgeplagten Ländern wie Syrien und Afghanistan derzeit die Schlagzeilen bestimmen, kommen die meisten **Migranten** nach wie vor aus Westafrika.

Viele Politiker haben zumindest erkannt, dass es keine Lösung sein kann, die Menschen zurück ins Meer zu stoßen. Stattdessen haben sie sich vorgenommen, die Ursachen dafür zu bekämpfen, dass ganze Familien verzweifelt genug sind, um ihr Leben bei einer Fahrt über das Mittelmeer aufs Spiel zu setzen.

### Es fehlt der Wille

Im Falle von Syrien und Afghanistan gehen die Fluchtursachen auf militärische, strategische und entwicklungspolitische Probleme zurück. Es geht um *failed states*, um Terrorismus, den Westen und die Islamische Welt. In Westafrika allerdings liegen die Dinge deutlich anders. Hier könnte man die Fluchtursachen eigentlich relativ leicht beheben - wenn es denn den politischen Willen gäbe.

In diesem Moment verhandelt die Europäische Union ein Wirtschaftsabkommen mit den westafrikanischen Ländern, das unter dem Namen EPA firmiert. Und eigentlich sollte man annehmen, dass es ein gemeinsames Interesse an einer Vereinbarung gibt, die der Wirtschaft in diesen Ländern auf die Beine hilft. Schließlich ist es gerade die wirtschaftliche Aussichtslosigkeit, die die afrikanischen Migranten nach Europa treibt. Wenn sie in ihren



Europa erzeugt die Flüchtlinge selbst Politiker versprechen, die Fluchtursachen in den armen Ländern zu bekämpfen. Gleichzeitig versucht die EU, in Afrika ein v....

eigenen Ländern Aussicht auf eine anständige Arbeit hätten, kämen sie gar nicht erst auf die Idee, ihr Leben aufs Spiel zu setzen, um nach Europa zu gelangen.

### **Ungleichheit, Armut, Konflikte**

Allein: Das Abkommen, das die EU vorschlägt, enthält nicht viel mehr als die altbekannten Konzepte, die zu nichts führen werden, außer dem immer gleichen Teufelskreis. Es verspricht kurzfristige Profite für europäische Konzerne und Beteiligungen für eine kleine afrikanische Elite. Mit den bekannten Folgen: steigende Ungleichheit in der Region, grassierende Armut, schwelende Konflikte.

Während Präsidenten und Premierminister in Brüssel vor Journalisten aus aller Welt eine Pressekonferenz nach der anderen über Europas Flüchtlingskrise abhalten, ist ein paar Straßen weiter eine nahezu unbekannte Abteilung der Europäischen Kommission damit beschäftigt, ein Freihandelsabkommen auszuhandeln, das die Probleme in dem Teil der Welt, aus dem die meisten Migranten kommen, mit einem Schlag lösen könnte. Doch die EU torpediert ihre beste Chance, dafür zu sorgen, dass die Migranten in ihren Ländern bleiben.

### **Abhängig von Entwicklungshilfe**

Zurzeit sperren sich nur noch drei von 16 westafrikanischen Ländern gegen die Ratifizierung des Abkommens: Nigeria, Mauretanien und Niger. Die meisten der anderen Länder sind von europäischer Entwicklungshilfe abhängig und haben sich dem Druck längst gebeugt. Möglicherweise glauben sie auch, das vorliegende Abkommen sei das beste, das sie kriegen können.

Doch Nigeria vereint 78 Prozent der Wirtschaftsleistung und 180 Millionen der 330 Millionen Einwohner der Region auf sich. Und die Unruhen im Norden und äußersten Süden des Landes haben unserer Regierung deutlich gemacht, was bei diesen Verhandlungen auf dem Spiel steht. Sie kann nur ein Abkommen akzeptieren, das bessere wirtschaftliche Perspektiven für weite Teile der einheimischen Bevölkerung ermöglicht. Anders kann es in einem Land, in dem 56 Prozent der 15- bis 34-Jährigen arbeitslos oder geringfügig beschäftigt sind, nicht sein.

Die Ökonomen der westafrikanischen Wirtschaftsunion ECOWAS und der Weltbank behaupten, dass Nigeria von dem EPA-Abkommen profitieren würde. Die nigerianischen Ökonomen sind zu anderen Ergebnisse gekommen: Sie sagen voraus, dass EPA unsere Märkte in eine Müllhalde für europäische Produkte verwandeln würde. Es würde nicht nur die Chancen unserer kleinen und mittelgroßen Unternehmen erheblich schmälern, die gegen die europäische Konkurrenz keine Chance hätten. Mittel- bis langfristig würden der nigerianischen Regierung auch spürbar Steuereinnahmen entgehen.

Wenn man sich vor Augen führt, dass unsere Regierung schon jetzt kaum in der Lage ist, essenzielle staatliche Aufgaben - eine grundlegende Schulbildung für alle, eine allgemeine Gesundheitsversorgung etc. - wahrzunehmen und wir außerdem dringend Ressourcen brauchen, um unsere Justiz und Polizei zu professionalisieren, dann ist es kaum nachzuvollziehen, wie man das vorliegende Abkommen für eine gute Idee halten kann.

### **Neue Orthodoxie**

Manchmal braucht es den politischen Mut eines Landes, um aufzeigen, dass es einen besseren Weg gibt. Malaysia hat es in der Bankenkrise von 1997 vorgemacht: Anders als vom IWF empfohlen, hat das Land seinen Banken- und Währungssektor damals nicht liberalisiert und ist dadurch sehr viel besser aus der Krise hervorgegangen, als es ihm vorausgesagt wurde, auch sehr viel besser als seine Nachbarländer. Malaysias unverschämte Zurückweisung der Experten aus Washington ist seitdem zu einer neuen Orthodoxie für all jene avanciert, die nach ernsthaften Reformen Ausschau halten. Es ist Irrsinn, etwas immer auf die gleiche Weise zu tun und trotzdem auf andere Ergebnisse zu hoffen.

Weil das Abkommen Einstimmigkeit voraussetzt, kann es von den drei verbliebenen Ländern blockiert werden. Aber es gibt keine Garantie, dass wir ein besseres Angebot zu sehen bekommen. Dafür müsste die EU bereit sein, ihre Politik zu ändern. Einfach auf der Suche nach ein paar schnellen Euro nach Afrika zu fliegen und in Kauf zu

Europa erzeugt die Flüchtlinge selbst Politiker versprechen, die Fluchtursachen in den armen Ländern zu bekämpfen. Gleichzeitig versucht die EU, in Afrika ein v....

nehmen, dass die eigenen Geschäfte zu Lasten des Kontinents gehen, ist passé. Mittlerweile sollte Europa es wahrlich besser wissen.

### **Exodus der Wirtschaftsflüchtlinge**

Nur wer soll sich in Europa für eine neue Politik einsetzen? Wer soll dafür sorgen, dass europäische Firmen Fabriken in Westafrika bauen, damit die Menschen arbeiten und angemessene Löhne verdienen können, um die Produkte zu erwerben, die Europa verkaufen möchte? Afrikanische Migranten mögen zurzeit von den Titelseiten verschwunden sein, aber ihr Wunsch, anderswo bessere Möglichkeiten zu haben, besteht nach wie vor.

Seit Januar dieses Jahres sind weitere 50.000 Menschen aus Afrika nach Europa aufgebrochen. Jetzt sitzen sie in Internierungslagern und siechen dahin. 3.000 von ihnen sind auf der Flucht gestorben. Die Toten und die Lebenden sind eine Anklage an uns alle. Wenn Europa tatsächlich den massenhaften Exodus der Wirtschaftsflüchtlinge aufhalten will, wäre es jetzt Zeit, sich für eine andere Politik einzusetzen.

*Übersetzt aus dem Englischen von Felix Stephan*

**Load-Date:** August 1, 2016

**Verspätete Willkommenskultur; Handball ist deutsch, Fußball multikulturell.  
Doch das ändert sich gerade: Auch dem Handball geht der Nachwuchs aus.**

ZEIT-online

Donnerstag 11. Februar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Handball; Ausg. 7

**Length:** 1060 words

**Byline:** Oliver Fritsch

## Body

---

Team Deutschland

© Adam Nurkiewicz/Getty Images

Handball macht Spaß, die Sportart bietet Raum für alle: Große, Kleine, Schnelle, Kräftige, Schwächliche. Gefragt sind Dynamik und Athletik, aber auch Spielwitz und Ballgefühl. Und die ganz Mutigen gehen ins Tor.

Aber Handball wird nicht von allen gespielt. Offenbar spricht dieser Sport nur einen bestimmten Teil der deutschen Gesellschaft an, es fehlen Menschen mit **Migrationshintergrund**. Kinder und Enkel und Urenkel von Einwanderern treten selten in einen Handballverein ein. Während die deutsche Gesellschaft vielfältiger geworden ist, ist der Handball hauptsächlich autochthon deutsch geblieben.

Das kann man politisch bedauern und sich den Sport multikultureller und integrativer wünschen. Auf jeden Fall lässt sich sagen, dass dem Sport so Nachwuchs und Talente verloren gehen. Das wissen und sagen auch Vertreter des Handballs.

Scharfe Kritik hat uns nach der aktuellen *Eilenbergers Kabinpredigt*, unserer monatlichen Kolumne des Philosophen Wolfram Eilenberger, erreicht. Der DHB hat eine Stellungnahme verfasst, Experten haben Einspruch erhoben. Handballspieler und -fans fühlen sich persönlich angegriffen, Trainer und Ehrenamtliche in die rechte Ecke gestellt.

"Der Text ist zwar völlig überzogene Polemik und der Handball hat nichts mit der AfD zu tun", sagt auch der Sportsoziologe Klaus Cachay, "aber er hat, was die soziale Schließung der Sportart in Bezug auf Migranten anbelangt, einen wahren Kern." Cachay forscht an der Universität Bielefeld seit Jahren über Diversität im Sport.

### Fußball ist voraus

Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in Handballvereinen ist sehr gering, das haben seine Untersuchungen ergeben. Repräsentative Studien gibt es zwar nicht, aber Erhebungen bei nationalen Sichtungslern zeigen, dass man von etwa fünf Prozent ausgehen kann, inklusive EU-Ausländer.

Verspätete Willkommenskultur Handball ist deutsch, Fußball multikulturell. Doch das ändert sich gerade: Auch dem Handball geht der Nachwuchs aus.

In Großstädten wie Mannheim, Ludwigshafen, Frankfurt oder Hamburg hat rund die Hälfte aller Kinder und Jugendlichen einen Migrationshintergrund. Nicht nur der Handball schafft es nicht, solche Kinder für sich zu gewinnen, bei Volleyball, Basketball, Hockey oder Leichtathletik ist es dasselbe.

Anders sieht es im Kampf- und Fitnesssport aus. Und beim Volkssport Nummer eins: In den Nachwuchsmannschaften der Fußballvereine liegt der Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Schnitt bei rund vierzig Prozent, also acht Mal so hoch wie beim Handball. In der Nationalelf kicken Stars, die Gündogan, Özil, Boateng oder Can mit Nachnamen heißen. Was heute selbstverständlich ist, war vor gut zehn Jahren noch ganz anders. Damals reagierte der ehemals stockkonservative DFB nach sportlichen Misserfolgen auf den demografischen Wandel.

Der Handball ist nun an einem ähnlichen Punkt wie der Fußball damals. Im Deutschen Handballbund (DHB) sinken die Mitgliederzahlen seit 2011 stark, vor allem im Nachwuchs. Der Effekt des Weltmeistertitels von 2007 ließ damals nach. Heute müssen immer mehr Vereine ihre Jugendabteilungen zu Spielgemeinschaften zusammenlegen.

Der DHB hat das Problem erkannt und versucht aktiv, Kinder mit Migrationshintergrund zu rekrutieren. Jedes Jahr gibt es zum Beispiel Trainings mit ehemaligen Nationaltrainern in 2.500 Grundschulen. Der Verband wirbt für Integration, viele Vereine öffnen sich Flüchtlingen. Der DHB lässt gerade Handball-Comics verteilen, die auch ins Türkische und Arabische übersetzt werden. Sogar einen hauptamtlichen Projektleiter Mitgliederentwicklung hat der DHB seit 2014, der sich unter anderem um Migration kümmert. Auch die Bundesliga, in der viele ausländische Profis spielen, macht sich für Integration stark. Ein Bewusstsein für das Problem habe der DHB schon, sagt Cachay, allerdings habe er es spät entwickelt.

```
.embed-container { position: relative; padding-bottom: 56.25%; height: 0; overflow: hidden; max-width: 100%; }
.embed-container iframe, .embed-container object, .embed-container embed { position: absolute; top: 0; left: 0; width: 100%; height: 100%; }
```

"Wir haben das Thema verschlafen, ich will mich da nicht ausschließen", sagt Georg Clarke, der als DHB-Vizepräsident für den Nachwuchs verantwortlich ist. Es fehlten Spieler mit Migrationshintergrund, aber es ändere sich etwas. In deutschen Handballvereinen spielten zunehmend Jugendliche, deren Eltern oder Großeltern aus Russland, Ex-Jugoslawien oder Polen stammten. Das gelte auch für die Kader der DHB-Nachwuchsteams, weiblich wie männlich.

### **WM-Titel 2007 hat viele geblendet**

Der Soziologe Cachay sagt, der Handball müsse das Problem noch offensiver angehen. Auch Leute aus der Liga fordern seit Jahren, der DHB müsse aktiver werden. Handball laufe nur selten im Fernsehen. Und in den Herkunftsländern vieler Menschen mit Migrationshintergrund habe Handball keine große Bedeutung, etwa in der Türkei, in Griechenland oder Italien.

Das allerdings erkläre laut Cachay noch nicht ausreichend, warum so wenige Kinder und Enkel von Einwanderern den Weg in die Handballhalle suchen. Der Sport müsse es genauer herausfinden. Allein, dass es keine Statistiken über Mitglieder mit Migrationshintergrund gebe, sage etwas über das Desinteresse. "Es gibt großen Forschungsbedarf, aber mir fehlt die Unterstützung seitens des Sports, auch durch den DOSB, der dieses Thema bei der Beurteilung eingereicherter Forschungsprojekte nicht priorisiert."

wo @WEilenberger recht hat: als in bayern aufgewachsener italiener fand ich handball als kind tatsächlich eigentümlicherweise sehr deutsch

- Filippo Cataldo (@filippocataldo) February 9, 2016

Cachay will zum Beispiel herausfinden, ob es "indirekte Formen der Fremdexklusion" im Handball gibt. So nennt die Wissenschaft unbeabsichtigte Signale, die Menschen von einem Vereinseintritt abhalten könnten. Er analysiert

Verspätete Willkommenskultur Handball ist deutsch, Fußball multikulturell. Doch das ändert sich gerade: Auch dem Handball geht der Nachwuchs aus.

dafür unter anderem Homepages von Vereinen und Zeitungsartikel und prüft, ob es für Menschen mit Migrationshintergrund möglicherweise subtile kulturelle Hürden gibt, die sich im Selbstbild und in der Sprache ausdrücken.

Das glaube er nicht, sagt Georg Clarke, der Nachwuchsmann vom DHB, aber er könne es auch nicht ausschließen. Im Vorgehen des Verbandes müsse vieles geprüft werden. Vor allem dürften nach dem Titelgewinn die Fehler von 2007 nicht wiederholt werden, als sich der Verband vom umjubelten WM-Titel blenden gelassen habe. Schon jetzt sei aber sicher: "Der deutsche Handball lebt eine ganz ausgeprägte Willkommenskultur."

**Load-Date:** February 11, 2016

---

End of Document

**Oben Cocktail, unten Asylantrag; Hunderte von Flüchtlingen campen in Paris unter unwürdigen Umständen. Die französische Hauptstadt ist überfordert, doch ganz normale Pariser helfen.**

ZEIT-online

Montag 13. Juli 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flüchtlinge in Paris; Ausg. 28

**Length:** 1762 words

**Byline:** Michael Neubauer

## Body

---

Die Zelte der **Flüchtlinge** am Quai d'Austerlitz, darüber führt die Treppe zum Club.

© Michael Neubauer

Die blonde Frau im Bikini hält sich an einem Plastikdelfin fest. Ihre Freundin steckt im Schwimmreifen und kichert. Ahmed M. schaut den Frauen zu, wie sie in dem Mini-Pool auf dem Restaurant-Schiff *Playtime* ihren Spaß haben. Er sieht sie von seinem Zelt am Kai an der Seine. 30 Meter ist das vertäute Schiff entfernt vom illegalen provisorischen **Flüchtlingscamp** im Osten von Paris, in dem Ahmed lebt. "Das da ist eine andere Welt", sagt er.

Jogger traben an den sogenannten Docks vorbei, wo aus früheren Lagerhallen die schicke *Cité de la Mode et du Design* entstanden ist. Pariser studieren hier Mode und amüsieren sich. Flanierende Touristen fotografieren die eng platzierten grünen und blauen Zelte der **Flüchtlinge**. Ahmeds Zelt steht auf zwei roten Holzpaletten am Kai, davor ein Kehrbesen und eine Plastikwanne, in der er T-Shirts einweicht. Er zieht die Zeltplane seines kleinen, von Hilfswerken gekauften Zeltbeiseite: drinnen eine Matratze, zwei Schlafsäcke - er teilt das Zelt mit einem anderen **Flüchtling**.

Eine Freitreppe führt mitten in seinem Camp hinauf auf die erste Etage des Gebäudes - in einen Szene-Club namens *Wanderlust*. Laute Pop-Musik dröhnt aus dem Getränkestand unter freiem Himmel. "Die da oben sind schon okay", sagt Ahmed, "aber leider läuft die Musik oft bis morgens um sechs Uhr, dann liege ich die Nacht wach." Nicht nur wegen der Lautstärke. Gegen vier Uhr sind manche Clubgäste ziemlich betrunken und vergessen, dass Flüchtlinge auch Menschen sind: "Dann werfen sie Kippen und Bierflaschen auf unsere Zelte." Oder sie spucken hinunter.

Ein Notlager inmitten einer Partymeile. Fast 20 Monate gibt es dieses Flüchtlingscamp schon. Ahmed ist 28 und lebt seit drei Monaten hier. Er floh aus dem Sudan. Er sagt nur: "Darfur". Ein Wort, das für ihn nicht weiter erklärt werden muss. Eine Region mit Bürgerkrieg, Rebellen, Milizen, Gewalt, Tod, Vergewaltigung, Vertreibung. Ahmed hat eine Wunde an der Schläfe, eine am Kinn, sie sind gut verheilt. "Kämpfe", sagt er. Soldaten attackierten seine Familie, "Mama, Papa, zwei Brüder, drei Schwestern - sie sind alle noch dort." Er floh.

Oben Cocktail, unten Asylantrag Hunderte von Flüchtlingen campen in Paris unter unwürdigen Umständen. Die französische Hauptstadt ist überfordert, doch ganz nor....

Ahmeds monatelanger Weg nach Europa gleicht dem vieler Flüchtlinge, die derzeit in Paris auf der Straße leben: erst nach Libyen. 1.500 Dollar kostete ihn der Platz auf dem Schleuserschiff übers Mittelmeer. Dann Italien. Mal Bus, mal Bahn, mal stundenlange Fußmärsche. Immer die Angst, von der Polizei aufgegriffen zu werden. Dann Paris. Ahmed fuhr weiter über Straßburg nach Hannover. Aber sein Asylantrag wurde vor einem Jahr abgelehnt, also fuhr er zurück nach Paris. Jetzt versucht er, hier Papiere zu bekommen.

Viele der 140 Flüchtlinge am Quai d'Austerlitz sind von der Reise erschöpft. Baschir aus dem Tschad erzählt von der Überfahrt übers Mittelmeer, wo er sich auf den überfüllten Booten tagelang kaum rühren konnte. Daniel aus Eritrea vom Kentern seines Bootes, 41 seiner Mitflüchtlinge starben. Jetzt hoffen diese Männer in Paris auf Hilfe und Schutz in Europa. Und warten unterm Wanderlust.

Die Gäste des Clubs "Wanderlust" blicken auf die Zelte.

© Michael Neubauer

Paris, die Stadt der Flüchtlinge. Die Metropole zieht sie an, und es werden immer mehr. Über 500 lebten derzeit unter freiem Himmel, schätzt das Rathaus. Für einen Teil von ihnen ist Paris nur eine Durchgangsstation. Sie wollen weiter nach Calais, um sich dort an Laster klammern, die durch den Tunnel nach Großbritannien fahren. Andere wollen nach Schweden, in die Niederlande und nach Deutschland. Paris ist mit der Situation überfordert.

Für Aufsehen sorgte im Juni die Räumung des Flüchtlingscamps unter der Hochbahn-Station La Chapelle im Norden der Stadt. Seit dem Sommer 2014 lebten dort 380 Flüchtlinge - darunter Frauen und Kinder - zwischen Ratten, Uringestank und dem ständigen Rattern der Métro. Schließlich schickten die Behörden Busse und Polizisten, um das Camp aufzulösen. Danach wurde ein Teil der Flüchtlinge von Stadt und Staat gut betreut. Andere jedoch irrten kurz danach wieder durch die Metropole.

Als die Polizei wenig später ein Flüchtlingslager bei der Jugendherberge in der Pajol-Halle im Norden der Stadt auflöste, kam es zu Gewalt. Sympathisanten der Flüchtlinge bildeten eine Schutzkette um die Flüchtlinge, manche attackierten die Polizisten, die Beamten setzten Tränengas ein. Linke und Hilfsvereine warfen der Regierung Brutalität und Planlosigkeit vor. Die Behörden wiederum sprachen von Demagogie und Instrumentalisierung der Migranten. Die grüne Ex-Ministerin Cécile Duflot bezeichnete die derzeitige Flüchtlingspolitik gar als "moralisches Waterloo".

Freiwillige geben im Camp Französischunterricht.

© Michael Neubauer

Ein klappriger weißer VW-Bus hält am Kai. Médecins Sans Frontières, steht darauf, Ärzte ohne Grenzen. Pierre Blanc steigt aus, geht auf die Flüchtlinge zu und sagt *bonjour*, wer krank sei, der könne zum Bus kommen. Jeden Tag macht der Bus hier Station. 20 bis 35 Flüchtlinge betreut der Ärtewagen durchschnittlich an einem Nachmittag an zwei Camps in Paris. "Viele haben Stress-Krankheiten von ihrer langen Reise, vom Leben auf der Straße; Magen- und Atemprobleme", sagt Blanc. "Viele leiden unter psychischen Problemen und Erschöpfungszuständen, einige unter Hautkrankheiten wie Krätze." Es bildet sich eine kleine Schlange vor der rollenden Praxis.

Für die Flüchtlingsorganisation France Terre d'Asile sind diese Lager unter freiem Himmel in Frankreichs Hauptstadt menschenunwürdig. Die Flüchtlinge mit positivem Asylbescheid hätten Recht auf eine Unterkunft, andere, die den sehr komplexen Asylantrag stellen wollten, müssten dies in würdigen Umständen tun können und bräuchten Begleitung. Das französische Asylbewerbungssystem hat aber enorme Mängel: durchschnittlich dauert es vier bis sechs Monate, bis ein Flüchtling überhaupt einen Termin bei der Präfektur bekommt - mindestens so lange lebt er auf der Straße. Asylverfahren in Frankreich beanspruchen zu viel Zeit, im Durchschnitt dauert es 19 Monate bis zu einer Entscheidung. Seit Jahren werden sie hin und hergeschickt, schlecht behandelt, verscheucht, kritisiert France Terre d'Asile.

**Viele Pariser wollen nicht mehr wegsehen**

Oben Cocktail, unten Asylantrag Hunderte von Flüchtlingen campen in Paris unter unwürdigen Umständen. Die französische Hauptstadt ist überfordert, doch ganz nor....

In Frankreich fehlt es auch an Unterkünften für die Flüchtlinge. Bisher gibt es 25.000 Betten in Aufnahmelagern, 20.000 Plätze in Notunterkünften. Doch für mindestens 25.000 Menschen fehlt es an Schlafplätzen. Als Reaktion auf die sich zuspitzende Lage und die zahlreichen wilden Lager in Paris kündigte Innenminister Bernard Cazeneuve vor Kurzem an, dass fast 10.000 neue Unterkünfte für Flüchtlinge und Asylbewerber geschaffen werden sollen.

Viele Pariser wollen nicht mehr wegsehen. So wie Olivier Mesnil. Er hat mit anderen Anwohnern ein Hilfskomitee gegründet. "Ich konnte einfach nicht zusehen, wie die Flüchtlinge auf dem Gehsteig vor meinem Haus schlafen und ich gleichzeitig selbst im warmen, weichen Bett liege", sagt er. Manchmal nehmen er und seine Helfer Flüchtlinge mit zu sich nach Hause, damit sie duschen können. Bis vor Kurzem hat er in der Halle Pajol im Norden von Paris Flüchtlinge mit Lebensmitteln versorgt, hier hatte sich ein neues Lager gebildet. Inzwischen wurde es friedlich geräumt.

Der 39-Jährige schaut regelmäßig in den kleinen Parks an der Metrostation La Chapelle vorbei, wo viele Flüchtlinge übernachten und Kinderrutschen als Regenschutz und Stauraum für ihr wenig Hab und Gut nutzen. Er warnt Flüchtlinge vor Dealern und aggressiven Crack-Abhängigen. Touristen auf dem Weg zu Montmartre bekommen von der Metrolinie 2 aus einen Blick auf dieses Flüchtlingsparis. Mesnil hat den Eindruck, dass die Behörden die Situation eskalieren lassen, damit die Flüchtlinge von sich aus verschwinden. "Das sind doch keine Hunde, sie haben ein Recht auf Asyl", sagt Mesnil. Sie hätten ihr Land nicht aus einer Laune verlassen, sondern weil ihr Leben dort bedroht sei.

### **Oben Cocktails, unten Durst**

Bürgermeisterin Anne Hidalgo sagte, sie sei stolz auf die Pariser und die Vereine, die eine beachtliche Solidarität zeigten. Jede Nacht finanziere die Stadt Paris Notunterkünfte für 30.000 Obdachlose und Flüchtlinge. Sie drängt aber darauf, dass sie auch verstärkt auf andere Départements verteilt werden. Hidalgo will, dass Paris Flüchtlinge besser empfängt und hat zwei Vorschläge gemacht: entweder ein Transit-Zentrum mit Unterkunftsmöglichkeiten für 250 bis 300 Flüchtlinge, die Asyl beantragen wollen. Oder ein Informationsbüro, wo die Flüchtlinge von den Vereinen eine erste Beratung bekommen und dann auf bestehende Unterkünfte verteilt werden. "Ich will niemanden mehr draußen auf den Pariser Gehsteigen in absolut unwürdigen Umständen schlafen sehen."

Das Thema spaltet das Land. Nach einer Umfrage der Zeitung *Libération* ist die Hälfte der Franzosen der Meinung, Frankreich solle weniger Flüchtlinge aufnehmen. Der rechtsextreme Front National nutzt das Flüchtlingsthema für sich. Auch die konservative Opposition schürt Ängste: mehr Hilfe und weitere Unterkünfte würden nur noch mehr Flüchtlinge anziehen. Der Name Sangatte macht auch in Paris die Runde: So heißt der kleine Ort direkt am Ärmelkanal in der Nähe des Eurotunnels, wo 1999 das Rote Kreuz ein Notlager für 200 Flüchtlinge errichtete, die nach Großbritannien wollten. Aus dem Provisorium wuchs ein Lager mit 1.600 Menschen. Innenminister Sarkozy ließ es 2002 auflösen. Eine Lösung war das nicht: Es entstanden einfach anderswo neue Sangattes.

Am Quai d'Austerlitz ist Aperitif-Zeit - in der ersten Etage. Im Wanderlust trinken die Gäste gekühlten Rosé und 12-Euro-Cocktails. Mitarbeiter stellen Liegestühle für das Freiluftkino auf. Aus den benachbarten Büroglastürmen des Neubauviertels im Osten kommen die Angestellten und genießen von der Club-Terrasse den Blick auf die Seine, die vorbeifahrenden Frachtkähne und das mächtige Finanzministerium Bercy auf der anderen Uferseite. Victor Chevalier sitzt mit seinem Kumpel in der Sonne und trinkt sein Corona-Bier. Er kann die Flüchtlinge unter sich beobachten. Die stören ihn nicht, sagt der 25-Jährige. "In Paris ist man dieses nebeneinander sowieso gewohnt", es gebe ja auch viele Obdachlose. Chevalier wird nachdenklich. "Ich oben, wo alles okay ist - die unten, im Elend", sagt er. Toll sei es aber, dass die da unten gerade Französisch lernten. Tatsächlich stehen zwei Frauen vor Tafeln, auf dem Boden sitzen Flüchtlinge mit Schreibheften und hören ihnen aufmerksam zu. Unter ihnen ist auch Ahmed. Auf der Tafel stehen die Sätze "Ich habe Hunger, ich habe Durst".



Oben Cocktail, unten Asylantrag Hunderte von Flüchtlingen campen in Paris unter unwürdigen Umständen. Die französische Hauptstadt ist überfordert, doch ganz nor....

---

End of Document

**Europa zeigt sein kaltes Herz; Die EU versagt in der Flüchtlingskrise, selbst Deutschland kapituliert. Die Innenminister müssen heute eine Umverteilung beschließen, sonst droht eine Katastrophe.**

ZEIT-online

Montag 14. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Flüchtlinge; Ausg. 37

**Length:** 1423 words

**Byline:** Ludwig Greven

## **Body**

---

Ein Junge sitzt auf den Gleisen im Grenzgebiet zwischen Ungarn und Serbien.

© Matthias Schrader/dpa

Nun ist die Lage so dramatisch, dass sich auch die Bundesregierung zur Kehrtwende gezwungen sah. Eine Woche lang hatte Deutschland **Flüchtlinge** aus Ungarn ohne Kontrollen und ohne Registrierung einreisen lassen und war dafür weltweit gefeiert worden. Doch am Ende waren selbst im größten und stärksten Land der EU die Aufnahmekapazitäten erschöpft. Und so beschloss die Bundesregierung am Sonntag, vorerst wieder Grenzkontrollen einzuführen. Nichts geht mehr.

Dabei hatte Angela Merkel noch Ende vergangener Woche erklärt, für das Grundrecht auf **Asyl** gebe es keine Obergrenze, ebenso wenig für "die **Flüchtlinge**, die aus der Hölle eines Bürgerkriegs zu uns kommen". Damit hatte sie unter den Zufluchtsuchenden große Erwartungen ausgelöst. Und in vielen europäischen Regierungszentralen Unverständnis.

Kaum ein EU-Land ist dem deutschen Beispiel gefolgt. Dabei gilt doch die Verpflichtung, Notleidenden und Verzweifelten zu helfen, nicht nur für Deutschland, sondern für die gesamte Europäische Union. Sie ist ihr in den vergangenen Monaten bei Weitem nicht gerecht geworden. In der größten Krise, mit der sie bisher konfrontiert war, reagiert sie hilflos, ängstlich und völlig zerstritten. Nur 9 der 28 Länder, allen voran Deutschland und Schweden, nehmen überhaupt nennenswert **Flüchtlinge** auf. Die Länder im Süden sind völlig überfordert, wie jetzt auch die Bundesrepublik. Die anderen, vor allem in Osteuropa, schauen nur abwehrend zu. So also sieht Europa aus, wenn es wirklich gefordert ist!

Als es im Frühsommer um Griechenland ging, einigte man sich am Ende nach zähen Verhandlungen auf ein weiteres Milliarden-Hilfspaket. Und als es zu Beginn der Finanzkrise um die Rettung von Banken ging, gaben die Führenden der EU über Nacht Hunderte Milliarden an Krediten frei. Jetzt aber, wo es gilt, Menschen zu retten, ihnen Schutz, Nahrung und medizinische Versorgung zu gewähren und einem Teil von ihnen auch Arbeit und Wohnungen zu geben, zeigt ein großer Teil des Kontinents sein kaltes Herz.

Europa zeigt sein kaltes Herz Die EU versagt in der Flüchtlingskrise, selbst Deutschland kapituliert. Die Innenminister müssen heute eine Umverteilung beschließen....

Solidarität ist oft beschworen worden in der Eurokrise. Jetzt aber ist Beistand in einem viel umfassenderen Sinn gefragt: Unterstützung für die Menschen, die kommen, aber auch für die Länder, die die Hauptlast tragen. Und dazu gehören diesmal auch große und reiche wie Deutschland und Italien.

Die osteuropäischen Länder, aber auch Großbritannien, Dänemark oder Finnland, verweigern sich in nationalem Egoismus dieser Solidarität und einer Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Länder. Die Osteuropäer, die nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und ihrer Aufnahme in die EU selbst so viel Solidarität erfahren haben und aus denen zu kommunistischer Zeit selbst Zehntausende geflohen waren, möchten die Flüchtlingslast weiter auf die Länder abwälzen, die davon geografisch wegen ihrer Randlage oder wegen ihrer Wirtschaftskraft wie Deutschland am stärksten betroffen sind. Dabei haben auch sie die europäische Grundrechtscharta und die Genfer Flüchtlingskonvention unterschrieben, auch sie sind einer gemeinsamen Asylpolitik verpflichtet.

Die Europäische Union ist eine Verantwortungsgemeinschaft. Das gilt nicht nur in wirtschaftlichen und finanziellen Krisen. Das gilt erst recht, wenn es um die Grundwerte geht: um die Würde des Menschen - egal ob der aus Krefeld, Krakau, Brünn oder Damaskus kommt. Die Menschenwürde zu verteidigen und zu wahren, Menschen in Not zu helfen, ist noch wesentlich zentraler, als sich gegenseitig finanziell zu unterstützen. Mit der Würde des Menschen verträgt sich aber nicht, wie Ungarns Viktor Orbán sein Land mit Stacheldraht und Soldaten abzuriegeln und die trotzdem Ankommenden in elendigen Lagern unterzubringen, damit sie möglichst schnell Richtung Norden weiterziehen. Und es verträgt sich ebenso wenig damit, nur Christen ins Land lassen zu wollen oder nur eine winzige Zahl von Flüchtlingen überhaupt.

Die Osteuropäer wollen ihre nationale, kulturelle und konfessionelle Identität verteidigen. Auch ein erheblicher Teil der Bevölkerung in den westlichen Ländern möchte das. Aber ein Europa der offenen Grenzen, das mit der ganzen Welt Handel treibt und intern zusammenwächst, kann sich nicht abschotten. Auch dann nicht, wenn Menschen in großer Zahl aus anderen Kulturen kommen. Es gilt vielmehr, diese Aufgabe gemeinsam zu meistern.

Ein erster Schritt wäre es, wenn sich die Innenminister auf ihrem Krisentreffen an diesem Montag auf den Verteilungsschlüssel für 160.000 anerkannte Asylbewerber einigen würden, den die Kommission vorgeschlagen hat. Denn das Dublin-Abkommen, das die Lasten bislang allein den Erstaufnahmeländern auflud, ist gescheitert, selbst wenn Bundesinnenminister Thomas de Maizière am Sonntag seine Gültigkeit bekräftigte.

Längerfristig geht es nicht ohne eine permanente Quote, um die hauptsächlich betroffenen Länder auf Dauer zu entlasten. Der Flüchtlingsandrang wird nicht zu Ende sein, wenn der Winter kommt. Man schaue sich nur die Situation in Syrien, im Irak und in Afghanistan an, um zu begreifen, dass von dort noch Millionen kommen können. Und dies geht alle Länder der Union an.

Man sollte sich auch nicht der Illusion hingeben, dass sich Verzweifelte und dem Krieg Entkommene durch Zäune, wie sie jetzt Ungarn baut, aufhalten ließen. Sie werden sich dann nur andere Wege suchen. Und um den ganzen Schengen-Raum einen neuen Eisernen Vorhang errichten, das möchte hoffentlich niemand.

Europa muss deshalb dringend lernen, mit dieser Herausforderung umzugehen, die so schnell nicht verschwinden wird. Angela Merkel hat auf die Notlage in Ungarn richtig reagiert und in einer großzügigen Geste Zehntausende gestrandete Flüchtlinge nach Deutschland gelassen. Die Menschen hier haben sie überaus herzlich begrüßt, vergessen waren mit einem Mal die Brandanschläge gegen Asylunterkünfte und rechten Pöbeleien. Und selbst in Ungarn mit seiner rechtsnationalistischen Regierung wächst die Hilfe für die Flüchtlinge aus der Zivilgesellschaft. Beides zeigt, dass die Regierenden keine Angst vor ihren Bürgern und einer mangelnden Aufnahmebereitschaft haben müssen.

Sicherlich tun sich Polen, Ungarn, Tschechien, die Slowakei und die baltischen Staaten noch schwer damit, sich als Einwanderungsländer zu begreifen. Selbst Deutschland hat lange dafür gebraucht, und die osteuropäischen Staaten haben erst nach dem historischen Umbruch 1990 ihre nationale Unabhängigkeit wiedererlangt. Sie sind noch dabei, sich zu finden und sich zu öffnen. Aber die Größe der Aufgabe und ihre Dringlichkeit lässt es nicht zu, wie in der EU üblich monatelang zu feilschen. Die von der Kommission vorgeschlagene Quote nimmt Rücksicht auf

Europa zeigt sein kaltes Herz Die EU versagt in der Flüchtlingskrise, selbst Deutschland kapituliert. Die Innenminister müssen heute eine Umverteilung beschließen....

die jeweilige Einwohnerzahl, Wirtschaftskraft, die Arbeitslosenzahl und die Zahl der schon aufgenommenen Schutzsuchenden. Das ist fair und gerecht und sollte auch den Osteuropäern zuzumuten sein.

### **Einheitliche Asylverfahren**

Dringend ist aber auch, dass sich die Minister endlich auf einheitliche Asylverfahren und -standards einigen. Das würde zumindest einen Teil des Migranten-"Tourismus" verhindern. Es sollten weitere EU-Registrierungszentren am Südrand Europas eingerichtet werden, um die überforderten Behörden in Griechenland, Italien und Ungarn zu entlasten und die Ankommenden gegebenenfalls von dort aus gleich zu verteilen.

Für einen Teil derjenigen vor allem vom Balkan, die lediglich aus wirtschaftlicher Not kommen und sich ein besseres Leben in der EU erhoffen, sollte die Gemeinschaft im Rahmen einer gemeinsamen Einwanderungspolitik Korridore eröffnen. Denn die alternden Gesellschaften auf dem Kontinent brauchen junge, tatkräftige Einwanderer. Ein Teil wird aber auch zurückgeschickt werden müssen, am besten von der EU, nicht von den einzelnen Ländern.

### **Ein Kern muss im Zweifel vorangehen**

Leicht wird das alles nicht, weder für die EU noch für die Mitgliedstaaten. Sie werden noch auf Jahre hinaus damit beschäftigt sein, die Neuankömmlinge zu integrieren, es wird sie verändern wie die Gemeinschaft insgesamt. Aber nichts zu tun, würde die Lage nur noch schwieriger machen und die EU sprengen.

Wenn sich die osteuropäischen Länder auf Dauer sperren, Flüchtlinge in nennenswerter Zahl aufzunehmen, wird den Übrigen nichts anderes bleiben, als mit einem Kern der Willigen voranzugehen. Denn zwingen kann man kein Land, wenn es Menschen nicht aufnehmen und integrieren will; und die würden im Zweifelsfall auch nur weiterziehen. Eine solche Abwehrfront allerdings würde einen tiefen Keil in die Union treiben und sie in ihrem Kern treffen: der Humanität.

**Load-Date:** September 15, 2015

**"Die Verlierer sind die Jugendlichen"; Rostock stoppt ein Wohnprojekt für Migranten, weil die Polizei deren Sicherheit nicht garantiert. Sozialsenator Bockhahn fordert den CDU-Innenminister zum Handeln auf.**

ZEIT-online

Mittwoch 3. August 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Rostock; Ausg. 32

**Length:** 738 words

**Byline:** Tilman Steffen

## Body

---

**Flüchtlinge** in Rostock

© Jens Büttner/dpa

**ZEIT ONLINE:** Herr Bockhahn, Sie haben in Ihrer Stadt ein Wohnprojekt für **Migrantenfamilien** gestoppt und verlegen minderjährige **Flüchtlinge** aus dem Stadtteil Groß Klein in andere Quartiere, weil sie dort bedroht werden. Wie viele Menschen sind betroffen?

**Steffen Bockhahn:** Geplant war im Rostocker Stadtteil Groß Klein ein Wohnzentrum, in das große Familien einziehen sollten - unabhängig von ihrer Herkunft. Bisher haben wir nicht ausreichend adäquate Wohnungen für kinderreiche oder Großfamilien in der Stadt. Wir wollten Platz schaffen für bis zu 120 Menschen. Doch dazu wird es jetzt nicht kommen.

Die verlegten Jugendlichen gehörten zu einer gemischten Wohngruppe aus Flüchtlingen und Deutschen. In Rostock leben insgesamt etwa 150 Jugendliche in solchen Gruppen. Wie viele davon in Groß Klein wohnen, werde ich aus Sicherheitsgründen keinem verraten. Nur soviel: Die Zahl 20, die in Berichten genannt wurde, ist zu hoch gegriffen.

**ZEIT ONLINE:** Warum müssen die Jugendlichen jetzt dort wegziehen?

**Bockhahn:** Ich musste die Jugendlichen mit Migrationshintergrund aus der Wohngruppe herausnehmen. Wir können solche Betreuungsangebote nur machen, wenn die Sicherheit der Bewohner gewährleistet ist. Das war nach Auskunft der Polizei und des Landesinnenministeriums dort nicht zu gewährleisten. Da diese konkrete Zusage fehlte, musste ich mich dagegen entscheiden. Denn für die minderjährigen Jugendlichen ist die Hansestadt Rostock so etwas wie der Erziehungsberechtigte, als Sozialsenator bin ich dafür verantwortlich, dass ihnen nichts passiert.

**ZEIT ONLINE:** Was waren die konkreten Bedenken?

"Die Verlierer sind die Jugendlichen" Rostock stoppt ein Wohnprojekt für Migranten, weil die Polizei deren Sicherheit nicht garantiert. Sozialsenator Bockhahn f....

**Bockhahn:** Es gab mit der Rostocker Polizei wegen der Einrichtungen in Groß Klein einen engen Austausch. Die Gefährdungsanalyse erstellt am Ende aber die Polizei, nicht ich. Ich kann nur soviel sagen: Um das Betreuungszentrum provozierten immer wieder einige wenige Menschen aus dem Stadtteil. Aus der Einrichtung heraus kamen dann Reaktionen der Jugendlichen: Sie schlugen auch mal zu, oder nach körperlichen Angriffen auch zurück. Das ist vielleicht nachvollziehbar, aber nicht akzeptabel, denn Gewalt ist abzulehnen.

**ZEIT ONLINE:** Wer sind die Provozierer? Waren die organisiert?

**Bockhahn:** Anfangs waren es Einzelne. Heute ist es eine klar organisierte Truppe von Rechtsextremisten. Im Juni zog sie an zwei aufeinanderfolgenden Wochenenden mit jeweils etwa 15 Personen an der Unterkunft auf. Darüber hinaus gab es kleinere Pöbeleien. Die Täter sind bei den Beobachtern der rechten Szene gut bekannt, teils namentlich.

**ZEIT ONLINE:** Was wäre denn aus Ihrer Sicht für mehr Sicherheit erforderlich? Könnten zusätzliche Streifendienste der Polizei oder ein Wachdienst mehr Sicherheit für die Bewohner schaffen?

**Bockhahn:** Es gibt bereits einen Sicherheitsdienst, der wurde in Abstimmung mit der Polizei eingesetzt. Warum die Polizei den Bewohnern nicht den notwendigen Schutz zusichern kann, müsste der Landesinnenminister erklären. Er ist zuständig für Sicherheit und Ordnung und sollte auch dafür sorgen. Fragen zur Sicherheitslage kann nicht der Sozialsenator beantworten.

**ZEIT ONLINE:** Der Fall erinnert an 1992, wo die Polizei im Stadtteil Lichtenhagen Bewohner einer belagerten Ausländerunterkunft aus der Stadt brachte ...

**Bockhahn:** Damals war die Situation eine völlig andere. Die Ausländer wohnten inmitten eines Wohngebietes in einer überfüllten Massenunterkunft. Man hatte sie dort lange Zeit sich selbst überlassen. Heute wirken wir Eskalationen gezielt entgegen. Hinzu kommt, dass Ausländerfeindlichkeit kein Rostocker Phänomen ist. Es gibt auch hier Extremisten und Faschisten, aber wir haben die nicht exklusiv.

**ZEIT ONLINE:** Politiker der Grünen und andere Verantwortliche kritisieren jetzt, man dürfe sich nicht von Ausländerfeinden vorschreiben lassen, wo Flüchtlinge leben sollen und wo nicht. Haben aus Ihrer Sicht die Rechten einen Sieg errungen?

**Bockhahn:** Ich gratuliere jedem, der so eine Entscheidung nicht treffen muss. Es ist mir nicht leicht gefallen und ich weiß, dass diese Festlegung nicht nur Vorteile hat. Zuerst haben aber die Jugendlichen verloren, die hier bei uns Schutz suchen und nun bis auf Weiteres woanders untergebracht werden müssen. Das ist schwer zu ertragen.

**Load-Date:** August 3, 2016

**Flüchtlinge sollen kommen, aber nicht ewig bleiben; Die Mehrheit der Deutschen befürwortet laut Umfrage die Aufnahme von Flüchtlingen. Doch sobald es in ihrer Heimat wieder sicher ist, sollen sie dorthin zurückkehren.**

ZEIT-online

Mittwoch 25. Mai 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Integration; Ausg. 22

**Length:** 309 words

## Body

---

Zeltlager für **Flüchtlinge** in Celle

© Alexander Koerner/Getty Images

Weiterhin willkommen: Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) befürworten rund 81 Prozent der Deutschen weiterhin grundsätzlich die Aufnahme von **Flüchtlingen**. Und das, obwohl die Mehrheit der Befragten mit der Zuwanderung mehr Risiken als Chancen verbindet. Zugleich plädieren rund drei Viertel der Befragten dafür, dass **Flüchtlinge** in ihre Herkunftsländer zurückkehren sollten, sobald ihnen dort keine Gefahr mehr droht. Und das auch, wenn sie zuvor mehrere Jahre in Deutschland gelebt haben.

Für das repräsentative Stimmungsbarometer zu Geflüchteten in Deutschland befragten Forscher des DIW im März 2016 rund 2.000 Deutsche aus verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Dabei wurde deutlich, dass sich verschiedene soziale Gruppen in ihrer Einstellung gegenüber Flüchtlingen und Migration nur geringfügig unterscheiden. Jeder zweite Befragte gab an, das kulturelle Leben in Deutschland durch die Zuwanderung von Geflüchteten bedroht zu sehen. Dabei wird die Gefahr vor allem auf muslimische Flüchtlinge projiziert.

Während drei Viertel der Befragten davon ausgehen, dass sich die Zuwanderung insgesamt eher negativ auf die Gesellschaft auswirkt, halten es drei von vier Befragten für eher unwahrscheinlich, dass sie persönlich mit negativen Konsequenzen zu rechnen haben.

Die Ergebnisse des DIW-Stimmungsbarometers weisen leicht niedrigere Zustimmungsraten gegenüber Geflüchteten auf als eine kürzlich veröffentlichte internationale Studie der Menschenrechtsorganisation Amnesty International. Die war Mitte Mai zu dem Ergebnis gekommen, dass 96 Prozent der in Deutschland Befragten Flüchtlinge in Deutschland akzeptieren. Im Ländervergleich gehörte Deutschland damit neben China und Großbritannien zu den Ländern mit der größten Offenheit gegenüber Geflüchteten.

**Load-Date:** May 25, 2016

Flüchtlinge sollen kommen, aber nicht ewig bleiben Die Mehrheit der Deutschen befürwortet laut Umfrage die Aufnahme von Flüchtlingen. Doch sobald es in ihrer He....

---

End of Document



**Gebt ihnen sicheres Geleit; Aktivisten fordern eine sichere Passage für Flüchtlinge durchs Mittelmeer. Europas Regierungen sollten sie gewähren - auch aus ganz pragmatischen Gründen.**

ZEIT-online

Freitag 7. August 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flüchtlinge; Ausg. 32

**Length:** 616 words

**Byline:** Alexandra Endres

## Body

---

Gerettete **Flüchtlinge** warten am 6. August auf dem irischen Marineschiff "Le Niamh" in Palermo darauf, dass sie an Land gehen können.

© Guglielmo Mangiapane/Reuters

Vielleicht ist es ja naiv. Naiv, zu hoffen, die nach jeder Schiffskatastrophe wiederholten Ankündigungen der europäischen Politiker, mehr für die Rettungen von **Flüchtlingen** auf dem Mittelmeer zu tun, seien ernst gemeint - und würden nicht immer wieder in den Hintergrund gedrängt durch egoistische Interessen einzelner Staaten, Parteien oder Wählergruppen.

Am Mittwoch kenterte wieder einmal ein Boot vor der libyschen Küste, in dem etwa 600 Flüchtlinge dicht gedrängt auf Rettung warteten. Weniger als 400 überlebten.

Seit Monaten und Jahren spielen sich immer wieder solche Katastrophen vor der Küste Europas ab. Rund 2000 Flüchtlinge sind in diesem Jahr bereits ertrunken, als sie versuchten, Europa zu erreichen. All die Flüchtlingsgipfel der EU haben die Gefahren der Überfahrt nicht gemindert, auch wenn jetzt mehr Rettungsschiffe auf dem Mittelmeer patrouillieren. Dennoch wagen sich immer noch Tausende aufs Meer, jeden Tag. Schon einen Tag nach dem Untergang des Bootes vor Libyen geriet erneut ein Boot in Seenot. Wieder war es völlig überfüllt, doch diesmal konnten Hilfsorganisationen die 600 Passagiere retten.

Wie viele ertrinken wohl, ohne dass je irgendjemand davon erfährt?

Nur wenige Tage zuvor hatten sich die Mitgliedsländer der Vereinten Nationen auf ihre Vision einer gerechteren Welt geeinigt - konkretisiert in 17 Entwicklungszielen, die jetzt beschlossen sind und im September offiziell verabschiedet werden sollen. Sie zeichnen eine Welt ohne Armut und Hunger, in der alle Menschen in Frieden und gleichberechtigt miteinander leben können.

Das klingt so schön, dass es fast schon kitschig ist; und die Kluft zwischen der Zukunftsvision der UN und der Realität im Mittelmeer ist zum Verzweifeln groß. Doch die Liste mit den 17 Zielen ist eine politische

Gebt ihnen sicheres Geleit Aktivisten fordern eine sichere Passage für Flüchtlinge durchs Mittelmeer. Europas Regierungen sollten sie gewähren - auch aus ganz p....

Willenserklärung aller Regierungen, deren Länder Mitglied der Vereinten Nationen sind. Unter ihnen sind die reichsten und mächtigsten Staaten der Welt. Wer sollte in der Lage sein, die Welt zu ändern, wenn nicht sie?

Im September wollen die Vereinten Nationen neue Entwicklungsziele verabschieden. Sie sollen auch für die reichen Industriestaaten gelten, nicht nur für die Armen - ein Paradigmenwechsel. Wir stellen jede Woche ein Ziel vor. Ein Klick auf das Bild bringt Sie zur Übersicht.

Im zehnten ihrer Ziele versprechen die UN-Mitglieder, die Ungleichheit zu bekämpfen. Dazu gehört, versteckt in einem Unterpunkt, das Ziel, eine "ordentliche, sichere, regelmäßige und verantwortliche Migration und Mobilität der Menschen zu fördern".

Es ist genau das, was Aktivisten von Pro Asyl und das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR jetzt fordern. Sichere Passagen für Flüchtlinge wären auch im Sinne einer ganz pragmatischen Politik: Wer dem Bürgerkrieg in Syrien, der Repression in Eritrea entkommen ist oder schlimmer Not in einem anderen Land, lässt sich ganz offensichtlich von der Lebensgefahr einer Überfahrt nicht schrecken. Die Flüchtlinge werden also kommen, so oder so. Also sollten die europäischen Länder ihre Verantwortung übernehmen, um dafür zu sorgen, dass die Menschen auf ihrer Flucht nicht sterben.

Deshalb muss es sichere Passagen für die Flüchtlinge geben. Auf dem Papier der Vereinten Nationen haben auch Europas Regierungen dem schon zugestimmt, und auch sie werden die neuen Ziele der UN im September förmlich verabschieden. Völkerrechtlich verbindlich ist das zwar nicht - aber doch eine eindeutige Willenserklärung. Wie ernst Europa es aber wirklich meint mit seinem Einsatz für eine bessere Welt, das entscheidet sich heute schon im Mittelmeer.

**Load-Date:** August 7, 2015

**De Maizière will Integrationsverweigerer bestrafen; Der Innenminister plant eine Verschärfung des Ausländerrechts. Flüchtlinge, die Integrationsangebote ablehnen, sollen keinen uneingeschränkten Aufenthaltstitel bekommen.**

ZEIT-online

Samstag 26. März 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Flüchtlinge; Ausg. 13

**Length:** 359 words

## **Body**

---

Junge **Flüchtlinge** informieren sich bei einer Veranstaltung in Berlin über Ausbildungsmöglichkeiten.

© Carsten Koall/Getty Images

Bundesinnenminister Thomas de Maizière will **Flüchtlinge** sanktionieren, die Integrationsangebote ablehnen. Für diejenigen, die sich weigerten, Deutsch zu lernen und die Arbeitsangebote ausschlagen würden, könne es nicht nach drei Jahren eine unbefristete Niederlassungserlaubnis geben, sagte der CDU-Politiker der ARD. Die bisher geltende Rechtslage müsse entsprechend geändert werden.

Die neuen Regeln will de Maizière gemeinsam mit Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) erarbeiten. Sie sehen laut de Maizière vor, dass die dauerhafte Niederlassungserlaubnis unter Umständen verweigert werden kann. Die Vorlage könnte im Mai im Bundeskabinett beschlossen werden.

Auch die sogenannte Residenzpflicht will de Maizière neu regeln. Dazu plant die Bundesregierung eine neue Wohnsitzauflage, nach der Flüchtlinge verpflichtet sind, an einem Ort zu bleiben. Zwei syrische Flüchtlinge hatten dagegen vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) geklagt, Anfang März bestätigte das Gericht jedoch das Gesetz unter Auflagen.

Mit der neuen Regelung hofft de Maizière, eine befürchtete "Ghettobildung" in Ballungszentren vermeiden zu können. "Deswegen wollen wir regeln, dass auch anerkannte Flüchtlinge - jedenfalls solange sie keinen Arbeitsplatz haben, der ihren Lebensunterhalt sichert - sich an dem Ort aufhalten, wo wir das als Staat für richtig halten, und nicht, wo das der Flüchtling für richtig hält."

Die Niederlassungserlaubnis ist im Gegensatz zur Aufenthaltserlaubnis ein unbefristeter Aufenthaltstitel und Voraussetzung dafür, räumlich uneingeschränkt wohnen und arbeiten zu können. Die Verleihung ist an eine Reihe von Bedingungen geknüpft - von einem gesicherten Einkommen bis hin zu Deutschkenntnissen. Zudem macht das Aufenthaltsgesetz einen Unterschied zwischen Migranten und Flüchtlingen - also Menschen, die aus humanitären Gründen eine Aufenthaltserlaubnis erhalten haben. Flüchtlinge erhalten bisher nach drei Jahren den unbefristeten Titel, alle anderen erst nach fünf.

De Maizière will Integrationsverweigerer bestrafen Der Innenminister plant eine Verschärfung des  
Ausländerrechts. Flüchtlinge, die Integrationsangebote ablehnen....

**Load-Date:** March 26, 2016

---

End of Document

**Auch leere Betten kosten Geld; In Deutschland kommen immer weniger Flüchtlinge an. Viele Erstaufnahmeeinrichtungen stehen fast leer. Was sich gut anhört, schafft auch große Probleme.**

ZEIT-online

Freitag 8. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Flüchtlinge; Ausg. 15

**Length:** 1347 words

**Byline:** Judith Colling

## Body

---

In vielen Erstaufnahmeeinrichtungen ist mehr als die Hälfte der Betten leer. Einige Notunterkünfte werden bereits zurückgebaut.

©Sean Gallup/Staff/Getty Images

Gerade erst eingerichtet und schon überflüssig: Im rheinland-pfälzischen Herxheim und in Alzey wurden im März zwei Erstaufnahmeeinrichtungen für **Flüchtlinge** fertig gestellt. Nur wird darin vorerst niemand wohnen. Sie wechseln direkt von der Bauphase in den Standby-Betrieb: leer, aber bewacht und reaktivierbar. In ganz Deutschland stehen immer mehr Erstaufnahmeeinrichtungen leer. Der Grund: Es kommen kaum noch **Flüchtlinge** in Deutschland an. Die Auslastung der Unterkünfte liegt in den meistens Bundesländern bei unter 50 Prozent (siehe Grafik).

```
<div class="article__item x-spacing"><iframe src="//d3profa6mo6ewq.cloudfront.net/UIW5h/6/" frameborder="0"
allowtransparency="true" allowfullscreen="allowfullscreen" webkitallowfullscreen="webkitallowfullscreen"
mozallowfullscreen="mozallowfullscreen" oallowfullscreen="oallowfullscreen"
msallowfullscreen="msallowfullscreen" width="100%" height="420"></iframe></div>
```

In Deutschland ankommende Flüchtlinge werden nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel, der Bevölkerungszahl und Steuereinnahmen berücksichtigt, auf die Bundesländer verteilt und in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht. Erst nach der Registrierung und wenn der Asylantrag gestellt ist, werden sie auf die Kommunen weiter verteilt. Ihr Platz in der Erstaufnahmeeinrichtung wird somit frei. Seitdem die Balkanroute dicht ist und auch durch den EU-Türkei-Deal weniger Boote auf den griechischen Inseln landen, sinkt die Zahl der ankommenden Flüchtlinge. So wurden im März nach Angaben von Innenminister Thomas de Maizière im Tagesdurchschnitt nur 200 Grenzübertritte registriert.

In Thüringen sind beispielsweise nur rund 13 Prozent der vorhandenen Plätze in Erstaufnahmeeinrichtungen belegt. Im März kamen nur 240 Flüchtlinge an. "So geringe Zahlen hatten wir im gesamten vergangenen Jahr nicht", sagt Oliver Will, Pressesprecher des thüringischen Ministeriums für Migration, Justiz und

Auch leere Betten kosten Geld In Deutschland kommen immer weniger Flüchtlinge an. Viele Erstaufnahmeeinrichtungen stehen fast leer. Was sich gut anhört, schafft....

Verbraucherschutz. Nur drei der insgesamt zehn Standorte, die das Land betreibt, seien derzeit überhaupt belegt. Ähnlich, wenn auch nicht so extrem, sieht die Situation in den anderen Flächenländern aus.

Einige haben begonnen, zumindest die Plätze in den provisorischen Notunterkünften zu reduzieren. Nordrhein-Westfalen habe 4.000 Plätze streichen können, sagt Dana Zimmermann, Pressesprecherin des Innenministeriums in Nordrhein-Westfalen. Turnhallen werden geräumt, damit Schulen und Vereine wieder Sportunterricht und Training anbieten können. In Schleswig-Holstein konnte das Innenministerium außerdem eine nicht belegte Unterkunft mit 320 Plätzen endgültig schließen.

Während die Flüchtlinge in den Flächenländern so bald wie möglich die Erstaufnahmeeinrichtungen verlassen sollen und Landkreise oder Kommunen die Zuständigkeit übernehmen, sieht es in den Stadtstaaten anders aus. Wohnungen sind hier knapp. Entsprechend schwierig ist es, die Flüchtlinge dezentral unterzubringen. Viele müssen länger in den Gemeinschaftseinrichtungen bleiben. In Bremen gibt es deshalb keine klare Unterscheidung zwischen Erstaufnahme- und Folgeunterkünften. So könnten bei Engpässen Plätze in Nachfolgeeinrichtungen in Erstaufnahmekapazitäten umgewandelt werden - und umgekehrt, sagt Bernd Schneider, Sprecher der Bremer Senatorin für Soziales. Das macht jedoch einen Vergleich der Zahl der Erstaufnahmeplätze mit den Flächenstaaten schwierig.

Berlin verhandelt derzeit über eine Außenstelle in Brandenburg. Ähnliche Gespräche führt Hamburg mit Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Zwar wären weiterhin die Stadtstaaten für die Flüchtlinge zuständig und würden die Kosten tragen, doch stünde so zumindest mehr Platz zur Verfügung.

In den Flächenländern stehen die Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder auch deshalb leer, weil die Flüchtlinge aus dem vergangenen Herbst inzwischen auf kommunale Folgeunterkünfte verteilt worden sind. Das bedeutet auch: Die kommunalen Unterkünfte sind größtenteils gut ausgelastet. Die Kommunen erhalten von den Ländern Geld für die Flüchtlingsunterbringung. In den meisten Fällen wird pro Flüchtling und Monat oder Jahr gezahlt. Darin sind die 670 Euro, die wiederum der Bund den Ländern seit Anfang des Jahres pro Flüchtling und Monat überweist, zum Teil oder ganz erhalten. Der exakte Betrag fällt dabei höchst unterschiedlich aus: Während Thüringen den Gemeinden lediglich 566 Euro im Monat erstattet, beteiligt sich das Land Hessen je nach Landkreis mit bis zu 1.050 Euro pro Flüchtling und Monat. Jedes Bundesland fördert zusätzlich nach eigenem Ermessen Gesundheitskosten, Investitions- oder Betreuungskosten. Thüringen übernimmt die Bewachungskosten für Gemeinschaftsunterkünfte.

<div class="article\_\_item x-spacing"><iframe src="//d3profa6mo6ewq.cloudfront.net/1FI7v/1/" frameborder="0" allowtransparency="true" allowfullscreen="allowfullscreen" webkitallowfullscreen="webkitallowfullscreen" mozallowfullscreen="mozallowfullscreen" oallowfullscreen="oallowfullscreen" msallowfullscreen="msallowfullscreen" width="100%" height="750"></iframe></div>

Einen eigenen Weg geht Bayern: Der Freistaat betreut die Flüchtlinge während des gesamten Asylverfahrens selbst und trägt auch alle Kosten, auch wenn die Flüchtlinge schon auf die Kommunen verteilt sind. Erst, wenn die Asylbewerber einen Aufenthaltsstatus erhalten, tragen die bayrischen Städte und Gemeinden die weiteren Kosten.

In Nordrhein-Westfalen verteilt das Land die Flüchtlinge schnellstmöglich auf die einzelnen Gemeinden. Das Problem: Die pauschale Jahreszahlung richtet sich dabei nicht danach, wie viele Flüchtlinge eine Kommune tatsächlich aufgenommen hat, sondern wie viele es Anfang des Jahres waren, sagt Martin Lehrer, Pressesprecher des Städte- und Gemeindebunds Nordrhein-Westfalen. Steigt die Zahl, soll der fehlende Betrag erst Anfang 2017 ausgeglichen werden.

Aber auch sinkende Flüchtlingszahlen können für manche Kommune zum Problem werden: Aufgrund der hohen Zugangszahlen im vergangenen Jahr haben viele Kommunen neue Unterkünfte geschaffen, Containerparks wurden errichtet, große Gebäude angemietet. Die Mietverträge binden die Kommunen oft über viele Jahre - unabhängig davon, wie stark die Auslastung ist. Stephen Krumrey vom Gemeinde- und Städtebund in Thüringen erreichen bereits erste Klagen über nicht belegte Einrichtungen. "Die Kommunen bleiben auf den Kosten

Auch leere Betten kosten Geld In Deutschland kommen immer weniger Flüchtlinge an. Viele Erstaufnahmeeinrichtungen stehen fast leer. Was sich gut anhört, schafft....

sitzen", sagt Krumrey. Auch die Bewachungspauschale, die das Land den Kommunen zum Schutz der Einrichtung zahlt, reiche nicht. "Kleinere Unterkünfte werden nicht berücksichtigt und oft werden nur acht statt 24 Stunden Bewachung finanziert", sagt Krumrey. Und das, obwohl Feuerschutzversicherungen mittlerweile eine Rund-um-die-Uhr-Bewachung vorschreiben.

Kapazitäten abzubauen zieht jedoch keine Kommune ernsthaft in Betracht. Höchstens provisorische Unterbringungen werden zurückgebaut. "Es ist oftmals günstiger Unterkünfte vorzuhalten, als sie komplett neu aufzubauen", sagt Matthias Eichler, Pressesprecher des niedersächsischen Innenministeriums. Denn eine Sorge eint alle: Seit August letzten Jahres gibt es keine offizielle Prognose über die in Deutschland zu erwartenden Flüchtlinge mehr.

Auch de Maizière will derzeit keinen konkreten Blick in die Zukunft wagen. Eine solche Prognose sei zum jetzigen Zeitpunkt nicht seriös, sagt der Minister. Die mangelnde Planungssicherheit setzt Ländern und Kommunen gleichermaßen zu. In Niedersachsen und vielen anderen Bundesländern werden derzeit Konzepte erarbeitet, welche Kapazitäten vorgehalten werden müssen, welche Einrichtungen sich rentieren und wie mit Verträgen mit langen Laufzeiten umzugehen ist. In einem sind sich alle einig: Auf einen erneuten Anstieg der Flüchtlingszahlen wollen Länder und Kommunen vorbereitet sein.

**Load-Date:** April 8, 2016

**Die Währung muss Bildung heißen; Europa muss endlich erkennen, was Afrika wirklich braucht. Einmal mehr aber wird nur versucht, den Kontinent zu kaufen, anstatt in die Zukunft der Frauen zu investieren.**

ZEIT-online

Freitag 13. November 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Afrika; Ausg. 46

**Length:** 1078 words

**Byline:** Michaela Maria Müller

## Body

---

Aus Somalia geflüchtete Frauen im Camp Dadaab

© Thomas Mukoya/Reuters Pictures

17 Seiten umfasst der Aktionsplan, den 60 europäische und afrikanische Staats- und Regierungschefs gerade auf einem Sondergipfel in Malta verfasst haben. Was sich in diesem Plan allerdings spiegelt, ist das Resultat eines europäischen Monologs. Durchgesetzt haben sich diejenigen, die auf Kontrolle und Abwehr setzen.

Dabei wären gerade zwei andere Einsichten wichtig gewesen: Afrika braucht Europa für seine Zukunft weniger, als Europa glaubt. Und Afrika braucht seine Frauen. Wer in sie investiert, investiert in Afrikas Zukunft.

Die 1,8 Milliarden Euro des Treuhandfonds, die EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker nach Malta mitgebracht hatte, könnten viel bewirken. Doch das Ergebnis des Gipfels erscheint in einem anderen Licht: Der Kontinent sollte wieder einmal gekauft werden. Eine zentrale Forderung Europas war, dass die afrikanischen Staaten illegal nach Europa eingereiste Flüchtlinge wieder zurücknehmen. Wie das gehen soll und wie viel der Mittel davon für die geplanten Abschiebungen eingesetzt werden, steht auf einem anderen Blatt. Sicher ist: So löst Geld keine Probleme.

Michaela Maria Müller, geboren 1974 in Dachau. Sie arbeitet als Journalistin und Autorin in Berlin und schreibt über Migration, Menschenrechte und Ostafrika. Sie ist Gastautorin von 10nach8.

© Christian Kielmann

In Europa ist man sich derweil noch nicht einmal einig darüber, welche Staaten als sichere Herkunftsländer gelten und welche nicht. Seit 1999 versuchen die Länder, sich auf eine gemeinsame Liste zu verständigen. Ach ja, nur 12 der 28 EU-Mitgliedsstaaten führen überhaupt eine. Dass jede anders aussieht, versteht sich von selbst. Ghana etwa ist so ein Fall: Für Deutschland, Frankreich, Bulgarien und Malta ist es ein sicheres Herkunftsland; alle anderen definieren Ghana als unsicher. Großbritannien und Luxemburg machen zudem einen Unterschied bei den Geschlechtern: Für Männer sei Ghana ein sicheres Herkunftsland, nicht aber für Frauen. Es ist Großbritannien, das



Die Währung muss Bildung heißen Europa muss endlich erkennen, was Afrika wirklich braucht. Einmal mehr aber wird nur versucht, den Kontinent zu kaufen, anstatt ....

bei der Feststellung "sicherer/unsicherer Herkunftsstaat" häufiger als die anderen EU-Länder nach Geschlechtern unterscheidet: In England können nur Frauen aus Gambia, Ghana, Liberia, Malawi, Mauritius und Sierra Leone Asyl beantragen. Die Gründe hierfür sind divers; dazu zählt unter anderen die Gefahr, als Mädchen und Jugendliche an den Genitalien verstümmelt zu werden. Festzuhalten bleibt: Wer nun wen wohin zurückschickt, dürfte in Zukunft für einige Irritationen sorgen.

### **Basis für den Mittelstand**

Derzeit stammen nur 20 Prozent der Menschen, die in Europa Asyl beantragen, vom afrikanischen Kontinent. Und davon ist wiederum nur ein Viertel weiblich. Ein Blick auf die Zahlen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) zeigt etwa: Die Massenabwanderung aus der Diktatur in Eritrea hält unvermindert an. Im vergangenen Jahr waren nur 20 Prozent der eritreischen Staatsbürger, die Deutschland erreichten, Frauen. Auch aus vielen Regionen Somalias fliehen noch immer Menschen. Aber nur 27 Prozent derjenigen, die in Deutschland ankommen, sind Frauen.

Die Zahlen zeigen: Afrikas Frauen sind zumeist Binnenflüchtlinge. Die allerwenigsten kommen nach Europa. Sie leben in Camps wie im kenianischen Dadaab oder im äthiopischen Dolo Ado. Manche von ihnen seit über 20 Jahren. Andere sind sogar schon dort geboren. Den ältesten Töchtern obliegt oft die Aufgabe, sich um die jüngeren Geschwister zu kümmern, Zeit für einen Schulbesuch bleibt kaum. Schulbesuche sind ohnehin nur möglich, wenn Geld vorhanden ist. Das ist manchmal der Fall, meistens aber nicht. Dabei könnten diese Mädchen es sein, die die Basis für einen Mittelstand bilden. Vielleicht nicht in dieser Generation, aber in der nächsten. " *If you teach a girl, you teach a nation* ", heißt es. Das gilt genauso für die Mädchen in den Slums von Nairobi oder in Townships von Johannesburg.

Nach einem Schulabschluss folgt dann idealerweise eine berufliche Qualifizierung als Fachkraft. Oder sogar ein Studium. In diesem Punkt ist Europa wirklich gefragt. Wenn Europa Afrika etwas zu geben hat, dann ist es Bildung. Das war auch eine der zentralen Forderungen der afrikanischen Staatschefs in Malta: der bessere Zugang zu Austauschprogrammen und Stipendien für Studenten. Auf dem Sondergipfel wurde eine Verdoppelung der Plätze des Erasmus+-Programms für Forscher und Studenten beschlossen. Das ist eine gute Sache.

### **Investigationsteam gegen Menschenhandel**

Und Europa sollte gut zuhören. In Somaliland am Horn von Afrika etwa zeichnet sich eine bedenkliche Entwicklung ab: Um seine Grenzen gegen ein Eindringen der islamistischen Terrororganisation Al-Shabaab zu sichern, reißt der Posten des Verteidigungshaushaltes das größte Loch in das ohnehin schmale Budget. Für Bildung bleibt nur wenig übrig. Die privaten Schulen, die dort eröffnen, werden vom Ölstaat Kuwait finanziert werden. Dass im Lehrplan nicht vorgesehen ist, den Schülerinnen und Schülern zu vermitteln, dass Mädchen später gleichberechtigte Partner neben ihrem Ehemann sind, kann man sich leicht ausrechnen.

10 nach 8 Politisch, poetisch, polemisch in den Abend. Dreimal wöchentlich erscheint eine neue Kolumne vom Autorinnen-Kollektiv "10 nach 8". Abonnieren Sie alle Texte per Mail. Jetzt anmelden

Der Präsident des europäischen Rates, Donald Tusk, erklärte zudem, dass nun vereinbart wurde, gemeinsam in Niger ein Investigationsteam gegen Menschenhandel einzusetzen. Ein Pilotprojekt. Das ist ein wichtiger Schritt. Allein im Nachbarstaat Nigeria sind über zwei Millionen Menschen vor der islamistischen Terrorgruppe Boko Haram auf der Flucht. Viele von ihnen stranden in Agadez, dem nigrischen Drehkreuz für Flüchtlinge und Schleuser. Dort blüht auch die Prostitution mit jungen Frauen. Sie sind Menschenhändlern gefolgt, die ihnen versprochen haben, dass ihnen als Gegenzug für die Arbeit als Dienstmädchen in einem europäischen Haushalt ein Schulbesuch finanziert werde. Keine von ihnen kommt je dort an. Aber der Wunsch nach einer besseren Zukunft und Bildung hat sie aufbrechen lassen.

Europa überschätzt seine Rolle in Afrika. Es sollte lernen, auf Augenhöhe zu diskutieren. Es geht darum, mit den richtigen Menschen den Dialog zu suchen und Netzwerke zu bilden: mit Aktivisten, Intellektuellen und Künstlern.

Die Währung muss Bildung heißen Europa muss endlich erkennen, was Afrika wirklich braucht. Einmal mehr  
aber wird nur versucht, den Kontinent zu kaufen, anstatt ....

Sie wissen am ehesten, was der Kontinent kann, wie man Korruption bekämpft, die manche Staatsapparate  
zersetzt und letztlich die Menschen schwächt.

**Load-Date:** November 13, 2015

---

End of Document

**Die Bundeswehr kümmert sich um Flüchtlinge; Die Bundeswehr will syrische Flüchtlinge für den Wiederaufbau ihrer Heimat fit machen. Die Bundesagentur für Arbeit hält aus anderen Gründen viel von den Kursen.**

ZEIT-online

Mittwoch 31. August 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Integration; Ausg. 36

**Length:** 778 words

**Byline:** Oliver Rittmann

## Body

---

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen will **Flüchtlinge** dabei unterstützen, sich in die Arbeitswelt zu integrieren.

© Stefan Sauer/dpa

Die Bundeswehr bildet 120 syrische **Flüchtlinge** aus. Konkret geht es um vierwöchige Kurse, in denen anerkannte **Asylbewerber** handwerkliche Grundlagen lernen. Laut der Sprecherin des Verteidigungsministeriums lernen sie, wie man eine Mauer baut, schweißt oder Kabel verlegt. "Für den Wiederaufbau eines Landes benötigt man Personen, die wissen, wie man an bestimmte Dinge herangeht. Wir bringen den **Flüchtlingen** Fähigkeiten bei, die für sie eines Tages von großem Nutzen sein können." Die Idee ist nämlich, dass diese **Flüchtlinge** irgendwann nach Syrien zurückgehen und beim Aufbau helfen. So beschrieb Verteidigungsministerium Ursula von der Leyen bereits im Juli ihren Plan der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*.

Insgesamt werden vier Kurse mit unterschiedlichen Schwerpunkten angeboten, von denen ein **Flüchtling** an bis zu dreien teilnehmen kann. Das Pilotprojekt wird zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit (BA) durchgeführt. Während das Verteidigungsministerium den Fokus auf den Wiederaufbau Syriens rückt, sieht die Bundesagentur für Arbeit noch ganz andere Vorteile für die **Flüchtlinge**. Frauke Wille, Sprecherin der BA, hofft, mit ihnen die Integration der Teilnehmer zu beschleunigen. Durch die Ausbildungen könnten die **Flüchtlinge** leichter im Arbeitsmarkt ankommen. "Die **Flüchtlinge** erlernen Grundfertigkeiten, die sie für potenzielle Arbeitgeber auf der Suche nach Auszubildenden attraktiver macht", sagt Wille.

Von den Bundeswehrausbildern könne die BA erfahren, wo die Stärken einer Person liegen und in welche Bereiche des Arbeitsmarktes sie sinnvoll vermitteln kann. "Wenn sich während einer Schulung zeigt, dass ein Teilnehmer Talent für bestimmte Tätigkeiten hat und ihm diese auch noch Spaß bereiten, dann hilft uns das natürlich bei der Suche nach einem geeigneten Ausbildungsplatz."

**Flüchtlingen geht es um ihre aktuelle Situation**

Die Bundeswehr kümmert sich um Flüchtlinge Die Bundeswehr will syrische Flüchtlinge für den Wiederaufbau ihrer Heimat fit machen. Die Bundesagentur für Arbeit h....

Will glaubt nicht, dass sich die Flüchtlinge von einem solchen Angebot unter Druck gesetzt fühlten, möglichst früh in ihre Heimat zurückkehren zu müssen. Ohnehin sei die Teilnahme freiwillig. Im Gegenteil: Das Angebot sei für viele Flüchtlinge sehr attraktiv, weil sie hochmotiviert seien, endlich zu arbeiten und etwas Sinnvolles zu tun, berichtet Wille. Die Teilnehmer würden außerdem nicht nur praktische Fertigkeiten erlernen, das Programm biete ihnen auch die Möglichkeit, soziale Kontakte zu knüpfen und besser Deutsch zu lernen.

Die Möglichkeit, beim Programm mitzumachen, hat allerdings bei Weitem nicht jeder Flüchtling. Die Ausbildungen richten sich ausschließlich an anerkannte syrische Flüchtlinge. Diese müssen mindestens 18 Jahre alt sein, einen Integrationskurs abgeschlossen haben und schon gut Deutsch sprechen. Handwerkliche Vorkenntnisse werden dagegen keine verlangt.

Dass sich das Programm zunächst nur an syrische Flüchtlinge richtet, begründet Ursula von der Leyen damit, dass die große Masse der Flüchtlinge in Deutschland aus Syrien komme. Man habe den Fokus des Pilotprojektes deshalb ganz bewusst auf diese Flüchtlingsgruppe gelegt.

### **Berufsvorbereitende Kurse notwendiges Mittel**

Der Zentralverband des deutschen Handwerks (ZDH) sieht berufsvorbereitende Kurse als unbedingt notwendiges Mittel an, um Flüchtlingen Ausbildungen vermitteln zu können. In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), der Bundesagentur für Arbeit und dem Bundesamt für Migration für Flüchtlinge führe man selbst in den Bildungszentren bereits großflächig Ausbildungsvorbereitungen durch, so Alexander Legowski, Sprecher des ZDH. Im Gegensatz zu der Initiative der Bundeswehr nehmen diese in der Regel allerdings, abhängig von den Voraussetzungen der Teilnehmer, deutlich mehr Zeit in Anspruch.

"Wenn die Voraussetzungen für eine Ausbildung nicht gegeben sind, führt das zu Frustration auf beiden Seiten. In den Kursen stellen wir sicher, dass eine Berufsausbildung erfolgreich verlaufen kann." Sofern die Flüchtlinge die Förderung wahrnehmen, habe man damit sehr gute Erfahrungen gemacht. "Von denjenigen, die solche Kurse erfolgreich absolvieren, konnten wir bereits einen Großteil in Ausbildungsbetriebe vermitteln. Das liegt auch an den Netzwerken, die direkt an die Bildungsstätten angeschlossen sind." An der Nachfrage vonseiten der Betriebe mangle es dabei nicht. Diese, so Lebowski, würden bereits Schlange stehen. Inwiefern die Initiative der Bundeswehr für die Vermittlung von Ausbildungsplätzen förderlich sein wird, möchte man von Seiten des ZDH aus der Ferne nicht bewerten. Generell begrüße man das Engagement aber.

**Load-Date:** August 31, 2016

**Migranten fordern mehr Mitsprache; Falsche Bildungspolitik, zu wenig Teilhabe: Migranten der zweiten und dritten Generation beklagen integrationspolitische Defizite und wehren sich gegen die Islamdebatte.**

ZEIT-online

Montag 9. Februar 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

**ZEIT**  **ONLINE**

**Section:** Integrationspolitik; Ausg. 6

**Length:** 570 words

## Body

---

Ein Mädchen in einem muslimischen Kindergarten in Mannheim

© Uwe Anspach/dpa

Einwanderer der zweiten und dritten Generation haben eine Reform der deutschen Integrationspolitik gefordert. Die Politik solle sich nicht nur zum Einwanderungsland Deutschland bekennen, sondern auch zur Einwanderungsgesellschaft, heißt es in einem Papier, das mehrere Initiativen in Berlin vorstellten. "Es gibt immer mehr Initiativen, die klarstellen wollen, dass Deutschsein mehr ist, als deutsche Vorfahren zu haben", sagt Ferda Ataman vom Verein Neue deutsche Medienmacher.

Am Wochenende waren erstmals Mitglieder von etwa 80 Initiativen zu einem Treffen unter dem Titel "Deutschland - neu denken. 1. Bundeskongress der Neuen Deutschen Organisationen" in Berlin zusammengekommen. Der Verein Neue Deutsche Medienmacher hatte den Kongress organisiert. Das Ergebnispapier beinhaltet 13 Thesen, mit denen die etwa 180 Teilnehmer klarstellen wollen, dass sie "selbstverständlicher Teil der Gesellschaft sind".

Zu den Thesen und Forderungen gehört unter anderem eine stärkere Präsenz der zweiten und dritten Einwanderergeneration in öffentlichen Gremien. "Wir wollen keine Behörden, staatlichen Unternehmen, Parlamente, Gremien, Rundfunkräte, Wohlfahrtsverbände, in denen immer noch (fast) nur Herkunftsdeutsche sichtbar sind", heißt es in dem Papier.

Die Akteure verlangen, auch über Quoten nachzudenken. "Die Perspektiven von People of Color sind in Parteien, Parlamenten, Behörden und Bildungsstrukturen unterrepräsentiert", sagt Tahir Della, Vorstandsmitglied der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD). "Es wird höchste Zeit, das zu ändern. Notfalls muss man auch über Quoten diskutieren."

Ein Teil der Forderungen bezieht sich auf den bisherigen politischen Umgang mit Einwanderern. "Statt einer Integrationspolitik, die sich auf Migranten und ihre Nachkommen konzentriert, brauchen wir eine Gesellschafts- und Teilhabepolitik für alle", verlangte Farhad Dilmaghani, Vorsitzender von DeutschPlus - Initiative für eine

Migranten fordern mehr Mitsprache Falsche Bildungspolitik, zu wenig Teilhabe: Migranten der zweiten und dritten Generation beklagen integrationspolitische Defiz....

plurale Republik e.V. "Dort, wo Diskriminierung und Rassismus die Chancengleichheit einschränken, müssen wir auch die Mehrheitsbevölkerung adressieren."

Vom Bundeskongress sei ein klares Signal ausgegangen: "Auch wir sind das Volk" sei der am häufigsten zitierte Satz gewesen. "Mit anderen Worten: Wir sind da, wir sind deutsch und wir wollen mitentscheiden", so Dilmaghani. "Deswegen wollen wir uns zukünftig auch stärker auf Bundesebene organisieren."

Zudem fordern die Teilnehmer des Kongresses ein reformiertes Bildungssystem, in der die Geschichte des Einwanderungslandes Deutschland stärker präsent ist.

### **Religionsfreiheit gehört zu Deutschland**

Kritisch äußern sich die Initiativen zur politischen Debatte darüber, welche Religionen zu Deutschland gehören. Debatten wie diese seien "nicht hilfreich", heißt es. "Egal, ob man findet, der Islam gehört zu Deutschland oder nicht - Fakt ist: Die Religionsfreiheit gehört zu Deutschland und damit das Recht der Muslime und aller Religionsgruppen, ihren Glauben zu leben", sagt Leila Younes El-Amaire von der Initiative JUMA - Jung, Muslimisch, Aktiv.

Der 1. Bundeskongress der Neuen Deutschen Organisationen wurde von der Bundeszentrale für politische Bildung, der Stiftung Mercator sowie der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration unterstützt.

**Load-Date:** February 9, 2015

**1.850 Flüchtlinge aus dem Mittelmeer gerettet; Die Flüchtlinge waren auf der Überfahrt von Libyen nach Sizilien und wurden von mehreren Schiffen aufgenommen. Auch die Bundeswehr war an der Rettungsaktion beteiligt.**

ZEIT-online

Montag 11. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Italien; Ausg. 16

**Length:** 208 words

## Body

---

Solche Bilder könnten sich wieder häufen: Die italienische Küstenwache rettet im September 2015 **Flüchtlinge** aus dem Mittelmeer.

© Handout Italienische Küstenwache/Reuters

Zwischen Libyen und Sizilien sind 1.850 Flüchtlinge aus dem Mittelmeer aufgegriffen worden. Wie die italienische Küstenwache mitteilte, rettete eines ihrer Schiffe 740 Insassen von zwei kleinen Flüchtlingsbooten. Weitere 255 Flüchtlinge, die sich auf zwei Schlauchbooten befanden, gelangten an Bord eines italienischen Marineschiffs.

Ein vom Operationszentrum der Küstenwache umdirigiertes Handelsschiff nahm weitere 117 Flüchtlinge auf. Und auch der an der EU-Operation beteiligte Einsatzgruppenversorger "Frankfurt am Main" der Bundeswehr griff 738 Migranten und Flüchtlinge von zwei Kähnen und einem kleinen Boot auf.

Vor zwei Wochen waren im selben Gebiet schon einmal rund 1.600 Flüchtlinge aufgegriffen worden. Die italienischen Behörden rechnen damit, dass die Schließung der Balkanroute zwischen Griechenland und Nordwesteuropa mehr Flüchtlinge dazu ermutigen wird, Italien auf dem Seeweg von Libyen aus zu erreichen. Den Zahlen des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) von Ende März zufolge sind seit Jahresbeginn rund 17.500 Menschen über das Mittelmeer nach Italien gelangt.

**Load-Date:** April 12, 2016

**Rettungskräfte bergen 17 Leichen aus dem Mittelmeer; Britische, irische und deutsche Helfer haben mehr als 1.120 Flüchtlinge von Booten im Mittelmeer gerettet. Einige konnten nur noch tot geborgen werden.**

ZEIT-online

Donnerstag 21. Juli 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flüchtlinge; Ausg. 31

**Length:** 219 words

## Body

---

**Migranten** in einem überfüllten Boot auf dem Mittelmeer

©Anadolu Agency

Mit acht Booten hatten die **Flüchtlinge** sich auf den Weg nach Europa gemacht. Mindestens 17 von ihnen haben die Fahrt über das Mittelmeer nicht überlebt. Ihre Leichen seien bei einem Einsatz in der Straße von Sizilien am Donnerstag auf den Booten gefunden worden, teilte die italienische Küstenwache mit.

1.128 der Flüchtlinge konnten lebend von den Schiffen gerettet werden. An dem Rettungseinsatz beteiligten sich britische und irische Schiffe sowie die Helfer der deutschen Organisation Sea Watch.

Die Menschen hatten sich mit fünf Schlauchbooten und drei anderen Booten auf den Weg nach Italien gemacht. Es waren nicht die ersten Leichen, die in dieser Woche aus dem Mittelmeer geborgen wurden. Bereits am Mittwoch fanden Rettungskräfte 22 tote Flüchtlinge auf einem Boot vor der italienischen Küste. Am Dienstag wurden mehr als 3.200 Flüchtlinge aus dem Mittelmeer gerettet.

Mit den jüngsten Rettungsaktionen erreichten nach UN-Angaben in diesem Jahr bislang mehr als 80.000 Flüchtlinge Italien. Die meisten von ihnen kommen aus afrikanischen Ländern. Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR schätzt die Zahl der Flüchtlinge, die seit 2014 beim Versuch der Mittelmeer-Überquerung ums Leben kamen, auf mehr als 10.000.

**Load-Date:** July 22, 2016



**"Schengen war ein Fehler"; Auch Deutschland wird seine Grenzen schließen müssen, sagt der konservative Historiker Niall Ferguson. Die EU werde aber an der Flüchtlingskrise nicht zerbrechen.**

ZEIT-online

Donnerstag 21. Januar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flüchtlinge; Ausg. 3

**Length:** 1427 words

**Byline:** Marcus Gatzke

## Body

---

**Flüchtlinge** warten an der Grenze zu Griechenland nahe der mazedonischen Stadt Gevgelija (Archiv).

© Robert Atanasovski/AFP/Getty Images

**ZEIT ONLINE:** Herr Ferguson, können Sie die Politik von Angela Merkel verstehen?

**Niall Ferguson:** Als Historiker will ich immer alles verstehen. Und deshalb würde ich natürlich gerne wissen, warum Angela Merkel in der **Flüchtlingskrise** gewisse Dinge getan hat. Wenn das Ziel war, ihr internationales Image nach der harten Kritik in der Griechenland-Krise zu verbessern, dann ist ihr das gelungen. Sie war auf dem *Time*-Cover und die *Financial Times* hat sie zur Person des Jahres gekürt.

**ZEIT ONLINE:** Vielleicht war es einfach ein notwendiger humanitärer Akt, Deutschlands Grenzen in einer so großen Krise zu öffnen?

**Ferguson:** Das kann sein. Ich kann mir aber nicht vorstellen, dass sich Merkel keine Gedanken über die Risiken ihrer Entscheidung gemacht hat.

**ZEIT ONLINE:** Sie halten die Öffnung für einen Fehler?

**Ferguson:** Ja, sie war falsch. Wenn sich solch große Menschenmengen in andere Länder aufmachen, hat das immer schwerwiegende Konsequenzen. 2015 sind so viele Flüchtlinge nach Deutschland gekommen wie in der gesamten Gastarbeiterzeit. Das schürt natürlich Ängste und vielleicht sogar eine gewisse Feindseligkeit in der einheimischen Bevölkerung. Schauen Sie sich Schweden an: Das Land hat lange Zeit viele Flüchtlinge und Migranten ins Land gelassen, aber sie nie wirklich integriert.

**ZEIT ONLINE:** Also ist nicht die Asylpolitik das Problem, sondern die unzureichende Integration?

**Ferguson:** Beides hängt zusammen. Wenn die europäischen Staaten so gut wie die USA darin wären, Migranten in ihre Arbeitsmärkte zu integrieren, wäre das Problem viel kleiner. Aber die Realität ist eine andere:

"Schengen war ein Fehler" Auch Deutschland wird seine Grenzen schließen müssen, sagt der konservative Historiker Niall Ferguson. Die EU werde aber an der Flücht....

Schon vor der Flüchtlingskrise war die Arbeitslosenquote von Ausländern in Deutschland deutlich höher als die von in Deutschland geborenen Menschen. In Schweden sieht es ähnlich aus. Man kann nicht Hunderttausende Menschen einladen, wenn es kein funktionierendes System für eine ökonomische und kulturelle Integration gibt.

**ZEIT ONLINE:** Aber was wäre die Alternative gewesen? Sie im Mittelmeer ertrinken zu lassen?

**Ferguson:** Die Alternative wäre gewesen, den Nahen Osten nicht im Chaos versinken zu lassen.

**ZEIT ONLINE:** Daran ist Europa schuld?

**Ferguson:** Warum wollen so viele Menschen in Nordafrika und im Nahen Osten ihr Land verlassen? Weil ihre Länder vor die Hunde gehen. Es war keine Naturkatastrophe, welche die Syrer veranlasst hat, ihr Land zu verlassen. Die Europäer - allen voran Deutschland - haben sich lange der Realität verweigert. Die ganze Schuld wurde einfach US-Präsidenten George W. Bush zugeschoben, weil er im Irak eingegriffen hat. Aber der aktuelle Präsident, Barack Obama, den die Europäer so sehr lieben, hat noch viel mehr Leid verursacht. Er hat in Syrien nicht eingegriffen.

**ZEIT ONLINE:** Der Westen hätte viel früher Bodentruppen in den Nordirak schicken sollen?

**Ferguson:** Gegenfrage: Wie lange wird der "Islamische Staat" schon bombardiert? Er existiert bis heute. Ohne Bodentruppen ist er nicht zu besiegen. Der IS ist kein natürliches Ziel für einen Krieg aus der Luft.

**ZEIT ONLINE:** Würde eine US-Präsidentin Hillary Clinton Soldaten schicken?

**Ferguson:** Ja, ich glaube, sie wird es müssen. Aber ein stärkeres militärisches Eingreifen ist allenfalls ein kleiner Schritt hin zu einer Lösung. Das größere Problem ist, dass die muslimische Welt sich gerade selbst zerreißt. Die Flüchtlingskrise wird nicht enden, solange wir dieses Problem nicht lösen. Der Westen braucht eine kohärente Strategie für den Nahen Osten und gegen den radikalen Islam.

**ZEIT ONLINE:** Wie könnte die aussehen?

**Ferguson:** Wir müssen den Ländern helfen, sich zu entwickeln - kulturell und zivilisatorisch. Wir müssen ihnen helfen, sich dem Westen anzunähern. Viele Menschen aus der Region wollen nach Europa, so schlecht kann also unser System nicht sein. Wir müssen den Weg für eine muslimische Reformation bereiten.

**ZEIT ONLINE:** In Deutschland bringt die Flüchtlingskrise Kanzlerin Merkel innenpolitisch stark unter Druck. Die rechtspopulistische AfD kommt in Umfragen mittlerweile auf zehn bis elf Prozent. Sie haben die Partei 2013 als Witz bezeichnet. Würden Sie das heute wiederholen?

**Ferguson:** Sie war es damals. Seitdem hat sich die Situation aber radikal verändert. Überall in Europa floriert der Populismus. In Deutschland vielleicht so stark wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Aber das ist die Folge von politischen Fehlentscheidungen. Sie haben den Nährboden für solche Bewegungen gelegt.

**ZEIT ONLINE:** Welche Fehlentscheidungen meinen Sie?

**Ferguson:** Schengen war ein Fehler. Großbritannien hat gut daran getan, sich nicht daran zu beteiligen.

**ZEIT ONLINE:** Aber die Abschaffung der Grenzkontrollen zwischen den Schengen-Staaten ist ein Grundpfeiler der europäischen Integration. Vor der Flüchtlingskrise hat Schengen gut funktioniert.

**Ferguson:** Viele Dinge können eine Zeit lang gut laufen, trotzdem können sie einen Fehler darstellen. Die EU-Mitgliedsländer haben mit Schengen eine zentrale staatliche Aufgabe aufgegeben: die Sicherung der Grenzen. Europa hat vergessen, dass Grenzen wichtig sind. Die Flüchtlingskrise hat mit großer Vehemenz daran erinnert.

**ZEIT ONLINE:** Kann der wachsende Populismus am linken und rechten Rand die EU als Ganzes gefährden?

"Schengen war ein Fehler" Auch Deutschland wird seine Grenzen schließen müssen, sagt der konservative Historiker Niall Ferguson. Die EU werde aber an der Flucht....

**Ferguson:** Um das europäische System zu brechen, müssten die Populisten in Europa wirklich an die Macht kommen. Für die EU spielt es keine Rolle, ob sie in einzelnen Wahlen zehn oder vielleicht sogar 20 Prozent der Stimmen holen. In den Mitgliedsstaaten gibt es immer die Möglichkeit, große Koalitionen aus der politischen Mitte heraus zu bilden.

**ZEIT ONLINE:** In Polen und Ungarn sind die Populisten bereits an der Macht.

**Ferguson:** Stimmt. Aber ich glaube nicht, dass plötzlich in der Mehrheit der großen und wichtigen EU-Staaten Populisten regieren werden. Geert Wilders wird etwa nie Ministerpräsident in den Niederlanden werden. Und in Frankreich wird die rechte Mitte François Hollande zum Staatspräsidenten wählen - und nicht Front-National-Vorsitzende Marine Le Pen.

**ZEIT ONLINE:** Vor allem junge Menschen wählen die neuen Populisten in Europa. Für sie ist Europa gleichbedeutend mit Krise, Streit und Arbeitslosigkeit.

**Ferguson:** Die Kosten der Eurokrise wurden vor allem den jungen Südeuropäern aufgebürdet, das stimmt. Da ist es wenig überraschend, dass sie sich von der politischen Mitte abwenden. Wäre ich ein junger Südeuropäer, hätte ich längst versucht, in die USA auszuwandern.

**ZEIT ONLINE:** Egal ob Flüchtlings- oder Eurokrise: Zur Lösung der großen Probleme wäre mehr Europa notwendig. Nur wollen immer mehr Menschen genau das Gegenteil.

**Ferguson:** Das stimmt. Wenn die Währungsunion funktionieren soll, braucht es eine Art Finanzunion. Aber die deutsche Regierung ist dagegen und sagt immer: keine Transferunion, bloß keine Transferunion. Das ist absolut absurd und kann auf Dauer nicht funktionieren.

**ZEIT ONLINE:** Was ist die Alternative?

**Ferguson:** Möglich wäre eine losere Europäische Union. Das könnte etwa bedeuten, dass Griechenland doch aus der Eurozone austritt. Oder dass Schengen endgültig aufgegeben wird und jedes Land wieder selbst für seine Grenzen zuständig ist.

Logischer wäre es natürlich, zu sagen: Wir sind so weit gekommen, jetzt lasst uns die Europäische Union stabilisieren und fertig bauen. Darüber müssen am Ende die Politiker in Europa und deren Wähler entscheiden. Wenn Letztere wirklich eine losere Union wollen, sollten sie sie bekommen.

**ZEIT ONLINE:** Gerade streitet Europa über ein neues Dublin-Abkommen und einen Schlüssel zur Verteilung der Flüchtlinge. Glauben Sie an eine schnelle Einigung?

**Ferguson:** Es hat Monate gebraucht, sich auf eine winzige Zahl von Flüchtlingen zu einigen, die in EU-Staaten verteilt werden sollen. Warum sollte jetzt binnen wenigen Wochen der große Wurf gelingen? Glauben Sie wirklich, dass die EU-Mitgliedsländer plötzlich aufstehen und rufen: "Ja, wir wollen viel mehr Flüchtlinge aufnehmen"?

**ZEIT ONLINE:** Also macht am Ende jedes Land doch seine Grenzen dicht?

**Ferguson:** Ja, Deutschland wird das auch tun müssen. Und damit landet die Flüchtlingskrise wieder da, wo sie ursprünglich war: in den Nachbarstaaten Syriens.

**Load-Date:** January 21, 2016

**"Das war ein eher raues Leben"; Im Oktober will er wiedergewählt werden.  
Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter spricht über Flüchtlingspolitik, linke  
Schmuddelkinder und Männlichkeit in der Politik.**

ZEIT-online

Freitag 18. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Anton Hofreiter; Ausg. 38

**Length:** 1637 words

**Byline:** Lisa Caspari

## Body

---

Der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Anton Hofreiter

© Carsten Koall/Getty Images

**ZEIT ONLINE:** Herr Hofreiter, Angela Merkel hat syrische **Flüchtlinge** willkommen geheißen. Jetzt hat Deutschland Probleme, die vielen Menschen unterzubringen. Erleben wir gerade ein klassisches Dilemma linker **Migrationspolitik**?

**Anton Hofreiter:** Nein, wir erleben das Dilemma der Methode Angela Merkel. Sie wartet zu lange, schwenkt plötzlich ein und in der Zwischenzeit sind die Probleme größer geworden. Wir haben schon vor einem Jahr gesagt, dass wir uns vorbereiten müssen auf die Menschen, mehr Personal beim Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** brauchen und mehr Geld für die Kommunen. Aber die Bundesregierung hat die Augen verschlossen. Angela Merkel trägt insofern auch Mitschuld an der Verschärfung der Situation, weil sie nicht vorausschauend gehandelt hat.

**ZEIT ONLINE:** Ihr Wahlkreis ist der Landkreis München. Müssen Sie der CSU nicht ein bisschen recht geben, wenn sie von Überforderung spricht?

**Hofreiter:** Ich glaube, die CSU ist überfordert. Kriegen die mit, was die Ehrenamtlichen in München leisten? Die haben über Nacht Schlafsäcke und Isomatten und Schlafplätze für Zehntausende Menschen besorgt. Sie übernehmen eigentlich staatliche Aufgaben. Mich nervt, dass ein paar Leute lieber schwarzmalen statt anzupacken. Dabei sehen wir doch gerade jetzt: Wenn wir die Ärmel richtig hochkrempeln, schaffen wir das.

**ZEIT ONLINE:** Die Grünen haben die Wiedereinführung von Grenzkontrollen dennoch nicht besonders scharf kritisiert. Weil Sie es wichtig finden, dass Flüchtlinge registriert werden?

**Hofreiter:** Grenzkontrollen sind doch vor allem Symbolpolitik. Sie ändern nichts daran, dass die Flüchtlinge da sind. Wer einen Asylantrag stellt, darf sowieso ins Land. Wir müssen mehr Aufnahme- und Verteilungszentren

"Das war ein eher raues Leben" Im Oktober will er wiedergewählt werden. Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter spricht über Flüchtlingspolitik, linke Schmuddelkin....

schaffen. Da hat der Gipfel am Dienstag erste richtige Signale gegeben. Und klar ist es auch wichtig, dass wir wissen, wer da kommt. Deswegen brauchen wir natürlich auch Registrierungen.

**ZEIT ONLINE:** Die designierte Vorsitzende der Linksfraktion, Sahra Wagenknecht, sieht die USA als alleinigen Verursacher der Probleme im Nahen Osten. Die Bundesregierung solle Courage zeigen und mehr Geld von den Amerikanern verlangen. Hat sie recht?

**Hofreiter:** Das ist eine völlig überzogene Aussage. Natürlich haben die USA Fehler gemacht im Nahen Osten, aber das Versagen vieler krimineller Regierungen vor Ort kann man auch nicht übersehen. Und sicher wäre es wünschenswert, wenn die USA in der Flüchtlingsfrage mehr tun, auch indem sie Flüchtlinge aufnehmen. Das eine hat mit dem anderen aber wenig zu tun.

**ZEIT ONLINE:** Mal angenommen, die Grünen wären jetzt an der Regierung. Mit wem könnten Sie in der Flüchtlingsfrage besser zusammen arbeiten: Mit den Linken, die Amerika die Schuld für alles geben oder mit der CDU, die sich für ein Einwanderungsgesetz öffnet, das die Grünen fordern?

**Hofreiter:** In beiden Gruppen gibt es Schmuddelkinder: Zur CDU gehört die CSU und die paktiert mit dem Rechtspopulisten Victor Orbán. Und die Linken kennen nur Parolen und Schuldzuweisungen.

**ZEIT ONLINE:** Wie soll das also jemals etwas werden mit Rot-Rot-Grün?

**Hofreiter:** Die Linke muss sich entscheiden, will sie regieren oder nicht. Ich würde es begrüßen, wenn sie das täte. Und dann müssten alle Seiten sich kompromissfähig zeigen. Für die Linke hieße das, sich in der Außenpolitik den Realitäten zu stellen.

**ZEIT ONLINE:** Die Bundesregierung will Albanien, Kosovo und Montenegro zu sicheren Herkunftsländern erklären. Außerdem soll in den Erstaufnahmeeinrichtungen kein Taschengeld mehr an Flüchtlinge bezahlt werden. So soll der Anreiz für sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge geschmälert werden, nach Deutschland zu kommen. Werden die Grünen die Beschlüsse im Bundesrat mittragen?

**Hofreiter:** Insbesondere die CSU hat da so manchen alten repressiven Ladenhüter wieder hervorgeholt. Wir werden am Ende das Gesamtpaket bewerten müssen. Denn für die Situation in den Bundesländern ist gerade entscheidend, dass wir mehr Geld für die Kommunen bekommen, für eine bessere Integration, mehr Personal in den Asylbehörden und einfachere und schnellere Verfahren. Sonst gerät die Situation vor Ort außer Kontrolle. Weil die Bundesregierung das mit der falschen Forderung nach sicheren Herkunftsstaaten verknüpft, werden unsere grünen Landesregierungen verhandeln. Denn die Bundesregierung ist für eine Mehrheit auf die Zustimmung grün-regierter Länder angewiesen.

**ZEIT ONLINE:** Können Sie denn ausschließen, dass grüne Landesregierungen neuen sicheren Herkunftsstaaten zustimmen?

**Hofreiter:** Wir werden verhandeln und das Gesamtpaket bewerten.

**ZEIT ONLINE:** Das ist kein Nein. Stehen die Grünen dennoch zu ihrem Credo: "Kein Mensch ist illegal"?

**Hofreiter:** Natürlich. Das ist ein ethischer Appell und bleibt unser Anspruch. Zu dem stehen wir. Sie müssen aber auch zugeben, dass wir das Land halt nicht alleine regieren.

**ZEIT ONLINE:** Aber die Grünen unterscheiden inzwischen zwischen Flüchtlingen mit einer "guten" und einer "schlechten Bleibeperspektive", wie sie es nennen. Und wer als Wirtschaftsflüchtling schneller abgeschoben werden soll, ist dann ziemlich schnell auch illegal in Deutschland.

**Hofreiter:** Deswegen versuchen wir ja durchzusetzen, dass es für diese Menschen eine Einwanderungsperspektive in den Arbeitsmarkt gibt. Damit sie nicht den falschen Weg übers Asylrecht gehen müssen.

"Das war ein eher raues Leben" Im Oktober will er wiedergewählt werden. Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter spricht über Flüchtlingspolitik, linke Schmuddelkin....

**ZEIT ONLINE:** Es braucht dringend Wohnraum für die Flüchtlinge. Haben Sie Sympathie für den Vorschlag des Grünen-Bürgermeisters Boris Palmer, der leerstehende Eigentumswohnungen notfalls beschlagnahmen will?

**Hofreiter:** Der Vorschlag hat unnötig Ängste ausgelöst und war nicht nötig. Die Bevölkerung hilft bereits in sehr bemerkenswerter und berührender Weise.

**ZEIT ONLINE:** Könnte eine Vermögenssteuer dabei helfen, die Integration von Flüchtlingen zu bezahlen?

**Hofreiter:** Erst mal haben wir genug Spielräume im Haushalt, da gibt es keine Ausflüchte für die Große Koalition, bei den Steuerüberschüssen, die wir haben. Auf einem ganz anderen Blatt steht natürlich, grundsätzlich darüber nachzudenken, wie sehr hohe Vermögen angemessen an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt werden. Das verbinden wir aber bitte nicht mit der Flüchtlingshilfe.

**ZEIT ONLINE:** Die grüne Vermögenssteuer ist also nicht vom Tisch? Nach der verlorenen Bundestagswahl hieß es doch bei den Grünen: Weg damit!

**Hofreiter:** Die Grünen werden ihr neues Steuerkonzept 2016 vorstellen. Bis dahin sind es noch ein paar Monate.

**ZEIT ONLINE:** Am 13. Oktober wollen Sie als Fraktionsvorsitzender wiedergewählt werden. Was haben Sie in den vergangenen zwei Jahren besser gemacht als Ihr Vorgänger im Amt, Jürgen Trittin?

**Hofreiter:** Ach, Vergleiche sollen andere ziehen. Ich habe Spaß an meiner Arbeit. Ich freue mich über Punkte, die wir als Fraktion gemeinsam setzen konnten und die mir wichtig sind. Zum Beispiel, dass wir wieder mehr Druck hinter das extrem wichtige ökologische Thema der Agrarwende bekommen haben.

**ZEIT ONLINE:** Sie glauben wirklich, wenn Sie Bürger auf der Straße anhalten und nach dem erfolgreichsten Projekt der Grünen in den vergangenen zwei Jahren fragen, dann sagen diese: "Agrarwende"?

**Hofreiter:** Meine Erfahrung ist: Das Thema Ökologie und Nachhaltigkeit beschäftigt viele Leute auf ganz unterschiedliche Weise. Ich werde angesprochen von Landwirten, von Menschen, die sich um ihre Ernährung sorgen, von denen, die sich über die Auswirkungen der Massentierhaltung ärgern - weltweit und in Deutschland. Ein älterer Herr sagte letztes zu mir: "Es gibt ja gar keine Spatzen mehr." Es sind oft kleine Aspekte von großen Problemen, die die Menschen beschäftigen. Und uns wird zugetraut, dass wir das Thema Ökologie richtig anpacken.

**ZEIT ONLINE:** Hand aufs Herz: Was nervt an dem Job am meisten?

**Hofreiter:** Vielleicht dass ich inzwischen als Fußgänger auch dann bei einer Ampel auf Grün warte, wenn ich nachts in einem kleinen Dorf bin, wo kaum Autoverkehr ist. Das hab ich allerdings schon als Verkehrsausschuss-Vorsitzender beachtet. Ich glaube, das macht sonst kaum jemand, aber ich will Ihnen nicht das Leserfoto mit der Schlagzeile schenken: "Erwischt: Hofreiter bei Rot über die Ampel".

**ZEIT ONLINE:** Als Sie für die *Bild*-Zeitung Pralinen backten und für die *Bunte* Aquarelle malten, gab es viel Häme. Ein Grund, das Image des vermeintlichen Softies umso konsequenter zu pflegen?

**Hofreiter:** : So eine Zuordnung in die "Softie"- oder die "Macho"-Ecke halte ich für Quatsch. Als Biologie-Doktorand habe ich mehrere Monate im Regenwald gearbeitet, das war eher ein raues Leben. Pralinen mache ich schon seit 30 Jahren und ich male schon immer gerne. Das sind meine Hobbies, zu denen ich viel zu wenig komme.

**ZEIT ONLINE:** Trotzdem mimen männliche Politiker heute immer noch den "harten Kerl" und verbergen vermeintlich weichere Seiten. Warum ist das so?

**Hofreiter:** Vielleicht hat es was mit Ängsten zu tun? Ich glaube, die Gesellschaft ist viel weiter. Oder sollte ich jetzt besser erzählen, dass ich mich verteidigen kann, wenn im Regenwald jemand eine Waffe auf mich richtet?

"Das war ein eher raues Leben" Im Oktober will er wiedergewählt werden. Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter spricht über Flüchtlingspolitik, linke Schmuddelkin....

**ZEIT ONLINE:** Ich kenne nur die Geschichte, dass Sie sich mit einem gebrochenen Fuß durch den Urwald geschleppt haben. Was war da mit der Waffe los?

**Hofreiter:** Ich war in den Anden, habe Pflanzen erforscht und plötzlich standen ein paar Einheimische vor mir, von denen einer ein Gewehr hatte. Ich hatte nur ein Messer für die Pflanzen. Aber das war anscheinend abschreckend genug - nach einem kurzen Gespräch haben die mich und meine Sachen in Ruhe gelassen.

*Anmerkung der Redaktion: In einer früheren Version der ersten Frage des Interviews war die Rede davon, dass Deutschland unter dem "Ansturm von Flüchtlingen ätzt". Nach einem Hinweis auf diese unschöne Formulierung haben wir das geändert.*

**Load-Date:** September 18, 2015

---

End of Document

**US-Regierung drängt Südostasien zur Hilfe; Die USA fordern von Thailand, Malaysia und Indonesien die Aufnahme der auf dem Meer treibenden Flüchtlinge. Auch Sanktionen gegen ihr Ursprungsland sind wieder ein Thema.**

ZEIT-online

Samstag 16. Mai 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Flüchtlingskrise; Ausg. 20

**Length:** 464 words

## **Body**

---

**Flüchtlinge** auf einem Holzboot vor der thailändischen Küste

© Christophe Archambault/AFP/Getty Images

Die US-Regierung macht Druck auf die südostasiatischen Staaten zum Schutz von Bootsflüchtlingsen und warnt vor der Abweisung von Booten. "Wir drängen die Länder der Region, schnell zusammenzuarbeiten, um zuallererst die Leben der **Migranten** zu retten, die derzeit auf See sind und dringend Rettung benötigen", sagte der US-Außenamtssprecher Jeff Rathke am Freitag. Außenminister John Kerry habe am Donnerstagabend mit seinem thailändischen Kollegen Thanasak Patimaprakorn über die Situation der Bootsflüchtlinge gesprochen sowie die Möglichkeit, dass Thailand ihnen vorübergehend Schutz gewährt.

Außenamtssprecher Rathke dankte Thailand, Indonesien und Malaysia dafür, dass sie allein in dieser Woche 3.000 Migranten aufgenommen haben, kritisierte aber zugleich die Zurückweisung von Booten. Die US-Regierung sei in Gesprächen, wie sie helfen könne. Sie werde dazu eine Delegation zu dem Krisengipfel entsenden, den Thailand für den 29. Mai angesetzt hat, sagte der Sprecher. Seit Wochen versuchen vermehrt Schiffe mit Flüchtlingen aus Bangladesch und Myanmar nach Thailand, Indonesien und Malaysia zu gelangen, die sie jedoch wiederholt zurückwiesen.

Die Praxis, Flüchtlingsschiffe an den Seegrenzen abzufangen und zur Rückkehr aufs offene Meer zu zwingen, stößt bei den Vereinten Nationen, den USA und anderen Ländern auf scharfe Kritik. Aktivisten schätzen, dass derzeit bis zu 8.000 Flüchtlinge in Südostasien auf See unterwegs sind. Berichten zufolge herrschen auf den oft völlig überfüllten Schiffen Hunger, Krankheit und Tod. Eine Lösung des Problems ist nicht in Sicht: Indonesien, Malaysia und Thailand wollen auch künftig Schiffe zurückweisen, indes droht Myanmar, den geplanten Gipfel zur Flüchtlingsfrage zu boykottieren.

### **Weiterhin Sanktionen gegen Myanmar**

Bei einem Großteil der Flüchtlinge handelt es sich um Angehörige der in Myanmar verfolgten Volksgruppe der Rohingya. Die muslimische Minderheit ist in dem Land Opfer von religiös motivierter Gewalt und Ausgrenzung. US-



US -Regierung drängt Südostasien zur Hilfe Die USA fordern von Thailand , Malaysia und Indonesien die Aufnahme der auf dem Meer treibenden Flüchtlinge. Auch San....

Präsident Barack Obama teilte am Freitag mit, sich für ein weiteres Jahr das Recht vorzubehalten, Sanktionen gegen Myanmar fortzusetzen. Als Grund nannte er unter anderem Menschenrechtsverstöße beim Umgang mit ethnischen Minderheiten.

2012 hatten die USA umfassende Wirtschaftssanktionen gegen Myanmar als Belohnung für dessen Abkehr von der Militärherrschaft gelockert. Einschränkungen bei Geschäften mit Einzelpersonen und Unternehmen blieben jedoch bestehen. Ein Sprecher des Nationalen Sicherheitsrats, Patrick Ventrell, sagte, Washington werde Myanmars Fortschritte bei politischen und wirtschaftlichen Reformen im Blick behalten und die Sanktionspolitik entsprechend überprüfen.

**Load-Date:** May 16, 2015

---

End of Document

**Was kostet die Integration?; Aus Sicht der deutschen Wirtschaft sind die Flüchtlinge von heute die Fachkräfte von morgen. Doch viele kommen ohne Ausbildung ins Land. Wie viel muss investiert werden?**

ZEIT-online

Mittwoch 21. Oktober 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

**ZEIT ONLINE**

**Section:** Flüchtlinge; Ausg. 41

**Length:** 1082 words

**Byline:** Marius Elfering; Zacharias Zacharakis

## **Body**

---

Schüler aus Syrien lernen an einem Gymnasium in Niedersachsen Deutsch.

© Philipp Schulze/dpa

In der Debatte über die **Flüchtlinge** dominiert die Sorge: Kommen zu viele Menschen zu uns? Muss man die Grenzen schließen? Wie sollen alle integriert werden? Aber aus einer gesellschaftlichen Gruppe sind nur wenige Befürchtungen zu hören: Die Interessenverbände der Wirtschaft äußern sich weitgehend positiv über die Einwanderung, weil sie auf Fachkräfte für die Unternehmen hoffen. Doch zwischen der Ankunft in einem Erstaufnahmелager und dem Job bei einem deutschen Maschinenbauer liegt ein weiter Weg.

Die meisten Menschen, die nach Deutschland kommen, müssen zunächst die Basis der deutschen Sprache lernen, um auf dem Arbeitsmarkt überhaupt eine Chance zu haben. Erst dann können sie einfache Tätigkeiten aufnehmen. Sollen sie jedoch spezifischer eingesetzt werden, brauchen sie umfassendere Sprachkenntnisse und eine Berufsausbildung. All diesen Menschen eine Sprachausbildung und Berufsvorbereitung zukommen zu lassen, kostet Geld. Nur etwa acht Prozent der Menschen aus Krisenländern im erwerbsfähigen Alter bringen einen akademischen oder beruflichen Abschluss mit, hat das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) ermittelt.

Ein Integrationskurs kostet ungefähr 2.000 Euro pro Person. Das sagte Axel Plünnecke, der im IW den Bereich Bildung, Zuwanderung und Innovation leitet, ZEIT ONLINE. Er beruft sich auf Angaben des Bundesfinanzministeriums. Integrationskurse umfassen eine Sprachausbildung und eine Orientierungsmaßnahme, in der Kenntnisse über die deutsche Geschichte, Gesellschaft, Kultur und über den Umgang mit Mitbürgern und Behörden vermittelt werden. "Geht man von 800.000 Flüchtlingen aus, von denen rund 70 Prozent volljährig und damit nicht schulpflichtig sind, kommt man auf Kosten von 1,1 Milliarden Euro", rechnet Plünnecke. Diese Summe ist auch deshalb so groß, weil ab November nicht nur gesetzlich anerkannte Flüchtlinge Zugang zu Integrationskursen haben sollen, sondern auch Asylbewerber. Letztere sollen auch dann an Bildungsmaßnahmen teilnehmen, wenn über ihren Aufenthaltstitel noch entschieden werden muss.

**100 Millionen zusätzlich für Sprachkurse**

Was kostet die Integration? Aus Sicht der deutschen Wirtschaft sind die Flüchtlinge von heute die Fachkräfte von morgen. Doch viele kommen ohne Ausbildung ins L....

Integrationskurse finden in Volkshochschulen und anderen Bildungseinrichtungen statt. Das Geld kommt aus dem Bundeshaushalt und wird über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) verteilt. Im Etat der Behörde sind für 2015 knapp 270 Millionen Euro für Integrationskurse veranschlagt, nachdem die Summe im Mai bereits um 25 Millionen Euro erhöht worden war. Zusätzlich hat die Bundesagentur für Arbeit (BA) zugesichert, sich einmalig an den Kosten für allgemeine Sprachkurse zu beteiligen, obwohl die Behörde üblicherweise dafür keine Mittel bereitstellt. "Bis zu 100 Millionen Euro können zusätzlich dafür ausgegeben werden", sagte ein BA-Sprecher ZEIT ONLINE. Das Geld komme aus einer Interventionsreserve und sei als schnelle und unbürokratische Hilfe gedacht. Noch wird im Bundestag allerdings am Haushaltsentwurf für 2016 gearbeitet, deshalb ist nicht entschieden, wie viel Geld im kommenden Jahr tatsächlich ausgegeben werden kann.

Damit Flüchtlinge in Deutschland eine Ausbildung machen können, brauchen sie vorher häufig noch eine Berufsvorbereitung. In diesen Kursen verbessern Teilnehmer im theoretischen Unterricht ihre schulischen Kenntnisse und erproben in Praktika verschiedene Berufsfelder. Natürlich kosten auch diese Kurse Geld, allerdings je nach Branche und Bildungseinrichtung unterschiedlich viel. Etwa 50 Prozent der Flüchtlinge seien zwischen 18 und 35 Jahren, sagt der IW-Volkswirt Plünnecke. Damit käme man bei 800.000 Flüchtlingen auf einen Bedarf von etwa 340.000 Maßnahmen der Berufsvorbereitung, um die Ausbildungsreife zu sichern. Das IW veranschlagt für jeden Menschen, der später einen Ausbildungsplatz bekommen soll, mindestens 7.500 Euro. "Insgesamt ergibt sich daraus eine Summe von 2,6 Milliarden Euro", sagt Plünnecke.

Weil die Sprach- und Integrationskurse häufig an den Deutschen Volkshochschulen stattfinden, sieht deren stellvertretende Verbandsvorsitzende Gundula Frieling einen besonderen Handlungsdruck. Es würden dringend neue Lehrer und Kursleiter gebraucht, um alle Kursangebote zu realisieren. Geschätzt unterrichteten derzeit etwa 11.000 Lehrkräfte bundesweit allein in den staatlichen Integrationskursen, sagt Frieling. "Wir rechnen damit, dass durch die Öffnung der Kurse für Asylbewerber und Geduldete im kommenden Jahr nahezu doppelt so viele Menschen an den Kursen teilnehmen werden."

Die Zulassung für die neuen Lehrkräfte erteilt das Bamf und es hat die Anforderungen bereits neu ausgerichtet, um ausreichend Lehrer zu gewinnen. Beispielsweise können auch pensionierte oder arbeitslose Lehrer den Volkshochschulen in diesen Kursen helfen. "Wir begrüßen das und gehen davon aus, dass es kurzfristig Wirkung entfalten wird", sagt Frieling.

### **"Investitionen zahlen sich aus"**

Bedarf an mehr Lehrern wird es auch an den staatlichen Schulen für die Minderjährigen geben. Von 300.000 schulpflichtigen Flüchtlingen geht die Kultusministerkonferenz aus. Wenn auf einen Lehrer 20 Schüler kommen sollen, würden hierfür 15.000 zusätzliche Lehrkräfte benötigt, sagt Plünnecke. Diese Zahl könne sich sogar auf 30.000 verdoppeln, wenn man davon ausgeht, dass Flüchtlingskinder mehr Förderung brauchen. Dann sei ein Verhältnis von einem Lehrer zu zehn Schülern notwendig.

30.000 Stellen würden bei einem Aufwand von bis zu 70.000 Euro pro Lehrer noch einmal jährlich etwa bis zu 2,1 Milliarden Euro bedeuten. Nimmt man auch die Zahlen für Sprachkurse und Berufsvorbereitung zusammen, rechnet das IW mit zusätzlich fast vier Milliarden Euro als einmalige Aufwendung.

Lohnt es sich für Deutschland, dieses Geld auszugeben? Plünnecke spricht von einer Integrationsrendite: Die Investitionen würden sich "langfristig für die öffentliche Hand auszahlen", wenn durch die Maßnahmen das Fachkräfteangebot erhöht und Sozialausgaben verringert würden. Die Investition in Bildung sei zwar nicht gering, könne aber langfristig helfen, das Fachkräfteangebot zu sichern.

Selbst wenn die Menschen irgendwann in ihre Heimatländer zurückkehrten, könnten qualifizierte Fachkräfte beim Wiederaufbau der Wirtschaft und Infrastruktur dort helfen - eine Art indirekte Entwicklungshilfe.

Was kostet die Integration? Aus Sicht der deutschen Wirtschaft sind die Flüchtlinge von heute die Fachkräfte von morgen. Doch viele kommen ohne Ausbildung ins L....

---

End of Document

**Zwischen Willkommen und Chaos; Warten auf Taschengeld, Arzt,  
Sprachkurs: Für Flüchtlinge ist es ein Unterschied, ob sie in Köln, Berlin,  
München oder Hamburg landen. Wir haben diese Städte verglichen.**

ZEIT-online

Montag 22. Februar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flüchtlinge; Ausg. 6

**Length:** 4695 words

**Byline:** Simone Gaul;Christoph Herwartz;Sebastian Kempkens;Nadine Oberhuber

## Body

---

**Flüchtlingskinder** in Ingolstadt

© Michaela Rehle/Reuters

**Asylbewerber**, egal in welcher Stadt sie leben, haben dieselben Ansprüche auf Unterkunft, Verpflegung und Gesundheitsfürsorge. Doch wie das umgesetzt wird, sieht in jeder Stadt ein bisschen anders aus - und in jeder Stadt gibt es andere Probleme.

Wir haben die vier größten deutschen Städte verglichen: Wie werden die **Asylbewerber** versorgt? Wie ist die Stimmung unter den freiwilligen Helfern? Und vor welcher Herausforderung stehen die Städte als nächstes?

Dabei werden ganz praktische Unterschiede deutlich: Städte wie Hamburg und Berlin haben die Gesundheitskarte eingeführt. In München und derzeit auch noch in Köln müssen **Flüchtlinge** erst einen Behandlungsschein beantragen, bevor sie zum Arzt gehen können.

Es geht aber auch um die Stimmung in der Stadt: In Köln gibt es seit den Übergriffen an Silvester weniger Spenden, gleichzeitig wird die Stadt noch sehr viel mehr **Flüchtlinge** aufnehmen müssen als bisher. In Hamburg leben schon vergleichsweise viele **Asylbewerber**, hier sind auch viele Freiwillige nach wie vor aktiv. Teilweise wurden sie inzwischen sogar als Hauptamtliche eingestellt.

In Hamburg gab es vergangenes Jahr 15 Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, in München keinen einzigen. Aber alle Städte stehen vor dem Problem, schnell neuen Wohnraum schaffen zu müssen.

Und noch etwas wird deutlich: Addiert man die Zahlen der vier größten deutschen Städten, handelt es sich um etwa 124.000 Flüchtlinge. Der Großteil der in Deutschland lebenden Flüchtlinge (geschätzt sind es eine Million) wohnt also in kleineren Städten oder auf dem Land. In den vier Städten entspricht die Zahl der Flüchtlinge nur einem bis zwei Prozent der Bevölkerung.

**Köln**

Zwischen Willkommen und Chaos Warten auf Taschengeld, Arzt, Sprachkurs: Für Flüchtlinge ist es ein Unterschied, ob sie in Köln, Berlin, München oder Hamburg lan....

In Köln leben derzeit etwa 11.000 Flüchtlinge, was ungefähr einem Prozent der Stadtbevölkerung entspricht. Bald wird diese Zahl steigen. Denn laut Landesinnenministerium liegt Köln 30 Prozent unter seiner Zuteilungsquote. Auch andere Städte in Nordrhein-Westfalen haben zu wenige Flüchtlinge bekommen und werden künftig mehr Menschen aufnehmen müssen.

## **Berlin**

Aktuell leben in Berlin etwa 44.000 Flüchtlinge in den Aufnahmeeinrichtungen der Stadt. Dazu kommen nach Auskunft der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales noch mal 13.000 Flüchtlinge, die in Wohnungen leben. Zusammen entspricht das 1,6 Prozent der knapp 3,5 Millionen Berliner. Täglich erreichen zwischen 200 und 300 neue Flüchtlinge die Hauptstadt. Im Monat Januar waren es insgesamt 7.347 Neuankömmlinge, nicht alle von ihnen bleiben jedoch in der Hauptstadt.

## **München**

Rund 21.000 Flüchtlinge leben aktuell in München, das entspricht etwa 1,5 Prozent der 1,4 Millionen Einwohner. Im vergangenen Jahr kamen etwa 15.000 Asylbewerber neu in die Stadt und warten seitdem hier auf den Ausgang ihres Verfahrens. Dazu kommen 6.000 Flüchtlinge aus den Vorjahren, sagt die Stadt.

## **Hamburg**

In Hamburg leben zurzeit etwa 35.000 Flüchtlinge. Das sind etwa 2 Prozent der 1,7 Millionen Einwohner. Als Stadtstaat ist Hamburg deutlich stärker belastet als Flächenstaaten, weil die Stadt nicht viel Platz hat, der Königsteiner Schlüssel die verfügbare Fläche bei der Verteilung von Flüchtlingen aber nicht berücksichtigt. Entlastungsmöglichkeiten gibt es bislang nicht. Verhandlungen beispielsweise mit Schleswig-Holstein haben bislang kein Ergebnis erbracht.

Journalisten und Helfer zwischen den Zelten einer Flüchtlingsunterkunft im Stadtteil Chorweiler in Köln (Archivbild)

© Marius Becker/dpa

## **Unterbringung**

Eigentlich ist in allen Bundesländern vorgesehen, dass ankommende Flüchtlinge in den Zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen unterkommen, registriert werden und ihren Asylantrag stellen, um dann nach drei Monaten einer Kommune zugewiesen zu werden und in eine Folgeunterkunft zu wechseln. Weil der Platz aber überall knapp ist, betreiben viele Städte und Kommunen neben den normalen Folgeunterkünften auch Notunterkünfte in Turnhallen, Zelten oder Baumärkten, damit die Flüchtlinge nicht auf der Straße schlafen müssen.

## **Köln**

Viele Flüchtlinge in Köln leben in Notunterkünften, diese sind hauptsächlich in Turnhallen entstanden. Im Oberbürgermeisterwahlkampf versprach die später gewählte Henriette Reker, einzelne Turnhallen ab Januar wieder freizugeben. Dazu lässt sie Leichtbauhallen aufstellen. Die erste ist gerade fertig geworden. An 19 Standorten werden derzeit neue Unterkünfte bereitgestellt. Doch ihr Versprechen wird Reker damit kaum halten können. Noch immer kommen zu viele Flüchtlinge, als dass die Turnhallen geräumt werden könnten.

Der Kölner Flüchtlingsrat kritisiert das Vorgehen: Auch in den Leichtbauhallen seien die Flüchtlinge ohne Privatsphäre untergebracht. Für Familien und besonders Schutzbedürftige seien sie nicht geeignet. Bis Anfang des Jahres gab es im Stadtteil Chorweiler eine Erstaufnahmeeinrichtung des Landes, die aus Zelten bestand. Diese Zelte sind mittlerweile abgebaut. An anderen Orten entstanden Erstaufnahmen in Container-Bauweise.

## **Berlin**

2.607 der Berliner Flüchtlinge wohnen in Erstaufnahmeeinrichtungen, 12.680 in Gemeinschaftsunterkünften und 28.752 in improvisierten Notunterkünften (Stand 3. Februar 2015). 63 Turnhallen wurden zu Bettenlagern

Zwischen Willkommen und Chaos Warten auf Taschengeld, Arzt, Sprachkurs: Für Flüchtlinge ist es ein Unterschied, ob sie in Köln, Berlin, München oder Hamburg lan....

umfunktioniert, im ehemaligen Messecenter ICC leben Flüchtlinge, in leer stehenden Kaufhäusern und früheren Hotels. Zeltunterkünfte gibt es in Berlin seit Oktober keine mehr.

Containerdörfer hatten lange ebenfalls einen schlechten Ruf. In Berlin gibt es nur wenige davon für Asylbewerber. Inzwischen hätte die Stadt allerdings gerne mehr solcher flexiblen Bauten. "Da haben wir unsere Meinung in Anbetracht der steigenden Flüchtlingszahlen geändert", sagt ein Sprecher der Verwaltung. Denn die Stadt braucht dringend neue Unterkünfte. Die größte Berliner Notunterkunft in Hangars des stillgelegten Tempelhofer Flughafens (mit derzeit etwa 2.600 Schlafplätzen) soll deshalb erweitert werden. In den Hangars und in den Traglufthallen davor entsteht das größte Flüchtlingsdorf Deutschlands, es soll Platz für 7.000 Menschen bieten.

## München

Derzeit reichen die Unterkünfte bei weitem nicht aus. Knapp 11.000 Plätze gibt es in Erstaufnahmелagern und Sammelunterkünften, etwa in alten Kasernen am Stadtrand oder in leer stehenden Autohäusern. Einige "Altkapazitäten", so heißen bestehende und bereits belegte Einrichtungen im Behördendeutsch, sind dabei allerdings nicht eingerechnet.

Dennoch: München muss dringend mehr Platz für Flüchtlinge schaffen und sucht nach neuen Standorten. Etwa 32 neue Unterkünfte sind geplant, darunter mehrere Leichtbauhallen und Containeranlagen. Die Suche nach freien Flächen im Stadtgebiet ist das Schwierigste dabei. Viele Verhandlungen mit Eigentümern und Anwohnern ziehen sich in die Länge.

## Hamburg

In Hamburg sind etwa 6.500 Menschen in größeren Hallen untergebracht, etwa 12.000 in Containern, Leichtbauten, Bürogebäuden oder Wohnungen und 750 Flüchtlinge in Zelten, die meisten davon winterfest. Bis vor einigen Wochen mussten auch Zelte, die sich kaum beheizen lassen, immer wieder genutzt werden, weil die anderen Standorte überfüllt waren. Rund 16.000 Menschen leben in Folgeunterkünften: Meist sind es Sammelunterkünfte, in denen sie etwas mehr Platz haben und eine Küche nutzen können.

Ein Problem ist, dass das Wohnungsbauprogramm des Senats nicht vorankommt. Bis Ende 2016 will Bürgermeister Olaf Scholz 5.600 Wohnungen für gut 20.000 Flüchtlinge bauen lassen, um die Lage in den Camps zu entspannen. Kaum ein Experte glaubt derzeit, dass dieses Vorhaben bis Ende des Jahres gelingen wird: An fast allen Standorten haben sich Bürgerinitiativen gebildet, die gegen die Projekte klagen, weil sie ihnen zu groß sind.

Flüchtlinge warten vor der Zentrale Aufnahmestelle fuer Asylbewerber des Berliner Lageso, um das ihnen zustehende Geld abzuholen (Archiv).

© Sean Gallup/Getty Images

## Geld und andere Leistungen

Das Asylbewerberleistungsgesetz gilt bundesweit und unterscheidet zwei Ansprüche: Die Deckung des *notwendigen Bedarfs eines Asylbewerbers* (das sind Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheitspflege und Gebrauchs- und Verbrauchsgüter). In einer Erstaufnahmeeinrichtung wird das zwingend durch Sachleistungen gedeckt, in einer Folgeunterkunft gilt ein Anspruch von 219 Euro pro Erwachsenen, von denen dann beispielsweise auch Lebensmittel gekauft werden müssen, die Unterkunft wird aber weiter gestellt.

Darüber hinaus haben alle Asylbewerber Anspruch auf die Deckung des *notwendigen persönlichen Bedarfs*, also Taschengeld. Das beträgt 145 Euro (Bis Ende 2015 noch 143 Euro) und kann, zumindest in der Erstaufnahmeeinrichtung, zum Teil auch als Sachleistung oder Gutschein ausgezahlt werden.

## Köln

Zwischen Willkommen und Chaos Warten auf Taschengeld, Arzt, Sprachkurs: Für Flüchtlinge ist es ein Unterschied, ob sie in Köln, Berlin, München oder Hamburg lan....

In Erstaufnahmeeinrichtungen zahlt das Land Nordrhein-Westfalen ein Taschengeld von 33,39 Euro pro Woche an Erwachsene aus. Das Geld wird wöchentlich in den Unterkünften übergeben. Kleidung, Lebensmittel, Heizung und natürlich die Unterkunft selbst werden gestellt. Sobald die Flüchtlinge der Kommune zugeteilt wurden, erhalten sie zusätzlich einen Betrag für den "notwendigen Bedarf", von dem ein Teil weiterhin als Sachleistung erbracht wird. Das ist vor allem in den Notunterkünften der Fall, wo Nahrung, Bekleidung und Gesundheitsartikel gestellt werden. Ausgezahlt werden die Gelder dann in der Regel einmal pro Monat. Dazu müssen die Flüchtlinge beim Sozialamt erscheinen.

### **Berlin**

Während der ersten drei Monate werden Asylbewerber in den Erstaufnahmeeinrichtungen verpflegt. Anschließend erhalten sie zusätzlich zum Taschengeld (145 Euro) die Grundsicherung von 219 Euro, davon müssen sie auch Lebensmittel kaufen. Außerdem gibt es Zusatzleistungen wie eine Babyerstausrüstung, sodass der jeweilige tatsächliche Anspruch individuell berechnet werden muss. Zur Berechnung seines Leistungsanspruchs erhält ein Asylbewerber einen Termin beim Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso). Da das Lageso aber mit der Bearbeitung der Anträge nicht nachkommt, werden Flüchtlinge häufig auf einen Ausweichtermin vertröstet. Ende Januar häuften sich die Meldungen, dass Flüchtlinge wochenlang kein Geld ausbezahlt bekommen und teilweise nichts zu essen hätten. Daraufhin hat die Senatsverwaltung eine Hotline eingerichtet, unter der die Betreiber von Unterkünften neuerdings Härtefälle melden können. Diese Menschen erhalten dann vorübergehend einen Pauschalbetrag, bis ihr Leistungsanspruch berechnet ist.

### **München**

Die Grundversorgung wird vorwiegend in Sachleistungen gewährt, in Folgeeinrichtungen dann vermehrt als Geldleistung. In den Erstaufnahmeeinrichtungen wird das Taschengeld vor Ort ausbezahlt, wenn die Asylbewerber dann in Folgeeinrichtungen wohnen, bekommen sie das Geld einmal im Monat in bar beim Amt für Wohnen und Migration.

### **Hamburg**

Wie überall haben Asylbewerber in Hamburg Anspruch auf Grundleistungen wie eine Unterkunft, Ernährung und Gesundheitspflege und auf ein Taschengeld. In Hamburg werden von dieser Summe 29 Euro abgezogen, dafür bekommt jeder Asylbewerber ein Monatsticket für Bus und Bahn.

Flüchtlinge werden nach ihrer Ankunft am Münchner Hauptbahnhof medizinisch untersucht (Archivbild).

© Christof Stache/AFP/Getty Images

### **Gesundheitsversorgung in Köln**

Flüchtlinge bekommen in Köln einen Behandlungsschein ausgestellt, über den Ärzte Behandlungskosten abrechnen können. Ab 1. April wird das System durch die Gesundheitskarte für Flüchtlinge abgelöst werden. Probleme gibt es bei der Versorgung mit psychologischen Behandlungen. Es gibt kaum Ärzte, die die Sprachen der Flüchtlinge sprechen oder die sich auf eine Vermittlung durch Dolmetscher einlassen. Außerdem fehlt vielen Psychologen die für die Behandlung von Traumata notwendige Ausbildung.

### **Berlin**

Seit Jahresbeginn erhalten Flüchtlinge in Berlin die elektronische Gesundheitskarte. Berlin ist nach Hamburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen das vierte Land, das die Karte für Asylbewerber eingeführt hat. Die Regelung gilt zunächst für alle neu Ankommenden, die sich registrieren lassen. In den kommenden Monaten sollen alle Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz die Karte erhalten. Dafür müssen sie allerdings wieder einen Termin beim Lageso vereinbaren. Bisher mussten Leistungsempfänger einmal pro Quartal einen Behandlungsschein im Lageso abholen, den sie beim Arzt vorzeigen konnten. Mit der Gesundheitskarte können sie



Zwischen Willkommen und Chaos Warten auf Taschengeld, Arzt, Sprachkurs: Für Flüchtlinge ist es ein Unterschied, ob sie in Köln, Berlin, München oder Hamburg lan....

nun direkt die medizinischen Leistungen nach dem AsylLG in Anspruch nehmen. Die Abrechnung erfolgt zunächst über die Krankenkassen, Berlin erstattet den Kassen die Auslagen vollständig.

## München

Bei der Erstaufnahme und Ankunft am Hauptbahnhof wird jeder Flüchtling ärztlich untersucht. Sein Gesamtzustand wird festgestellt, ansteckende Krankheiten und Wunden sofort behandelt. Jeder registrierte Flüchtling kann zu niedergelassenen Ärzten gehen. Dafür bekommt er einen Berechtigungsschein von den Sozialbehörden, damit der Arzt seine Leistungen abrechnen kann. Bayern hat sich gegen die elektronische Gesundheitskarte für Flüchtlinge entschieden, damit es zu keiner "unbegrenzten Leistungsausweitung" bei der ärztlichen Versorgung kommt, so begründete Wirtschaftsministerin Ilse Aigner das. In einigen großen Unterkünften haben Ärzte des Vereins Refudocs improvisierte Praxen eingerichtet, in denen sie regelmäßige Sprechstunden abhalten. Hier praktizieren niedergelassene oder pensionierte Mediziner ehrenamtlich. Behandlungsscheine brauchen die Flüchtlinge dafür nicht. Noch sind die Refudocs nicht überall vertreten, künftig wollen sie es aber sein.

## Hamburg

Hamburgs Gesundheitssystem für Flüchtlinge galt bislang als vorbildhaft. In allen Erstaufnahmecamps gibt es hausärztliche Sprechstunden. Viele der Ärzte meldeten sich freiwillig, einige arbeiten gar ehrenamtlich.

Für Aufsehen sorgte jedoch der Fall eines syrischen Babys, das am 3. Februar in einem Hamburger Krankenhaus an Organversagen starb. Normalerweise sollen Asylbewerber in Hamburg innerhalb von zwei Wochen eine Gesundheitskarte erhalten, mit der sie Ärzte und auch das Krankenhaus aufsuchen können. Das funktioniert jedoch offenbar nicht einwandfrei. Die Eltern hatten ihr zehn Monate altes Kind nach eigenen Angaben an mehreren Tagen zur Sprechstunde in ihrer Unterkunft gebracht, kamen aber nicht jedes Mal dran, weil sie keinen Termin hatten, obwohl sich der Zustand des Babys verschlechterte. Zuletzt riet eine Ärztin von der Überweisung an ein Krankenhaus ab, am selben Abend mussten dann Sanitäter das Kind im Rettungswagen in die Klinik bringen. Zehn Tage später starb es. Die Familie lebte seit Oktober in Hamburg, hatte aber nach eigenen Angaben keine Gesundheitskarte.

Die Hamburger Gesundheitsbehörde wies Kritik an der medizinischen Versorgung in der Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung (ZEA) zurück. "Nach Prüfung der bisher vorliegenden Informationen sieht die Gesundheitsbehörde keine Lücken in der Organisation der medizinischen Versorgung in der ZEA am Rugenbarg", sagte ein Behördensprecher am 12. Februar. Doch auch vor diesem Fall gab es vereinzelt Kritik: In der taz berichtete ein Notfallmediziner, die hygienischen Verhältnisse in den Camps seien "mangelhaft", vor allem Kinder würden schlecht versorgt und seien häufig mangelernährt.

Asylbewerber aus dem Libanon, Gambia und dem Kosovo nehmen an einem zweiwöchigen Handwerkskurs in Berlin teil (Archiv).

© Sean Gallup/Getty Images

## Bildung in Köln

Minderjährige Flüchtlinge können und müssen in Nordrhein-Westfalen eine Schule besuchen, sobald sie einer Kommune zugewiesen wurden. Das kann allerdings einige Monate dauern. Die Zahl der schulpflichtigen Flüchtlinge steigt in Köln schneller als die Zahl der Vorbereitungsklassen. Unternehmens- und Sozialverbände versuchen, Flüchtlinge möglichst schnell an Ausbildungsbetriebe zu vermitteln. Die entsprechenden Netzwerke sind da, haben aber mit der Anerkennung von Abschlüssen zu kämpfen.

## Berlin

Ende 2015 lebten 13.693 minderjährige Flüchtlinge in Berlin. Sofern sie einen Aufenthaltstitel haben (dazu zählt auch der Status des Asylbewerbers) fallen Kinder in Berlin unter die gesetzliche Schulpflicht. Kinder ohne

Zwischen Willkommen und Chaos Warten auf Taschengeld, Arzt, Sprachkurs: Für Flüchtlinge ist es ein Unterschied, ob sie in Köln, Berlin, München oder Hamburg lan....

Aufenthaltstitel haben zumindest das Recht auf einen Schulbesuch. Die meisten Flüchtlingskinder werden zunächst in sogenannten Willkommensklassen unterrichtet, in denen sie vor allem ihre Deutschkenntnisse verbessern sollen. Anschließend sollen sie in normale Klassen integriert werden. Ende 2015 gingen 5.700 Schüler in rund 550 Willkommensklassen. Erwachsene haben Anspruch auf einen Integrationskurs, wenn ihr Asylantrag genehmigt wurde. Asylbewerber können an kostenlosen Kursen in den Volkshochschulen teilnehmen.

## München

Derzeit bietet das staatliche Schulamt 106 Übergangsklassen für 1.500 Kinder an, in denen auch Deutschkurse auf dem Stundenplan stehen. In den Unterkünften organisieren die Helferkreise und soziale Einrichtungen wie Caritas oder Pfarrgemeinden regelmäßige Sprachkurse, die das Bundesamt für Migration finanziert. Für Kinder werden Hort- und Schulplätze organisiert, sobald die Familien nach der Erstaufnahme eine Unterkunft gefunden haben. Ein großes Problem ist die große Zahl der minderjährigen Flüchtlinge, die besonders aufwendig betreut werden müssen. Im vergangenen Jahr kamen 4.300 von ihnen nach München. Neun Träger aus München und dem Umland haben außerdem ein Netzwerk gegründet, um Flüchtlinge mit Bleiberecht möglichst schnell in Ausbildung und Beruf zu vermitteln.

## Hamburg

Die Beschulung von Flüchtlingskindern sei in Hamburg vorbildlich, hat der Senat verkündet. Allerdings gibt es in vielen Erstaufnahmeeinrichtungen immer noch keine Lerngruppen - schlicht, weil der Platz fehlt. Für Kinder zwischen drei und sieben Jahren gibt es in den Erstaufnahmeeinrichtungen laut Behörden täglich ein vierstündiges Betreuungsangebot für Kinder - sofern genügend Räume vorhanden sind. Für Flüchtlinge, die studieren wollen, gibt es in Hamburg das Programm "UHHhilft" (Universität Hamburg hilft). Der Andrang zu diesem Angebot war riesig. Von den 1.800 Flüchtlingen, die zur Vorstellung des Programms kamen, durften sich allerdings nur 600 anmelden. Die Stadt stellt gut drei Millionen Euro zur Verfügung, um spezielle Angebote für Flüchtlinge wie Mentoring-Programme und Sprachkurse zu finanzieren.

In den Hamburger Messehallen sortieren Freiwillige Kleiderspenden (Archivbild).

© Alexander Koerner/Getty Images

## Freiwillige Helfer in Köln

Ehrenamtliche Hilfe wird in Köln von Strukturen getragen, die schon lange existieren. Das Netzwerk "Engagiert in Köln" und der Kölner Flüchtlingsrat vermitteln Helfer an die Stellen, an denen ihre Arbeit gebraucht wird.

Einige Aufgaben koordiniert auch die Stadtverwaltung. So betreibt die Stadt eine Flüchtlingsdrehscheibe: Am Flughafenbahnhof werden neu ankommende Flüchtlinge versorgt und auf Kommunen in ganz NRW verteilt. Wer hier ehrenamtlich helfen möchte, muss sich auf Wartelisten eintragen und bekommt dann rechtzeitig vor der Ankunft des Zuges einen Anruf. Laut Stadt sind die Listen viel zu lang, um alle Hilfsbereiten anzufragen. Ähnliches berichten Erzieher und Sozialarbeiter, die in Flüchtlingsunterkünften arbeiten. Zusätzlich gibt es nachbarschaftliche Willkommensinitiativen, die praktisch überall entstehen, wo neue Unterkünfte geschaffen werden. Nach den Übergriffen in der Silvesternacht fragen sich viele Kölner, was der richtige Umgang mit straffälligen Asylbewerbern ist. Laut Flüchtlingsrat gibt es seitdem weniger Sachspenden und weniger moralische Unterstützung aus der Bevölkerung. Das ehrenamtliche Engagement habe aber nicht gelitten. Wer 2015 bereit war, seine Freizeit zu investieren, ist es auch 2016 noch.

## Berlin

Berlin hat ein großes Freiwilligen-Netz, in den meisten Bezirken gibt es größere Vereine oder Zusammenschlüsse wie Hellersdorf hilft, Kreuzberg hilft oder Willkommen im Westend, dazu kommen zahlreiche kleinere Initiativen. Auf dem Gelände des Lageso ist vor allem Moabit hilft aktiv. In der Helferdatenbank von Moabit hilft sind rund 16.000 Namen gelistet, wirklich aktiv seien allerdings weit weniger, 200-300 Gesichter sehe sie regelmäßig auf dem Gelände, sagt Diana Henniges von Moabit hilft. In ihrer Struktur sei das Engagement nach wie vor sehr hoch,

Zwischen Willkommen und Chaos Warten auf Taschengeld, Arzt, Sprachkurs: Für Flüchtlinge ist es ein Unterschied, ob sie in Köln, Berlin, München oder Hamburg lan....

"allerdings ändert sich die Besetzung". Viele Helfer, die seit dem Sommer da waren, seien inzwischen ausgezehrt und könnten nicht mehr weiter machen. Dafür kämen neue, es fehle an Kontinuität.

Dazu kommen wie in jeder größeren Struktur interne Streitigkeiten. Anfang des Jahres hat eine Gruppe ehemaliger Moabit-hilft-Helfer einen eigenen Verein gegründet: Er heißt Die Basis und ist weniger politisch. Die Basis will vor allem helfen, Moabit hilft will auch Politik machen. Moabit hilft war bundesweit in die Kritik geraten, nachdem das Bündnis die Nachricht eines angeblich toten Flüchtlings im Internet verbreitet hatte, die einer seiner Helfer sich ausgedacht hatte. "Das war ein bundesweites Debakel, wir hoffen, dass sich die Situation schnell beruhigt", sagt Henniges. Einen Einbruch bei den Helfern spüre sie nicht, aber die Anzahl an Hass-E-Mails habe zugenommen. "Inzwischen wird es persönlich."

## München

Als im Herbst 2015 täglich Tausende Flüchtlinge am Hauptbahnhof ankamen, standen zeitweise rund 12.000 Münchener parat, um Essen und Kleidung auszugeben. Das beeindruckte selbst die Polizei. 4.500 Freiwillige sind noch immer in Helferkreisen registriert und helfen regelmäßig in den vielen Flüchtlingsunterkünften der Stadt. Sie verteilen Kleiderspenden, Lebensmittel und helfen bei der Kinderbetreuung. Aktuell sind alle Unterkünfte gut mit Helfern besetzt und die organisieren ihre Dienstpläne immer professioneller. "Langsam wird es aber hart. Viele von uns haben nebenbei Jobs und die ständige Doppelbelastung ist groß", sagt ein Helfer.

## Hamburg

Die Behörden schätzen, dass es in Hamburg zurzeit etwa 3.000 ehrenamtliche Helfer für Flüchtlinge gibt. Im Oktober richtete die Stadt den Zentralen Koordinierungsstab Flüchtlinge ein, der unter anderem die Arbeit der Ehrenamtlichen besser vernetzen soll. Es funktioniert teils mehr, teils weniger gut. Am Hauptbahnhof etwa haben Freiwillige wochenlang provisorisch Flüchtlinge versorgt, die nach Skandinavien weiterreisen wollten. Mithilfe der Stadt konnte der Paritätische Wohlfahrtsverband schließlich in ein Haus nahe dem Bahnhof ziehen. Hier haben die Helfer nun die nötigen Voraussetzungen, um den Flüchtlingen besser zu helfen. Zudem stellte der Verband einige der Ehrenamtlichen als hauptamtliche Mitarbeiter ein.

Weniger erfolgreich läuft die Entwicklung bei der Hamburger Kleiderkammer, die als größte Deutschlands gilt. Aus ihrem zentralen Standort in den Messehallen mussten die Freiwilligen in eine Halle in Bramfeld, am Rand der Stadt, umziehen. Seitdem kommen kaum noch Helfer. Eine Zweigstelle zur Kleidungsabgabe in der Innenstadt suchten die Ehrenamtlichen bislang vergebens.

Eine Helferin im Münchner Hauptbahnhof im vergangenen September

© Christof Stache/AFP/Getty Images

## Übergriffe auf Flüchtlinge in Köln

Am 2. Januar warfen zwei Männer Feuerwerkskörper auf eine Flüchtlingsunterkunft in Köln-Mülheim und zerstörten eine Fensterscheibe. Verletzt wurde niemand. Nach den Geschehnissen in der Silvesternacht gelang es der rechten Szene nach vielen Monaten zum ersten Mal, eine nennenswerte Zahl, nämlich 1.700 Demonstranten, auf die Straße zu bringen. Pegida NRW demonstrierte gemeinsam mit Katern der Hooligan-Szene. Der Angriff auf die damalige Sozialdezernentin und spätere Oberbürgermeisterin Henriette Reker am 17. Oktober 2015 war gegen die Flüchtlingspolitik gerichtet. Der Angreifer stach Reker mit einem Messer in den Hals und gab später an, "in 20 Jahren nicht in einer muslimisch geprägten Gesellschaft leben" zu wollen.

## Berlin

In Berlin kommt es immer wieder zu Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte und Flüchtlinge. Die Berliner Polizei hat die Zahlen für 2015 noch nicht ausgewertet, nach Recherchen von ZEIT und ZEIT ONLINE kam es von Januar bis Ende November 2015 zu 20 größeren und kleineren Anschlägen auf Unterkünfte. Die meisten Heime sind von privaten Sicherheitsfirmen bewacht, bei akuter Gefährdungslage kommen Polizisten hinzu. Aufsehen erregte der

Zwischen Willkommen und Chaos Warten auf Taschengeld, Arzt, Sprachkurs: Für Flüchtlinge ist es ein Unterschied, ob sie in Köln, Berlin, München oder Hamburg lan....

Fall des dreijährigen Mohamed, den ein 32-jähriger Mann im Oktober auf dem Gelände des Lageso entführt und anschließend ermordet hatte.

## München

Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte hat es laut Auskunft von Polizei und Stadt bisher nicht gegeben. "Es läuft ruhig und entspannt hier", heißt es in der Verwaltung. Das Äußerste seien hitzige Debatten in einzelnen Anwohnerversammlungen gewesen. Gelegentlich kommt es allerdings zu Unruhen in den Heimen selbst. Mitte Januar gingen mehrere aufgebrachte Bewohnerinnen der Bayernkaserne auf den Unterkunftsleiter los und würgten ihn sogar. Sie wollten ihren Frust über die Wohnbedingungen loswerden. Das sei aber ein Einzelfall gewesen, sagt die Innere Mission, die der Heimbetreiber ist.

## Hamburg

Im vergangenen Jahr hat die Polizei 15 Übergriffe auf Unterkünfte registriert, hauptsächlich handelte es sich um Sachbeschädigungen und sogenannte Propagandadelikte wie beispielsweise volksverhetzende Graffiti. Brandanschläge gegen Flüchtlingsunterkünfte gab es in Hamburg nicht.

Syrische Flüchtlinge verteilen in der Nähe des Kölner Hauptbahnhofs Blumen an Passanten: eine Demonstration gegen Gewalt (Archiv).

© Patrik Stollarz/AFP/Getty Images

## Herausforderungen für Köln

Es gehört zur Erzählung, die die Kölner gerne von sich selbst verbreiten, dass die Stadt weltoffen und weitherzig sei. Neben dem Engagement von Ehrenamtlichen zeigte sich dies vor allem an der flüchtlingsfreundlichen Stimmung in der bürgerlichen Mitte der Stadt. Diese Stimmung ist gefährdet, seit in der Silvesternacht nordafrikanische Männer Frauen bedrohten, beklaunten und sexuell angingen. Dass bei den Hilfsorganisationen weniger Spenden abgegeben werden, ist ein Anzeichen dafür, dass sich die Stimmung ändert. Sollte sie sich dauerhaft verschlechtern, wird es für Helfer und Politiker schwieriger, neue Wohnräume und Integrationsangebote zu schaffen.

## Berlin

An zwei Orten manifestieren sich die Herausforderungen der Berliner Flüchtlingspolitik besonders deutlich: Am Lageso-Gelände, das bundesweit zum Symbol für Behördenversagen, Überforderung und unmenschliche Zustände geworden ist. Noch immer warten dort täglich Hunderte Menschen auf einen Termin. Sie wollen sich registrieren oder ihren Leistungsanspruch berechnen lassen, Gesundheitsscheine oder eine Babyausstattung abholen. Und auch wenn die Behörde inzwischen Personal eingestellt hat, reicht die Arbeitskraft für das zu bewältigende Pensum längst nicht aus. Der zweite Ort ist der stillgelegte Flughafen Tempelhof: Hier soll Deutschlands größtes Flüchtlingslager entstehen, mit Platz für bis zu 7.000 Menschen. Der Berliner Flüchtlingsrat kritisiert das Projekt. Statt Massenlagern fordert der Rat kleinere Unterkünfte und vor allem individuelle Wohnungen zur dezentralen Unterbringung.

## München

Die Unterbringung so vieler Menschen im Stadtgebiet ist schwierig, denn München platzt schon durch den normalen Bevölkerungszuzug aus allen Nähten und wächst jährlich um rund 15.000 Bewohner. Es sei die größte Herausforderung, so formuliert Oberbürgermeister Reiter, die Flüchtlinge auch ins Stadtgefüge einzubinden. Er hat einen "Integrationsplan für ganz München" angekündigt, den er demnächst zusammen mit Bildungs- und Sozialreferat präzisieren will.

## Hamburg

Zwischen Willkommen und Chaos Warten auf Taschengeld, Arzt, Sprachkurs: Für Flüchtlinge ist es ein Unterschied, ob sie in Köln, Berlin, München oder Hamburg lan....

Das größte Projekt der Stadt ist in Hamburg das Wohnungsbauprogramm für Flüchtlinge. 5.600 Wohnungen innerhalb gut eines Jahres für gut 20.000 Menschen - ein so ehrgeiziges Vorhaben gab es im sozialen Wohnungsbau wohl seit dem Kriegsende nicht mehr. In den nächsten Wochen wird sich zeigen, ob der Senat das Vorhaben verwirklichen können: Die Wohnungen entstehen in den meisten Fällen auf Grundlage einer Art Schnellbaurecht, das von Anwohnern gerichtlich angefochten wird. Die kommenden Gerichtsurteile werden zeigen, ob die Strategie des Senats aufgeht oder das Projekt erheblich verzögert wird.

**Load-Date:** February 22, 2016

---

End of Document

**Müller kritisiert schleppende EU-Hilfe für Flüchtlinge in der Türkei; Die EU hatte der Türkei finanzielle Hilfe bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise zugesagt. Laut Entwicklungsminister Müller ist davon bislang aber nur wenig überwiesen.**

ZEIT-online

Freitag 9. Dezember 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** EU-Flüchtlingspolitik; Ausg. 51

**Length:** 276 words

## **Body**

---

Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU)

© Sebastian Gollnow/dpa

Entwicklungsminister Gerd Müller hält die türkische Kritik für berechtigt, wonach die EU ihren Zusagen aus dem **Flüchtlingspakt** mit der Türkei zu wenig nachkommt. "Es kann nicht sein, dass Hilfsmaßnahmen ein Jahr brauchen, bis sie bei den Menschen ankommen", kritisierte der CSU-Politiker in der *Augsburger Allgemeinen*. Von den der Türkei zugesagten drei Milliarden Euro seien bislang nur 800 Millionen in Projekte geflossen. "Hier haben wir eher auf EU-Seite ein Problem", sagte er. "Deshalb habe ich Brüssel angeboten, dass wir die Umsetzung der EU-Hilfe mit unseren Strukturen in deutsch-türkischer Zusammenarbeit übernehmen können."

Zahlen der EU-Kommission machen allerdings auch deutlich, dass es vor allem unabhängige Hilfsorganisationen sind, die die zugesagten EU-Mittel nur langsam abrufen. Die finanzielle Hilfe der EU ist Teil des Flüchtlingsabkommens mit der Türkei. Es sieht vor, dass die EU alle Migranten, die illegal über die Türkei auf die griechischen Inseln kommen, zurückschicken kann.

Der Bundesminister stellte der Türkei trotz zunehmender politischer Spannungen in der Flüchtlingspolitik ein gutes Zeugnis aus: "In der türkischen Innenpolitik gibt es vieles, was man kritisieren muss, aber was die Flüchtlingsversorgung anbelangt, leistet die Türkei gute Arbeit", sagte er. "Vor Ort in der Türkei wird auch von Deutschland Enormes geleistet", sagte der Entwicklungsminister. "Seit September beschäftigen wir zum Beispiel 8.000 syrische Lehrer und Lehrerinnen, die in den türkischen Flüchtlingscamps und Städten Hunderttausende syrische Kinder unterrichten."

**Load-Date:** December 9, 2016

**Guterres plädiert für weltweite Verteilung von Flüchtlingen; Angesichts der hohen Flüchtlingszahlen fordert der künftige UN-Generalsekretär eine bessere Verteilung von Migranten. Auch die USA und Australien müssten sich beteiligen.**

ZEIT-online

Samstag 15. Oktober 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** UN-Generalsekretär; Ausg. 42

**Length:** 228 words

## Body

---

António Guterres bei einer Pressekonferenz in Lissabon, Portugal

© Rafael Marchante/REUTERS

Der designierte UN-Generalsekretär António Guterres hat sich für eine weltweite Verteilung von **Flüchtlingen** ausgesprochen. Länder wie der Libanon, die Türkei oder Jordanien müssten entlastet werden und die dort untergebrachten **Flüchtlinge** verteilt werden, sagte Guterres dem *Focus*. "Wir müssen sie viel stärker als bisher unterstützen und die **Flüchtlinge** weltweit verteilen. Wir brauchen ein groß angelegtes und effizientes Verteilungssystem. Nicht nur nach Europa, sondern auch nach Nordamerika, Lateinamerika, Australien."

Dafür gebe es auch ein Vorbild aus den siebziger Jahren, als die gesamte Weltgemeinschaft den Boat People aus Vietnam geholfen habe.

Der 67-jährige Guterres sprach sich auch für einen Mentalitätswechsel bei den Vereinten Nationen aus: Die Organisation müsse sich viel stärker als bisher dafür einsetzen, dass Krisen gar nicht erst entstünden. "Die Diplomatie soll Konflikte verhindern, aber wir müssen auch die Lebensbedingungen, die Sicherheit und die Menschenrechte fördern und die Folgen des Klimawandels eindämmen."

Der frühere portugiesische Regierungschef soll im Januar nächsten Jahres Ban Ki Moon an der Spitze der UNO nachfolgen. Guterres war zwischen 2005 und 2015 UN-Flüchtlingskommissar.

**Load-Date:** October 17, 2016

**"Was für ein tolles Land Deutschland ist"; Hunderte Flüchtlinge sind mit dem Zug von Budapest nach München gekommen. Und es werden immer mehr. Vor allem politisch könnte das noch brisant werden.**

ZEIT-online

Dienstag 1. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flüchtlinge; Ausg. 35

**Length:** 1061 words

**Byline:** Ferdinand Otto

## Body

---

**Flüchtlinge** aus einem Zug aus Ungarn warten vor Polizisten im Münchner Hauptbahnhof.

© Christoph Stache/AFP/Getty Images

Schweiß tropft von erschöpften Gesichtern, leere Blicke, Babys schreien, Kinder toben durch die Halle. Kurz nach 19 Uhr endet für 250 **Flüchtlinge** im Starnberger Flügel des Münchner Hauptbahnhofs eine lange Reise. Sie sind aus dem Railjet 64 aus Budapest gestiegen, nachdem Ungarn sie teils wochenlang an der Weiterreise gehindert hatte, jetzt warten sie in der Hitze.

Montagvormittag, berichtet Ahmed aus Syrien, habe sich ihnen erstmals keine Polizei mehr in den Weg gestellt, als sie versuchten, in einen der Züge nach Westeuropa zu steigen. Jetzt steht der freundliche Mann im Alter von gut 50 Jahren mit den ersten Ankömmlingen hinter einem hüfthohen Gitter, das die Münchner Polizei vor Wochen für die Registrierung von **Flüchtlingen** am Hauptbahnhof aufgebaut hat.

"Es war ein richtiger Run auf die Plätze, im Zug war es kochend heiß", sagt Ahmed. Er sei einfach nur dankbar, in Deutschland sein zu dürfen. "Wozu diese Schikane in Ungarn?" Zum Abschied streckt er die rechte Hand über das Gitter. Wo Ahmeds Daumen sein müsste, befindet sich ein Stummel mit einer frischen Wunde. "Assad", sagt er entschuldigend.

Österreich hatte den Zug aus Ungarn, in dem auch Ahmed saß, gestoppt und alle Flüchtlinge zurückgeschickt, die dort Asyl beantragt hatten. Die anderen durften passieren. Etwa 190 holte die deutsche Polizei dann in Rosenheim aus dem Zug, obwohl die Bundespolizei dort zwischenzeitlich gemeldet hatte, sie stelle die Kontrollen wegen Überlastung ein. Alle Übriggebliebenen sitzen jetzt hier auf dem Boden im Münchner Hauptbahnhof, an die Wände der Schalterhalle gelehnt.

In einer Ecke sitzen Aziz und seine Familie. Aziz' Vater neben seiner kleinen Tochter, die erst ein paar Monate alt ist und auf dem Arm ihrer Mutter schreit. Aziz ist 15, er kommt aus Afghanistan und spricht ein wenig Englisch. "Werden wir hier wieder wochenlang schlafen müssen?", fragt er. Hier, damit meint er den Münchner Hauptbahnhof. In Budapest gehörte seine Familie zu den Hunderten Flüchtlingen, die im Transitbereich des



"Was für ein tolles Land Deutschland ist" Hunderte Flüchtlinge sind mit dem Zug von Budapest nach München gekommen. Und es werden immer mehr. Vor allem politisc....

dortigen Bahnhofs übernachtet hatten. Als er hört, dass ihm noch heute Abend ein Feldbett in einer Unterkunft zusteht, huscht ein Lächeln über sein Gesicht.

### **Routine für die bayerische Polizei**

Die Ankunft der Flüchtlinge hatte sich über die sozialen Netzwerke herumgesprochen. Vor den Gleisen knien Bürger auf dem Boden und pinseln eilig ein Willkommensplakat. Ehrenamtliche stehen mit Keksen, Brezeln und Obst bereit. Die Bundespolizei, inzwischen geübt im Umgang mit Flüchtlingen, reicht Wasserflaschen und Papiertüten mit Lebensmitteln aus dem Bahnhofskiosk über das Gitter an die Ankömmlinge. Vor dem Bahnhof stehen Dixi-Toiletten für die Flüchtlinge bereit. Daneben haben Ärzte einer privaten Initiative einen orangenen Bus geparkt und untersuchen hier die Neuankömmlinge. Überall klicken die Kameras von Journalisten. Links sitzen Eritreer, rechts Afghanen, den größten Raum nehmen in der Mitte Syrer ein.

Die Regierung von Oberbayern, zuständig für die Betreuung der Flüchtlinge, hat schnell reagiert: Vor dem Bahnhof fahren Busse vor. Im Licht der Fernsehkameras steigen die ersten Flüchtlinge ein. Die Busse fahren nach Regensburg, die Münchner Erstaufnahmen sind schon voll.

In dem Trubel steht Sven Müller von der Münchner Polizei und wundert sich über das große öffentliche Interesse: "Ein paar Hundert Flüchtlinge am Tag, das ist extrem und bringt alle an die Grenzen - aber das haben wir hier regelmäßig." Für ihn und seine Kollegen sei das ein "normaler Arbeitstag".

Ganz alltäglich ist die Ankunft der Flüchtlinge in Bayern nicht. Denn sie kommen aus Ungarn, einem EU-Land, wo sie nach den Dublin-Regelungen hätten Asyl beantragen und untergebracht werden müssen. Die dortigen Behörden aber ließen die Menschen ziehen.

Ist das der Anfang vom Ende der Schengen- und Dublin-Verträge? Die einen regeln den freien Personen-, Waren-, und Dienstleistungsverkehr, letztere schreiben unter anderem vor, dass sich das EU-Land um Asylbewerber kümmern muss, welches diese zuerst betreten.

### **Punks und Nazis an den Gleisen**

Margarete Bause fürchtet, dass darüber eine Diskussion aufkommen wird. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag steht in der Schalterhalle, um sich ein Bild zu machen. "Ich kann mir vorstellen, dass Forderungen, die Grenzen zu kontrollieren, lauter werden", sagt sie. Vor allem von der CSU erwartet Bause das. "Die beste Methode, Schleuser zu bekämpfen, wäre es, legale Einreise zu ermöglichen. Und die Bewegungsfreiheit in der EU muss erhalten bleiben." Erst vergangene Woche hatte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge angekündigt, für syrische Flüchtlinge das Dublin-Verfahren auszusetzen und sie nicht mehr in andere EU-Staaten abzuschieben.

Später, um halb neun, zückt Samir aus Syrien in der Haupthalle des Hauptbahnhofs sein Smartphone. Die Kamera richtet er auf die Gleise, die Anzeigetafel über dem Bahnsteig kündigt den zweiten Zug des Abends aus Budapest an. Der 17 Jahre alte Samir und seine Familie sind vor drei Jahren geflohen. "Jetzt warte ich auf meinen Freund, er soll auch sehen, was für ein tolles Land Deutschland ist", sagt er.

Mit ihm warten Flüchtlingsaktivisten auf den Zug - und fünf Neonazis, unter ihnen der verurteilte Rechtsterrorist Karl-Heinz Statzberger. Unter Applaus geleitet die Polizei die Rechtsextremisten schließlich vom Gleis.

### **Weitere Züge aus Ungarn kommen an**

Etwa 80 Flüchtlinge, darunter Jugendliche ohne Eltern, Familien und Frauen, steigen aus dem Budapest-Zug und schauen sich verärgert um. Dass ihre Reise so viel Aufmerksamkeit auf sich zieht, hatten sie nicht erwartet. Die Polizei nimmt sie freundlich in Empfang, Punks mit Sicherheitsnadeln im Ohr klatschen. Samir jubelt, als die Neuen an ihm vorbeiziehen, auf Arabisch grüßt er mit "*Salam*", Frieden. Seinen Freund kann er nicht entdecken. "Macht nichts, bestimmt sitzt er im nächsten Zug. Oder im übernächsten oder dem danach." Dass ihn eine Grenze noch aufhalten könnte, scheint für Samir unvorstellbar.

"Was für ein tolles Land Deutschland ist" Hunderte Flüchtlinge sind mit dem Zug von Budapest nach München gekommen. Und es werden immer mehr. Vor allem politisc....

In der Nacht wird noch ein Zug eintreffen. Bis zum Morgen haben rund 600 Flüchtlinge aus Budapest diesen Weg nach München gefunden. Dass es die letzten waren, glauben weder die Helfer noch die Polizei. Sie bereiten sich schon auf die nächsten, ganz normalen, extremen Arbeitstage vor.

**Load-Date:** September 1, 2015

---

End of Document

**Ausländer nach deutschen Bedürfnissen; Pegida fordert es, die CDU denkt drüber nach, jetzt legt die AfD ein Papier für eine neue Einwanderungspolitik vor: Sie will mehr Abschieben, im deutschen Interesse.**

ZEIT-online

Dienstag 13. Januar 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

**ZEIT**  **ONLINE**

**Section:** AfD; Ausg. 2

**Length:** 1131 words

**Byline:** Lenz Jacobsen

## **Body**

---

Die Vorsitzende der AfD-Landtagsfraktion in Sachsen, Frauke Petry, während der Pressekonferenz im Landtag in Dresden

© Arno Burgi/dpa

"Das Thema", sagt Frauke Petry, "das muss ich Ihnen nicht sagen, ist in aller Munde." Nein, das muss die sächsische AfD-Vorsitzende und stellvertretende Bundessprecherin wirklich niemandem sagen. Sie ist an diesem Dienstagmorgen in Dresden in die Landespressekonferenz gekommen, um das Positionspapier der Fraktion zu Einwanderung und Asyl vorzustellen. Damit, so Petry, "in diese Debatte, die ja ganz häufig emotional aufgeheizt ist, mehr Sachlichkeit hineinkommt."

Emotional aufgeheizt? Das kann man wohl sagen. Keine Sechzehn Stunden vor Petrys Auftritt hatten sich am anderen Ende der Altstadt 25.000 Menschen wieder unter dem Pegida-Banner versammelt und gegen eine vermeintlich drohende Islamisierung demonstriert. Und im nahen Leipzig sammelten sich 4.800 Menschen und hetzten im klassischen Neonazi-Duktus gegen "ausländische Sozialschmarotzer".

Darüber redet Petry aber nicht. Mit Pegida können sie und ihre Partei ja gut. Der brandenburgische Parteivorsitzende Alexander Gauland war vor ein paar Wochen bei der Demo, an diesem Montag dann kam sein thüringischer Kollege Björn Höcke zu Besuch. Und vergangenen Mittwoch traf sich Petry selbst mit den Pegida-Organisatoren und lobte anschließend die "Gemeinsamkeiten". Am gestrigen Montag übrigens forderte Pegida-Chef Lutz Bachmann ein neues Einwanderungskonzept, also genau das, was Petry nun vorlegt.

Was Petry stört, ist die vermeintliche Tabuisierung des Integrationsthemas durch Linke. Sie ist der Meinung, "dass das Thema nicht nur seit Jahren, sondern seit Jahrzehnten in Deutschland ein Schattendasein fristet." Dann erzählt sie, wie ihr zur Schulzeit ein Lehrer in Westdeutschland verboten habe, von Deutschland als "Einwanderungsland" zu sprechen. Das "kannte ich eher aus der Schule in der alten DDR."

**Ein neues Gesetz will auch der CDU-General**

Ausländer nach deutschen Bedürfnissen Pegida fordert es, die CDU denkt drüber nach, jetzt legt die AfD ein Papier für eine neue Einwanderungspolitik vor: Sie wi....

Damit ist der Ton gesetzt, in dem Petry und die AfD über Einwanderung reden. Es ist der "wird Zeit, dass wir darüber mal offen reden"-Duktus, das "Mut-zur-Wahrheit"-Prinzip. Sie erklären ein Thema zum vermeintlich gesellschaftlichen Tabu, um sich dann selbst als Tabubrecher zu inszenieren.

Dabei hat der CDU-Generalsekretär Peter Tauber vor wenigen Tagen ein neues Einwanderungsgesetz angeregt, und SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann hat darüber auch laut nachgedacht.

Die AfD fordert schon seit Langem ein neues Einwanderungsgesetz, hat dazu bisher aber nur Stichpunkte im Programm stehen. Der sächsische Vorstoß ist nun der detaillierteste. In dem Papier heißt es: "Warum wird nicht klar formuliert, was Deutschland den Einwanderern bietet, was es von ihnen erwartet und was es auf keinen Fall duldet?" Dabei mühen sich vom Bundespräsidenten Gauck über Innenminister Thomas de Maizière bis hin zu den Integrationsministern in den Ländern etliche Parteien und Politiker genau damit ab.

Deutschland ist ein Einwanderungsland, aber vernünftig geregelt ist - laut AfD - die Einwanderung nicht. Das gelte erstens gesellschaftlich: Im zwölfseitigen AfD-Positionspapier heißt es: "Integration ist in modernen Einwanderungsgesellschaften eine Bringschuld der Einwanderer. So soll es künftig auch in Deutschland sein." Viel zu einseitig sei bisher von einer nötigen "Willkommenskultur" die Rede.

Zweitens stört sich die AfD daran, dass die schon vorhandenen Gesetze nicht richtig umgesetzt würden. Petry macht eine Rechnung auf: 200.000 Asylbewerber gab es 2014, aber nur ca. 30 Prozent der Antragsteller dürfen bleiben. Die anderen müssen ausreisen. Dazu gezwungen, also abgeschoben, haben deutsche Behörden 2014 nur 5.743 Personen, "nach jetziger Datenlage", wie Petry sagt. Sie hätte auch sagen können: Nur in den ersten sechs Monaten des Jahres. Aber dann hätte die Zahl vielleicht nicht ganz so klein geklungen. So oder so, Petry geht es um diejenigen, die kein Asyl bekommen haben, aber auch nicht abgeschoben wurden. Sie sagt: "Da muss man sich fragen, wo die restlichen Menschen geblieben sind."

Ja, wo sind die geblieben? Petry vermutet, dass sie noch immer im Land sind und von den Behörden geduldet werden. Tatsächlich waren Ende 2013 (neuere Zahlen gibt es nicht) knapp 200.000 Ausländer in Deutschland geduldet, wobei da auch alle mitzählen, deren Asylverfahren noch läuft. Jedenfalls will Petry Schluss machen mit dieser aus ihrer Sicht allzu nachsichtigen Praxis. Denn schließlich bekommen auch die Geduldeten möglicherweise noch Geld vom Staat. Die Bundesrepublik "belohnt" damit das rechtswidrige Verhalten der Ausreisepflichtigen, heißt es im sächsischen AfD-Papier. "Dadurch werden Anreize zu einer unregelmäßigen Einwanderung massiv verstärkt."

Deshalb möchte die AfD mehr abschieben. Wie genau, sagt sie nicht. Aber klar ist, dass sie damit eigentlich nur das wiederholt, was die CDU, in AfD-Kreisen gerne "Altpartei" genannt, ohnehin schon sagt. Ein Sprecher des Innenministeriums erklärte bereits im vergangenen Oktober: "In der Durchsetzung der Ausreisepflicht besteht derzeit ein erhebliches Vollzugsdefizit."

### **Bequem: Deutsche müssen nichts tun**

In der Vorstellung der AfD-Politiker funktioniert Einwanderung so: Echte Opfer bekommen Asyl oder dürfen als Flüchtlinge bleiben, zumindest auf Zeit. Wobei das auch nur theoretisch gilt, denn da Deutschland von friedlichen Ländern umgeben ist, sogenannten sicheren Drittstaaten, sollen die sich eigentlich um alle kümmern, die aus der Welt nach Europa strömen.

Alle anderen Migranten, die also nicht direkt bedroht sind und nicht aus EU-Ländern kommen, werden dann nach "den Bedürfnissen Deutschlands" ausgewählt. Ein Punktesystem soll sie nach Alter, Qualifikation, Sprachkenntnissen und dem Geld einsortieren, das sie nach Deutschland mitbringen.

Wie so ein Punktesystem allein mehr von den aus AfD-Sicht "richtigen" Migranten, nach Deutschland locken soll, wurde bei Petrys Vorstellung nicht klar. Schon jetzt gibt es längst Gesetze, die Selbstständigen und solchen mit Arbeitsvertrag den Umzug nach Deutschland erlauben.

Ausländer nach deutschen Bedürfnissen Pegida fordert es, die CDU denkt drüber nach, jetzt legt die AfD ein Papier für eine neue Einwanderungspolitik vor: Sie wi....

Irgendwann fragt dann in Dresden ein Journalist Frauke Petry noch, wie sie denn eigentlich diesen Vorschlag umsetzen wolle, so als sächsische Oppositionspartei. Ihre Antwort: "Dieses Gesetz kann natürlich am Ende nur auf Bundesebene gefasst werden, insofern arbeiten wir gerade daran, wie wir dort im sächsischen Landtag einen Bezug herstellen."

Übrigens schreibt die AfD auch: "Deutschland ist ein säkularer Staat im Geiste der Aufklärung. Religion ist Privatsache." Das würde konsequenterweise das Ende des staatlich organisierten Religionsunterrichts in Schulen bedeuten und eigentlich auch die Abschaffung der ebenso staatlich eingetriebenen Kirchensteuer. Wenn das mal nicht für Ärger mit den Verteidigern des christlichen Abendlandes sorgt.

**Load-Date:** January 13, 2015

---

End of Document

**Merkels Afrika-Agenda; Die Bundeskanzlerin besucht drei afrikanische Länder. Dabei steht vor allem die Flüchtlingskrise im Niger im Fokus, aber auch der Bundeswehreinsatz in Mali ist Thema.**

ZEIT-online

Sonntag 9. Oktober 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Flüchtlingspolitik; Ausg. 42

**Length:** 585 words

## Body

---

**Flüchtlinge** in einem Camp im Niger

© Issouf Sanogo/AFP/Getty Images

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ist am Sonntag zu einer dreitägigen Afrikareise aufgebrochen. In den vergangenen Tagen hatte die Kanzlerin mehrfach betont, dass sie in der **Flüchtlingspolitik** künftig den Fokus stärker auf den Nachbarkontinent legen will. Merkel reist bis Dienstag nach Mali, Niger und Äthiopien.

"Ich glaube, dass wir uns sehr viel stärker noch für die Geschicke Afrikas interessieren müssen", sagte Merkel am Samstag in ihrem Videopodcast. "Das Wohl Afrikas liegt im deutschen Interesse."

Die Kanzlerin beginnt ihren ersten längeren Besuch in Afrika seit dem Jahr 2011 am Sonntag im krisengeschüttelten Mali. In der Hauptstadt Bamako kommt Merkel mit Staatschef Ibrahim Boubacar Keïta zusammen. Bei den Gesprächen soll es um die Stabilität und Sicherheit in Mali gehen.

Mali war nach einem Militärputsch im März 2012 ins Chaos gestürzt, mehrere islamistische Gruppierungen brachten den Norden des Landes unter ihre Kontrolle. Ein 2015 geschlossener Friedensvertrag ist brüchig. Merkel trifft zudem malische Religionsführer und Bundeswehrsoldaten, die an dem UN-Einsatz Minusma zur Stabilisierung des westafrikanischen Landes und der EU-Mission EUTM beteiligt sind.

### **Reise in ein Transitland für Flüchtlinge**

Am Montag reist Merkel weiter nach Niger, eines der wichtigsten Transitländer für Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa. Zehntausende Menschen ziehen jährlich durch das Land Richtung Mittelmeer, um von dort weiter nach Europa zu gelangen. Der Sahelstaat selbst zählt zu den ärmsten Ländern dieser Erde und wird daher von der EU finanziell bei der Bewältigung dieser Herausforderungen unterstützt.

Im Niger will Merkel Präsident Mahamadou Issoufou treffen und das Regionalbüro der Internationalen Organisation für Migration (IOM) besuchen. Sie trifft zudem deutsche Soldaten, die auf dem Luftwaffentransportstützpunkt für Minusma im Niger im Einsatz sind.

Merkels Afrika-Agenda Die Bundeskanzlerin besucht drei afrikanische Länder. Dabei steht vor allem die Flüchtlingskrise im Niger im Fokus, aber auch der Bundeswe....

Um die Zahl der Flüchtlinge in Europa zu verringern, will Merkel stärker die Fluchtursachen in Afrika bekämpfen. Zudem strebt sie nach dem Vorbild des Flüchtlingspakts mit der Türkei eine Zusammenarbeit mit den Transitländern im Norden Afrikas wie Ägypten an.

Das sieht die EU-Kommission aber offenbar kritisch. EU-Erweiterungskommissar Johannes Hahn intervenierte dem *Spiegel* zufolge deswegen bei Kanzleramtschef Peter Altmaier (CDU). Das im März geschlossene EU-Türkei-Abkommen sieht vor, dass die Türkei im Gegenzug für EU-Hilfen in Milliardenhöhe zur Versorgung der drei Millionen Flüchtlinge im Land alle Migranten zurücknimmt, die von der türkischen Küste auf die griechischen Ägäisinseln übersetzen. Zudem sollen die Schlepper bekämpft werden. Merkel hatte sich massiv für das Abkommen eingesetzt.

### **Abschlusstreffen in Äthiopien**

In Brüssel besteht dem *Spiegel*-Bericht zufolge die Sorge, dass Länder wie Ägypten nach Merkels Ansage ebenfalls derartige Geldsummen erwarten, obwohl die Situation mit der in der Türkei nicht vergleichbar sei.

Der Abschluss von Merkels Reise ist am Dienstag ein Besuch in Äthiopiens Hauptstadt Addis Abeba, wo die Afrikanische Union (AU) ihren Sitz hat. Anlass des Besuchs ist die Übergabe und Einweihung des von Deutschland finanzierten Gebäudes für Frieden und Sicherheit der AU. Dabei wird Merkel eine Rede halten und mit der AU-Kommissionsvorsitzenden Nkosazana Dlamini-Zuma zusammenkommen.

**Load-Date:** October 9, 2016

## **Die Bildungsbürger; Junge Asylbewerber haben in Deutschland kaum eine Chance auf einen Schulabschluss. Ausgerechnet in Bayern ist das anders.**

ZEIT-online

Mittwoch 27. Mai 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flüchtlinge in Bayern; Ausg. 21

**Length:** 1711 words

**Byline:** Laura Cwiertnia

### **Body**

---

**Flüchtlingsleben** in Schwandorf, Bayern

© Magdalena Jooß

Die Kellnerin im Rüschenkleid sagt: "Bald sieht man in Schwandorf keine Deutschen mehr." Der Taxifahrer mit dem ausgefranstem Schnurrbart fragt: "Warum sollen wir für alle zahlen?" Eine junge Frau mit Pferdeschwanz findet: "Das mit den **Flüchtlingsbooten** ist schon schlimm, aber die ganze Hilfe ist doch a bissl übertrieben."

Schwandorf ist eine Stadt in der bayrischen Oberpfalz, mit gepflegten Vorgärten, kleinen Kirchen und viel Tannenwald. Im Stadtrat hat die CSU gerade die Mehrheit geholt und außer den russischen Aussiedlern, die schon vor Jahrzehnten hergezogen sind, sieht man hier kaum **Migranten**. Aber ausgerechnet in Schwandorf klappt die Integration von jungen **Flüchtlingen** in das deutsche Schulsystem so gut wie fast nirgendwo sonst in Deutschland. Da sind sich die **Flüchtlingsorganisationen** Pro **Asyl** und der bayerische **Flüchtlingsrat** einig.

Auf dem Flur der Berufsschule Oskar-von-Miller riecht es nach Holz. Eigentlich lernen hier angehende Tischler, Maurer und Friseure für Fächer wie Bautechnik, Wirtschaft oder Körperpflege. Aber in einem Klassenraum im dritten Stock steht in Druckbuchstaben an der Tafel: "Es schneien". "Es schneit!", ruft ein junger Mann mit krausem Haar und verspiegelter Sonnenbrille auf dem Kopf. Er grinst, weil er den Fehler als Erster erkannt hat.

© Mapbox/OpenStreetMap

Andemeskel, der lieber Andit genannt werden will, ist 18 Jahre alt und kam vor mehr als einem Jahr aus Eritrea nach Deutschland. Hätte er in einem anderen Bundesland als Bayern einen Asylantrag ausgefüllt, säße er heute vermutlich nicht in der Schule. Denn Andit zählt zur "vergessenen Gruppe", wie Tobias Klaus von Pro Asyl es nennt.

So wie Iyad aus Syrien, Ruth aus Äthiopien und viele andere in Andits Klasse: Flüchtlinge zwischen 18 und 25 Jahren, die noch im Asylverfahren stecken. In vielen Bundesländern haben sie in ihrem Alter kein Recht mehr auf Unterricht. Bis ihr Aufenthaltsstatus geklärt ist - und das kann Jahre dauern - , dürfen sie nicht einmal einen Integrationskurs machen. Ein Viertel aller Flüchtlinge, die 2013 in Deutschland ankamen, gehört zu dieser Gruppe.



Die Bildungsbürger Junge Asylbewerber haben in Deutschland kaum eine Chance auf einen Schulabschluss.  
Ausgerechnet in Bayern ist das anders.

Die meisten von ihnen sind in ihrem Heimatland zur Schule gegangen, viele haben eine Ausbildung oder sie haben studiert.

Einige Türen weiter, auf dem Flur im dritten Stock, sitzt Religionslehrer Werner Nagler. Er hat die Flüchtlingsklassen vor drei Jahren an seiner Schule in Schwandorf aufgebaut. Inzwischen kümmert sich Nagler um die Einführung solcher Klassen in der gesamten Oberpfalz. Denn in Bayern gibt es ein neues Konzept für Menschen wie Andit: Zwei Jahre lang werden sie an Berufsschulen unterrichtet - egal, ob sie eine Aufenthaltsgenehmigung haben oder nicht. Danach bekommen sie ein Abschlusszeugnis, und wer die Prüfung besteht, auch einen qualifizierten Hauptschulabschluss. 260 solcher Klassen gibt es schon, bis September 2015 sollen sie an allen Berufsschulen in Bayern eingeführt werden. Es ist ein deutschlandweit einzigartiges Modell.

Andit freute sich, als ihm vor einigen Monaten jemand sagte, er könne in die Schule gehen. Es war für ihn schwer auszuhalten gewesen, ohne Beschäftigung in seinem Heim herum zu sitzen. "Ich konnte mich ja nicht mal richtig unterhalten", sagt Andit. Im Unterricht wurde er anfangs schnell müde und konnte sich kaum auf die deutschen Wörter konzentrieren. Andit war von Eritrea über Äthiopien, den Sudan und Libyen nach Italien geflohen. Die meiste Zeit zu Fuß oder versteckt in einem Lastwagen, oft tagelang ohne Essen und Wasser. In Libyen wurde er gefoltert, seine Eltern wurden erpresst. Es gelang ihm, wegzulaufen, er setzte sich in ein überfülltes Boot und schließlich in einen Zug nach Deutschland. So erzählt Andit seine Geschichte. Als er ankam, war er noch nicht volljährig.

"Fast alle Schüler sind schwer traumatisiert", sagt der Lehrer Nagler. Darum machen die Lehrer häufiger Pausen als in anderen Klassen und sprechen auch über Dinge, die nichts mit Mathe, Deutsch oder Landeskunde zu tun haben. Für das bayerische Bildungsministerium hat Nagler an einem Leitfaden für die Einführung der Flüchtlingsklassen mitgearbeitet. Darin stehen zwölf goldene Regeln für den Unterricht. Unter Punkt vier heißt es: "Lernen beruht auf einer guten Beziehung zueinander."

Die meisten Schüler sind ohne ihre Eltern nach Deutschland gekommen, außer den Lehrern haben sie kaum Bezugspersonen. Deshalb besuchen die Lehrer jeden Schüler mindestens einmal zu Hause, manche hinterlassen für Notfälle ihre private Handynummer. Gern mache sie das, erzählt eine Lehrerin, manchmal sei es aber auch belastend. Vor ein paar Monaten habe sich ein iranischer Schüler in seinem Heim die Pulsadern aufgeschnitten. Aus dem Krankenhaus schickte er ihr später eine WhatsApp-Nachricht: "Es tut mir so leid", stand darin. Die Lehrerin nahm danach eine Supervision in Anspruch und machte eine Fortbildung über Traumata.

"Auch für so was haben wir ein Budget", sagt Nagler. Denn dass in Schwandorf vieles besser klappt als anderswo in Deutschland, liegt nicht nur am Engagement einzelner Lehrer, sondern am System: Je nach Bedarf kann die Schule schon ab zehn Schülern eine Klasse bilden. Das geht sonst nur an Förderschulen. Die Schule durfte neue Kollegen einstellen, Experten für Deutsch als Fremdsprache und für die Arbeit mit Flüchtlingen. Und alle Mitarbeiter können regelmäßig Fortbildungen besuchen, auch zu Themen wie Jugendhilfe, Sprachvermittlung und Asylrecht.

### **Woher kommt die Großzügigkeit?**

Bayern ist reicher als die meisten Bundesländer. Ideen, wie man Menschen wie Andit besser fördern könnte, gibt es zwar auch anderswo, aber die meisten scheitern am Geld. Die Finanzierung ist häufig nur kurzfristig geplant, die Plätze sind begrenzt und die Schulen können weder neue Lehrer noch regelmäßige Fortbildungen bezahlen. In vielen Bundesländern müssen selbst Flüchtlinge unter 16 Jahren monatelang auf einen Schulplatz warten.

In Bayern hat sich das Bildungsministerium für die Finanzierung der Flüchtlingsklassen eine besondere Lösung ausgedacht: Die Hälfte der Kosten trägt die Landesregierung, die andere ein freier Träger. In manchen Städten ist das eine Volkshochschule, in Schwandorf das Kolping Bildungswerk.

Einen Teil ihrer Schulstunden verbringen die Schüler im Bildungswerk. Handwerker zeigen ihnen, wie man Holz sägt und Metall schneidet. "Und wir lernen lustige Wörter", sagt Andit und spielt auf den breiten bayrischen Dialekt der Handwerker an. Im Alltag hilft den Schülern eine Pädagogin, die ebenfalls das Kolpingwerk eingestellt hat. Wie

Die Bildungsbürger Junge Asylbewerber haben in Deutschland kaum eine Chance auf einen Schulabschluss.  
Ausgerechnet in Bayern ist das anders.

kaufe ich Fahrkarten? Wann muss ich mich krank melden? Wo bekomme ich Nachhilfe? Die Pädagogin kümmert sich auch um Praktikumsplätze, denn im zweiten Jahr arbeiten alle Schüler eine Weile in einem Betrieb.

Dass die bayerische Landesregierung so viel Geld in die Förderung von Flüchtlingen steckt, war für Nagler anfangs verwunderlich. Zwar kommen die meisten Flüchtlinge in Bayern an, aber für eine besonders freundliche Asylpolitik ist das Bundesland nicht bekannt. Das bayerische Bildungsministerium erklärt es so: "Für junge Menschen mit hoher Bleibewahrscheinlichkeit stellen die Flüchtlingsklassen eine echte Chance zur Integration und Teilhabe in unsere Gesellschaft dar." Die Großzügigkeit hat vermutlich noch einen anderen Grund: 2014 blieben 25.000 Ausbildungsplätze in Bayern unbesetzt, jeder vierte Platz.

### **Distanz ist wichtig**

In seiner Heimat hatte Andit auf Baustellen geholfen, Zement gerührt und Wände verputzt. Diesen Sommer macht er bei einem Maurer sein Praktikum. Iyad, der junge Syrer, hat zu Hause zwei Semester Elektrotechnik studiert. Und Ruth, das Mädchen aus Äthiopien, träumt von einem Job als Krankenschwester. Maurer, Elektrotechniker, Krankenschwestern - für all diese Berufe fehlen hierzulande Interessenten.

"Die Unternehmen sehen in den jugendlichen Flüchtlingen auch ganz pragmatisch ein Potenzial, um den Fachkräftebedarf zu lindern", sagt Hubert Schöffmann von der bayerischen Industrie- und Handelskammer (IHK). Von den Firmen komme gutes Feedback zu den Praktikanten. Vielen werde gleich nach dem Praktikum ein Ausbildungsplatz angeboten. Zwar können Asylbewerber in Deutschland während einer Ausbildung jederzeit abgeschoben werden. Aber vor Kurzem hat das bayrische Innenministerium alle Ausländerbehörden offiziell aufgefordert, das nicht mehr zu tun. Allein in Niederbayern und der Oberpfalz haben rund 850 Betriebe bei der IHK Interesse an den neuen Arbeitskräften angemeldet.

Manchmal ist das sogar ein Problem. Viele Jugendliche hätten Schulden bei Schleppern, erzählt Nagler, und würden am liebsten so schnell wie möglich Geld verdienen. "Wir wollen, dass sie erst einen Abschluss machen."

Auch in Schwandorf klappte nicht alles von Anfang an reibungslos. "In den ersten zwei Jahren durften uns die Schüler noch duzen", sagt Nagler, "das war ein Fehler." Egal wie eng die Beziehung zu den Schülern sei, die Lehrer dürften die Distanz nicht aufgeben, auch um die Schüler auf den Arbeitsalltag vorzubereiten. Pünktlich sein, acht Stunden konzentriert arbeiten, abends aufräumen - nicht jeder komme mit diesen Regeln sofort klar. Darum seien die Lehrer jetzt manchmal sogar strenger als in anderen Klassen.

So begeistert wie Nagler oder Schöffmann von der IHK waren anfangs nicht alle in Schwandorf vom neuen System der Flüchtlingsklassen. Ein Lehrer bezeichnete die neuen Schüler als "graue Masse" und das Sekretariat der Schule stellte eine Weile jeden, der mit ausländischem Akzent anrief, gleich zu Werner Nagler durch - egal ob er ein Flüchtling war oder nicht. Für diese Kollegen organisierte Nagler ein Seminar über Kulturunterschiede, bezahlt von der Landesregierung. "Seitdem klappt's besser", sagt er.

Besonders skeptisch war ein Mitarbeiter des Ausländeramts. Lange Zeit hatte er Akten verwaltet, Anträge ausgefüllt und Bescheide verschickt. Auf einmal aber mischten sich Lehrer in seine Arbeit ein und wollten an runden Tischen darüber sprechen, wie man mit Traumata der Flüchtlinge umgehen kann. Irgendwann allerdings, erzählt Nagler, sei der Beamte zu ihm gekommen, habe die Zusammenarbeit gelobt und gesagt: "Wir sind hier schließlich keine Ausländerfeinde, gell?"

window.zonZg = {}; window.zonZg.imagePath="<http://live0.zeit.de/infografik/so-koennte-es-auch-gehen/images/>";

**Load-Date:** May 27, 2015

**Seehofer stellt Schuldenbremse infrage; Die hohe Zahl der Flüchtlinge bereitet den Ländern große finanzielle Probleme. Als erster Ministerpräsident denkt Seehofer laut über mehr Spielraum für Kredite nach.**

ZEIT-online

Freitag 11. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

**ZEIT**  **ONLINE**

**Section:** Flüchtlingspolitik; Ausg. 37

**Length:** 764 words

## Body

---

Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer will den Ländern mehr finanziellen Spielraum verschaffen.

© Gregor Fischer/dpa

Es kommen immer mehr **Flüchtlinge** nach Deutschland, bis zu 50.000 Menschen werden allein an diesem Wochenende in München erwartet. Das stellt Länder und Kommunen vor immer größere Probleme. Sie brauchen mehr Geld für die Versorgung und Unterbringung der Schutzsuchenden. Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) erwartete daher eine Diskussion über die Lockerungen bei der verfassungsrechtlich verankerten Schuldenbremse, um die finanziellen Spielräume vergrößern zu können: "Ich glaube nicht, dass die Schuldenbremse in allen Bundesländern eingehalten werden kann", sagte Seehofer der *Süddeutschen Zeitung*.

Diese Aussage ist von besonderer Bedeutung, weil sich damit erstmals ein Ministerpräsident der Union für eine Lockerungen bei der Schuldenbremse offen zeigt. In vielen sozialdemokratisch oder grün regierten Ländern dürfte dieser Vorschlag auf Gegenliebe stoßen.

Bis zu 10.000 Flüchtlinge würden bis Mitternacht in München erwartet und die wollten die Bayern auch mit Anstand behandeln, sagte der CSU-Chef. Dafür seien aber zusätzliche Mittel in großem Umfang notwendig: "Bei den Kosten für die Unterbringung sind wir schon an der Belastungsgrenze. Wir müssen aber auch jetzt sofort die Integrationsbemühungen massiv verstärken, um soziale Spannungen zu vermeiden. Die Belastung wird steigen, und wir müssen dafür Vorsorge treffen. Das drängt jetzt", sagte Seehofer. Eigentlich verbietet die Schuldenbremse den Ländern von 2020 an jegliche Neuverschuldung - dafür müssen bereits jetzt viele Landesregierungen anfangen zu sparen.

### Innenminister warnen vor Kollaps

Aufgrund der enormen Flüchtlingsströme haben mittlerweile auch die Innenminister der Länder einander eingestanden, dass sie am Limit angekommen sind. Fünf Telefonkonferenzen haben sie laut *Spiegel Online* zwischen Donnerstagabend und Freitagmittag in verschiedener Zusammensetzung abgehalten - die Stimmung sei dabei laut, gereizt und vielstimmig gewesen.

Seehofer stellt Schuldenbremse infrage Die hohe Zahl der Flüchtlinge bereitet den Ländern große finanzielle Probleme. Als erster Ministerpräsident denkt Seehofe....

Die Länder hätten den Eindruck, dass die Bundesregierung öffentlichkeitswirksam die Türen für Flüchtlinge öffnete, sie aber mit den Folgen alleinlasse. "Sie öffnen die Grenzen und lassen uns im Stich", zitiert *Spiegel Online* einen der Teilnehmer der Schalte am Donnerstag. Der Vorwurf ging in Richtung Innenstaatssekretärin Emily Haber. Die räumte "eine neue Sachlage" ein, nachdem Österreich die Migranten quasi durchwinke.

Mittlerweile beschreibt sogar die Bundeswehr die Lage als dramatisch. *Spiegel Online* zitiert aus einem vertraulichen Lagebericht vom Freitag, in dem die Militärs melden, dass die Bundesländer "aufgrund der aktuellen Notsituation" auf die Hilfe der Truppe zwingend angewiesen seien. 16.000 Unterbringungsplätze seien bisher bereitgestellt worden, mehr sei nicht machbar: "Die Aufnahme- und Vorratskapazitäten der Bundesländer sind in weiten Teilen erschöpft", heißt es in dem Papier.

Staatssekretärin Haber ist im Bundesinnenministerium permanent damit beschäftigt, die Arbeit mit den Ländern zu koordinieren. In vielen Landkreisen sind Bundeswehr, Technisches Hilfswerk sowie der Katastrophenschutz im Einsatz. Auch das Auswärtige Amt sowie das Entwicklungsministerium (BMZ) haben Flüchtlingsbeauftragte berufen.

Dennoch fehlt es in den meisten Ländern an Erstaufnahmeeinrichtungen und Entscheidern für die Asylgesuche. Viele Großstädte können allein ankommende Minderjährige aufgrund fehlender Sozialarbeiter nur bedingt betreuen. "Kriegen wir diese Krise nicht in den Griff, scheitert Europa", urteilt der CDU-Innenexperte und Fraktionsvize Thomas Strobl.

### **Auch EU-Staaten wollen Schuldenlockerung**

Seehofer steht mit seinen Gedanken nicht allein, auch EU-Staaten wollen eine Lockerung der vereinbarten Schuldenregeln erreichen. Dazu baten die EU-Finanzminister die EU-Kommission zu prüfen, ob die Ausgaben für die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen beim Staatsdefizit angerechnet werden können. Dadurch bekämen die Länder mehr Spielraum, um ihre mittelfristigen Haushaltsziele zu erreichen. Laut Maastricht-Vertrag soll das Defizit drei Prozent der Wirtschaftsleistung nicht überschreiten.

EU-Währungskommissar Pierre Moscovici versprach, das Anliegen zu klären: "Man muss die wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen dieser Krise auf die einzelnen Haushalte prüfen." Die Finanzminister könnten bei ihrem nächsten Treffen Anfang Oktober darüber diskutieren.

**Load-Date:** September 15, 2015

**Wir sind doch alle Migranten; Uns fehlt Empathie, sagt Georgi Gospodinov.  
Von Kindern können wir sie lernen. Klar, dass man den bulgarischen  
Schriftsteller am besten auf einem Spielplatz trifft.**

ZEIT-online

Freitag 18. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Georgi Gospodinov; Ausg. 37

**Length:** 1241 words

**Byline:** Carmen Eller

## Body

---

Der bulgarische Schriftsteller Georgi Gospodinov

© Dafinka Stoilava

Im Sand liegt ein weißblauer Hubschrauber. Schräg, als sei er gerade erst in die Welt hinter dem Berliner Wasserturm gestürzt. Hier sind die Holzhäuser quietschbunt, die Autos klein wie Äpfel, die kniehohen Pferde aus Plastik. Es gibt kein Meer, aber überall Sand. Ein kleines Mädchen vergräbt seine Hände darin. Daneben springt ein Junge mit blonden Locken auf und ab. Ein Vater stapft wie ein Riese durchs Bild.

"Für uns Erwachsene ist das nur Sand, für die Kinder ist es alles", sagt Georgi Gospodinov, der die Szene auf der Spielplatzbank beobachtet. Graue Stoppeln, hohe Stirn, Lausbubenblick: Der Schriftsteller aus Sofia sitzt hier häufiger - ohne Kind, aber mit Notizbuch. Während er Worte sucht, entstehen aus Sand Burgen, Autobahnen, manchmal ganze Welten. "Kinder sind die geborenen Schriftsteller", sagt er, "sie erfinden ständig Geschichten."

Bulgariens bekanntester Autor hat sich den Spielplatz als Treffpunkt gewünscht. Diesen Sommer verbringt er als Siegfried-Unseld-Professor in Berlin. In seinen Schreibkursen bittet er die Studenten anfangs, in die Hocke zu gehen. "Es ist eine wichtige Übung, die Welt aus der Perspektive der Kinder zu betrachten", sagt er. Erwachsen zu werden sei ja ein Prozess der "Vertikalisierung": "Man wird immer größer und bemerkt die kleinen Dinge nicht mehr."

Gospodinovs Werk dagegen nimmt die Welt genau unter die Lupe. In *Natürlicher Roman* macht er die Fliege zur literarischen Figur, in *Physik der Schwermut* lässt er den Erzähler in die Haut einer Nacktschnecke schlüpfen. Und in seinem Libretto für die *Weltraumoper* über einen Flug zum Mars ist wieder eine Fliege mit an Bord. Die Amerikaner haben Affen in den Weltraum geschossen, die Russen Hunde, aber als erstes Wesen, betont Gospodinov, reisten 1947 Fruchtliegen in einer V2-Rakete Richtung All.

**Arche Noah der Literatur**

Wir sind doch alle Migranten Uns fehlt Empathie, sagt Georgi Gospodinov. Von Kindern können wir sie lernen.  
Klar, dass man den bulgarischen Schriftsteller am be....

Gospodinov zelebriert die Schönheit des Vergänglichen - und die Vielfalt möglicher Perspektiven auf die Welt. "Ich sind" lautet ein Satz in *Physik der Schwermut*. Er charakterisiert nicht nur das Werk, sondern auch dessen Autor.

Auf der literarischen Bühne spielt Gospodinov viele Rollen. Der 1968 in Jambol geborene Bulgare schreibt Gedichte, Erzählungen, Romane, Theaterstücke, arbeitet als Literaturredakteur und Dozent für kreatives Schreiben. Sich selbst nennt er einen Geschichtenerzähler.

"Ich mag keine Limitierungen", betont er, "ich habe mein halbes Leben in einem limitierenden System verbracht." Genregrenzen sprengt er, unterschiedlichste Gattungen versammelt er in einem Roman. Seine Figur Gaustín, die mal in Gedichten auftaucht, mal in Prosastücken, erklärt: "Die reinen Genres interessieren mich nicht besonders. Der Roman ist kein Arier."

Mit *Physik der Schwermut* hat er so etwas wie eine Arche Noah der Literatur geschaffen. Es gibt dort Monologe und Listen, Traktate und Märchen. Das Buch ist ein literarisches Labyrinth. Im Zentrum steht eine Hauptfigur, die in fremde Erinnerungen eintauchen kann, sich hineinversetzt in Menschen, Tiere und mythische Gestalten.

Die Kindheit ist für Gospodinovs Literatur die wichtigste Lebensphase. Vor allem die ersten sieben Jahre, in denen Status, Aussehen, Herkunft keine Rolle spielen. "Ich liebe diese anarchistische Zeit der Kindheit. Später kommt der Staat. Die Schule lehrt dich, stolz darauf zu sein, dass du ein Bulgare oder ein Deutscher bist." Er hält einen Moment inne. "Wenn du aber glaubst, dass die Bulgaren die Besten sind, dann müssen andere schlechter sein. Das ist die dumme Logik des Nationalismus."

Vor Jahren initiierte Gospodinov ein Internetprojekt, um Geschichten von Menschen aus dem Sozialismus zu sammeln - als Gegengewicht zum offiziellen monolithischen Geschichtsbild: "Wir versuchten, das Schweigen in der bulgarischen Gesellschaft zu durchbrechen."

Gegen nationale Geschichte setzt Gospodinov individuelle Erinnerungen. Gegen Engstirnigkeit beschwört er die Macht der Empathie. "Ideologien mögen keine persönlichen Geschichten - wer Empathie empfindet, ist kein guter Soldat." Sein literarisches Werk versteht er deshalb auch als eine Form des Widerstands.

In diesem Moment zieht ein Flaschensammler mit seinem Wägelchen an der Bank vorbei. Wie aufgezogen durchquert er den Spielplatz, ohne Augen für den Hubschrauber, die Plastikpferde, die Kinder. Später erzählt Gospodinov, dass er öfters Obdachlose auf Spielplätzen sieht, manche verbringen hier auch die Nacht. Und er sagt: "Schriftsteller sind wie Menschen ohne Zuhause, die in den Geschichten anderer Menschen leben."

## Der Geruch der Kindheit

Wir sprechen über Heimatlose. Menschen, die übers Meer kommen und nicht überall willkommen sind. Und über die Angriffe auf Asylbewerberheime. Der Weltliterat wünscht sich dringend mehr Empathie in Europa. "Wir sollten damit anfangen, einander Geschichten zu erzählen und uns gegenseitig zuzuhören, wir sollten neugierig sein auf andere." Gospodinovs konkreter Vorschlag gegen Ausländerfeindlichkeit und Angst vor Fremden: "Man könnte die Geschichten von Migranten sammeln, zum Beispiel eine tägliche Kolumne in der Zeitung einrichten."

Schon lange vor der Flüchtlingsdebatte hat er sich mit dem Thema Heimatlosigkeit beschäftigt. Es sei ein schmaler Grad zwischen denen, die jetzt Arbeit und ein Zuhause haben, und den anderen, sagt Gospodinov. Schnell lande man in Krisenzeiten auf der anderen Seite. "Wir müssen verstehen, wie leicht auch wir zu Migranten werden könnten."

Viele Bulgaren gehen bereits nach Italien, Deutschland oder Spanien, um auf Feldern zu arbeiten oder sich um Kranke zu kümmern. "Andererseits nehmen wir in Bulgarien auch Flüchtlinge auf, etwa aus Syrien", erklärt der Autor. Trotzdem fehle es an Einfühlungsvermögen.

Wir sind doch alle Migranten Uns fehlt Empathie, sagt Georgi Gospodinov. Von Kindern können wir sie lernen.  
Klar, dass man den bulgarischen Schriftsteller am be....

In einer Hinsicht haben doch alle ihre Heimat verloren, sagt Gospodinov. "Wir sind alle Migranten aus dem Land der Kindheit." Was bleibt, sind Geschichten. Und dann entführt er in seine eigene Kindheit im sozialistischen Bulgarien. Erzählt von seinen Großeltern auf dem Land, bei denen er aufwuchs, von Stiften, an denen man lecken musste, damit sie farbig wurden und von den bunten Zungen, die er und sein Großvater danach hatten. Weil er als Kind nur weiße Kaugummis bekam, bemalte er sie mit Farbstiften, um seine Welt ein kleines bisschen bunter zu machen. Und im Sommer spielte er auf der Straße mit geschmolzenem Asphalt. "Wir bauten kleine Bälle daraus", sagt er. Den Geruch liebt er bis heute: "Es ist der Geruch meiner Kindheit."

Inzwischen ist ein Mädchen mit braunem Zopf unbemerkt unter die Bank gekrochen. Lautlos sucht sie nach Eicheln, steckt sie in eine Schachtel und läuft weiter. Versunken in ihrer Welt. Auch sie hat keinen Blick für den Hubschrauber, für die Plastikpferde in Blau oder Orange.

Der Geschichtenerzähler sieht ihr still zu. Er hat selbst eine achtjährige Tochter. Als sie ein Jahr alt war, lebte der Schriftsteller schon einmal in Berlin - als Stipendiat des DAAD-Künstlerprogramms. "In Deutschland hat sie damals ihr erstes Wort gesagt", erzählt Gospodinov und lächelt über das, was jetzt kommt: "Und sie hat es auf Deutsch gesagt: Nein!"

**Load-Date:** September 18, 2015

**Schiffe versenken reicht nicht; Die EU will militärisch gegen Schleuserbanden im Mittelmeer vorgehen. So verringert man den Druck auf die Grenzen, aber nicht Leid der Flüchtlinge.**

ZEIT-online

Mittwoch 29. April 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flüchtlinge; Ausg. 18

**Length:** 929 words

**Byline:** Ronja Kempin; Ronja Scheler

## Body

---

**Flüchtlinge** in einem Schlauchboot auf dem Mittelmeer

© Opielok Offshore Carriers/dpa

Nach den jüngsten **Flüchtlingskatastrophen** haben die 28 Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten Planungen für eine militärische EU-Operation angestoßen. Mit ihr sollen kriminelle Banden bekämpft werden, die per Schiff Tausende von **Flüchtlingen** nach Europa schleusen. Die Details sind noch zu klären: So muss etwa das Seegebiet, auf dem die EU militärisch tätig werden soll, bestimmt werden. Es bedarf ferner der Zustimmung Libyens zur Zerstörung von Schleuserbooten in den Hoheitsgewässern des Landes. Schließlich werden sich die EU-Staaten bemühen, ein Mandat der Vereinten Nationen einzuholen, um unter den Regularien des Kapitels 7 der UN-Charta ("Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen") operieren zu können. Unabhängig von der Klärung der Details wird die Operation wohl kommen: Zu groß ist der Druck auf die EU, dem Massensterben im Mittelmeer Einhalt zu gebieten.

Vorbild des neuen Einsatzes ist die maritime EU-Operation EUNAVFOR Atalanta. Sie wurde 2008 ins Leben gerufen, um die Piraterie vor der Küste Somalias und im Golf von Aden zu bekämpfen. Infolge des Bürgerkrieges in Somalia war ein rechtsfreier Raum entstanden, in dem gut bewaffnete Milizen operieren konnten. Immer mehr Schiffe, oft auch solche des UN World Food Programme, die lebenswichtige Güter nach Somalia bringen sollten, wurden überfallen. In den ersten neun Monaten des Jahres 2008 sollen sich die erpressten Lösegelder auf 18 bis 30 Millionen US-Dollar summiert haben.

Atalanta ist es gelungen, über 300 Schiffe der UN zu ihren Zielhäfen zu begleiten. In den Jahren 2013 und 2014 konnte jeder einzelne Angriff vereitelt werden. Dies war möglich, weil die EU mit etwa 1.200 Personen, vier bis sechs Marineschiffen und zwei bis drei Aufklärungsflugzeugen ein Gebiet von etwa 3,7 Millionen Quadratkilometern patrouilliert - eine Fläche, die etwa eineinhalbmal der Größe der EU entspricht.

Bei dieser Bilanz darf indes nicht übersehen werden, dass sich die genannten Erfolge erst nach 2012 einstellten, als die Zahl der Übergriffe nach anfänglichem Anstieg von 176 auf 35 sank. Dazu hatte das vielfältige



Schiffe versenken reicht nicht Die EU will militärisch gegen Schleuserbanden im Mittelmeer vorgehen. So verringert man den Druck auf die Grenzen, aber nicht Lei....

Engagement der EU an Land beigetragen, das den Menschen in Somalia ökonomische Perspektiven eröffnet und die Governance-Strukturen im Land gestärkt hat: Die zivilen EU-Missionen EUTM Somalia und EUCAP Nestor leisten seit 2010 beziehungsweise 2012 einen Beitrag zur Ausbildung und zum Kapazitätsaufbau der somalischen Armee und der maritimen Sicherheitskräfte. Mittels des Programms SHARE mildert die EU seit 2011 die humanitäre Not der Bevölkerung. Die ersten freien Wahlen, die nach über 45 Jahren 2012 in Somalia zu vergleichsweise stabilen politischen Verhältnissen führten, wurden von der EU organisiert. In Brüssel hatte sich 2010 die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Ursachen der Piraterie nicht auf See, sondern an Land liegen und nur dort nachhaltig bekämpft werden können. Ein ganzheitlicher Ansatz hat schließlich zum Erfolg geführt.

Die Lehre von Atalanta gilt auch für die Flüchtlingsproblematik im Mittelmeer: Nur ein ganzheitlicher Ansatz, der Ursachen einbezieht, kann langfristig Abhilfe schaffen. Dies gilt umso mehr, als die Problemlage im und um das Mittelmeer ungleich komplexer ist als in Somalia. Piraterie am Horn von Afrika resultierte vorwiegend aus den Verwerfungen in einem Land, in Somalia; das Fehlen ökonomischer Perspektiven und politischer Strukturen führte zu einer steigenden Zahl somalischer Piraten.

### **Elendslager vor den Toren Europas**

Im Gegensatz dazu ist das illegale Schleusen von Flüchtlingen über das Mittelmeer, gegen das sich die zukünftige Mission vor Libyen richten soll, kein Problem, das ausschließlich in den Herkunftsländern der Schleuser, etwa in Libyen, gelöst werden könnte. Die Flüchtlinge, die sich von Libyen in Richtung Europa aufmachen, stammen aus verschiedenen Staaten der erweiterten europäischen Nachbarschaft. Mehrheitlich kommen sie aus Syrien und Eritrea, aus Mali, Nigeria und Gambia. Sie fliehen vor Krieg und politischer Unterdrückung. Durch die Zerstörung von Booten oder zivile Maßnahmen kann die EU zwar womöglich das Schleusen eindämmen. Die Menschen aber werden weiter nach Libyen strömen, wenn es nicht gelingt, die Fluchtursachen einzudämmen. Mittelfristig wird dies zur Entstehung von Elendslagern vor den Toren Europas führen.

Der Einsatz militärischer Mittel ebenso wie zahlreiche andere Maßnahmen, die die aktuelle Debatte beherrschen - die Ausweitung der Seenotrettung, die Revision des Dublin-Systems oder die Erleichterung legaler Migration - müssen daher in eine aktive und umfassende Außenpolitik in den Herkunftsländern der Migranten integriert werden. Europäische Nachbarschaftspolitik, Entwicklungszusammenarbeit und Krisenmanagement müssen stärker zusammengeführt werden als bisher. Dabei dürfen EU und Mitgliedstaaten nicht davor zurückschrecken, sich auch in Konflikte, etwa in Syrien, einzumischen. Denn die EU ist verpflichtet, ihre Nachbarschaft friedlich und demokratisch zu gestalten. Sie sieht sich weiter als Friedensmacht, stellt sich jedoch nur selten diesem Anspruch. Eine militärische Operation im Mittelmeer mag den Migrationsdruck auf die EU-Außengrenzen verringern. Den Flüchtlingen hilft indes nur ein umfassendes außenpolitisches Engagement Europas.

**Load-Date:** April 29, 2015

**Integration und Prävention, jetzt erst recht; Gegen Dschihadisten helfen meist nur noch Polizei und Militär. Aber wir müssen uns jetzt erst recht um die kümmern, die noch nicht verloren sind.**

ZEIT-online

Dienstag 17. November 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Integrationsgipfel; Ausg. 46

**Length:** 539 words

**Byline:** Parvin Sadigh

## Body

---

Einkaufsstraße in Molenbeek in Brüssel. Der arabisch geprägte Stadtteil gilt als Islamistenhochburg.

© Thierry Monasse/dpa

Heute ist Integrationsgipfel. Aber wen interessiert das? Thema ist die medizinische Versorgung von **Migranten**. Vor ein paar Monaten hätten wir das für besonders gehalten und die Teilnehmer ermahnt, statt nur - je nach Belieben - die Muslime oder die Politiker für ihr Versagen anzuklagen, doch lieber zu planen, was konkret noch so fehlt und wer es denn erledigen kann.

Im November 2015 wirkt eine Diskussion um muslimische Pflegeeinrichtungen jedoch, als würde man Verdurstenden Champagner servieren. Denn den Behörden fällt es im Moment schwer, den vielen Körpern und Seelen der Flüchtlinge auch nur erste Hilfe und ein Bett anzubieten. Ohne die Arbeit von Freiwilligen ginge gar nichts. Über die Migranten, die schon lange hier leben, und nun alt und krank werden, redet gerade niemand.

Schauen wir außerdem nach Paris, klingen die sonst so beliebten Schlagworte "Integration" und "Prävention" nicht nur nach Luxus, sondern wie blanker Hohn. Ein neues Schwimmbad im Brennpunktviertel, Förderkurse in Ganztagschulen, ein vertrauensvolles Gespräch mit dem muslimische Seelsorger, Fußball mit dem Kiezsozialarbeiter, Ausbildungsprojekte für Schulabbrecher? Auch in den *Banlieues* von Paris und im armen Stadtteil von Brüssel Molenbeek gab es ähnliche Projekte. Aber angesichts von mehr als 130 ermordeten Menschen erscheinen sie uns hoffnungslos naiv und hilflos.

### **Wer glaubt, ein Märtyrer zu sein, den überzeugt kein Ausbildungsangebot mehr**

Ohne Zweifel: Die jungen Männer, die sich selbst schon vom Versager der Gesellschaft zum Gotteskrieger befördert haben, lassen sich wahrscheinlich nicht integrieren. Menschen, die ernsthaft glauben, sie würden als Märtyrer in den Himmel fahren, wenn sie Menschen ermorden, die biegt man mit einem Ausbildungsangebot zum Maurer nicht mehr zum friedlichen Kleinbürger. Die meisten europäischen Dschihadisten müssen durch die Polizei bekämpft werden, die IS-Kämpfer in Syrien sogar militärisch.

Integration und Prävention, jetzt erst recht Gegen Dschihadisten helfen meist nur noch Polizei und Militär. Aber wir müssen uns jetzt erst recht um die kümmern,....

Trotzdem ist es ein Riesenfehler, wenn beispielsweise der belgische Innenminister Jan Jambon fordert, der Fokus müsse sich von Präventionsprogrammen gegen Radikalisierung zu mehr Repression verschieben. Prävention ist nicht sinnlos. Sie muss sich jedoch an die richten, die noch nicht verloren sind. Sie wirkt auch selten sofort, sondern muss langfristig wirken. Vielleicht findet Einer durch den Islamunterricht die Verschwörungstheorie vom Nachbarn doch nicht mehr so interessant oder versteht, dass der Islam mehr ist als Verbote. Ein Zweiter traut sich über eigene kleine Erfolge im Filmprojekt auch mehr in der Schule zu und ein Dritter findet Halt bei einem vertrauenswürdigen Fußballtrainer statt bei Salafisten. Allerdings lässt sich schwer messen, wie viele Jugendliche durch Präventionsarbeit ein wenig weiter denken als zuvor. Und wie lange das hält.

Der weitere Begriff Integration ist das wichtigste Projekt in den nächsten Jahren. Junge Flüchtlinge können uns ebenso aus der Demografiefalle helfen, wie die Kinder von Migranten, die schon lange hier leben. Aber nur, wenn man ihnen eine Chance auf Bildung und Arbeit gibt und sie mit ihren Bedürfnissen ernst nimmt.

**Load-Date:** November 17, 2015

---

End of Document

**Ungarn lehnt UN-Hilfe ab; Das UN-Flüchtlingshilfswerk hat angeboten, die gestrandeten Menschen am Budapester Bahnhof zu versorgen. Doch die ungarischen Behörden verweigerten die Zustimmung.**

ZEIT-online

Donnerstag 3. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flüchtlinge; Ausg. 36

**Length:** 288 words

## Body

---

**Flüchtlinge** am internationalen Bahnhof in Budapest

©dpa/EPA/HERBERT P. OCZERET

Ungarns Behörden haben in der **Flüchtlingskrise** eine Unterstützung durch eine Organisation der Vereinten Nationen abgelehnt. Das UN-**Flüchtlingshilfswerk** UNHCR habe seine Hilfe bei der Versorgung der in Ungarn gestrandeten Menschen angeboten, sagte ein UN-Sprecher. Die Organisation könne aber nur tätig werden, wenn die gastgebenden Regierungen einverstanden seien und kooperierten.

Am internationalen Bahnhof in Budapest warten derzeit etwa 3.000 Menschen darauf, in Zügen nach Westeuropa weiterreisen zu können. Sie campieren etwa in den Fußgängerunterführungen unter sehr schlechten Bedingungen. Hilfe durch ungarische Behörden gibt es kaum. Freiwillige Helfer bemühen sich, Wasser, Lebensmittel, Medizin und Desinfektionsmittel unter den Flüchtlingen zu verteilen.

Noch immer sitzen etwa 300 Flüchtlinge in Bicske, einem ungarischen Ort 40 Kilometer von Budapest entfernt, fest. Ihr Zug von Budapest Richtung Österreich war von der Polizei gestoppt worden. Die ungarischen Behörden wollen die Menschen in ein nahegelegenes Flüchtlingscamp bringen. Doch die Passagiere weigern sich, den Zug zu verlassen.

Ein neuer Zug mit Fliehenden hat #Bicsek erreicht. Sie werden zu Bussen gebracht, dann wohl zum Lager in der Nähe.

- Martin Kaul (@martinkaul) 3. September 2015

Inzwischen habe ein zweiter Zug mit Flüchtlingen Bicske erreicht, twittert Martin Kaul, Redakteur der taz. Die Migranten würden mit Bussen abtransportiert.

Am Montag hatten die ungarischen Behörden für kurze Zeit den Bahnhof für Flüchtlinge geöffnet und ihre Kontrollen eingestellt. Daraufhin waren Hunderte Flüchtlinge aus Budapest abgereist, viele von ihnen erreichten München.

Ungarn lehnt UN -Hilfe ab Das UN -Flüchtlingshilfswerk hat angeboten, die gestrandeten Menschen am Budapester Bahnhof zu versorgen. Doch die ungarischen Behörde....

**Load-Date:** September 15, 2015

---

End of Document

**18 Tote bei Untergang von Flüchtlingsboot; In der Ägäis ist in der Nacht erneut ein Boot mit Flüchtlingen gesunken. Zahlreiche Menschen ertranken vor der türkischen Küste, 14 Menschen konnten gerettet werden.**

ZEIT-online

Samstag 19. Dezember 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Mittelmeer; Ausg. 51

**Length:** 225 words

## Body

---

Mitglieder der türkischen Küstenwache retten **Flüchtlinge** nach dem Sinken ihres Bootes in der Ägäis.

© Cem Oksuz/Anadolu Agency/Getty Images

Vor der türkischen Westküste ist ein Flüchtlingsboot untergegangen. Einem Medienbericht zufolge starben mindestens 18 Menschen. Das Schiff sei in der Ägäis in Richtung der griechischen Insel Kalymnos unterwegs gewesen, als es gesunken sei, berichteten türkische Medien. Demnach konnten 14 Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak und Pakistan von der türkischen Küstenwache gerettet werden. Das Unglück ereignete sich den Angaben zufolge in der Nacht.

Nach Angaben der Vereinten Nationen gelangten in diesem Jahr bereits mehr als 800.000 Flüchtlinge über das Mittelmeer nach Europa, die meisten von ihnen kamen über die Türkei in die EU, bis zu 700.000 trafen in Griechenland ein. 60 Prozent davon landeten auf Lesbos. Von dort versuchen die meisten rasch weiter nach Mazedonien und Serbien bis nach Ungarn weiterzuziehen, um nach Nordeuropa zu gelangen.

Immer wieder kommt es bei der Flucht über das Mittelmeer zu Bootsunfällen. 2015 sind vermutlich etwa 3.000 Menschen auf ihrem Weg über das Meer ums Leben gekommen. Allein auf der Strecke zwischen der Türkei und Griechenland sind nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration seit Januar mehr als 500 Menschen ertrunken.

**Load-Date:** December 19, 2015

**Der Euro ist nur der Anfang; Ein Grexit würde Europa nicht nur wirtschaftlich treffen. Ob Flüchtlingsproblematik oder britische EU-Gegnerschaft: Europa stünde vor riesigen Problemen.**

ZEIT-online

Freitag 19. Juni 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Grexit; Ausg. 25

**Length:** 844 words

**Byline:** Axel Hansen

## Body

---

Ein syrischer **Flüchtling** kniet zum Gebet am Strand nieder, nachdem er die Überfahrt von der Türkei auf die griechische Insel Kos überstanden hat.

©Yannis Behrakis

Wenn Fachleute über die Griechenland-Krise sprechen und dabei das Wort "Dynamik" verwenden, zeichnet sich Unheilvolles ab. Denn Griechenland ist, da sind sich selbst Wohlmeinende einig, nicht wirklich dynamisch. Wenn Karl Kopp also die Worte "Dynamik" und "Griechenland" in einem Satz verwendet, dann hat er nicht die Wirtschaftsentwicklung im Blick, sondern Boote voller Menschen, sehr viele Boote.

Der Europareferent der **Flüchtlingsorganisation** Pro **Asyl** nennt eine schlichte Zahl, um die Dramatik zu verdeutlichen. Allein auf der griechischen Insel Lesbos seien im Januar knapp 740 **Flüchtlinge** gestrandet, im Mai bereits zehn Mal so viele: rund 7.200 Menschen. "Das ist eine unglaubliche Dynamik drin", sagt Kopp. In einer Nacht kämen teilweise 500, manchmal sogar 1.000 **Flüchtlinge** an. Nach den Hochrechnungen von Pro **Asyl** werden in diesem Jahr nicht mehr in Italien, sondern in Griechenland die meisten Bootsflüchtlinge nach Europa stranden.

"Griechenland hat jetzt schon nicht das Geld für minimale Standards. Wenn die staatlichen Strukturen zusammenbrechen, stehen wir vor einer Katastrophe", sagt Kopp. Die griechischen Behörden könnten schon jetzt die Migranten kaum noch unterbringen, ihnen etwas zu trinken und essen geben, sie medizinisch versorgen und aufs Festland bringen. "Wenn wir Griechenland jetzt alleinlassen, gefährden wir das Leben Tausender Schutzsuchender". Kopp befürchtet, dass die Menschen mitten in dem europäischen Land verhungern und verdursten.

### Unruhe auf dem Balkan könnte sich verstärken

Die Berichte der Flüchtlingshelfer sind derzeit nicht mehr als ein Schlaglicht auf die Probleme, die auf Europa zukommen dürften, wenn Griechenland in ein paar Tagen den Euro aufgeben muss. Im Bundestag, in politischen

Der Euro ist nur der Anfang Ein Grexit würde Europa nicht nur wirtschaftlich treffen. Ob Flüchtlingsproblematik oder britische EU-Gegnerschaft: Europa stünde vor....

Talkshows und Zeitungskomentaren geht es meist um Fragen wie: Schadet der Grexit der deutschen Wirtschaft? Oder: Fällt jetzt auch Italien? Dabei hängt am Grexit viel mehr als das wirtschaftliche Schicksal einiger Euroländer und Griechenlands, dem im Falle einer Staatspleite ein ökonomisches Chaos und eine neuerliche schwere Rezession droht. Der Showdown mit Griechenland macht die Regierungen anderer Länder nicht nur wegen des Euros nervös. Es zeichnen sich ganz augenscheinliche Folgen ebenso wie schleichende, beunruhigende politische Trends ab.

Europa droht an seinen Rändern zu zerfasern. In der Bundesregierung sorgt man sich laut einem Reuters-Bericht etwa, dass eine instabile Situation in Griechenland die Unruhe auf dem Balkan verstärkt. Immer noch gärt der Namensstreit zwischen Griechenland und dem EU-Beitrittsaspiranten Mazedonien - in dem ein heftiger innenpolitischer Machtkampf tobt. Geheimdienste warnen, dass die radikalislamische Miliz "Islamischer Staat" in den vergangenen Monaten massiv versucht hat, in den muslimischen Bevölkerungen Bosnien-Herzegowinas, Albaniens oder Mazedoniens Fuß zu fassen.

Sollte die EU Griechenland am Ende fallen lassen, könnte mit Moskau ein neuer Partner bereitstehen. Just in den Tagen, in denen sich die Krise final zuspitzt, reiste Griechenlands Ministerpräsident Alexis Tsipras demonstrativ nach Moskau, um Präsident Wladimir Putin zu treffen. Tsipras nutze diese Reisen, um den anderen Europäern zu zeigen, "dass er noch weitere Karten hat", sagt der Wirtschaftswissenschaftler Jewgenij Gontmacher von der Russischen Akademie der Wissenschaften der Nachrichtenagentur AFP. Allerdings sei Russland angesichts der wirtschaftlichen Schwäche "objektiv nicht in der Lage, die griechische Schuldenfrage zu lösen".

Andere Auflösungserscheinungen zeigen sich bereits heute am nordwestlichen Rand Europas. Großbritannien hadert mit seiner Mitgliedschaft - und blickt gebannt auf Griechenland. Sollte das Land aus dem Euro verstoßen werden, könnte das Befürworten eines britischen EU-Austritts Auftrieb geben. Der Grund ist einfach: Die EU müsste im Falle eines Grexits viele kurzatmige Rettungsaktionen für Griechenland starten, damit das Land nicht im finanziellen Chaos versinkt und andere mit sich reißt.

Möglich, dass dann die europäische Gemeinschaft auf britische Wähler kaum noch attraktiv wirkt. "Wenn es zu einem Zusammenbruch Griechenlands kommt, werden die EU-Gegner das ganz klar als Argument nutzen", sagt Nicolai von Ondarza von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Schon heute kursiere in Großbritannien die Warnung der Skeptiker, dass sich Großbritannien an einen Leichnam kette.

Ein Austritt Athens käme den Gegnern aber auch auf einer zweiten Ebene zupass. "Das wäre ein gefundenes Fressen, nach dem Motto: Seht her, ein Austritt aus der Europäischen Union ist möglich", sagt von Ondarza. Die Briten stimmen spätestens Ende 2017 über den Verbleib in der Europäischen Union ab. Derzeit liegen die EU-Anhänger vorne. Den größten Vorsprung, rund 20 Prozent, hatten die Gegner bezeichnenderweise vor drei Jahren - als die Krise in Griechenland besonders schwer wütete.

**Load-Date:** June 19, 2015



**Mehrheit der Deutschen gegen Einwanderung aus Nicht-EU-Ländern;  
Migration wird von vielen Bundesbürgern als wichtigstes Problem der EU  
angesehen. Laut einer EU-Studie sind 61 Prozent gegen die Zuwanderung  
von außerhalb der EU.**

ZEIT-online

Donnerstag 19. Februar 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Migration; Ausg. 8

**Length:** 492 words

## Body

---

**Flüchtlinge** vor Lampedusa

© Filippo Monteforte/AFP/Getty Images

Fast zwei Drittel der Deutschen sind gegen Einwanderung aus Ländern außerhalb der Europäischen Union. Das geht aus der nationalen Auswertung des jüngsten Eurobarometers im Auftrag der EU-Kommission hervor. Demnach sind die Bundesbürger mit ihrer Haltung (61 Prozent dagegen) etwas kritischer als der Durchschnitt aller befragten Europäer, von denen 57 Prozent Einwanderer aus Nicht-EU-Ländern ablehnen. Das Thema Einwanderung ist für die Deutschen das wichtigste Problem in Europa, noch vor der Schuldenkrise.

Noch höher als in Deutschland ist die Ablehnung etwa in Italien (75 Prozent), Lettland (79) oder in der Slowakei (74), geringer in Schweden (25), Großbritannien (57) und Frankreich (58).

Anders sieht es aus mit der Einstellung gegenüber Einwanderern aus anderen EU-Staaten, diese fällt deutlich positiver aus. 50 Prozent der Deutschen und 52 Prozent der Europäer stehen dem Zuzug aus EU-Ländern aufgeschlossen gegenüber. 76 Prozent der Deutschen und 72 Prozent der Europäer finden es gut, dass jeder EU-Bürger in jedem EU-Land leben kann; ähnlich viele Deutsche (76 Prozent) und Europäer (74 Prozent) halten es für eine gute Sache, dass jeder EU-Bürger im Land seiner Wahl arbeiten darf. Selbst die befragten Deutschen und Europäer, die ein schlechtes Bild von der EU haben, sind mehrheitlich dafür, dass sich EU-Bürger innerhalb der EU überall niederlassen dürfen.

### **Einwanderung von außerhalb der EU erzeugt negative Gefühle**

Die Frage "Sollten Ihrer Meinung nach zusätzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung von Menschen von außerhalb der EU ergriffen werden?" befürworteten insgesamt 81 Prozent der Befragten aus Deutschland. Ist von Einwanderung von Menschen außerhalb der EU die Rede, so erzeugt das bei einer deutlichen Mehrheit der Deutschen (61 Prozent) ein negatives Gefühl. Nur 5 Prozent gaben an, ein "sehr positives" Gefühl damit zu verbinden.

Mehrheit der Deutschen gegen Einwanderung aus Nicht-EU-Ländern Migration wird von vielen Bundesbürgern als wichtigstes Problem der EU angesehen. Laut einer EU-S....

Zu dieser Einstellung passt auch die Wahrnehmung einer wachsenden Anzahl an Befragten in Deutschland (29 Prozent), die das Gefühl haben, dass es an den Außengrenzen der EU zu wenig Kontrollen gäbe.

Deutsche und Europäer, die nach wie vor eine Erweiterung der EU unterstützen, sehen auch die Einwanderung von Menschen aus Ländern außerhalb der EU positiv (49 Prozent beziehungsweise 51 Prozent). Allerdings gehören zu dieser Gruppe in Deutschland nur 24 Prozent und in Europa 39 Prozent der Befragten.

Ein Vertreter der EU-Kommission, Richard Kühnel, sagte: "Das Thema Migration ist brisanter geworden und hat die Mitte der Gesellschaft erreicht." Bessere Integration von Zuwanderern aus Drittländern sei eine gemeinsame Aufgabe. Auch der Schutz von Flüchtlingen, die über das Mittelmeer in die EU kommen, müsse verbessert werden. "Hier sollten wir mehr machen", sagte Kühnel zu der als unzureichend kritisierten EU-Mission Triton. "Jede neue Katastrophe führt uns vor Augen, dass wir noch mehr machen sollten."

**Load-Date:** February 19, 2015

---

End of Document

**Wenn Rettung in die Katastrophe führt; Wie lassen sich Unglücke vermeiden bei 600 Flüchtlingen auf Booten, die für 20 ausgelegt sind? Retter haben eine gute Strategie. Tote wird es trotzdem weiter geben.**

ZEIT-online

Freitag 7. August 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Schiffsunglück; Ausg. 32

**Length:** 826 words

**Byline:** Hannes Schrader

## Body

---

**Flüchtlinge** vor der griechischen Insel Lesbos

© Soeren Bidstrup/dpa

Als die *Dignity 1* am Ort der jüngsten **Flüchtlingstragödie** im Mittelmeer ankommt, hat sie bereits 94 **Flüchtlinge** an Bord. Um 10:30 Uhr am Mittwochmorgen hatte das Schiff, das von Ärzten ohne Grenzen betrieben wird, von der zentralen Koordinationsstelle in Rom die Anweisung erhalten, Richtung Süden zu fahren. Ein Schiff habe um neun Uhr einen Hilferuf abgesetzt. "Zu diesem Zeitpunkt war unser Schiff 20 Seemeilen von dem Schiff in Not entfernt", sagt Paula Farias. Sie koordiniert die Mission von *Dignity 1* vom Festland aus. In dem Boot wurden 600 Menschen vermutet, die Kapazitäten des bereits zur Hilfe geeilten Irischen Marineschiffs *Lé Niamh* reichten nicht aus. "Als die *Dignity* ankam, war das **Flüchtlingsboot** bereits umgekippt und komplett gesunken. Unsere Leute konnten nur noch Menschen aus dem Wasser fischen."

Das Flüchtlingsboot war gekentert, als das irische Rettungsschiff sich genähert hatte. "Der Beginn jeder Rettung ist die gefährlichste Phase des Manövers", sagt Farias. Wenn sich das Schiff der Retter nähert, werden die Menschen an Bord des überladenen Schiffs nervös. Wenn sie sich in Bewegung setzen, halten die überfüllten Holzboote das oft nicht aus und kentern. Um das zu verhindern, halten sich die verschiedenen Hilfsorganisationen an eine Strategie: Die großen Rettungsschiffe, die mehrere Hundert Personen aufnehmen können, fahren nicht an die Flüchtlingsboote heran. Stattdessen setzen sie kleine Schlauchboote ab, auf denen einer oder mehrere Übersetzer sind, medizinisches Personal und Rettungswesten.

"Wir versuchen unter allen Umständen eine Panik zu vermeiden. Am allerwichtigsten ist es, sicherzustellen, dass sich niemand bewegt", erklärt Martin Xuereb. Xuereb ist der Direktor der Migrant Offshore Aid Station (MOAS), einer privaten Rettungsmission, die von dem Unternehmerehepaar Regina und Christopher Catrambone gegründet wurde. Das Schiff von MOAS, die *Phoenix*, ist ein umgebauter Fischtrawler, der mit zwei Drohnen ausgestattet ist. Außerdem kooperiert die Initiative mit Ärzten ohne Grenzen, die ein Ärzteteam an Bord zur Verfügung stellen. Xuereb war von 2010 bis 2013 Kommandant der maltesischen Truppen, seit 2014 leitet er MOAS. Auch seine Mannschaft und er kamen dem gesunkenen Schiff am Mittwoch zu Hilfe.

Wenn Rettung in die Katastrophe führt Wie lassen sich Unglücke vermeiden bei 600 Flüchtlingen auf Booten, die für 20 ausgelegt sind? Retter haben eine gute Stra....

### Mit Drohnen die Lage sondieren

MOAS hat nach eigenen Angaben bereits etwa 8.000 Flüchtlinge aus dem Mittelmeer gerettet. "Wir haben zwei Drohnen mit denen wir im Voraus die Lage überprüfen: wie viele Menschen sind an Bord, wie ist der Zustand des Bootes und wie ist der Seegang? Diese Fragen beantworten wir zuerst. Wenn wir angekommen sind, schicken wir eines unserer Schlauchboote zu dem Schiff mit den Flüchtlingen und erklären, was passieren wird. Wir bitten alle Menschen an Bord sich hinzusetzen und beginnen, Rettungswesten zu verteilen. Wir erklären, dass wir genug Westen für alle haben und gekommen sind, um sie zu retten."

Normalerweise, sagt Xuereb, sei die Lage an Bord der Schiffe sehr ruhig. "Die Menschen reagieren oft sehr gut auf unsere Anweisungen. Aber jeder Fall ist einzigartig. Auf einem überlasteten Boot ist die Situation sehr gefährlich. Wir haben keine Kontrolle über das Schiff der Flüchtlinge. Wir haben keine Kontrolle über die Menschen an Bord und über den Zustand der See."

Zweifel an dieser Strategie hat Xuereb nicht, trotz vieler gekenteter Flüchtlingsboote. "Die italienische Küstenwache und Marine operieren genauso. Wir glauben, dass unsere Strategie die beste ist. Wenn ein Boot, das eigentlich zehn bis 20 Menschen transportieren soll, mit 400, 500 oder 600 Menschen vollgestopft wird, ist eine Katastrophe immer möglich. Bei Holzbooten oder größeren Booten wissen wir, dass Menschen an zwei Orten sind: entweder an Deck oder unter Deck. Wenn das Boot kentert, haben die Menschen an Deck noch die Möglichkeit, sich zu retten. Aber wer unter Deck ist, hat keine Chance."

Es wird vermutet, dass etwa 600 Menschen an Bord des gesunkenen Bootes waren und 100 von ihnen unter Deck. Etwa 400 konnten gerettet werden, 25 Leichen wurden am Mittwoch geborgen. "Wir können das Sterben auf See lindern, aber nicht verhindern", sagt Xuereb. "Um es zu beenden, müssen wir den Menschen legale Wege geben, um nach Europa einzureisen. Die meisten Menschen, die über das Meer kommen sind Asylsuchende, die ein Recht auf Asyl haben. Wir müssen ihnen Wege geben, diese Rechte zu nutzen, ohne ihr Leben zu riskieren", sagt Farias.

Sie muss an diesem Donnerstagnachmittag wieder los. Die *Dignity 1* ist immer noch in der Nähe des Unglücksortes. Die 94 Flüchtlinge hat sie zu diesem Zeitpunkt auch noch an Bord. Weil in der Gegend so viele Boote kentern, sollte *Dignity 1* noch nicht zurück ans Festland. Auch Martin Xuereb sucht weiterhin mit seinen Drohnen das Meer ab, 200 Menschen werden noch vermisst. Inzwischen, sagt er, werde man aber wohl nur noch Leichen finden.

**Load-Date:** August 7, 2015

**Deutschland zum Abgewöhnen; Lange bleibt hier niemand: Hunderte Asylbewerber aus Balkanstaaten müssen in Bamberg auf ihre Ausreise warten. Auch solche, die längst integriert sind.**

ZEIT-online

Mittwoch 23. Dezember 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Abschiebung; Ausg. 51

**Length:** 1568 words

**Byline:** Johanna Roth

## **Body**

---

Eine **Geflüchtete** in Bambergs Ankunfts- und Rückführungseinrichtung

© Thomas Lohnes/Getty Images

Der Brief kommt an einem Nachmittag um vier. Er gibt Bajram Gashi und seiner Familie acht Stunden. Bis Mitternacht haben sie Zeit, ihre Wohnung in Schweinfurt aufzulösen und sich in Bamberg einzufinden. Die Familie packt nur das Nötigste. Sie haben Angst. Als Bajram Gashi einige Tage später kurz zurückkehrt, um zurückgebliebene Sachen zu holen, ist schon eine Familie aus Afghanistan eingezogen. Die restlichen Möbel der Familie und den wenige Tage zuvor getätigten Monateinkauf hat der Hausmeister entsorgt.

Die Gashis sind der Abschiebung nicht entgangen. Nur deshalb, das merken sie bald, hat man sie nach Bamberg beordert, in eine verlassene Kaserne der US-Armee, eine Sammelunterkunft, die nur einen Zweck hat: **Asylbewerber** unterbringen, deren Bleibechancen verschwindend gering sind. Die Regierung Oberfranken, die die Einrichtung betreibt, spricht von einer "Ankunfts- und Rückführungseinrichtung", kurz ARE. Andere sagen "Abschiebelager". Bisher hat in der Bamberger ARE niemand Bleiberecht in Deutschland erhalten.

Mehr als ein Drittel der Menschen in der ARE kommt aus Albanien, andere aus dem Kosovo, aus Serbien oder Bosnien und Herzegowina. Alles Westbalkanstaaten, die als sichere Herkunftsländer gelten. Wer in die ARE kommt, muss Deutschland aufgrund seiner Staatsangehörigkeit bald verlassen.

Die Verlegung der Familie Gashi ist Teil einer größeren Aktion, die derzeit in ganz Bayern vor sich geht. Die Staatsregierung will Platz schaffen für jene, die ein Recht auf Asyl in Deutschland haben: Kriegsflüchtlinge aus Syrien. So verfrachtet man nach und nach alle Asylbewerber, die aus dem Westbalkan geflohen sind, nach Bamberg, von wo aus sie dann in ihre Heimatländer zurückreisen müssen. 854 sind es derzeit. Bis Ende März sollen es 4.500 werden.

Darunter sind viele, die schon länger in Deutschland leben. Die meisten, die man hier anspricht, können Deutsch. Ihre Kinder gingen bis vor Kurzem auf Regelschulen, hatten Freunde und eine Vorstellung davon, wie ihre Zukunft

Deutschland zum Abgewöhnen Lange bleibt hier niemand: Hunderte Asylbewerber aus Balkanstaaten müssen in Bamberg auf ihre Ausreise warten. Auch solche, die längs....

in Deutschland aussehen könnte. Jetzt kümmern sich zwei Lehrkräfte um 160 Kinder aller Altersklassen, ein einziges Durcheinander, wenn man den Eltern glaubt.

Laut Regierung werden keine Schwangeren oder Schwerbehinderten aus anderen Unterkünften nach Bamberg verlegt. Flüchtlingshelfer berichten aber von Fällen, in denen Familien mit behinderten Kindern betroffen seien. Tatsächlich schiebt eine Frau ein Kind im Rollstuhl durch die ARE. Spricht man sie an, sagt sie nur ein Wort: "Albania".

Nach einem vereitelten Anschlag von Neonazis sind die Sicherheitsvorkehrungen hoch. Helfer dürfen nur vereinzelt in die Einrichtung, Kontakt mit der Bevölkerung gibt es kaum.

"Es geht darum, ein realistisches Bild von Deutschland zu vermitteln - auch in den Herkunftsländern", sagt Stefan Krug von der Regierung Oberfranken. Übersetzt heißt das: Man setzt darauf, dass die Ausgereisten derart abgeschreckt sind, dass sie in ihrer Heimat ein entsprechend negatives Bild von Deutschland verbreiten - und weniger Menschen herkommen. Integration ist hier nicht mehr von Bedeutung.

Mit dieser Strategie trifft Bayern den Kern des neuen Asylkonzeptes der Bundesregierung: Diejenigen, die nicht bleiben dürfen, sollen das auch wissen - und umgehend abgeschoben werden. Dementsprechend hat sich die Zahl der Abschiebungen in Deutschland massiv erhöht. Bayern liegt dabei ganz vorne: Zwischen Januar und November wurden hier mehr als dreimal so viele Asylbewerber abgeschoben wie im gesamten letzten Jahr.

Das liege nicht nur an den steigenden Flüchtlingszahlen, sagt Peter Immeler, der die Bamberger Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge leitet. Es werde "insgesamt mehr Wert auf den Vollzug gelegt". Er und sein Team brauchen nur fünf bis zehn Tage für einen Asylbescheid. Das dürfte innerhalb der Behörde Rekordzeit sein.

In Bamberg funktioniert überhaupt alles ziemlich effektiv. Die Verwaltungsmitarbeiter haben ihre Büros ebenfalls in der ARE bezogen. Es riecht nach Industriet Teppich. Ein Haus beherbergt hier einen ganzen Asylprozess: Im Erdgeschoss sitzt die Erstregistrierungsstelle, ein Stockwerk darüber die Ausländerbehörde. Immer ein Treppchen höher geht es Richtung Ablehnung, und wer einen Raum betreten möchte, muss an die Tür klopfen. Deutschland *in a nutshell*.

Bajram Gashis Asylgesuch wurde schon abgelehnt. Seine Frau und die drei Söhne haben noch keinen Bescheid bekommen. "Wenn wir zurück in den Kosovo müssen, leben wir auf der Straße", sagt er. Die Familie gehört zur muslimischen Minderheit der Aschkali, die - ähnlich wie die Roma in Serbien - im Kosovo als unterste Stufe der Gesellschaft betrachtet werden.

Gashi zeigt Fotos von der Ruine seines Hauses. Unbekannte hätten es angezündet, auf seine Frau sei geschossen worden. Zögerlich schiebt sie den Ärmel über ihren Ellenbogen, über den sich eine schlecht verheilte Narbe zieht. Ihr Mann zieht Kopien von Arztbriefen aus einer makellosen Klarsichthülle, die bescheinigen, dass einer der drei Söhne psychisch krank ist und eine Therapie braucht. "Er kann nicht richtig atmen", sagt Bajram Gashi. In Ungarn seien sie zwei Wochen in Haft gewesen. Auch den Kindern habe man Handschellen angelegt.

Freiwillig werden die Gashis nicht in ihre Heimat zurückgehen. Viele andere aber tun das. Einige, weil sie sonst bei einer Wiedereinreise sofort festgenommen würden. Andere, weil sie schlichtweg resigniert haben. "Ich bin hier geboren, das ist mein Land", sagt eine junge Bosnierin mit einem Kleinkind auf dem Arm. "Aber ich darf nicht bleiben." Und inzwischen wolle sie es auch gar nicht mehr. "Alles ist besser als hier."

"Hier", das ist eine eingezäunte Ansammlung von Neubauten am Bamberger Stadtrand. Eine Ministadt: Ein Zehntel der gesamten Fläche Bambergs gehörte einst den Amerikanern. Inzwischen sind aber auch die letzten Soldaten abgezogen. Zurück blieb eine vollständige Infrastruktur: Es gibt ein ehemaliges Krankenhaus, das kurzfristig wieder in Betrieb gehen kann, ausreichend Wohngebäude, eine ehemalige Highschool, in der nun die 4.500 Flüchtlinge verpflegt werden sollen. Alles auf einem Fleck. Das sei "ideal", freuen sich die Regierungsvertreter.

Deutschland zum Abgewöhnen Lange bleibt hier niemand: Hunderte Asylbewerber aus Balkanstaaten müssen in Bamberg auf ihre Ausreise warten. Auch solche, die längs....

Und billig dazu: Die Kaserne gehört dem Bund, die Regierung Oberfranken zahlt nur die Betriebskosten. Eine perfekte Lösung für den Staat. Für die Menschen, die hierherkommen, das Ende ihrer Träume vom guten Leben. Die Wohnungen sind frisch renoviert, aber bis auf Stockbetten und Metallspinde vollkommen kahl. Die Stimmung ist apathisch. Dafür mangelt es nicht an Bewohnern. Die Gashis teilen sich eine Wohnung mit drei anderen Familien. Damit die Kinder schlafen können, wechseln sie sich ab: Immer eine Familie bleibt drinnen, die anderen gehen solange in die Stadt. Was sie dort machen? "Rumlaufen, oft stundenlang", sagt Bajram Gashi.

Was sie dort sehen, steht im krassen Gegensatz zur Tristesse der ARE und der Reihenhaussiedlung daneben. Wer freiwillig nach Bamberg kommt, der will studieren, essen, einkaufen. Die Innenstadt besteht deshalb aus einer Ansammlung von Restaurants, Studentencafés und überteuerten Einrichtungsgeschäften, eingebettet in Unesco-geschützter Altstadtidylle. Gerade jetzt vor Weihnachten glitzert alles, an jeder Ecke findet sich ein Krippenbild. Mehr als eine halbe Million Touristen pro Jahr schiebt sich durch die engen Gassen. Die Stadt ist international, aber nichts ist hier weiter weg als die Existenznöte eines Flüchtlings aus dem Kosovo.

### **Eine Zweiklassengesellschaft der Geflüchteten**

Die Balkanflüchtlinge bewegen sich in dieser Menge ebenso unauffällig wie die anderen 634 Asylbewerber aus anderen Staaten, die in unterschiedlichen Unterkünften in der Stadt wohnen. Die Stadt ist trotzdem gespalten. Viele Studenten engagieren sich für Flüchtlinge. Fragt man abends im Wirtshaus nach der ARE, gibt es eine klare Meinung: Den Platz solle man doch lieber für die "richtigen" Flüchtlinge nutzen als für "die". Und der Nachbar aus dem Reihnhaus neben der ARE fischt demonstrativ eine vereinzelt Plastikflasche aus seiner Hecke. Er wünscht sich die Amerikaner zurück, obwohl er mit seinen neuen Nachbarn noch nie ein Wort gewechselt hat.

In Bamberg gibt es eine Zweiklassengesellschaft der Geflüchteten. Es herrsche "eine Ungleichbehandlung aufgrund ethnischer Zugehörigkeit", sagt Ulrike Tontsch vom Helferverein Freund statt fremd, dessen Ehrenamtliche ein Spielzimmer für die Kinder betreiben. Schnell integrieren oder schnell loswerden: Diese Dialektik zeigt wohl nichts so deutlich wie das Prinzip ARE.

"Wir sind nicht das Sozialamt für den Balkan", hatte Horst Seehofer in einer bierseligen Aschermittwochsrede einmal gesagt. Genau das scheint Bayern zumindest in Bamberg geworden zu sein. Nur eben so, dass niemand von diesem Amt einen positiven Bescheid erwarten kann.

Bajram Gashi würde gerne beweisen, dass er sich ohne Hilfe eingliedern kann. "Ich will nicht vom Staat leben", sagt er. Er möchte Teil von Deutschland sein, so wie sein Vater. Der besitzt mittlerweile die deutsche Staatsangehörigkeit und betreibt in Schweinfurt ein kleines Unternehmen. Dort könnte Bajram Gashi sofort arbeiten. Er will sich integrieren. Aber er darf nicht. Mit seinen Kindern sitzt er in der ARE, schaut trotzig Bilderbücher auf Deutsch an. Zusammen lernen sie neue Wörter. Eines Tages, so hofft er, werden sie sie vielleicht doch noch brauchen.

**Load-Date:** December 23, 2015

**Britische Regierung will Gehalt von Flüchtlingen beschlagnahmen;  
Großbritannien setzt in der Flüchtlingsdebatte weiter auf Abschreckung. Die  
Regierung will die Löhne von Einwanderern einziehen und ihnen die  
Wohnungssuche erschweren.**

ZEIT-online

Montag 3. August 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Großbritannien; Ausg. 31

**Length:** 351 words

## **Body**

---

Britische Polizisten auf der Suche nach illegalen Einwanderern.

© Reuters/Richard Pohle/Pool

Die britische Regierung setzt in der **Flüchtlingskrise** am Eurotunnel ihren harten Kurs fort. Haus- und Wohnungseigentümer, die Zimmer an illegale Einwanderer vermieten, sollen künftig mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft werden können, sagte Staatssekretär Greg Clark. Darüber hinaus sei geplant, die Löhne illegaler Einwanderer zu beschlagnahmen.

Die verschärften Regelungen für Haus- und Wohnungseigentümer sollen in einen Gesetzentwurf zur Einwanderung aufgenommen werden, den die britische Regierung im Herbst dem Parlament vorlegen will. Clarks Angaben zufolge sollen die Vermieter illegale Einwanderer aus ihren Wohnungen verweisen beziehungsweise vor einer Vermietung den Aufenthaltsstatus ihrer potenziellen Mieter prüfen. Andernfalls drohen ihnen Haftstrafen. Bisher waren Geldstrafen für Vermieter vorgesehen.

Die konservative Regierung von Premierminister David Cameron hatte zuvor angekündigt, die Einwanderungsgesetze noch einmal verschärfen zu wollen, um Flüchtlinge abzuschrecken.

Die Debatte hatte sich vergangene Woche durch den Flüchtlingsansturm auf der französischen Seite des Ärmelkanals verschärft: Seit Wochen versuchen immer wieder hunderte Flüchtlinge, im Schutze der Dunkelheit zum Eurotunnel vorzudringen. Sie hoffen, auf Lkw-Frachtzüge nach Großbritannien zu gelangen.

In der Nacht auf Montag zählte die Polizei erneut rund 1.700 Versuche von Flüchtlingen, auf das riesige Gelände um den Eurotunnel-Eingang zu gelangen. 1.000 Versuche wurden Polizisten zufolge außerhalb des durch Zäune und Stacheldraht gesicherten Geländes abgewehrt. 700 Mal fingen die Sicherheitskräfte Flüchtlinge ab, die es bereits auf das Gelände und damit zu den Schienen zum Eurotunnel geschafft hatten.



Britische Regierung will Gehalt von Flüchtlingen beschlagnahmen Großbritannien setzt in der Flüchtlingsdebatte weiter auf Abschreckung. Die Regierung will die L....

In Calais harren nach Einschätzungen von Behörden derzeit rund 3.000 Flüchtlinge aus. Die meisten von ihnen kommen aus Afghanistan, Äthiopien, Eritrea und dem Sudan. Bei ihren verzweifelten Versuchen, durch den Eurotunnel nach Großbritannien zu gelangen, verunglückten seit Anfang Juni zehn Migranten tödlich.

**Load-Date:** August 3, 2015

---

End of Document

**Jeder Tag ein Krisenstab; Kein Bundesland nimmt mehr Flüchtlinge auf als Nordrhein-Westfalen. Die Kommunen sind überfordert. Lange blieb es still. Doch nach der Kommunalwahl ändert sich der Ton.**

ZEIT-online

Dienstag 15. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Flüchtlinge in NRW; Ausg. 37

**Length:** 1375 words

**Byline:** Stefan Kreitewolf

## **Body**

---

Wegen fehlender fester Unterkünfte werden auch in Nordrhein-Westfalen viele **Flüchtlinge** in Zeltstädten untergebracht.

© Carsten Koall/Getty Images

Auf roter Asche bilden sich trübe Pfützen um weiße Zelte. Ein paar Jungs stehen an dicke Plastikwände gelehnt im Regen. Sie rauchen filterlose Zigaretten und starren auf ihre Smartphones. Drinnen ist es ihnen zu eng. Außer Etagenbetten und Spinde sind die Zelte leer. Fenster gibt es nicht.

Im Essener Nordviertel ist auf dem stillgelegten Sportplatz Altenbergshof ein sogenanntes **Flüchtlingsdorf**, eine Notunterkunft für **Flüchtlinge**, entstanden. Das ist bitter nötig. Allein in dieser Woche kommen 17.000 Menschen in Nordrhein-Westfalen (NRW) an - so viele wie noch nie zuvor in so kurzer Zeit.

In NRW leben derzeit 37.000 **Flüchtlinge** in 129 Erstunterbringungsstellen. Kein Bundesland nimmt mehr **Flüchtlinge** auf. Dabei sind viele Kommunen an Rhein und Ruhr schlichtweg überfordert, das Erstaufnahmesystem für **Asylbewerber** ist längst überlastet. In der Landeshauptstadt Düsseldorf regiert die Not. Und das schon bevor sich die Lage in Ungarn zuspitzte. Bereits seit Ende Juli nimmt das Land die Kommunen per Amtshilfe in die Pflicht und zwingt sie, zusätzliche **Flüchtlinge** aufzunehmen.

Vielerorts mussten Turnhallen innerhalb weniger Stunden zu Erstaufnahmeeinrichtungen umfunktioniert werden. Städte wie das ewig klamme Essen mussten massiv investieren, um beheizbare Großzelte aufzubauen. "Wir können nicht beeinflussen, wie viele Flüchtlinge zu uns kommen und haben als Kommune die gesetzliche Aufgabe und Verpflichtung, die Menschen hier unterzubringen. Ansonsten droht Massenobdachlosigkeit", sagt der Essener Oberbürgermeister (OB) Reinhard Paß (SPD).

*Flüchtlinge sind oft auf die Hilfe ehrenamtlicher Ärzte angewiesen:*

**Flüchtlinge als wahlentscheidendes Thema**

Jeder Tag ein Krisenstab Kein Bundesland nimmt mehr Flüchtlinge auf als Nordrhein-Westfalen . Die Kommunen sind überfordert. Lange blieb es still. Doch nach der....

Bundesweit kampieren Tausende Flüchtlinge in einfachen Zelten, manche gar unter freiem Himmel. Das kann im Winter zum Problem werden. Die Temperaturen fallen nachts bereits vielerorts unter die Zehn-Grad-Marke. Dennoch: Kritik an der Landeshauptstadt Düsseldorf äußerte Paß vor der Oberbürgermeisterwahl vom Sonntag nicht.

Kein Wunder. Die Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen sind zu wahlentscheidenden Themen geworden. Ein Appell an die Landesoberen in Düsseldorf, den Flüchtlingszustrom zu regulieren oder mehr Geld bereitzustellen, würde immer mit dem Eingeständnis der Überforderung einhergehen. Paß wollte sich vor der Wahl keine Schwäche leisten und verzichtet auf Kritik gen Düsseldorf.

Für Essens OB wurde die Wahl dennoch zum Desaster. Paß konnte lediglich 33,4 Prozent der Essener Stimmen auf sich vereinen. Sein Herausforderer, der Landtagsabgeordnete und CDU-Ratsfraktionschef Thomas Kufen, erhielt 42,5 Prozent. Die beiden Konkurrenten müssen nun in die Stichwahl am 27. September. Kufen werden bessere Chancen zugesprochen. Der CDU-Mann, der im Wahlkampf vor Ort von der Bundeskanzlerin unterstützt wurde, war unter der Regierung Jürgen Rüttgers als Integrationsexperte engagiert. Seit 2006 ist er stellvertretender Chef der Stiftung für Türkeistudien und Integrationsforschung.

Im Wahlkampf geizte er nicht mit markigen Worten zur Flüchtlingssituation in seiner Stadt: "Die Flüchtlingsaufnahme in NRW steht kurz vor dem Kollaps." Die Flüchtlingsdörfer seien keine Dauerlösung. "Sie gefährden die Willkommenskultur", sagte er. Sie verdeutlichten auf dramatische Weise, dass in NRW seit Wochen Krisenmodus herrsche, "ohne dass ein nachhaltiges Konzept der rot-grünen Landesregierung erkennbar wäre, wie mit den aktuell steigenden Flüchtlingszahlen umzugehen ist." Mit Kufen in der Stichwahl wird die Kritik an Land und Bund schärfer - zumal er als CDU-Mann der Düsseldorfer SPD-Regierung eine Schlappe in einer traditionell rot regierten Stadt zufügen könnte.

In der ehemaligen Bundeshauptstadt Bonn sieht es ähnlich aus. Von Bonns OB Jürgen Nimptsch (SPD) war vor der Wahl kein Wort der Kritik an Land und Bund wegen der Flüchtlingssituation zu vernehmen. Aus dem Bonner Rathaus hieß es lediglich: "Die Flüchtlinge sind willkommen." Nimptsch, der sich nicht mehr der Wahl stellte, ist eigentlich in einer privilegierten Lage. Er erlebt seine letzten Tage als OB. Nimptsch könnte sich nun gegen die Düsseldorfer Flüchtlingspolitik aussprechen.

Um seinen SPD-Freund und Nachfolger in spe Peter Ruhenstroth-Bauer nicht zu düpieren, schwieg er. Zur Asylbewerberproblematik in Bonn sagte der SPD-Kandidat vor der Wahl: nichts. Das wurde ihm offenbar zum Verhängnis. Nach 21 Jahren löst die CDU die SPD ab. CDU-Kandidat Ashok-Alexander Sridharan holte mit 50,06 Prozent der Stimmen denkbar knapp die nötige absolute Mehrheit.

### **Kritik an rot-grüner Landesregierung wird eindeutiger**

Für den indischstämmigen Politiker ist das Thema Einwanderung identitätsstiftend. Statt gegen Düsseldorf zu wettern, will Sridharan in seiner Stadt "die Willkommenskultur fördern". Dennoch wird seine Kritik an der rot-grünen Landesregierung nach der Wahl eindeutiger. Die Kommunen bräuchten "deutlich mehr finanzielle Unterstützung", sagt Sridharan. "Sonst wird das nicht mehr lange funktionieren."

Deutliche Worte findet auch Gelsenkirchens OB Frank Baranowski (SPD). Er fordert "vom Bund und Land zügig zusätzliche Unterstützung" in der Flüchtlingsproblematik. Dortmunds OB Ullrich Sierau (SPD) formuliert es noch eindeutiger. Es habe viele Absichtserklärungen gegeben, aber nachhaltig sei nichts passiert. "Die Westfalen halten das, was das Rheinland verspricht", sagte er der WAZ . In Gelsenkirchen und Dortmund regieren zwar Parteigenossen der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD). Dennoch üben sie Kritik. In Gelsenkirchen und Dortmund wurde übrigens wegen einer Wahlrechtsreform nicht gewählt.

NRW nimmt 30 Prozent aller nach Deutschland kommenden Asylbewerber auf - neun Prozentpunkte mehr, als es der Königsteiner Schlüssel erfordert. "Ohne Nordrhein-Westfalen bricht das Aufnahmesystem in Deutschland zusammen", sagte der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger der FAZ . Der SPD-Mann mit dem

Jeder Tag ein Krisenstab Kein Bundesland nimmt mehr Flüchtlinge auf als Nordrhein-Westfalen . Die Kommunen sind überfordert. Lange blieb es still. Doch nach der....

besorgten Blick wies die fünf Bezirksregierungen an, Krisenstäbe einzusetzen. Dort arbeiten die Beamten nun rund um die Uhr daran, allen geflüchteten Neuankömmlingen eine Unterkunft zu bieten.

### **Kraft: "Die Kommunen sind am Anschlag"**

Grund genug für die Ministerpräsidentin, klare Wort zu finden: "Die Kommunen sind am Anschlag." Nach ihrem Besuch beim Krisenstab der Bezirksregierung in Arnsberg am Montag forderte Kraft eine weitere Aufstockung der Flüchtlingshilfen vom Bund. "Allein mein Land gibt in diesem Jahr 1,7 Milliarden für Flüchtlinge aus."

Eine genaue Prognose der Flüchtlingszahlen ist derzeit nicht möglich. Fakt ist: Um den Münchener Hauptbahnhof zu entlasten, fahren seit Freitag täglich zwei Sonderzüge mit Flüchtlingen nach NRW. Jeweils bis zu 500 Migranten kommen täglich in Düsseldorf und Dortmund an.

Deswegen fordert die Landeschefin, 2015 müsse es noch einen Zuschlag geben. Im Deutschlandfunk kritisierte Kraft zuletzt die ungleiche Verteilung der Menschen. "Wenn Nordrhein-Westfalen mehr Flüchtlinge aufnimmt als Frankreich, dann stimmt da irgendwas nicht." Das sieht der Städte- und Gemeindebund NRW ähnlich. Bernd Jürgen Schneider, Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW, warnt: "Unseren Städten und Gemeinden, die ständig neue Notunterkünfte einrichten müssen, gehen die Betten aus."

### **Keine Einmalzahlung sondern, dauerhafte Finanzierung**

Das vom Bund zusätzlich in Aussicht gestellte Geld für die Flüchtlingsbetreuung in Höhe von drei Milliarden Euro reiche bundesweit für die Länder und Kommunen nicht aus. "Der NRW-Anteil von rund 600 Millionen Euro deckt vielleicht gerade den Bedarf, wie er durch den Flüchtlingszustrom der vergangenen Wochen entstanden ist, aber keinesfalls den Bedarf der kommenden Wochen und Monate", sagt Schneider. "Die Kommunen brauchen keine Einmalzahlung, sondern eine dauerhafte Finanzierung."

Am Altenbergshof in Essen hat die Stadt indes festgestellt, dass die Unterbringung für Familien viel zu beengt ist. Nun prüft die Kommune neue Flächen für größere Flüchtlingsdörfer - mit steigenden Kosten.

*Ungarn hat seine Grenze zu Serbien geschlossen. Die letzten Flüchtlinge, die es über die Grenze geschafft haben, sind müde und erschöpft und werden medizinisch versorgt:*

**Load-Date:** September 15, 2015

## **Merkels vergebliche Charme-Offensive; Die Kanzlerin räumt erstmals Fehler in der Flüchtlingspolitik ein und versucht, Ängste zu zerstreuen. Das wird ihre Gegner nicht besänftigen.**

ZEIT-online

Mittwoch 31. August 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flüchtlingspolitik; Ausg. 36

**Length:** 761 words

**Byline:** Ludwig Greven

### **Body**

---

Angela Merkel auf ihrer Pressekonferenz am 31.8.2015, auf der ihr Satz "Wir schaffen das" fiel

© Bernd Von Jutrczenka/dpa

Seit einem Jahr beschäftigen die Deutschen drei Worte von Angela Merkel: "Wir schaffen das". Sie spalten das Land in diejenigen, die alles dafür tun, dass die Integration der eine Million **Flüchtlinge**, die 2015 gekommen sind, gelingt, und in diejenigen, die die **Migranten** ablehnen und das Land am liebsten abschotten würden. Dazwischen gibt es noch eine womöglich wachsende Gruppe von Menschen, die sich selbst grundsätzlich als weltoffen bezeichnen würden, denen die große Zahl der größtenteils muslimischen Zugewanderten aber Sorgen bereitet.

In einem großen Interview in der *Süddeutschen Zeitung* hat die Kanzlerin nun erläutert, wie sie ihren Satz damals gemeint habe: als eine mutmachende Äußerung angesichts einer gewaltigen, schwierigen Herausforderung.

Sie greift die Ängste auf, welche die Flüchtlinge offensichtlich wecken: Man habe immer Wert darauf gelegt, dass nichts auf Kosten derjenigen geschieht, die schon lange hier leben, betont die Kanzlerin. Das soll all diejenigen beruhigen, die das Gefühl haben, gegenüber den Flüchtlingen zu kurz zu kommen.

Aber Merkel bleibt trotz aller Kritik bei ihrem Satz. Davon lässt sie sich nicht abbringen, und das wird ihre Kritiker trotz aller beruhigend gemeinten Aussagen ("Deutschland wird Deutschland bleiben, mit allem, was uns lieb und teuer ist.") nicht versöhnen. Denn sie fürchten sich vor den unausweichlichen Veränderungen im Land, die Merkel beschreibt. Und sie wollen schon gar keine Veränderung, die ihnen aufgezwungen erscheint und die sie ablehnen.

### **Fehler der Vergangenheit**

"Was auf der Welt los ist, geht alle an", sagt Merkel weiter und auch dieser Satz wird die Meinungen spalten. Dabei ist das eine vollkommen richtige Konsequenz, die Merkel aus der Flüchtlingskrise zieht: Deutschland ist keine Insel mehr, die mit den Konflikten um sich herum und deren Auswirkungen nichts zu tun hat. Es muss sich um diese Konflikte kümmern, und es muss gemeinsam mit Europa viel enger mit Nachbarländern der Krisenstaaten

Merkels vergebliche Charme-Offensive Die Kanzlerin räumt erstmals Fehler in der Flüchtlingspolitik ein und versucht, Ängste zu zerstreuen. Das wird ihre Gegner ....

zusammen arbeiten, damit von dort nicht mehr so viele Flüchtlinge kommen, einschließlich der Türkei. Und Deutschland und Europa müssen sehr, sehr viel mehr Entwicklungshilfe leisten, um die Fluchtursachen zu bekämpfen. Zu hoffen ist, dass das nicht wieder nur Lippenbekenntnisse sind.

Es ist auch die richtige Konsequenz aus den Versäumnissen der Vergangenheit, die Merkel einräumt: Viel zu lange hat Deutschland das Flüchtlingsproblem ignoriert - das war auch ihr Fehler. Die Bundesrepublik fühlte sich nach dem großen Flüchtlingsandrang in den 1990er Jahren als Insel der Seligen in der Mitte Europas, da dank des Dublinsystems praktisch keine Asylsuchenden mehr kamen. Wenn doch, dann konnten sie zurückgeschickt werden. Und als schon 2004 und 2005 viele Flüchtlinge in Spanien und anderen Ländern an den Außengrenzen landeten, da hat die damalige Bundesregierung eine proportionale Verteilung der Flüchtlinge entschieden abgelehnt, genauso wie einen Grenzschutz durch Frontex.

Das rächte sich jetzt, als nun Deutschland von den anderen EU-Ländern die Übernahme von Flüchtlingen nach Quoten verlangte. Die Osteuropäer legten sich quer, auch Südeuropa zögerte. Deutschland blieb alleine.

### **Kein Erfolg im Wahlkampf**

Und wir sollen jetzt diese Versäumnisse ausbaden, werden Merkels Kritiker denken. Viele sind sowieso für rationale Argumente kaum noch empfänglich. Sie wollen nur hören: "Merkel gibt Fehler in der Flüchtlingspolitik zu". Das bestärkt sie in der Ansicht, dass diese Politik von Anfang an falsch gewesen sei. Dabei räumt Merkel ja keine Fehler in ihrer "Wir schaffen das"-Politik ein, sondern sagt nur, dass die Regierung schon viel früher hätte handeln müssen.

Wenn das Interview auch ein Versuch von Merkel gewesen sein sollte, in den mit dem Flüchtlingsthema aufgeladenen Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern beruhigend einzuwirken, um ihrer Partei zu helfen, so wird das kaum von Erfolg gekrönt sein.

Für ihre Gegner in der AfD und bei anderen Rechten ist sie eine Hassfigur. Ein Fehlereingeständnis stößt dort nicht auf Gnade, sondern nur auf noch mehr Hass und schafft möglicherweise noch mehr Anhänger.

Und die gemäßigten Zweifler, an die sich die Kanzlerin erkennbar richtet, dürften auch nicht beruhigt sein. Wie ihre Flüchtlingspolitik im Nordosten beurteilt wird, kann Merkel am Sonntagabend sehen. Dann wird sich zeigen, ob die AfD womöglich sogar vor der CDU landet. Es wäre eine äußerst schmerzhaftes Lektion für die Kanzlerin.

**Load-Date:** August 31, 2016

**Hauptsache einig; Die SPD zerschießt der Union ihre Transitzone, die darf sich dafür bei anderen Punkten durchsetzen. Zur Lösung der Flüchtlingskrise trägt davon nur das wenigste bei.**

ZEIT-online

Donnerstag 5. November 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flüchtlingspolitik; Ausg. 45

**Length:** 973 words

**Byline:** Katharina Schuler

## Body

---

Jeder ein bisschen zufrieden? Angela Merkel, Horst Seehofer (l) und Sigmar Gabriel (r) nach dem **Flüchtlingsgipfel** im Kanzleramt

© Bernd von Jutrczenka/dpa

Sigmar Gabriel gibt an diesem Abend den Staatsmann. Sehr ernst schaut er in die Runde als er nach etwa zweistündigen Verhandlungen an der Seite von CSU-Chef Horst Seehofer und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) vor die Presse tritt. Befindet sich Deutschland wegen der **Flüchtlingskrise** am Rande der Überforderung? Mitunter hatte auch Gabriel in den vergangenen Wochen diesen Eindruck erweckt. Nun sagt er stattdessen: Gemessen an 80 Millionen Einwohnern in Deutschland sei eine Million **Flüchtlinge** doch gar nicht so viel.

Das Problem sei nur, dass die Menschen so schnell kämen. Deswegen müssten eben auch die Verfahren beschleunigt werden. Dann aber geht er zum Angriff über, ganz freundlich verpackt allerdings. "Ich bin dankbar", sagt er, "dass das ohne exterritoriale Zonen und ohne Haftanstalten möglich ist". In diesem Moment beugt sich Seehofer hinunter zu seinem Pult und macht sich eine Notiz. Das kann er so nicht auf sich sitzen lassen.

Mehrere Wochen lang hat die Große Koalition sich nun erbittert über sogenannte Transitzone gestritten. Die CSU hatte die Idee aufgebracht, und sich dann fast so hartnäckig an ihr festgebissen wie seinerzeit an Betreuungsgeld oder der Ausländer-Maut. Sie wollte endlich ein Zeichen setzen, dass es mit den ständig steigenden Flüchtlingszahlen nicht ewig so weitergehen könne. Eingezäunte Flüchtlingslager an der Grenze, das war die Hoffnung, würden ein Gegengewicht zu all dem "Wir-schaffen-das"-Gerede setzen. Eine Idee, die auch in der CDU auf viel Gegenliebe stieß.

Und was ist nun davon übrig geblieben? Nicht viel. Statt exterritorialer Zonen an den Grenzen sollen nun drei bis fünf Aufnahmeeinrichtungen speziell für Menschen aus sicheren Herkunftsländern geschaffen werden. Zwei solcher Einrichtungen gibt es ohnehin schon und zwar in Bayern.

Hauptsache einig Die SPD zerschießt der Union ihre Transitzone, die darf sich dafür bei anderen Punkten durchsetzen. Zur Lösung der Flüchtlingskrise trägt davo....

Als Erfolg kann Seehofer zwar verbuchen, dass in diesen Zentren ein beschleunigtes Verfahren gelten soll, das sich am Flughafenverfahren orientiert. Innerhalb von drei Wochen soll über Asylanträge dort abschließend entschieden werden.

Mehr als ein Vorsatz ist diese Regelung vorerst jedoch nicht. Denn ob das Bundesamt für Migration (BAMF) und die Verwaltungsgerichte tatsächlich in dieser kurzen Frist entscheiden werden, hängt vor allem von der dortigen Personalsituation ab. Schon jetzt sind beim Bamf trotz massiven Personalaufbaus 300.000 unbearbeitete Verfahren anhängig - und diese Zahl wird in den kommenden Monaten wegen der stark gestiegenen Flüchtlingszahlen weiter steigen.

### **Schnellverfahren als Nullsummenspiel**

Im Übrigen könnten die Schnellverfahren sich als Nullsummenspiel erweisen, wie einer der Ministerpräsidenten fürchtet, die sich am gleichen Abend im Kanzleramt treffen: Wenn das Bamf künftig alle Kräfte darauf konzentriert, über die Menschen in den neuen Zentren zu entscheiden, blieben dafür die Altfälle noch länger liegen, befürchtet er.

War im Gesetzentwurf zu Transitzone von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) noch von "freiheitsentziehenden Maßnahmen" die Rede, soll für die neuen Zentren nun nur eine Residenzpflicht gelten. Die Flüchtlinge dürfen die Einrichtung anders als eine Transitzone also verlassen, sich aber nur innerhalb des jeweiligen Landkreises bewegen, ansonsten müssen sie mit Leistungskürzungen oder gar dem Abbruch des Asylverfahrens rechnen.

Seehofer ist natürlich bemüht, dieses Zugeständnis möglichst klein zu reden. Da sehe man ja, dass es immer Quatsch gewesen sei, wenn behauptet wurde, die CSU plane Einrichtungen, die man nicht mal zum Zigarettenholen verlassen dürfe, sagt er. Von Haft sei doch überhaupt nie die Rede gewesen. Da guckt selbst die ansonsten so stoische Kanzlerin leicht indigniert. Schließlich war der erste Flüchtlingsgipfel am Sonntag, bei dem die Koalition noch ergebnislos um eine Einigung gerungen hatte, nicht zuletzt an dieser Frage gescheitert.

Durchsetzen konnte die Union dagegen ein anderes Projekt von ihrer Wunschliste: Die Aussetzung des Familiennachzugs für Menschen, die zwar nicht als Flüchtlinge anerkannt werden aber wegen der Zustände in ihrer Heimat auch nicht abgeschoben werden können. Es ist eine Maßnahme die man einerseits getrost als Symbolpolitik bezeichnen kann, denn derzeit gibt es zumindest nach SPD-Angaben nur 1700 subsidiär Schutzberechtigte in Deutschland, von denen wiederum nur ein Teil überhaupt Interesse an einem Familiennachzug haben dürfte.

Gerade deswegen könnte man aber auch von Schikane reden. Denn die Entlastung für den Staat ist minimal, für die betroffenen Menschen kann es dagegen sehr hart sein, nach einer langen Flucht für mindestens zwei weitere Jahre von Kindern und Ehepartnern getrennt zu sein, die sich zudem wohlmöglich auch noch unter Lebensgefahr in einem Krisengebiet befinden.

Verwirklicht werden soll nun auch die Unions-Idee, Flüchtlinge künftig an den Kosten für ihren Sprachkurs zu beteiligen. Die fünf Euro im Monat dürften die Staatskasse allerdings nur wenig entlasten. Symbolisch gesehen ist die Idee jedoch äußerst fragwürdig. Sollen Flüchtlinge nun dafür bestraft werden, wenn sie das tun, was alle von ihnen immer so dringend erwarten, nämlich sich zu integrieren und die Sprache zu lernen?

Immerhin: Es gibt in dem Papier der Parteivorsitzenden auch bessere Vorschläge: Die Einführung eines einheitlichen Flüchtlingspasses oder ein Bekenntnis zur Sicherung der EU-Außengrenzen und zu Verhandlungen mit der Türkei zum Beispiel. Merkel betonte außerdem, dass man die Leistungen für die Flüchtlinge in den Lagern in Jordanien und dem Libanon erhöhen wolle. Ob und wie das gelingt, dürfte für die Lösung der Flüchtlingskrise sehr viel entscheidender sein als der Streit um die Transitzone, der an diesem Abend zum Glück beendet worden ist.



Hauptsache einig Die SPD zerschießt der Union ihre Transitzone, die darf sich dafür bei anderen Punkten durchsetzen. Zur Lösung der Flüchtlingskrise trägt davo....

**Load-Date:** November 6, 2015

---

End of Document

**Rasender Stillstand zum Frühstück; Die EU kennt offenbar nur eine Geschwindigkeit: das Schneckentempo. In der Flüchtlingsfrage gab es beim Gipfel kaum Fortschritte. Und das, weil ein Nicht-EU-Land fehlte.**

ZEIT-online

Freitag 19. Februar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flüchtlingskrise; Ausg. 9

**Length:** 725 words

**Byline:** Carsten Luther

## Body

---

Bundeskanzlerin Angela Merkel in Brüssel

© Emmanuel Dunand/AFP/Getty Images

Die EU ist sich am heutigen Morgen einig, sich nicht einigen zu können - zumindest vorerst. Das hat die Verhandlungsnacht der Staats- und Regierungschefs in Brüssel einmal mehr belegt. Stattdessen setzt die Gemeinschaft auf die Türkei. Sie soll für Europa die **Flüchtlingskrise** entschärfen. Die illegale **Migration** von dort nach Europa unterbinden, mit der Sicherung der Außengrenzen also erreichen, dass deutlich weniger **Flüchtlinge** ungeregt nach Europa kommen - damit dann legale Wege eröffnet werden können.

Beschlüsse, die in Zahlen, gar Kontingenten greifbar wären, wurden gar nicht erst diskutiert. Sie wären jetzt auch nicht erreichbar. So ging es vor allem darum, sich selbst zu versichern, auf dem richtigen Weg zu sein. Wie stark der Glaube daran wirklich ist, weiß man nicht so genau: Die "Schlacht um Plan A, B und C", vor der EU-Ratspräsident Donald Tusk nach den Gesprächen noch einmal warnte, scheint noch nicht entschieden zu sein. In vielen Punkten erinnert der Verlauf an das Geschachere während der Griechenland-Krise. Auch damals hat es unzählige Gipfel gebraucht, um einen tragfähigen Kompromiss zu finden.

Stundenlang saßen die Staats- und Regierungschefs in der Nacht zu diesem Freitag beisammen, die angespannte Diskussion ging weit über das Abendessen hinaus. Die nötige Dramatik hat die Lage längst, davon berichteten in Brüssel vor allem die Staaten entlang der Balkanroute. Die "Dringlichkeit schneller zu werden ist absolut gegeben", sagte auch Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Nacht.

### Nationale Alleingänge verhindern

Eine mögliche Folge, sollte sich Europa nicht zusammenreißen: Nationale Alleingänge zur Sicherung der Grenzen und der Abwehr von neuen Flüchtlingen werden zur favorisierten Lösung. Österreich hat es gerade vorgemacht. Die EU-Kommission rügte die Mischung aus Abwehr und Weiterreichen als Rechtsbruch, doch die Wiener

Rasender Stillstand zum Frühstück Die EU kennt offenbar nur eine Geschwindigkeit: das Schneckentempo. In der Flüchtlingsfrage gab es beim Gipfel kaum Fortschritt....

Position ist auch verständlich: Österreich hat schon viele Flüchtlinge aufgenommen, und ohne eine echte europäische Lösung muss es sich vorerst selbst helfen.

Wie stark Bundeskanzlerin Angela Merkel in Europa unter Druck steht, zeigt ein Satz im Abschlussdokument, der offenbar gegen den Willen der Kanzlerin aufgenommen wurde. Er besagt, dass Staaten des Schengen-Raums Flüchtlinge an der Grenze zurückweisen sollen, wenn die aus einem anderen Schengen-Staat kommen und dort hätten Asyl beantragen können. Das "Durchwinken" soll außerdem ein Ende haben, ebenso wie "unkoordinierte Maßnahmen". Damit wird der Versuch unternommen, die Dublin-Regelung wieder in Kraft zu setzen. Doch so weit ist es offenbar noch nicht.

Alles hängt an der Türkei: Solange von dort immer weitere Flüchtlinge die Route durch Europa antreten, denkt noch niemand an den nächsten Schritt und jeder an sich selbst. Die Türkei sollte auch deshalb in Brüssel mit der EU verhandeln. Nach dem Anschlag in Ankara hatte die türkische Regierung ihr Kommen jedoch abgesagt. Für Anfang März ist jetzt ein weiterer Sondergipfel geplant - dann mit den Türken. Die Hoffnung: Wird dort eine Einigung erzielt, könnte sich die EU vielleicht aufraffen, auf dem regulären Gipfel später im März über eine Verteilung und Umsiedlung von Flüchtlingen zu reden. Die Einigung mit der Türkei ist noch aus einem weiteren Grund wichtig: Griechenland soll nicht zum EU-Außenposten verkommen, sollte Mazedonien seine Grenze zu Griechenland - mit Hilfe der Visegrad-Staaten - abriegeln. Entsprechende Drohungen stehen seit einiger Zeit im Raum.

Ein Kompromiss mit der Türkei hängt wie so oft am Geld. Die Regierung in Ankara will Geld für die Versorgung der Millionen Flüchtlinge, die dort bereits angekommen sind. Das bekommt sie ja auch. Aber - und hier schließt sich der Kreis - wird sie auch darauf pochen, dass europäische Länder ihr Flüchtlinge im Wege einer Umsiedlung abnehmen. Das Gipfeldokument begrüßt zwar vage den "Fortschritt bei der Vorbereitung eines glaubwürdigen, freiwilligen humanitären Aufnahmeprogramms mit der Türkei". Allerdings hat wiederum Österreich die "Koalition der Willigen" schon wieder für tot erklärt, die Gruppe von Ländern, die dazu prinzipiell bereit wären und sich mit der Türkei vor dem Gipfel eigentlich hatte austauschen wollen.

**Load-Date:** February 19, 2016

**Die Verzweiflungstat am Malareva; Sie ertrugen die Lage in Idomeni nicht mehr und liefen Richtung Mazedonien. Am Grenzfluss riskierten Hunderte Flüchtlinge ihr Leben - womöglich motiviert von Aktivisten.**

ZEIT-online

Dienstag 15. März 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flüchtlinge; Ausg. 12

**Length:** 1215 words

**Byline:** Kostas Koukoumakas

## Body

---

Mehr als zwei Wochen lang hatte der 20 Jahre alte Syrer Mohamed Hariri an der griechisch-mazedonischen Grenze festgesessen. Bis zum Montagnachmittag. Da lassen Mohamed und etwa 1.000 weitere **Flüchtlinge** gemeinsam ihre langsam im Schlamm versinkenden Zelte im griechischen **Flüchtlingslager** Idomeni zurück und laufen los, in Richtung des fünf Kilometer entfernten Dorfs Hamilo. "Deutschland, Deutschland!", rufen sie und "Danke, Griechenland!". Verarmt und schlecht informiert machen sie sich auf zur Grenze. Die griechischen Behörden greifen nicht ein.

"Ich will nach Deutschland", sagt Hariri unterwegs. "Ich weiß, dass ich in Mazedonien verhaftet werden könnte. Aber ich habe nichts mehr zu verlieren." Am Fluss Malareva kommt die Gruppe der rund hundert meist jungen Syrer kurz zum Stehen. Dann ziehen sie sich wie selbstverständlich die Schuhe aus, halten sie über die Köpfe und beginnen, die reißenden Wassermassen zu überqueren. Ein Seil, das Aktivisten über den Fluss gespannt haben, hilft ihnen dabei.

Erschütternde Szenen spielen sich ab. Frauen weinen, Kinder werden beinahe weggerissen. Einige Menschen helfen älteren Leuten, andere haben Kinder im Arm. Der Fluss ist durch die tagelangen Regenfälle stark angeschwollen, das Wasser eiskalt. Kleider und Rucksäcke werden weggespült. Weinen ist zu hören, verzweifelte Schreie, immer wieder. Es ist ein Wunder, dass an diesem Tag kein Flüchtling ertrinkt.

Unter größten Schwierigkeiten schafft es Hararis Gruppe ans andere Ufer. Von dort geht es weiter, zwei Kilometer sind es bis zur mazedonischen Grenze, entlang von Weinbergen zieht sich ein Metallzaun. Schließlich passieren die Flüchtlinge die steinernen Ruinen eines ehemaligen jugoslawischen Checkpoints - und wissen, sie sind in Mazedonien. Hier endet auch der Zaun, die Vegetation ist dicht und so schlagen sie sich in die Büsche.

Abdullah Mohamed, ein junger Kurde aus dem Irak, kommt mit der nächsten Gruppe. Er ist mit drei Cousins unterwegs, auch sie haben den Fluss überquert. "Wir waren 17 Tage lang in Idomeni. Nichts kann uns aufhalten", sagt Abdullah, bevor auch er lautlos im Gebüsch verschwindet. Fotis Koulasizidis aus Hamilo steht mit

Die Verzweiflungstat am Malareva Sie ertrugen die Lage in Idomeni nicht mehr und liefen Richtung Mazedonien. Am Grenzfluss riskierten Hunderte Flüchtlinge ihr L....

seinem Jeep an der Grenze. Fassungslos beobachtet er die Szenerie. "Die gehen direkt in die Höhle des Löwen", sagt er. "Welcher Irre hat die Leute auf die Idee gebracht, das zu tun?"

### **Festgenommen und eingesperrt**

Bis in die späten Abendstunden kommen Menschen aus Idomeni an den unbewachten Grenzabschnitt. Die griechische Polizei schätzt, dass insgesamt mehr als 1.000 Flüchtlinge nach Mazedonien gelangen. Die meisten von ihnen werden festgenommen und im Dörfchen Moin eingesperrt, in einer Schule und anderen Gebäuden. Wie viele es tatsächlich nach Mazedonien geschafft haben, ist zunächst unklar, genauso ihr Schicksal. Sicher ist, dass sie wohl sehr bald zurückgeschickt werden. Hunderte Migranten, denen es nicht gelungen ist, den mazedonischen Grenzzaun zu überqueren, sind unterdessen wieder ins griechische Hinterland zurückgekehrt. Neben den Hunderten Flüchtlingen wurden zudem auch 30 Aktivisten und Fotojournalisten verhaftet und nach Griechenland zurückgebracht. Jeder von ihnen musste 260 Euro Strafe zahlen wegen unerlaubten Grenzübertritts.

Flüchtlinge vor der Flussüberquerung

© Kostas Koukoumakas für ZEIT ONLINE

Am Montag blieb zunächst unklar, was die Flüchtlinge zu der massenweisen Flucht aus Idomeni bewogen hat. Bürgermeisterin Xanthoula Soupli sagte ZEIT ONLINE, Fremde hätten am Sonntag im Camp Flyer verteilt. Darauf habe gestanden, dass es einen unbewachten Grenzübergang gebe und niemand die Flüchtlinge aufhalten könne, wenn sie sich alle gleichzeitig aufmachten. Einige ausländische Korrespondenten berichteten, die Flüchtlinge hätten Landkarten bekommen, auf denen die Balkanroute eingezeichnet gewesen sei, dazu der Hinweis auf einen Treffpunkt um zwölf Uhr mittags und die Notiz, der Weg nach Deutschland sei frei, solange in Gruppen gegangen werde. Experten von Nichtregierungsorganisationen, die ihre Namen nicht nennen wollten, behaupteten, ausländische Aktivisten, die bereits zu Jahresbeginn nach Idomeni gekommen seien, seien verantwortlich für den Exodus.

Am späten Abend bestätigt die griechische Regierung die These vom organisierten Exodus. "Wir haben in unseren Händen Flugblätter, die zeigen, dass das eine organisierte Aktion war", erklärte der Sprecher des Krisenstabes für die Flüchtlingskrise, Giorgos Kyritsis, nach einer Dringlichkeitssitzung unter dem Vorsitz von Ministerpräsident Alexis Tsipras in Athen. Griechische Zeitungen zitierten den Wortlaut des Flugblattes, auf dem den Flüchtlingen in arabischer Sprache erklärt wurde, wie sie den mazedonischen Grenzzaun umgehen könnten. Wer dahinter stecke, sei unklar.

Laut Kyritsis gab es auch noch andere Flyer, die die Migranten falsch informiert und sie aufgefordert hätten, nicht in andere Lager im Landesinneren zu gehen. Sie sollten nicht in Busse steigen, weil die Regierung in Athen plane, sie zurück in die Türkei zu bringen, heiße es darin. "Wir fordern die Migranten und Flüchtlinge auf, den griechischen Behörden zu vertrauen und es zu akzeptieren, in andere Lager gebracht zu werden", sagte Kyritsis. Die Lage im Camp in Idomeni sei absolut aussichtslos.

### **"Sie werden alle wieder zurückgeschickt"**

Wer auch immer die Verantwortung trägt: Am Ende war es eine tragische und hochgefährliche Situation. Viele Menschen riskierten zu ertrinken, andere mussten die Nacht bei klirrender Kälte in den Bergen verbringen. Dazu gab es Berichte, Flüchtlinge seien von mazedonischen Soldaten und Beamten geschlagen worden. Und all das, nachdem bereits am Sonntag drei Flüchtlinge - eine Frau und zwei Männer - auf der mazedonischen Seite der Grenze nahe Gevgelija ertrunken sind. 23 weitere Flüchtlinge aus ihrer Gruppe kamen mit Unterkühlungen ins Krankenhaus.

Der Massenexodus scheint zudem eine diplomatische Krise ausgelöst zu haben. Mazedonische Behörden warfen der griechischen Polizei Untätigkeit vor, für den späten Montagabend berief Griechenlands Ministerpräsident Alexis Tsipras in Athen ein Krisentreffen ein.

Die Verzweiflungstat am Malareva Sie ertrugen die Lage in Idomeni nicht mehr und liefen Richtung Mazedonien. Am Grenzfluss riskierten Hunderte Flüchtlinge ihr L....

In der Nähe von Hamilo, dem Schauplatz des Ereignisses, hockt der 23-jährige Syrer Jazin Jarzour am Rand einer Erdpiste, bei sich nichts als einen Rucksack und eine Gitarre. Die Nachrichten des Dramas am Fluss sind schon zu ihm durchgedrungen. "Das ist verrückt. Ich bin auch von Idomeni aus losgegangen und wollte zur Grenze. Inzwischen habe ich aber mitbekommen, dass es sinnlos ist. Sie werden alle wieder zurückgeschickt", sagt Jarzour. "Ich war auch erst unten am Fluss, habe vielen geholfen hinüberzukommen. Aber irgendwann habe ich aufgehört. Morgen schicken sie sie alle wieder zurück und dann wird alles noch schwieriger für uns", meint der Flüchtling.

Rund 10.000 Menschen sitzen derzeit im Camp in Idomeni fest. Viele von ihnen haben schon versucht, zum Grenzzaun zu gelangen, drehten aber auf halber Strecke um, weil sie den Weg nicht kannten. Niemand weiß, wie es in den nächsten Tagen weitergeht an der griechisch-mazedonischen Grenze. Klar ist nur: Die Lage ist äußerst angespannt.

**Load-Date:** March 15, 2016

---

End of Document

**Vom Mut, keine Angst zu haben; Wie stehen wir zur offenen Gesellschaft?  
Das ist die eigentliche Frage im Streit um die aktuelle Migration. Demokratie  
und Freiheit sind kein Eigentum, kein Privileg.**

ZEIT-online

Freitag 9. September 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Integration; Ausg. 36

**Length:** 1459 words

**Byline:** Esra Küçük

## **Body**

---

Ein Mädchen aus Syrien spielt in einer Kindertagesbetreuung für **Flüchtlinge**

© Rolf Vennenbernd/dpa

Vor einem Jahr, in der Nacht vom 4. auf den 5. September 2015, stand Angela Merkel vor einer der wichtigsten Entscheidungen ihrer Kanzlerschaft. Sie entschied, die in Ungarn gestrandeten **Flüchtlinge** in einer humanitären Ausnahmesituation nach Deutschland einreisen zu lassen. Die Bilder von den Menschen, die sich vom Budapester Ostbahnhof auf den Weg machten, buchstäblich auf der Autobahn Richtung ungarisch-österreichische Grenze, sind uns noch präsent. Sie haben das vergangene Jahr genauso geprägt wie das Bild vom dreijährigen toten Jungen Aylan am Strand nahe Bodrum.

Seither ist kein einziger Tag vergangen ohne die immer gleiche Debatte um die Frage: War Merkels Entscheidung richtig oder falsch? Seither haben wir aufwendig versucht, die Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, zu kategorisieren. Sind das überwiegend junge Männer? Sind das eigentlich nur Muslime? Sind das alles Ingenieure und Ärzte, die praktischerweise unseren Fachkräftemangel beheben? Oder doch eher Terroristen? Machos? Undankbares Volk? Warum haben sie alle Smartphones? Unterdrücken sie ihre Frauen? Geben sie Frauen überhaupt die Hand? Sind sie bereit, sich anzupassen, die deutsche Sprache zu lernen und zu akzeptieren, dass sich hier auch zwei Männer auf der Straße einen Zungenkuss geben?

Seit einem Jahr diskutieren wir in Talkshows, politischen Statements und in der Kneipe die Frage, wer diese Menschen sind und was sie hier machen werden. Dabei werden in Debatten Menschen aufgrund ihres Glaubens oder ihrer Herkunft infrage gestellt, aus dem Kollektiv herausgedacht. Einige versuchen, den kollektiven Pauschalisierungen differenzierte Argumente entgegenzubringen. In den seltensten Fällen entsteht dabei ein wirklicher Dialog.

**Wie aus Komplexität Unverständnis wird**

Vom Mut, keine Angst zu haben Wie stehen wir zur offenen Gesellschaft? Das ist die eigentliche Frage im Streit um die aktuelle Migration. Demokratie und Freiheit....

Schon lange wird gesagt, die Welt sei unübersichtlicher und komplexer geworden. Die Spannungslinien und Konflikte verlaufen nicht mehr entlang der altbewährten Trennungslinien rechts versus links, Migrant versus Nicht-Migrant, unten versus oben. Die Konfliktlinien, wie wir sie kannten, lösen sich auf. Plötzlich wollen linksliberale Intellektuelle die doppelte Staatsbürgerschaft rückgängig machen. Plötzlich können Migranten auch Nazis sein und durch ein Münchener Einkaufszentrum laufen, um Türken zu ermorden. Gleichzeitig schmiert die konservative Vorstadtfamilie Stullen für Geflüchtete am Bahnhof. Der Dönerpropst in Köln schaltet die Lichter aus, wenn Pegida demonstriert. Mein türkischer Taxifahrer hat Angst, dass Flüchtlinge ihm die Arbeit wegnehmen. Meine feministische Nachbarin trägt Kopftuch und abonniert das *Missy Magazine*. Konservative Unternehmensverbände setzen sich für ein Verbot der Abschiebung Geflüchteter im Ausbildungsstatus ein.

Wir kommen an Kommunikations- und Verständnissgrenzen. Ein Migrationshintergrund trifft noch keine Aussage über die Haltung einer Person gegenüber einer pluralen Gesellschaft, weder im positiven noch im negativen Sinne. Dennoch ordnen wir uns, um den Überblick zu behalten, in die altbewährten Schubladen ein. Es entsteht eine immer stärker polarisierende Diskussionskultur, die Kommunikationsgrenzen führen zu Erklärungsgrenzen.

### **Vom Umgang mit Differenz: Haltung statt Herkunft**

Ich beobachte, dass sich neue Achsen bilden entlang derjenigen, die Angst haben, und derjenigen, die Mut haben. Die entscheidende Konfliktlinie verläuft entlang der Haltung zur offenen Gesellschaft, der Dualismus zwischen Migrationsbefürwortern und -gegnern dominiert die politische Agenda. So stehen plötzlich der Dönerpropst und meine feministische Nachbarin mit Kopftuch auf derselben Seite. Dieses neue Paradigma nenne ich "Haltung statt Herkunft". Die neue Fremdheit ist keine der Herkunft mehr. Es geht um Haltungen gegenüber Werten wie Freiheit, Gleichwertigkeit, Solidarität und Brüderlichkeit.

Die Spaltung der Gesellschaft und die Volatilität der unsicheren Mitte, die zu beiden Seiten hin umschlagen könnte, verursacht Unsicherheiten. Sie äußern sich im Pessimismus, der an die Stelle des Optimismus tritt. Und dieser zutiefst ambivalente menschliche Gefühlsgegensatz aggregiert sich durch alle Schichten, Geschlechter, Herkunft, Institutionen und kondensiert im Demokratieverständnis.

Esra Küçük auf der Bühne beim ZEIT Forum Kultur mit ZEIT-Redakteur Heinrich Wefing

© Edi Szekely

Ich glaube, all diese Kultur- und Integrationsfragen sind Nebenwidersprüche. Es geht nicht darum, dass wir wirklich Angst davor haben, dass Türkisch oder Arabisch neue Amtssprachen werden. Oder dass es bald keinen Christstollen mehr auf dem Weihnachtsmarkt geben wird. Wir haben Angst davor, den Kuchen aufzuteilen, etwas abzugeben. Es geht um Verteilungskämpfe zwischen Alteingesessenen und Neuangekommenen. Es geht um die Bereitschaft, Letzteren die gleiche Anerkennung und Partizipation zu gewähren. Und das hat mit dem individuellen Demokratieverständnis zu tun.

Mein Eindruck ist: Ein Teil der Gesellschaft sagt "Demokratie" und versteht darunter "gleiche Rechte für alle". Andere Teile der Gesellschaft sprechen von Demokratie und meinen "mehr Rechte für die eigene Gruppe", die sie vorrangig national oder kulturell definieren.

### **Demokratie ist nie bequem**

Hier geht es ans Eingemachte. Die einen sind gegen den Aufstieg von Minderheiten, die sich bereits politische Rechte erkämpfen und sichtbare Repräsentation einfordern. Daraus erstarkt eine abwertende Gegenbewegung: Rassistische Positionen werden offen artikuliert, Sagbarkeitsgrenzen bewusst überschritten. Je mehr Sichtbarkeit Zuwanderer erlangen (oder diejenigen, die für Zuwanderer gehalten werden), desto sichtbarer werden Abwehrreaktionen.

Die Fragen nach nationaler Zugehörigkeit und ihren Privilegien - als Chiffre für die Definition von Hegemonialmacht - werden dadurch neu gestellt. Das ist unbequem. Aber Demokratie ist nie bequem, ist immer ein Ringen. Sie ist nach wie vor eine Utopie, ein anstrengendes Unterwegssein.



Vom Mut, keine Angst zu haben Wie stehen wir zur offenen Gesellschaft? Das ist die eigentliche Frage im Streit um die aktuelle Migration. Demokratie und Freiheit....

Der Umgang mit der aktuellen Migration nach Europa erweist sich als Gradmesser dafür, ob wir wirklich das sind, was wir vorhatten zu sein. Die Rolle, die wir Minderheiten zuweisen, sagt mehr über uns aus als über die Minderheit.

Demokratie und die viel und oft beschworene Freiheit sind kein Besitz, kein Eigentum, kein Privileg, das man erreichen oder erlangen kann. Das Grundgesetz erzählt von dieser Fragilität. Aber zum ersten Mal in meinem Leben spüre ich diese Fragilität ganz konkret. Es hat den Anschein, als ob Kräfteverhältnisse neu justiert werden.

Der Satz "Wir schaffen das" und insbesondere die vielen mutigen Menschen, die in den letzten zwölf Monaten bereit waren, diese Aufgabe anzugehen, haben mich mit dem Deutschland, das meinen Vorfahren eher mit kalter Duldung und heimlicher Ablehnung begegnete, ein Stück weit versöhnt. Als die Willkommensbilder vom Münchner Hauptbahnhof um die Welt gingen. Als die *New York Times* damit titelte und mich Bekannte aus der ganzen Welt beglückwünschten zu unserer Haltung und zum neuen Gesicht Deutschlands.

Ein Deutschland, das auf Basis seiner Erfahrungen selbstbewusst und gelassen sein kann. Ein Land, das zwölf Millionen Vertriebene aufgenommen hat. Ein Land, das einen sensiblen Umgang mit der NS-Herrschaft und der deutschen Verantwortung für den Genozid gefunden hat. Ein Land, das die Anstrengungen, die mit der Wiedervereinigung verbunden waren, aufgenommen und viele wertvolle Erfahrungen mit der Einwanderung der sogenannten Gastarbeiter gesammelt hat.

Als der Vater eines bayerischen Freundes in den sechziger Jahren eine Frau aus Berlin heiraten wollte, sagte ihm sein Vater, das solle er nicht tun - die Preußen würden ja ganz anders denken. Bei solchen Unterschieden, da könne man nicht glücklich werden. Dieses simple Beispiel zeigt, welchen weiten Weg wir bereits gegangen sind.

Eine offene Gesellschaft zeichnet sich nicht auf einer abstrakten Ebene aus, sondern dadurch, dass sie gerade in Krisenzeiten zu einer gelebten Realität wird. Deshalb lassen Sie uns aus dem Jahr der subjektiven Selbstüberforderung heraustreten. Lassen Sie uns zusammen streiten, scheitern, lernen, wieder aufstehen und weiter machen, um gemeinsam an einem künftigen Wir zu arbeiten.

*Dieser Gastbeitrag ist eine Kurzfassung der Rede, die Esra Küçük am vergangenen Wochenende beim ZEIT Forum Kultur der diesjährigen Ruhrtriennale hielt. Die gesamte Rede finden Sie hier.*

**Load-Date:** September 9, 2016

**Erdogan ist kein Unberührbarer; Dass die EU in der Flüchtlingspolitik mit der Türkei dealt, ist nicht böse, sondern überfällig. Es wird nicht alle Flüchtlinge aufhalten. Aber ihre Lage verbessern.**

ZEIT-online

Freitag 9. Oktober 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

**ZEIT**  **ONLINE**

**Section:** Flüchtlinge; Ausg. 41

**Length:** 632 words

**Byline:** Lenz Jacobsen

## **Body**

---

Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen. Nein, wirklich nicht. Die EU, Griechenland und die Türkei werden keine schwimmenden Selbstschussanlagen in der Ägäis verankern, und die türkische Küste wird nicht hinter Betonwänden verschwinden. Das geht ja schon wegen der Touristen nicht.

Wenn das einmal geklärt ist, lassen sich die aktuellen Verhandlungen zwischen der Türkei und der EU über eine Zusammenarbeit im Umgang mit den Millionen Flüchtlingen nüchterner betrachten. Wie auch immer ein Deal am Ende aussieht: Weiterhin wird keine Grenze "dicht" sein. Das geht mit humanen Mitteln, also mit solchen, die nicht die Werte unserer eigenen Zivilisation verraten, gar nicht. Die Flüchtlinge werden weiter kommen.

In den Gesprächen zwischen der EU und der Türkei kann es also nur um etwas mehr Kontrolle gehen. So, wie deutsche Bundesländer sich nach anfänglichem Geraufe mittlerweile einigermaßen koordiniert um die Flüchtlinge kümmern, sollten das auch die beteiligten Staaten tun - und unter ihnen ist nun mal auch die Türkei. Migration ist per Definition ein grenzüberschreitendes Phänomen; Migrationspolitik, die nicht nur auf nationale Vorteile aus ist, sollte deshalb auch grenzüberschreitend sein.

Es ist nichts unmenschlich oder böse daran, darauf hinzuwirken, dass nicht alle in der Türkei untergekommenen Flüchtlinge nach Deutschland weiterziehen. Bessere Unterkünfte und eine bessere Integration der Flüchtlinge in der Türkei sind nicht Mittel zu einem verwerflichen Zweck. Sie verbessern vielmehr zuerst die Lage der Flüchtlinge vor Ort. Wenn sich dann einige entscheiden, doch nicht den gefährlichen Weg in die EU zu wagen, sondern sich ein Leben in der Türkei aufzubauen, ist das sicher im Sinne der EU und der deutschen Regierung, aber es dürfte nur ein Nebeneffekt sein.

Vor fast drei Jahren, im November 2012, war ich an der türkisch-syrischen Grenze unterwegs, in der Provinz Hatay. Allein in diesem schmalen Zipfel zwischen Syrien und Mittelmeer befanden sich damals schon über 60.000 syrische Flüchtlinge. Sie wohnten in eilig errichteten Zeltlagern, manche auch einfach am Straßenrand oder in den Wäldern. Die meisten waren Assad-Gegner, sie wollten so schnell wie möglich zurück. "Wir haben eigentlich schon gewonnen", sagte mir einer von ihnen damals fröhlich. "Es werden nur noch Tage sein." In der Türkei und im

Erdogan ist kein Unberührbarer Dass die EU in der Flüchtlingspolitik mit der Türkei dealt, ist nicht böse, sondern überfällig. Es wird nicht alle Flüchtlinge au....

Westen wollte man das gerne glauben. Auch diese nun längst widerlegte Hoffnung hat dazu beigetragen, dass die Flüchtlinge in der Türkei auch drei Jahre später noch in Provisorien leben.

Fünf vor 8:00 Abonnieren Sie die Morgenkolumne von ZEIT ONLINE - von Montag bis Freitag per E-Mail. Jetzt anmelden

Die Hilfswerke und Länder klagen schon lange über die Unterfinanzierung auch der nötigsten Hilfe. Das Flüchtlingshilfswerk der UN musste Rationen kürzen, seine Vertreter ziehen immer wieder bettelnd durch die Hauptstädte auf der Suche nach den Millionen, die Essensrationen und Wärmedecken bezahlen. Sollte die EU hier nun massiver helfen, wäre das ein Fortschritt.

Natürlich sollte man skeptisch sein bei Deals mit Erdogan, der längst sein Handeln nur noch darauf ausrichtet, ob es ihm beim Erhalt der eigenen, autoritären Macht hilft. Nachsicht gegenüber der türkischen Kurdenpolitik, wie Erdogan sie nun verlangt hat, darf beispielsweise kein Teil des EU-Deals werden. Auch das gehört zur europäischen Aufgabe: auch unter Druck die Werte aufrechtzuerhalten, die man so lange stolz im Mund geführt hat.

Erdogan aber ist kein Unberührbarer. Wenn die Flüchtlingskrise ihn und Europa aus ganz nüchterner Kalkulation wieder näher zusammenbringt, wäre das ein Erfolg. Keiner, der ernsthaft die Träume einer EU-Mitgliedschaft der Türkei befördert, das hat Kanzlerin Merkel erneut deutlich gemacht. Aber auch eine nüchterne Partnerschaft ist besser als gar keine.

**Load-Date:** October 9, 2015

**"Für Flüchtlinge sind die Schlepper Helden"; Sie helfen Flüchtlingen, ihr Recht auf Asyl wahrzunehmen - und retten vielen das Leben: Schleuser sind mitunter besser als ihr Ruf, sagt der Autor Giampaolo Musumeci.**

ZEIT-online

Dienstag 21. April 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Schleuser; Ausg. 16

**Length:** 1703 words

**Byline:** Felix Stephan

## Body

---

Von der italienischen Küstenwache gerettete Flüchtlinge vor der Küste von Lampedusa

© dpa

**ZEIT ONLINE:** Herr Musumeci, Sie haben zwei Jahre lang im Schleuser-Milieu recherchiert. Welchen Eindruck haben die Schlepper auf Sie gemacht? Ist da Stolz? Scham?

**Giampaolo Musumeci** : Ich folge den Migrationsrouten seit 2006 und ich dachte natürlich, ich würde auf dunkle Gestalten treffen, auf gewissenlose Gangster. Aber der erste Schleuser, den ich interviewt habe, war außergewöhnlich freundlich, zugänglich, eloquent. Erst da habe ich verstanden, dass Schleuser in erster Linie Geschäftsmänner sind, die smart und clever sein müssen, wenn sie Erfolg haben wollen. Sie müssen die Beziehungen zu ihren Kunden pflegen, zur Polizei, zu Geschäftspartnern. Das sind sehr offene, umgängliche Menschen. Das hatte ich nicht erwartet.

**ZEIT ONLINE:** Den Eindruck erweckt die Branche nach außen nicht unbedingt.

**Musumeci** : Kürzlich ist in Italien nach einer der Schiffskatastrophen im Mittelmeer ein abgefangenes Telefongespräch zwischen einem der beteiligten Schleuser und seinem Boss veröffentlicht worden. Da konnte man hören, wie sich der Boss über den Tod seiner Klienten schlapp gelacht hat. Aber das ist die Ausnahme. Ich habe mit zehn, zwölf Schleusern gesprochen und das waren alles Geschäftsleute, denen es in erster Linie um Profit und stabile Marktbedingungen ging. Sie setzen alles daran, ihre Kunden sicher ans Ziel zu bringen. Wie in allen anderen Geschäftsfeldern hängt auch die Karriere der Schleuser von ihrer Reputation ab.

**ZEIT ONLINE:** Das müssen Sie erklären.

**Musumeci** : Wenn man mit dem Gedanken spielt, sich nach Europa schleusen zu lassen, fragt man zuerst seine Freunde, die schon in Europa sind, welche Erfahrungen sie gemacht haben und folgt dann deren Empfehlungen: Wer war dein Ansprechpartner, wer dein Agent, wie hat er dich behandelt. Wie bei jedem anderen Dienstleister auch. Ein ägyptischer Schleuser hat erzählt, er habe sich über die Jahre einen so guten Ruf erarbeitet, dass er sich

"Für Flüchtlinge sind die Schlepper Helden" Sie helfen Flüchtlingen, ihr Recht auf Asyl wahrzunehmen - und retten vielen das Leben: Schleuser sind mitunter bess....

seine Kunden nicht mehr suchen muss. Seine Erfolgsquote ist so hoch, seine Ruf so gut, dass sie mittlerweile ihn finden. In Libyen ist die Situation hingegen eine völlig andere: Seit Gaddafi weg ist, herrscht dort komplettes Chaos. Der Markt ist vollkommen außer Kontrolle und überschwemmt von Amateuren.

**ZEIT ONLINE:** Kann man sagen, dass die Gangster unter den Schmugglern den Ruf der gewissenhaften Schleuser und Fluchthelfer beschädigen?

**Musumeci** : Ja, das ist ein wichtiger Punkt. Die Amateure sind auch innerhalb ihrer Branche unbeliebt, weil sie die Reputation zerstören. Wir haben von einem Fall gehört, in dem ein etablierter Schleuserboss einen dieser rücksichtslosen Gangster, die sich um das Schicksal ihrer Klienten nicht scheren, erschießen ließ. Vielleicht war das nur eine Legende, aber sie erfüllte ihren Zweck: Es war eine Warnung an andere. Auf seinem Gebiet duldet er solche Praktiken nicht, weil sie schlecht für das Geschäft sind. Aber in Libyen können die Schleuser zurzeit machen, was sie wollen, weil die Nachfrage einfach nicht versiegt. Die Flüchtlinge aus Eritrea oder Somalia wissen, dass sie erst durch Libyen müssen, bevor sie in Europa ihr Recht auf Asyl geltend machen können. Davon profitieren diese Leute.

**ZEIT ONLINE:** Haben diese Flüchtlinge gar keine andere Wahl?

**Musumeci** : Es gibt den relativ sicheren, aber teuren Weg über die Türkei. Für diese Variante entscheiden sich zum Beispiel Flüchtlinge aus Pakistan oder Syrien. Ich habe einen Monat auf der Balkan-Route über Serbien und Mazedonien recherchiert. Dort habe ich eine Menge Syrer getroffen, die lieber monatelang zu Fuß über diese Route flüchten, als sich im Mittelmeer in Lebensgefahr zu bringen, auch wenn das billiger und schneller wäre. Aber sobald man in Libyen ist, sitzt man in der Falle.

**ZEIT ONLINE:** Was ist Ihnen noch aufgefallen?

**Musumeci** : Interessant war, dass selbst die schlimmsten Verbrecher unter ihnen nicht in dem Bewusstsein leben, schlechte Menschen zu sein. Sie sehen zwar ein, dass sie technisch gesehen ungesetzlich handeln, berufen sich aber auf das höhere Gesetz der Mitmenschlichkeit. Sie sagen: Ich helfe diesen hilflosen Menschen bloß, ich bin ihr letzter Ausweg, ich kümmere mich um sie und würde sie niemals in Gefahr bringen. Und das Verrückte ist: Sehr viele ihrer Kunden sehen das genauso. Wenn man die Flüchtlinge fragt, was sie von ihren Schleusern halten, sagen sie, dass sie ihnen vertrauen und dass es echt nette Kerle sind. Aber auch hier bildet Libyen die große Ausnahme.

**ZEIT ONLINE:** Wieso sollten die Flüchtlinge den Schleusern derart vertrauen? Sie kennen die Bilder vom Mittelmeer doch.

**Musumeci** : Der entscheidende Punkt ist, dass die Schleuser den Flüchtlingen etwas anbieten, was Europa ihnen verweigert. Und sie sind vor allem für jene, die in ihrem Heimatland verfolgt werden und in Europa ein Anrecht auf Asyl hätten, oftmals die wirklich letzte und einzige Chance auf das nackte Überleben. Dadurch stehen die Schleuser einerseits außerhalb des Gesetzes, leisten den Flüchtlingen andererseits aber unschätzbare Dienste.

**ZEIT ONLINE:** Welche Dienste wären das?

**Musumeci** : Faktisch helfen die Schleuser in vielen Fällen zum Beispiel Syrern, die zu Hause vom IS verfolgt werden, ihr Recht auf politisches Asyl in Europa wahrzunehmen, wovon die EU sie aktiv abzuhalten versucht. Nur weil die EU an dieser Stelle wissentlich das Völkerrecht bricht, ist ein syrischer Flüchtling gezwungen, sein Hab und Gut zu verkaufen, um die vielleicht zehntausend Euro zusammenzukratzen, die der Schleuser kostet. Ohne ihn könnte er aber sein Recht auf Asyl nicht wahrnehmen, obwohl ihm das formal von der Staatengemeinschaft garantiert wird. Wenn die Frage also lautet, ob die Schleuser Kriminelle sind, kommt es darauf an, wen man fragt. Für die EU sind sie Verbrecher, aber für die Flüchtlinge, die es sicher nach Europa geschafft haben, sind sie Helden.

"Für Flüchtlinge sind die Schlepper Helden" Sie helfen Flüchtlingen, ihr Recht auf Asyl wahrzunehmen - und retten vielen das Leben: Schleuser sind mitunter besser....

**ZEIT ONLINE:** Wie soll sich die EU also verhalten? Mit den verlässlichen Schleusern zusammenarbeiten, um die gewissenlosen aus dem Geschäft zu nehmen?

**Musumeci** : So weit würde ich nicht gehen. Aber wenn wir dieses Geschäft stoppen wollen, mit dem Kriminelle im Jahr schätzungsweise allein im Mittelmeerraum 500 Millionen Euro im Jahr umsetzen, müssen wir ihnen die Geschäftsgrundlage entziehen. Die EU könnte zum Beispiel direkt in jenen Ländern präsent sein, deren Bürgern sie politisches Asyl gewährt. Sie könnte mit Transitländern wie der Türkei, Tunesien oder Ägypten zusammenarbeiten. Libyen würde ich da ausnehmen, dort finden Sie keinen Ansprechpartner und natürlich kann man darüber sprechen, inwiefern der Westen für dieses Chaos selbst verantwortlich ist. Aber die EU müsste dieselbe Dienstleistung anbieten, die derzeit die Schleuser anbieten, nur billiger und sicherer. Ein italienischer Geistlicher hat kürzlich vorgeschlagen, ein Kreuzfahrtschiff zu schicken und die Flüchtlinge die Tickets bezahlen zu lassen. Das klingt zynisch, aber er trifft auch einen Punkt. Für die Flüchtlinge wäre eine Kreuzfahrt tatsächlich billiger und sicherer. Wir müssen uns darüber klar werden, dass wir es mit organisiertem Verbrechen zu tun haben. Im Bereich des Drogenschmuggels findet bereits ein Umdenken statt. Im Menschenschmuggel noch nicht.

**ZEIT ONLINE:** Drogen sind aber auch Güter. Die Schleuser bewegen Menschen. Sehen Sie da keinen Unterschied?

**Musumeci** : Es bringt nichts, nur die toten Flüchtlinge zu beweinen, wir müssen das Problem auch sachlich angehen. Die öffentliche Debatte ignoriert zum Beispiel auch das Problem der Geldflüsse, dabei sind die bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens entscheidend: Zurzeit bringt die europäische Flüchtlingspolitik gigantische Mengen an Schwarzgeld hervor, das wir nicht kontrollieren können und das mit einiger Wahrscheinlichkeit auch Terrororganisationen finanziert.

**ZEIT ONLINE:** Was schlagen Sie also vor?

**Musumeci** : Wir haben es mit komplexen Zusammenhängen zu tun, die wir mit Slogans nicht werden lösen können. Wir brauchen humanitäre Korridore, wir brauchen eine bessere Kooperation zwischen der Türkei und dem Schengen-Raum, wir brauchen eine stärkere europäische Ermittlungsbehörde. Was wir nicht brauchen, ist eine Grenzagentur, die es als Erfolg verkauft, wenn sie 900 Fahrer verhaftet hat. Das ist, als wenn Sie in Berlin, Oslo oder Rom einen kleinen Drogendealer an der Straßenecke festnehmen. Am nächsten Tag steht da der nächste. Man muss sich um die Bosse kümmern und die bekommen Sie nur, wenn die EU-Behörden mit den Behörden in der Türkei und den Behörden des Sudans zusammenarbeiten. Die Bosse sitzen in Istanbul, Tripolis und Karthum.

**ZEIT ONLINE:** Italienische Politiker klagen oft, die EU würde sie mit dem Problem alleinlassen. Wie nehmen Sie das wahr?

**Musumeci** : Es stimmt, dass Italien mit den Rettungsoperationen alleingelassen wird. Andererseits hat Deutschland im vergangenen Jahr drei Mal so vielen Menschen politisches Asyl gewährt und kommt für diese langfristigen Kosten auf. In Italien wird dieser Beitrag, den Deutschland leistet, zu wenig wahrgenommen. Das liegt auch an der Debattenkultur: Die italienische Politik bewegt sich immer im Modus des Ausnahmezustandes. Alles ist immer sofort ein absoluter Notfall. Das ist geht aber völlig am Problem vorbei, weil die Situation, in der wir jetzt stecken, vorhersehbar war und sich auch weiterhin schleichend entwickeln wird. Es gibt keine schnellen Lösungen. Der Flüchtlingsstrom ist ein gesamteuropäisches Problem, das von Europa gelöst werden muss.

**ZEIT ONLINE:** Und wie optimistisch sind Sie da?

**Musumeci** : Ich bin vor allem die gegenwärtige politische Debatte leid, die völlig an dem Problem vorbeigeht und sich rassistischer Untertöne bedient. In Italien spricht man von einer "Invasion", während der Libanon, ein Land mit sechs Millionen Einwohnern, über eine Million syrische Flüchtlinge aufgenommen hat. In der gesamten EU haben letztes Jahr etwas mehr als 600.000 Flüchtlinge Antrag auf politisches Asyl gestellt, bei über 500 Millionen Einwohnern. Da stimmen die Maßstäbe nicht.

"Für Flüchtlinge sind die Schlepper Helden" Sie helfen Flüchtlingen, ihr Recht auf Asyl wahrzunehmen - und retten vielen das Leben: Schleuser sind mitunter bess....

```
window.zonERVis      =      {                               date:      "20.04.2015"                               };  
window.zonERVis.imagePath="http://live0.zeit.de/infografik/fluechtlingsopfer-mittelmeer/images/";
```

**Load-Date:** April 21, 2015

---

End of Document

**"Ein Krieg gegen Flüchtlinge"; Afrikas Staaten dürfen nicht zum  
Erfüllungsgehilfen von Frontex werden, sagt der malische  
Flüchtlingsaktivist Ousmane Diarra. Er fordert, die Migration zu erleichtern.**

ZEIT-online

Donnerstag 12. November 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flüchtlingsgipfel; Ausg. 45

**Length:** 1427 words

**Byline:** Johanna Roth

## Body

---

Ein Boot mit afrikanischen **Flüchtlingen** erreicht die Küste von Lampedusa

© Antonio Parrinello/Reuters

**ZEIT ONLINE** : Monsieur Diarra, in Malta findet gerade der europäisch-afrikanische **Flüchtlingsgipfel** statt. Ihre Organisation protestiert scharf gegen dieses Treffen. Warum? Politischer Dialog ist doch gut.

**Ousmane Diarra** : Bei diesem Treffen wird höchstwahrscheinlich nichts herauskommen, was den Menschen hier in Mali oder überhaupt in Afrika nützt. Das Ergebnis wird stattdessen ein Desaster für die afrikanischen **Flüchtlinge** bedeuten, die in Europa eine bessere Zukunft suchen. Auf Malta werden politische Fragen verhandelt, keine menschlicheren Fluchtbedingungen. Es geht nur darum, **Migration** zu behindern. Wir als zivilgesellschaftliche Organisation sind dagegen.

**ZEIT ONLINE** : Zumindest seitens der EU gibt es ja klare Vorstellungen, was bei dem Gipfeltreffen beschlossen werden soll. Eine Bekämpfung der Fluchtursachen zum Beispiel. Zu diesem Zweck hat man sich gerade auf einen Hilfsfonds geeinigt. Ist das nichts?

**Diarra** : Fluchtursachen wirklich effektiv zu bekämpfen ist schwierig, wenn nicht gar unmöglich. Afrikanische **Flüchtlinge** verlassen ihre Heimatstaaten aus unterschiedlichsten Gründen. Gerade hier in Mali sind die Konflikte teilweise sehr kompliziert; Boko Haram ist nur ein Teil des Ganzen. Außerdem: Die Leute hören ja nicht von einem auf den anderen Tag auf, zu emigrieren. Man muss deshalb nicht nur die Lebensbedingungen hier vor Ort, sondern auch und vor allem die Bedingungen der **Migration** verbessern.

**ZEIT ONLINE** : Es gibt allerdings aktuelle Statistiken, die zeigen, dass nur wenige Prozent der Menschen, die Europa im Moment als Flüchtlinge erreichen, afrikanischer Herkunft sind.

**Diarra** : Ja, weil viele Flüchtlinge aus afrikanischen Ländern es gar nicht bis nach Europa schaffen. Stattdessen stranden sie in anderen afrikanischen Staaten wie Algerien. Viele wollen auch gar nicht unbedingt nach Europa -



"Ein Krieg gegen Flüchtlinge" Afrikas Staaten dürfen nicht zum Erfüllungsgehilfen von Frontex werden, sagt der malische Flüchtlingsaktivist Ousmane Diarra. Er f....

aber das Interesse, nach Europa zu gelangen, gibt es nach wie vor. Dort werden die meisten als Illegale behandelt und einfach zurückgeschickt. Wo bleiben da die Menschenrechte?

```
var aspectRatio=[16,9],chart=document.getElementById("datawrapper-chart-8BgB6");chart.style.height=chart.offsetWidth/aspectRatio[0]*aspectRatio[1]+"px";
```

**ZEIT ONLINE** : Wen sehen Sie denn mehr in der Verantwortung - die afrikanischen Staaten, deren Regime teilweise ja selbst Fluchtursache sind, oder die Europäer?

**Diarra** : Prinzipiell beide. Die EU will die afrikanischen Staaten anstiften, bei ihrer Politik der geschlossenen Grenzen mitzumachen. Sie will afrikanische Flüchtlinge schneller und effektiver abschieben; dafür will sie sie mit Geld belohnen. Ein solches Abkommen würde einen regelrechten Krieg gegen die Flüchtlinge bedeuten. Wir fordern von der malischen Regierung und auch von allen anderen Staaten der Afrikanischen Union, einer solchen Einigung mit der EU nicht zuzustimmen, die sie zum Erfüllungsgehilfen von Frontex macht. Wenn überhaupt, dann sollte Europa Afrikas Partner sein. Es braucht mehr Solidarität zwischen beiden Kontinenten, wenn es denn klappen soll mit der Bekämpfung der Fluchtursachen.

**ZEIT ONLINE** : Ein wichtiger Faktor dabei ist die schwache Wirtschaft vieler afrikanischer Länder. Wie müsste Europa in Zukunft mit Afrika Handel treiben, damit weniger Menschen einen Grund haben, zu fliehen?

**Diarra** : Ich zeige das am Beispiel Malis auf. Wir leben hier vor allem von drei Wirtschaftszweigen: Fischerei, Baumwollernte und Landwirtschaft. Normalerweise müssten die europäischen Industriestaaten den Bauern vor Ort helfen, von ihrer Baumwollernte zu leben. Aber sie kaufen die Ware so billig, dass viele junge Malier in der traditionellen Wirtschaft ihres Landes keine Zukunft mehr sehen und abwandern. Die Unternehmen verkaufen die Produkte in Europa dann aber teuer. Wie kann es da so eine Differenz geben? Genauso müssen die großen Fischereikonzerne einen anderen Umgang mit den Ländern wie Mali pflegen. Die Aufgabe der Politik ist es, diese Interessen miteinander in Einklang zu bringen, Norden und Süden zu harmonisieren. Aber das passiert nicht.

**ZEIT ONLINE** : Warum?

**Diarra** : Das ist kompliziert. Solche Fragen sind auch mit den afrikanischen Staaten nicht einfach zu regeln. Der Dienstleistungssektor, die Behörden, der soziale Sektor - all das muss in vielen afrikanischen Ländern besser laufen. Solange all das dermaßen unterentwickelt ist, werden die Menschen abwandern.

**ZEIT ONLINE** : Das milliardenschwere Entwicklungspaket, das in Malta beschlossen werden soll, könnte doch zumindest in diesem Punkt Abhilfe schaffen.

**Diarra** : Nein, denn es ist viel komplizierter. Nehmen wir noch einmal das Beispiel Mali: Der Krieg, der hier Anfang 2012 ausgebrochen ist, mag nur in bestimmten Gebieten des Landes toben, aber er bringt Chaos weit über seine eigentlichen Gebiete hinaus. Welche Entwicklungshilfe soll denn greifen, wenn sich unterschiedliche Interessensgruppen gegenseitig umbringen?

**ZEIT ONLINE** : Sie fordern stattdessen einen kompletten Schuldenschnitt für die hochverschuldeten afrikanischen Länder. Inwiefern wäre das eine bessere Alternative?

**Diarra** : Die Armutsspirale in bestimmten Ländern dreht sich schon so lange, dass sie aus eigener Kraft kaum die Chance haben, ihre Entwicklung voranzutreiben. Durch Staatsschulden wird das noch verstärkt. Würde man sie ihnen erlassen, könnten sie Armut langfristiger bekämpfen als mit sporadischen Finanzhilfen, bei denen zudem nicht gesichert ist, dass sie an sinnvollen Orten ankommen. Ohne Schulden könnte unser Kontinent sich besser entwickeln, und es wäre auch ein wichtiger Schritt für die junge Generation. Irgendwann müssen die Menschen dann vielleicht nicht mehr auswandern.

**ZEIT ONLINE** : Noch tun sie es aber. Viele dürfen allerdings in Europa nicht bleiben. Ihr Verein engagiert sich für Menschen, denen bereits einmal die Flucht nach Europa gelang, die dann aber wieder nach Mali abgeschoben wurden. Weshalb ist das so wichtig?

"Ein Krieg gegen Flüchtlinge" Afrikas Staaten dürfen nicht zum Erfüllungsgehilfen von Frontex werden, sagt der malische Flüchtlingsaktivist Ousmane Diarra. Er f....

**Diarra** : Es kommen jeden Tag Malier aus Europa zurück. Was sie hier erleben, ist oft noch schlimmer als die Zeit auf der Flucht. Die meisten fliehen ja aus wirtschaftlichen Gründen und geben ihr letztes Geld für die Flucht aus. Wenn sie dann zurückkommen, haben sie nichts mehr, vor allem aber keine Zuversicht. Außerdem werden sie von der Gesellschaft nicht mehr gut behandelt, niemand gibt ihnen noch eine Chance. Wir bieten ihnen Unterstützung dabei, sich wieder ein Leben aufzubauen. Sie brauchen Papiere, soziale Strukturen, oft auch psychosoziale Hilfe. Und die Nachfrage bleibt: Demnächst feiern wir unser 20-jähriges Bestehen.

**ZEIT ONLINE** : Es gibt ja aber viele, die es trotzdem immer wieder versuchen mit der Flucht nach Europa.

**Diarra** : Ja, aber unter den derzeitigen Bedingungen ist das die schlechtere Entscheidung. Solange die Menschen in Europa nicht ohne Weiteres leben und vor allem arbeiten dürfen, haben sie auch dort keine Zukunft, das sage ich immer wieder. Deshalb fordern wir auch, dass die EU-Mitgliedsstaaten die UN-Wanderarbeiterkonvention für Auswanderer und ihre Familien unterzeichnen, um afrikanischen Migranten eine legale Chance zu eröffnen. Es gab zwar schon bilaterale Mobilitätsabkommen, zum Beispiel vor einigen Jahren mit Spanien. Damals sollten 800 Malier nach Spanien kommen und legal dort arbeiten - aber am Ende wurden es nur 29, dann machte Spanien dicht. So funktioniert das nicht.

**ZEIT ONLINE** : Was hat sich mit der Syrien-Krise für die Flüchtlinge aus afrikanischen Ländern verändert? Fühlen sie sich benachteiligt?

**Diarra** : Ja, denn für die anderen stellt sich die Frage der Legalität ja viel weniger. Wer aus Syrien flieht, hat in Europa sehr gute Chancen. Aber für Afrikaner bleiben viele Türen verschlossen - zu Unrecht. Schließlich gibt es auch afrikanische Staaten, aus denen die Leute vor Krieg fliehen: Burundi, Somalia und mit steigender Präsenz von Boko Haram auch Länder wie Nigeria. Auch dort wurden und werden Menschen umgebracht.

**ZEIT ONLINE** : Es klingt, als hätten Sie weitgehend die Hoffnung verloren, dass es zu einer Einigung kommen könnte, die den Menschen in Afrika dient.

**Diarra** : Was die EU angeht, ist das schon so, in der Tat. Die Hoffnung, die uns Afrikanern noch bleibt, setzen wir in die Afrikanische Union. Aus Europa kam in den vergangenen Jahren kaum Neues. Es ist jetzt an Afrika, dem etwas entgegensetzen - auch, wenn uns nur kleine Schritte möglich sind. Wenn mehr junge Leute eine bessere Ausbildung und größere Chancen auf eine Arbeit hätten, hätten wir schon ein Problem weniger.

**Load-Date:** November 12, 2015

**Abfangen, Aufhalten, Zurückschicken; Die EU will weitere  
Flüchtlingsabkommen nach dem Vorbild des Türkei-Deals schließen.  
Hardliner wie Ungarns Premier Orbán sprechen unverblümt von einer  
Verteidigungslinie.**

ZEIT-online

Montag 26. September 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flüchtlingspolitik; Ausg. 36

**Length:** 881 words

**Byline:** Sasan Abdi-Herrle

## Body

---

Aus dem Mittelmeer gerettete **Flüchtlinge** in Ägypten

© Mohamed Abd El Ghany/Reuters

Viele konkrete Ergebnisse hat der **Flüchtlingsgipfel** von Wien am Wochenende zwar nicht gebracht, zufrieden waren die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union trotzdem. Allgemein wurde die offene Debatte gelobt, Österreichs Kanzler Christian Kern zeigte sich als Gastgeber hochzufrieden - auch weil die maßgeblich von seinem Vorgänger initiierte Schließung der Balkanroute auf dem Gipfel mit einer Ausweitung faktisch anerkannt wurde.

Bisher noch recht vage ist die Vereinbarung, auf EU-Ebene nach dem Vorbild des EU-Türkei-Deals weitere **Flüchtlingsabkommen** mit Drittstaaten abzuschließen. Auch andere Länder südlich des Mittelmeeres sollen sich gegen Unterstützung bereit erklären, **Flüchtlinge** effektiv zu stoppen, sie zurückzunehmen und eventuell sogar **Asylgründe** zu überprüfen. Es sei notwendig, "die Drittstaatenabkommen insbesondere mit Afrika aber auch mit Pakistan, mit Afghanistan möglichst schnell fertigzustellen, damit klar wird: Wer nicht aus humanitärer Sicht in Europa bleiben kann, der wird auch wieder in sein Heimatland zurückgeführt", sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel nach dem Treffen. Ungarns Premierminister Viktor Orbán wurde in Wien deutlicher, als er unverblümt zu Protokoll gab, Ziel sei eine "Verteidigungslinie", mit der **Flüchtlinge** frühzeitig abgehalten werden sollen.

Einfach dürfte die Umsetzung solcher Abkommen allerdings nicht werden. Schon bei den Verhandlungen mit der Türkei gab es mit Blick auf die Menschenrechtssituation erhebliche Bedenken. Bei vielen Staaten, die nun als Partner im Gespräch sind, ist noch viel fragwürdiger, ob sie als sichere Länder gelten können.

## Ägypten

Das von dem früheren Generalstabschef Abdel Fattah al-Sissi regierte Land steht im Fokus der Flüchtlingskrise, nachdem vergangene Woche erneut ein Boot mit Hunderten Flüchtlingen vor der ägyptischen Küste kenterte. Hinzu

Abfangen, Aufhalten, Zurückschicken Die EU will weitere Flüchtlingsabkommen nach dem Vorbild des Türkei-Deals schließen. Hardliner wie Ungarns Premier Orbán spr....

kommt, dass immer mehr Flüchtlinge von dort aus versuchen, nach Europa zu gelangen. Ägypten ist nach Libyen das zweitwichtigste Transitland, laut Angaben der Bundesregierung starten etwa 10 Prozent aller Flüchtlinge von dort aus ins Mittelmeer.

Die Menschenrechtssituation in Ägypten ist prekär. "Seit der demokratisch gewählte Präsident Mohammed Mursi 2013 abgesetzt wurde, hat sich die Menschenrechtslage in Ägypten stetig verschlechtert", heißt es in einem Länderbericht von Human Rights Watch. Insbesondere für Frauen und Mädchen sei die Situation "besorgniserregend". Sicherheitskräfte würden für exzessive Gewalt nicht zur Rechenschaft gezogen, immer wieder gebe es Berichte über Folter und Morde. Schwierig sei besonders die Situation von Flüchtlingen, gegen die die Behörden häufig mit Gewalt vorgehen. Zudem seien unrechtmäßige Ausweisungen an der Tagesordnung.

## **Libyen**

Libyen ist als gescheiterter Staat ein noch fragwürdigerer Partner als Ägypten. Seit dem Sturz von Muammar al-Gaddafi im Jahr 2011 herrscht dort Bürgerkrieg. Zahlreiche bewaffnete Gruppen bekämpfen sich, zwei konkurrierende Regierungen beanspruchen die Führung des Landes für sich. Und auch der "Islamische Staat" ist stark vertreten.

Amnesty International warnt vor diesem Hintergrund vor andauernden Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverstößen. Die Gewalt richtet sich demnach auch gegen Flüchtlinge. "Wir mussten alle aussteigen und wurden mit Gummischläuchen und Holzstöcken geschlagen. Dann schossen sie einem Mann in den Fuß", zitiert die Organisation einen Migranten, der dabei war, als die libysche Küstenwache ein Flüchtlingsboot stoppte.

## **Jordanien**

Das Königreich ist bereits jetzt überlastet. Geschätzt eineinhalb Millionen Flüchtlinge halten sich in Jordanien auf, viele davon sind Syrer. Die Versorgung der Menschen ist trotz internationaler Versprechungen weiterhin prekär. Auch hier kritisieren Menschenrechtsorganisationen immer wieder Verstöße. So wird in den Gefängnissen beispielsweise weiterhin gefoltert.

## **Afghanistan und Pakistan**

Die Sicherheitslage in Afghanistan bleibt prekär. Die Bundesregierung nennt die Situation insbesondere für Frauen, Kinder und religiöse Minderheiten schwierig. "Zu den Haupthindernissen für eine umfassende Durchsetzung und Wahrung von Menschenrechten zählen neben fehlender Rechtskenntnis und mangelnden personellen und materiellen Kapazitäten vor allem die schwierige Sicherheitslage und weit verbreitete Korruption", heißt es in einer Einschätzung des Auswärtigen Amtes.

Gleiches gilt für Pakistan. Auch hier sind Taliban aktiv, immer wieder kommt es zu Anschlägen. Laut Amnesty gehen auch hier Sicherheitskräfte regelmäßig mit Gewalt gegen die Bevölkerung vor.

## **Mali und Niger**

Mali ist seit der Offensive von Islamisten im Jahr 2012 trotz einer UN-Mission ein fragiler Staat. Niger gilt zwar als etwas sicherer, allerdings ist auch hier die Terrormiliz Boko Haram aktiv. Zudem kritisieren Menschenrechtsorganisationen Justizwillkür und ein hartes Vorgehen gegen Flüchtlinge.

Beim Flüchtlingsabkommen mit der Türkei argumentierten führende Politiker in der Europäischen Union, dass es sich selbstverständlich um einen verlässlichen Partner und einen sicheren Staat handelt. Wie diese Argumentation bei den genannten möglichen Partnern aussehen könnte, ist unklar: Dazu äußerten sich die Staats- und Regierungschefs in Wien nicht.

Abfangen, Aufhalten, Zurückschicken Die EU will weitere Flüchtlingsabkommen nach dem Vorbild des Türkei-Deals schließen. Hardliner wie Ungarns Premier Orbán spr....

---

End of Document

**Orbán stoppen!; Der Flüchtlingsgipfel auf Malta zeigt: Vorerst haben sich in der EU diejenigen durchgesetzt, die auf Kontrolle und Abwehr setzen. Sie dürfen nicht die Oberhand behalten.**

ZEIT-online

Donnerstag 12. November 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** EU-Flüchtlingsgipfel; Ausg. 46

**Length:** 737 words

**Byline:** Matthias Krupa

## **Body**

---

Europäische und afrikanische Staats- und Regierungschefs treffen beim EU-Gipfel in der alten Ritterfeste auf Malta zusammen.

© Laurie Dieffembacq/Belga/dpa

Zauberhafter kann die Kulisse nicht sein für einen EU-Gipfel, der in diesen Wochen immer auch ein EU-Krisengipfel ist, als in der alten Ritterfeste Valletta auf Malta. Der Blick vom Konferenzzentrum geht weit hinaus auf das Mittelmeer, Richtung Afrika. Aber dort am Horizont sind gerade nur Kreuzfahrtschiffe zu sehen, keine **Flüchtlingsboote**.

Beunruhigender könnten die Nachrichten kaum sein, die allein in den vergangenen 36 Stunden aus den Mitgliedsländern der Europäischen Union gemeldet wurden. Noch während die Staats- und Regierungschefs der EU in Valletta mit ihren afrikanischen Kollegen berieten, kündigte Schweden an, wieder Grenzkontrollen einzuführen. Allein seit September sind 80.000 **Flüchtlinge** in das Land eingereist. Slowenien baut jetzt auch einen Zaun, und in Finnland muss die Regierung Zelte aufstellen, um all die Menschen unterzubringen, die dort Zuflucht suchen. Schnell versichert die Regierung in Helsinki, die Zelte seien beheizt; es ist kalt in Finnland im November.

Die Not ist unverändert groß. Die Not der Flüchtlinge, aber auch die Not an den Verhandlungstischen der EU, ob sie nun im herbstgrauen Brüssel stehen oder im strahlenden Sonnenschein auf Malta. Dort kann man die Ungleichzeitigkeiten mit Händen greifen, die die politischen Versuche bestimmen, der Flüchtlingskrise Herr zu werden. Mit den Vertretern Afrikas haben Merkel & Co. darüber verhandelt, wie man Fluchtursachen bekämpfen, Perspektive schaffen und künftig verhindern kann, dass sich immer mehr Menschen auf den gefährlichen, illegalen Weg nach Europa machen. Sobald die Europäer wieder unter sich sind, steht das kurzfristige Krisenmanagement im Vordergrund: die Lage in den mehr und mehr überforderten Mitgliedstaaten, die Situation an den eigenen Grenzen, die Verhandlungen mit der Türkei.

Ist die Union endlich dabei, die eigenen Reihen zu schließen? Oder verliert sie in diesen Tagen endgültig die Kontrolle?

Orbán stoppen! Der Flüchtlingsgipfel auf Malta zeigt: Vorerst haben sich in der EU diejenigen durchgesetzt, die auf Kontrolle und Abwehr setzen. Sie dürfen nicht....

Der Zaun, den die Slowenen bauen, die Kontrollen in Schweden, auch die deutsche Ankündigung, syrische Flüchtlinge, die aus anderen EU-Staaten einreisen, doch wieder zurückzuschicken - das alles sind kurzfristige Maßnahmen, der Not und Ausnahmesituation geschuldet. Aber sie fügen sich zu einem Bild: Vorerst haben sich in der EU diejenigen durchgesetzt, die auf Kontrolle, manche auch auf gezielte Abwehr der Flüchtlinge setzen. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán, der das Zaunbauen vorgemacht hat, kann seine Genugtuung über die jüngsten Entwicklungen kaum verbergen. Es sei an der Zeit, endlich die Wortwahl zu ändern, sagte er in Valletta, Migration sei nichts Positives.

Nun ist Kontrolle das eine, Abwehr und Abschottung sind hingegen etwas anderes. Will die EU ihre Binnengrenzen offen halten und Freizügigkeit garantieren, muss sie ihre Außengrenzen kontrollieren, am besten gemeinsam - das ist eine Lektion der vergangenen Wochen. Hierüber herrscht mittlerweile Einigkeit zwischen den Mitgliedstaaten, auch wenn die Umsetzung der gemeinsamen Beschlüsse, etwa die personelle Unterstützung von Frontex, viel zu langsam vorangeht.

Die entscheidende Frage ist, ob es bei diesen Maßnahmen bleibt. Oder ob die viel beschworene Kontrolle der erste Schritt ist, dem weitere folgen: eine gerechtere Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der Union, gemeinsame Kontingente für Resettlement-Programme des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen, mehr legale Möglichkeiten für Migranten, nach Europa zu gelangen.

Anders gesagt: Fällt die EU zurück in die Illusion, die ihrer bisherigen Flüchtlingspolitik zugrunde lag, und versucht sich als Festung neu zu erfinden, mit höheren Mauern und mehr Soldaten. Oder hat sie auch diese Lektion gelernt: dass die Zahl der Flüchtlinge zwar reduziert werden muss, aber nicht gestoppt werden kann. Dass Europa, noch immer der wohlhabendste Kontinent auf Erden, auch künftig ein Zufluchts- und Sehnsuchtsort bleiben wird und der Welt nicht einfach den Rücken kehren kann. Jedenfalls nicht ohne die eigenen Werte und den eigenen Wohlstand zu riskieren.

Noch steht die Europäische Union ganz im Bann des Krisenmanagements. Aber dem Grundsatzkonflikt wird sie nicht ausweichen können. Es wäre eine Tragödie, wenn der Zyniker Orbán auf Dauer die Oberhand behält.

*Im Video: Wie Schweden Grenzkontrollen wieder einführt.*

**Load-Date:** November 12, 2015

**Flucht vor der Versklavung; Die Menschen werden weiter aus Eritrea fliehen.  
Daran ändern auch die Begrenzungsversuche der EU nichts. Denn ohne  
Reformwillen nützen europäische Gelder nur dem Regime.**

ZEIT-online

Dienstag 14. Juni 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Eritrea; Ausg. 25

**Length:** 1075 words

**Byline:** Nicole Hirt

## Body

---

Eine junge Familie aus Eritrea nach der Registrierung bei der Bundespolizei in Rosenheim

© Sean Gallup/Getty Images

Zwangsarbeit für das Militär und die Regierung - nichts anderes verbirgt sich hinter dem sogenannten Nationaldienst, den in Eritrea derzeit bis zu 400.000 Rekruten im Alter von 18 bis 50 Jahren leisten müssen. Von ihrem Sold lässt sich keine Familie ernähren. Sie sind gezwungen, dort zu leben, wo die Regierung sie hinschickt, und das zu tun, was ihre Befehlshaber ihnen auftragen. Wer desertiert, wird in Straflagern interniert.

Nur eine Minderheit mit höherer Bildung genießt das Privileg, in der Verwaltung, im Gesundheitsdienst oder als Lehrer dienen zu dürfen. Die Mehrheit schuftet auf Feldern, auf dem Bau oder schleppt Steine. Der Dienst ist neben fehlender Rechtsstaatlichkeit und Demokratie die Hauptursache für die Flucht von monatlich rund 5.000 Menschen bei einer Bevölkerung von vier Millionen. Die Nachbarländer Sudan und Äthiopien beherbergen je über 120.000 eritreische **Flüchtlinge**.

Dass es sich beim Nationaldienst um Versklavung handelt und in Eritrea weitere Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wie Verschwindenlassen, Verfolgung und Mord begangen wurden, hat kürzlich auch eine Untersuchungskommission des UN-Menschenrechtsrats festgestellt. Sie empfiehlt, den Internationalen Strafgerichtshof einzuschalten.

Eritrea geriet ins Visier der europäischen Politik, als die Zahl der Asylbewerber 2014 und 2015 auf jeweils über 40.000 stieg. Europäische Delegationen bereisten das Land, um mit Regierungsvertretern über eine Zusammenarbeit in puncto Flüchtlingszahlenbegrenzung zu sprechen.

Die EU redet einerseits von der Bekämpfung von Fluchtursachen, andererseits initiierte sie 2014 den hoch problematischen Khartum-Prozess. In Zusammenarbeit mit Präsidenten wie Sudans al-Baschir und Eritreas Afewerki, beide der Verbrechen gegen die Menschlichkeit verdächtig, soll die Migration am Horn von Afrika "reguliert" werden.



Flucht vor der Versklavung Die Menschen werden weiter aus Eritrea fliehen. Daran ändern auch die Begrenzungsversuche der EU nichts. Denn ohne Reformwillen nütze....

ARD und Spiegel enthüllten Pläne, denen zufolge die staatliche Entwicklungsorganisation GIZ sudanesisches Personal zur Sicherung einer Grenze ausbilden soll, die schon per Schießbefehl vom eritreischen Militär bewacht wird. Allerdings handhabt die eritreische Regierung die Grenzüberwachung derzeit weniger strikt, da sie von den Geflüchteten über eine Diasporasteuer finanziell profitiert.

Am 6. Juni berichtete der *Guardian* über den Entwurf eines EU-Dokuments, das Finanzhilfen an den Sudan und Unterstützung für die eritreische Justiz vorsah. Das einen Tag später tatsächlich veröffentlichte EU-Dokument zur Einrichtung eines neuen Partnerschaftsrahmenabkommens unter der Europäischen Migrationsagenda nennt indes weder Sudan noch Eritrea als potenzielle Partnerländer in Ostafrika, sondern lediglich Äthiopien. Ob die Kooperationspläne damit vom Tisch sind, ist allerdings fraglich.

### **EU förderte problematische Praktiken**

Neben der (zumindest angedachten) Grenzschutzförderung engagierte sich die EU in der Entwicklungszusammenarbeit mit Eritrea. 2009 stellte sie 122 Millionen Euro zur Verfügung, 34 Millionen waren für den Straßenbau reserviert. Alle Baufirmen im Land gehören der Regierungspartei, die systematisch Nationaldienstrekruten als Zwangsarbeiter einsetzt. Somit förderte die EU damals wissentlich oder unwissentlich Praktiken, die von der UN-Kommission als Versklavung und somit Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingestuft werden.

Im Jahr 2011 beendete Eritrea einseitig die Zusammenarbeit mit der EU, vermutlich, weil man sich hohe Einnahmen aus der beginnenden Goldförderung erhoffte. Momentan ist eine Wiederaufnahme der Zusammenarbeit erwünscht, und die EU bewilligte 200 Millionen Euro für den Energiesektor sowie für verbesserte Regierungsführung. Es ist fraglich, ob dies die Zahl der vor dem Frondienst Flüchtenden verringern wird.

2015 versprach ein Regierungsvertreter, der Nationaldienst werde auf 18 Monate verkürzt; diese Aussage wurde jüngst revidiert. Offiziell begründet wird der Dienst mit der Bedrohung durch Äthiopien, das sich weigert, nach einem internationalen Schiedsspruch Eritrea zustehende Gebiete zu übergeben. Zweifelhaft ist jedoch, ob die eritreische Regierung glaubt, dass frustrierte und mangelernährte Nationaldienstleistende das Land gegen externe Aggression verteidigen könnten. Während des Unabhängigkeitskampfes erklärte die heutige politische Führung ihre Erfolge gegen die zahlenmäßig überlegene äthiopische Armee unter anderem mit der fehlenden Motivation der zwangsrekrutierten äthiopischen Soldaten.

### **Ein Teufelskreis aus Flucht und Armut**

Es gibt andere Gründe für die Militarisierung: Zum einen soll die Ideologie des Freiheitskampfes perpetuiert werden, zum anderen profitieren hohe Militärs und Parteikader finanziell von der Zwangsarbeit. Die Entfristung des Dienstes 2002 ging einher mit der Zerschlagung der Privatwirtschaft und der Vertreibung von Unternehmern und Investoren. Ein nach dem eritreisch-äthiopischen Krieg (1998-2000) begonnenes Demobilisierungsprogramm für die damals 250.000 Soldaten wurde gestoppt und die Neurekrutierung fortgeführt.

Die EU sollte sich bewusst sein, dass es selbst bei gutem Willen nicht leicht wäre, Hunderttausende in ein ziviles Leben zu reintegrieren, zumal ein formaler Arbeitsmarkt kaum noch existiert. Allerdings leben 80 Prozent der Bevölkerung von der Subsistenzlandwirtschaft und viele Soldaten könnten auf ihr Land zurückkehren. Zudem sollte Eritreas vernachlässigtes wirtschaftliches Potenzial genutzt und der Fischereisektor gestärkt werden.

Die Fortführung des unmenschlichen und gleichzeitig unproduktiven Nationaldienstes perpetuiert einen Teufelskreis aus Flucht und zunehmender finanzieller Abhängigkeit von der Diaspora. Die Kommandowirtschaft zementiert Korruption, wirtschaftliche Stagnation und Armut. EU-Gelder sollten nicht ohne Bedingungen an eine Regierung vergeben werden, die alle gegen sie erhobenen Vorwürfe in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen und fehlende Rechtsstaatlichkeit sowie institutionalisierte Zwangsarbeit als Ausgeburten einer ausländischen Verschwörung zurückweist. Ohne ein ausgefeiltes Demobilisierungsprogramm und den Willen zu Reformen werden europäische Gelder lediglich zur Stabilisierung dieses Regimes beitragen.

Flucht vor der Versklavung Die Menschen werden weiter aus Eritrea fliehen. Daran ändern auch die Begrenzungsversuche der EU nichts. Denn ohne Reformwillen nütze....

**Load-Date:** June 14, 2016

---

End of Document

**Unser Flüchtling, euer Flüchtling; Noch manche Hürde muss der EU-Gipfel abräumen, bevor er ein Flüchtlingsabkommen mit der Türkei schließen kann.**  
**Was sind die größten Einwände und Hindernisse?**

ZEIT-online

Donnerstag 17. März 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** EU-Gipfel; Ausg. 12

**Length:** 1406 words

**Byline:** Ludwig Greven

## **Body**

---

Bundeskanzlerin Angela Merkel und der türkische Ministerpräsident Ahmet Davutoglu beim letzten EU-Türkei-Gipfel in Brüssel

© Dean Mouhtaropoulos/Getty Images

Angela Merkel steht seit dem Wochenende noch mehr unter Zugzwang. Nicht nur die guten Ergebnisse der AfD bei den Landtagswahlen, sondern auch die CSU setzen die Kanzlerin mächtig unter Druck, endlich eine Lösung in der **Flüchtlingskrise** zu erreichen. Dazu kommen die Bilder und Berichte von der griechisch-mazedonischen Grenze, wo noch immer Tausende **Flüchtlinge** vergebens auf Durchlass warten und sich zu lebensgefährlichen Fluchtaktionen entschließen.

Ab diesem Donnerstag trifft Merkel nun wieder die anderen 27 Staats- und Regierungschefs der EU. Es geht um dasselbe Thema wie beim letzten Gipfel vor zehn Tagen: die geplante Vereinbarung mit der Türkei. Für Merkel ist diese der zentrale Baustein der von ihr angestrebten europäischen Lösung der **Flüchtlingskrise**: Die Türkei soll für die EU deren Außengrenze in Griechenland sichern, über die im vergangenen Jahr Hunderttausende in die EU und insbesondere nach Deutschland kamen. Gleichzeitig soll ein legaler Weg für **Flüchtlinge** nach Europa eröffnet werden.

Doch gegen den angestrebten Deal mit der Türkei gibt es zum Teil massive Einwände aus verschiedenen EU-Ländern.

### **Rücktransport von Flüchtlingen in die Türkei**

Der türkische Premier Ahmet Davutoglu hatte beim ersten Treffen mit den EU-Staats- und Regierungschefs am 7. März überraschend angeboten, alle illegal über die Ägäis auf eine der griechischen Inseln gelangten Flüchtlinge zurückzunehmen. Dagegen wandten sich aber nicht nur Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen, sondern auch der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Said Raad al-Hussein. Er warnte vor "kollektiven und

Unser Flüchtling, euer Flüchtling. Noch manche Hürde muss der EU-Gipfel abräumen, bevor er ein Flüchtlingsabkommen mit der Türkei schließen kann. Was sind die gr....

willkürlichen Abschiebungen", die gegen die Genfer Konvention verstießen. Andere Menschenrechtler forderten strenge Einzelfallprüfungen.

Um die Kritik auszuräumen, ist jetzt vorgesehen, dass alle Flüchtlinge, die nach Griechenland kommen, ordnungsgemäß registriert werden sollen und dass jeder einen Asylantrag stellen kann, der von den griechischen Behörden gemäß den europäischen Bestimmungen geprüft wird. Das geht aus einem Vorbereitungspapier für das Abkommen hervor. Die Flüchtlinge sollen auch das Recht erhalten, Berufung gegen eine Ablehnung ihres Asylantrags einzulegen. Es werde "keine kollektiven Abschiebungen geben", versicherte der Vizepräsident der EU-Kommission, Frans Timmermans. Wenn Griechenland die Türkei jedoch zu einem sicheren Drittstaat erklärt, könnte es die Asylanträge mit Verweis darauf ablehnen und die Flüchtlinge in die Türkei zurückschicken.

Ein großes Problem wird auch sein, dass das griechische Asylsystem auf größere Flüchtlingszahlen gar nicht eingerichtet ist. Wenn künftig viele der aus der Türkei Kommenden einen Asylantrag stellen, könnte es rasch zusammenbrechen.

### **Umverteilung von Flüchtlingen**

Im Gegenzug für die Rücknahme der Flüchtlinge verlangt die Türkei, dass die EU für jeden Syrer, der in Griechenland ankommt, ein bereits in der Türkei befindlicher syrischer Flüchtling in die EU umverteilt wird. Dagegen wenden sich jedoch insbesondere die osteuropäischen Länder, vor allem Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán. Aber auch andere Länder lehnen den 1:1-Mechanismus ab, weil sie fürchten, dass dies der Einstieg in ein permanentes Verteilungssystem von Flüchtlingen in der EU wäre. Andere, wie Frankreich, sind aus innenpolitischen Gründen wenig bereit, Flüchtlinge aufnehmen. Präsident François Hollande fürchtet in diesem Fall ein weiteres Erstarken des rechtsextremen Front National.

EU-Kommissionsvize Timmermans verwies auf bereits früher vereinbarte Aufnahmekapazitäten von 72.000 Plätzen. Davon stammen 18.000 aus einem Übersiedlungskontingent, das die EU im Juli 2015 beschlossen hatte, sowie 54.000 aus der im September von den Innenministern vereinbarten Umsiedlung von insgesamt 160.000 Flüchtlingen aus Griechenland und Italien. In der Bundesregierung ist man überzeugt, dass schon die 18.000 Plätze ausreichen werden. Denn wenn erst einmal der Rücktransport in die Türkei begonnen habe, werde sich das schnell bei den Schleppern herumsprechen; die Bootsfahren über die Ägäis würden dann rasch zum Erliegen kommen. Der Trick dabei: Da die 18.000 Plätze schon beschlossen sind, können Orbán und die anderen Osteuropäer dagegen keinen Einspruch einlegen.

Wenn die Flüchtlingsbewegungen über die Ägäis tatsächlich bald zum Erliegen kämen, wäre dann allerdings die Umsiedlung der Syrer in die EU rasch beendet. Gerald Knaus, Leiter des Thinktanks Europäische Stabilitätsinitiative, der den Deal mit der Türkei mit eingefädelt hat, fordert deshalb, in dem Abkommen festzuhalten, dass sehr bald ein freiwilliges Übersiedlungsprogramm der von Merkel initiierten "Koalition der Willigen" beginne. Denn nur wenn sich ihnen dauerhaft ein sicherer Weg nach Europa öffne, hätten Flüchtlinge in der Türkei einen Anreiz, nicht einen illegalen Weg zu suchen. In dem vorbereiteten Abschlussdokument heißt es nach Informationen von ZEIT ONLINE, das freiwillige Übersiedlungsprogramm solle erst aktiviert werden, wenn der Flüchtlingstransport nach Griechenland "gestoppt oder substanziell reduziert" sei.

Nachdem die Westbalkanroute geschlossen wurde und nachdem nun auch der Weg von der Türkei über die Ägäis nach Griechenland faktisch versperrt werden soll, geht die Sorge um, dass Flüchtlinge andere Wege einschlagen könnten, zum Beispiel über Bulgarien. Die dortige Regierung fordert deshalb, die bulgarischen Grenzen in das Abkommen mit einzubeziehen. In dem Entwurf heißt es dazu, die Türkei werde "jede notwendige Maßnahme ergreifen, um neue Routen für illegale Migration aus der Türkei in die EU zu verhindern", also auch der Grenze zu Bulgarien.

### **Hilfszahlungen an die Türkei**

Auf dem Gipfel soll der Türkei zugesagt werden, die Verteilung der bereits vereinbarten drei Milliarden Euro zu beschleunigen. Noch bis Ende März soll die Finanzierung weiterer Hilfsprojekte für die Flüchtlinge im Land

Unser Flüchtling, euer Flüchtling Noch manche Hürde muss der EU-Gipfel abräumen, bevor er ein Flüchtlingsabkommen mit der Türkei schließen kann. Was sind die gr....

gesichert werden. Wie viel Geld darüber hinaus die Türkei erhalten soll, ist aber noch offen. Die Regierung in Ankara verlangt insgesamt sechs Milliarden Euro. Dazu können noch freiwillige Zahlungen einzelner EU-Staaten kommen.

### **Visa-Freiheit**

Für die Türkei ist dies einer der wichtigsten Punkte: Sie fordert, dass ab Ende Juni alle Türken ohne Visum in den Schengenraum einreisen können. Politiker aus mehreren EU-Staaten fürchten jedoch eine neue Einwanderungswelle bei einem Wegfall der Visapflicht. Insbesondere viele Kurden könnten wegen des militärischen Konflikts in der Türkei in die EU kommen. Deshalb fordert etwa die CSU, die Visapflicht nur für türkische Geschäftsleute aufzuheben. Für möglich gehalten wird wegen der Einwände in Brüssel, dass der Visazwang erst einmal nur für bestimmte Gruppen wie Geschäftsreisende, Wissenschaftler und Studenten aufgehoben wird.

Vor einer Visaerleichterung müsste die Türkei zudem noch eine ganze Reihe von Bedingungen erfüllen. Dazu gehört zum Beispiel die Einführung biometrischer Pässe. Fraglich ist, ob sie dies bis Ende Juni schafft.

### **EU-Beitritt**

Ebenfalls sehr umstritten ist die Forderung der Türkei, den Beitrittsprozess zur EU zu beschleunigen. Die Bedenken richten sich vor allem gegen das harsche Vorgehen der türkischen Regierung unter Präsident Recep Tayyip Erdogan gegen kritische Zeitungen, gegen Oppositionelle und die Justiz. So sagte Frankreichs Präsident Hollande: "Es sollte keine Zugeständnisse bei Fragen der Menschenrechte oder der Kriterien für die Visaliberalisierung geben." Und die österreichische Innenministerin Miki-Leitner gab zu bedenken: "Es ist richtig, mit der Türkei zusammenzuarbeiten, aber nicht um jeden Preis." In Deutschland lehnt vor allem die CSU eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU ab.

Konkret geht es um die Eröffnung von fünf weiteren Kapiteln bei den Beitrittsverhandlungen. Das könnte jedoch an Zypern scheitern. Denn das Land droht mit einem Veto. Es verlangt, dass die Türkei erst den Inselstaat anerkennt. Das hat die Türkei, die den Nordteil der Insel seit 1974 besetzt hält, bisher abgelehnt.

Ein Veto des zyprischen Präsidenten Niko Anastasiades könnte aber nicht nur die Eröffnung weiterer Verhandlungskapitel verhindern, sondern womöglich auch die gesamte Vereinbarung mit der Türkei gefährden. Denn ohne Signal für eine nähere Anbindung seines Landes an die EU wird Davutoglu nicht nach Hause fliegen wollen.

**Mitarbeit** : *Lenz Jacobssen*

**Load-Date:** March 17, 2016

**UN kritisieren "entmenslichende Rhetorik"; Der UN-Kommissar für Menschenrechte hat die Sprache europäischer Politiker in der Flüchtlingskrise kritisiert. Sie ähnele der vor dem Zweiten Weltkrieg.**

ZEIT-online

Mittwoch 14. Oktober 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flüchtlingskrise; Ausg. 41

**Length:** 289 words

## Body

---

**Flüchtlinge** an der mazedonisch-griechischen Grenze (Archivbild)

© Armend Nimani/AFP/Getty Images

Die Vereinten Nationen haben die Sprache europäischer Politiker in der **Flüchtlingskrise** kritisiert. Vielen benutzten eine "entmenslichende Rhetorik", wenn sie die Situation mit Begriffen wie "**Flüchtlingsströme**" oder "Menschenschwarm" beschrieben, sagte der Hohe Kommissar für Menschenrechte, Seid Ra'ad al-Hussein in einem Interview.

Die Verwendung solcher Begriffe nannte Al-Hussein "gedankenverlorenen" und "verwirrend". Eine ähnliche Sprache sei auch unmittelbar vor dem Zweiten Weltkrieg verwendet worden, als große Teile der Welt die Augen vor dem Schicksal der europäischen Juden verschlossen. Damals hätten zahlreiche Staaten sich geweigert, jüdische Flüchtlinge aufzunehmen, weil sie angeblich die Gesellschaft und die Wirtschaft destabilisieren würden. Diese Weigerung habe Hitler in die Hände gespielt.

"Wenn man sich die Äußerungen von damals durchliest und sie mit heute vergleicht, wird man feststellen, dass sie viele Ähnlichkeiten aufweisen", sagte Al-Hussein. Viele Politiker hätten diese Haltung hinterher bereut. Eine Betrachtung der Geschichte könne daher nur dazu führen, dass man seine Worte gut abwägt. "Es handelt sich um Menschen", sagte der Hohe Kommissar. Schon das Wort "Migrant" suggeriere aber, dass die Flüchtlinge keine Rechte hätten.

In der Pflicht sieht Al-Hussein allerdings nicht nur die Politik, sondern auch die Medien. Viele verbreiteten etwa die falsche Behauptung, dass von bestimmten Flüchtlingsgruppen eine Gefahr ausginge. Mit der Anmerkung spielte Al-Hussein im Besonderen auf die Äußerungen einer britischen Boulevard-Journalistin an, die Flüchtlinge als "Kakerlaken" bezeichnet hatte.

**Load-Date:** October 14, 2015

UN kritisieren "entmenslichende Rhetorik" Der UN -Kommissar für Menschenrechte hat die Sprache europäischer Politiker in der Flüchtlingskrise kritisiert. Sie ....

---

End of Document

**Jede zweite rassistisch motivierte Gewalttat im Osten verübt; Knapp die Hälfte der rassistisch motivierten Gewalttaten wurde 2014 in den östlichen Bundesländern verübt. Dies, obwohl dort weniger als ein Viertel der Bevölkerung lebt.**

ZEIT-online

Dienstag 18. August 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Rassismus; Ausg. 33

**Length:** 443 words

## **Body**

---

Ausgebrannter Dachstuhl des **Asylbewerberheimes** in Tröglitz (Sachsen-Anhalt)

© Hendrik Schmidt/dpa

Im vergangenen Jahr wurden 47 Prozent aller rassistisch motivierten Gewalttaten in Ostdeutschland verübt. Das geht aus der Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion hervor, berichtet die *Mitteldeutsche Zeitung*. Demnach entfielen 61 der bundesweit 130 rassistischen Gewalttaten 2014 auf die neuen Bundesländer inklusive Berlin. Das entspricht im Vergleich zum Vorjahr einem Anstieg von 40 Prozent.

Die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten - also von solchen, die sich nicht nur gegen Migranten richtet - liegt der Antwort zufolge 2014 bundesweit bei 1.029. Dabei nimmt Nordrhein-Westfalen mit 370 den ersten Platz ein, gefolgt von Berlin (111) und Sachsen (86).

Aus der Antwort geht auch hervor, dass 2014 bundesweit mit einer Quote von 45 Prozent nicht einmal jede zweite Straftat im Bereich der politisch rechts motivierten Kriminalität aufgeklärt wurde. Bei den Gewalttaten lag die Aufklärungsquote mit 64 Prozent deutlich höher. Im Vergleich mit dem Vorjahr ist die Quote allerdings um 14 Prozentpunkte gesunken.

### **Kritik an Zahlen des Innenministeriums**

Die Grünen kritisieren vor diesem Hintergrund vor allem, dass zivile Beratungsstellen im Bereich rechtsmotivierte Gewalt zu ganz anderen Ergebnissen kommen als die Landeskriminalämter und das Bundeskriminalamt. Im Falle der rechtsmotivierten Gewalt zählten die Stellen mit 710 Taten in Ostdeutschland im Jahr 2014 fast doppelt so viele, wie die staatlichen Stellen. "Es gibt Grund zu der Annahme, dass die bisher vorgelegten Fallzahlen nur einen Bruchteil der rechts motivierten Kriminalität in Deutschland widerspiegeln", sagte die Obfrau der Grünen-Fraktion im Bundestagsinnenausschuss, Irene Mihalic, der *Mitteldeutsche Zeitung*. Man müsse daher davon ausgehen, dass die Polizei bei der "Analyse rechtsextremer Gewalttaten" immer noch nicht richtig arbeite.



Jede zweite rassistisch motivierte Gewalttat im Osten verübt Knapp die Hälfte der rassistisch motivierten Gewalttaten wurde 2014 in den östlichen Bundesländern ....

Das Innenministerium erklärte dazu in der Antwort auf die Anfrage, die Daten würden von den Ländern erhoben und an das Bundeskriminalamt übermittelt. Im Übrigen reiche für zivilgesellschaftliche Stellen bei der Zählung von Straftaten als Anhaltspunkt oftmals aus, dass die Täter aus einem rechten Milieu kämen. Dies erkenne aber unter anderem, dass Rechtsextremisten meistens auch im Alltag kriminell seien. Man könne also nicht jede dieser Straftaten automatisch der rechtsextremistischen Gesinnung der Täter zuschreiben. Auch fließe in die Zahlen der Opferberatungsstellen die subjektive Einschätzung der Opfer mit ein.

*Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte, Stand Ende Juli:*

**Load-Date:** August 18, 2015

---

End of Document

**Bauministerin lehnt Enteignungen ab; Enteignungen und Zwangsunterbringungen von Migranten kommen laut Bauministerin Barbara Hendricks nicht in Betracht. Einige Bundesländer erwägen, Gebäude zu konfiszieren.**

ZEIT-online

Montag 28. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flüchtlingskrise; Ausg. 39

**Length:** 273 words

## Body

---

Bundesbauministerin Babara Hendricks

© Hendrik Schmidt/dpa

Bundesbauministerin Barbara Hendricks (SPD) hat die Beschlagnahmung von Immobilien zur Unterbringung von **Flüchtlingen** abgelehnt. "Enteignungen kommen für uns nicht in Betracht, auch keine Zwangseinweisung von **Flüchtlingen**", sagte Hendricks dem *Handelsblatt*. Vielmehr müsse mehr Bauland geschaffen werden. "Da ist der Bund gefordert, aber auch Länder und Kommunen und private Eigentümer."

In Medienberichten hatte es geheißsen, Bund und Länder prüften zur Unterbringung von Flüchtlingen eine zeitlich befristete Zwangsvermietung leerstehender Immobilien. Auch Rechtsextreme machten damit Propaganda. In Dresden tauchte in dieser Woche ein gefälschtes Flugblatt auf. Darauf werden Einwohner gebeten, dem Sozialamt Angaben zu ihrer Wohnungsgröße zu machen, damit die Stadt dort Flüchtlinge einquartieren könne. In Brandenburg gab es einen ähnlichen Fall.

Die meisten Bundesländer lehnen es ab, Immobilien zu konfiszieren, um Flüchtlinge dort unterzubringen. In Berlin wird geprüft, ob die Stadt Flüchtlinge in Wohnungen unterbringen kann, die aus Spekulationsgründen leer stehen. Gleiches soll für Unterkünfte gelten, die als Ferienwohnungen genutzt werden. Zudem sollen Geflüchtete in das ehemalige Hochhaus einer Bank einziehen.

In Hamburg will der Senat Gewerbeimmobilien beschlagnahmen, um Flüchtlinge nicht in Zelten unterbringen zu müssen. Die strengen Vorgaben, die Gerichte sonst beim staatlichen Zugriff auf privaten Wohnraum machen, müssten dazu gelockert werden. Niedersachsen will ebenfalls prüfen, inwieweit vorübergehende Beschlagnahmungen möglich sind.

**Load-Date:** September 28, 2015

Bauministerin lehnt Enteignungen ab Enteignungen und Zwangsunterbringungen von Migranten kommen laut Bauministerin Barbara Hendricks nicht in Betracht. Einige B....

---

End of Document